

# Probleme der national- sozialistischen Wirtschaftspolitik

Von

Fritz Blaich, Gustav Otruba

Dietmar Petzina, Harald Winkel

Herausgegeben von Friedrich-Wilhelm Henning



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 89**

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Neue Folge Band 89

---

Probleme der national-  
sozialistischen Wirtschaftspolitik



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

# Probleme der national- sozialistischen Wirtschaftspolitik

Von

Fritz Blaich, Gustav Otruba

Dietmar Petzina, Harald Winkel

Herausgegeben von Friedrich-Wilhelm Henning



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik** / von Fritz Blaich ... Hrsg. von Friedrich-Wilhelm Henning. — 1. Aufl. — Berlin : Duncker und Humblot, 1976.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften : N. F. ; Bd. 89)

ISBN 3-428-03668-9

NE: Henning , Friedrich-Wilhelm [Hrsg.];  
Blaich , Fritz [Mitarb.]

Alle Rechte vorbehalten

© 1976 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1976 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3 428 03668 9

## Vorwort

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik stand im Mittelpunkt der Sitzung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses im April 1975. Die einzelnen Vorträge befaßten sich mit speziellen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus. Gerade solche speziellen Untersuchungen können noch umfangreiche neue Erkenntnisse über das Wollen und das Wirken der Nationalsozialisten vermitteln und damit das in zahlreichen, teilweise recht globalen Darstellungen gezeichnete Bild verfeinern und verbessern. Dies trifft vor allem für die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen wirtschaftlichen Bedingungen zu, aber auch für die dadurch besonders geprägte politische Stimmung in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft. — Der Beitrag von *D. Petzina* versucht die starken regionalen Unterschiede der Krise und vor allem auch der Krisenüberwindung ab 1933 herauszuarbeiten. Dabei werden nicht nur zeitgenössische Probleme und Konstellationen, sondern auch regional- und branchenspezifische Besonderheiten für eine Krisenüberwindung überhaupt deutlich gemacht. — Die von *G. Otruba* ausgewerteten Berichte des österreichischen Gesandten in Berlin heben die Einstellung breiter Bevölkerungskreise in Deutschland zwischen Abwarten und Hoffen hervor, wobei die zweite Komponente immer stärker ausgeprägt wurde und die gleichgerichtete Mitarbeit mit der neuen politischen Macht erheblich verstärkte. Bemerkenswert ist aber auch die skeptische Einschätzung der Entwicklung durch den Gesandten selbst. — Das wirtschaftspolitische Konzept der Nationalsozialisten wurde in vielen Bereichen erst nach der Machtübernahme akzentuiert formuliert, dabei nicht selten unter pragmatischen Gesichtspunkten realisiert oder gar reduziert, so wie es *F. Blaisch* für die Steuerpolitik hervorhebt. — Die Autarkiepolitik war für die Nationalsozialisten ein wichtiger Baustein zur machtpolitischen Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland und ab 1939 zur materiellen Absicherung der Kriegsführung. Der sich mit dieser Problematik befassende Beitrag von *H. Winkel* kommt vor allem durch die auf bisher unveröffentlichten Quellen basierenden Untersuchungen über die Besatzungspolitik gegenüber einigen in der ersten Kriegsphase eroberten Länder zu neuen Ergebnissen. Weitere Forschungen sind gerade zu diesem bisher häufig recht oberflächlich behandelten Problem erforderlich. Ein hier nicht abgedruckter Bericht des polnischen Wirtschaftshistorikers *Wacław*

Długoborski über seine umfangreichen Studien der wirtschaftlichen Ausnutzung osteuropäischer Länder durch die nationalsozialistische Besatzungspolitik bot eine wertvolle Ergänzung des Vortrages von H. Winkel.

Die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion wurden bei der endgültigen Ausarbeitung der Beiträge berücksichtigt.

*Friedrich-Wilhelm Henning*

## Inhalt

Zum Problem des Verlaufs und der Überwindung der Weltwirtschaftskrise im regionalen Vergleich — Materialien und Interpretation	
Von <i>Dietmar Petzina</i> , Bochum .....	9
Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus im Spiegel der österreichischen Gesandtschaftsberichte 1933/34	
Von <i>Gustav Otruba</i> , Wien .....	43
Die „Grundsätze nationalsozialistischer Steuerpolitik“ und ihre Verwirklichung	
Von <i>Fritz Blaisch</i> , Regensburg .....	99
Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Dänemark in den Jahren der Besetzung 1940 - 1945	
Von <i>Harald Winkel</i> , Aachen .....	119





# Zum Problem des Verlaufs und der Überwindung der Weltwirtschaftskrise im regionalen Vergleich — Materialien und Interpretation

Von *Dietmar Petzina*, Bochum

## I.

In den Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise stehen die Fragen nach Ursachen und nationalem Gesamtverlauf sowie nach der Angemessenheit des wirtschaftspolitischen Instrumentariums im Vordergrund. Regionale Differenzierungen werden nur beiläufig vorgenommen, wie ja auch eine hinreichend brauchbare regionalspezifische Statistik für so wichtige Sachverhalte wie die industrielle Produktion für die Zwischenkriegszeit nicht vorliegt. Einschränkend muß gesagt werden, daß das Berliner Institut für Konjunkturforschung monographisch einzelne Regionen — beispielsweise den rheinisch-westfälischen Raum — behandelte, ohne allerdings zu einer vergleichenden Regionalanalyse konjunktureller Verläufe und struktureller Veränderungen vorzustößen. Erst das wehrwirtschaftliche Interesse des Nationalsozialismus und die nach 1933 wachsenden staatlichen Interventionen in die Wirtschaft führten zu regionalwirtschaftlichen Erhebungen, von denen für den industriellen Bereich die Erhebung des Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung<sup>1</sup> für das Jahr 1936 die bedeutendste war, allerdings auch durch entsprechende Untersuchungen für spätere Stichjahre nicht mehr fortgeführt wurde.

Die folgende Skizze regionaler wirtschaftlicher Entwicklung während und nach der Weltwirtschaftskrise in Deutschland beansprucht in ihrer Vorläufigkeit keineswegs, die bestehende Lücke auszufüllen und eine umfassende vergleichende Analyse zu geben. Es sollen vielmehr einige Hinweise zur Beantwortung der nachfolgenden Fragen geliefert und der Rahmen für die notwendige Auswertung von Material abgesteckt werden:

---

<sup>1</sup> *Die deutsche Industrie*. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik. Schriftenreihe des Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung. Heft 1, Berlin 1939. Die Arbeit von Gleitze, Bruno (*Ostdeutsche Wirtschaft*, Berlin 1956) hat diese Produktionsstatistik umfassend im Hinblick auf Ostdeutschland ausgewertet und Umrechnungen für 1939 und 1944 vorgenommen.

- a) Welche Differenzierung in Intensität und Dauer der Krise zwischen agrarisch bestimmten Regionen einerseits und industriell geprägten Gebieten andererseits zeigen sich zwischen Krisenbeginn und der Wiedergewinnung relativer Vollbeschäftigung (gemessen an den Erfahrungswerten der zwanziger Jahre) um 1936?
- b) Welche Unterschiede gab es zwischen industriell unterschiedlich strukturierten Gebieten - Regionen mit hohem Anteil an Produktions- bzw. Konsumgüterbereichen?
- c) Welche Verschiebungen bewirkte die Krise im Wohlstandsgefälle der Regionen bzw. inwieweit sind beobachtbare Veränderungen der Krise und ihren Folgen zurechenbar?
- d) Welche Sonderentwicklungen zeigen sich in den Großstädten, die während der Krise die Zentren der Arbeitslosigkeit waren? Spiegelt sich in ihnen nur das regulär beobachtbare Regionalmuster oder hat es hier Verzögerungen oder Beschleunigungen des zyklischen Aufschwungs seit 1933 gegeben?
- e) Schließlich: welche Indikatoren zur Messung regionaler Veränderungen sind angesichts der vorgegebenen Statistik brauchbar und wo sind die Lücken, die durch Hilfsindikatoren geschlossen werden müßten?

Es ist offenkundig, daß mit diesen Fragen ein weitgespanntes Problembündel umschrieben ist, das bisher — als vergleichende Analyse regionaler Konjunkturbewegungen und raumstruktureller Veränderungen — in der Forschung zur Zwischenkriegszeit nur wenig beachtet wurde<sup>2</sup>. Insoweit versteht sich dieser Beitrag nicht zuletzt als Anstoß für wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen, die ein vertieftes Verständnis für in sich differenzierte Krisenabläufe zu vermitteln vermögen. Dies gilt nicht zuletzt für die Zeit des Nationalsozialismus, in der vom Regime der Versuch einer aktiven, zumeist rüstungspolitisch motivierten Raumwirtschaftspolitik unternommen wurde, so daß ein regionalspezifischer Ansatz wichtige Aufschlüsse über die Folgen dieser Politik zu liefern vermöchte.

## II.

Es stellt sich zunächst die Frage nach den möglichen Indikatoren zur Prüfung regionaler Veränderungen im Krisenverlauf. Geht man von der Entwicklung einer Referenzgröße, z. B. der industriellen Produktion als die die Konjunkturbewegung repräsentierende Einheit aus, so lassen sich vorauseilende, gleichlaufende und nachlaufende Größen

---

<sup>2</sup> Als ältere zeitgenössische Studie zu erwähnen ist die Studie von *Werner, Kurt*, Die deutschen Wirtschaftsgebiete in der Krise, Jena 1932.

feststellen, die für die Analyse unterschiedlichen Aussagewert besitzen<sup>3</sup>. Vorauslaufende Indikatoren vermögen der Früherkennung von Ab- und Aufschwüngen dienen, gleichlaufende der Verdeutlichung der zu einem bestimmten Zeitpunkt zu beobachtenden zyklischen Entwicklung, nachlaufende Indikatoren der möglichen Überprüfung des konjunkturpolitischen Mitteleinsatzes. Für den Wirtschaftshistoriker bedeutsam ist angesichts der sehr unterschiedlichen, zumeist unbefriedigenden Datenlage die richtige Einschätzung eines Indikators im zyklischen Phasenablauf sowie die Möglichkeit des Ausweichens auf Hilfsindikatoren, wenn die zeitgenössische Statistik unzureichend ist.

Zur Überprüfung der aufgeworfenen Fragen: der regionalen Anfälligkeit sowie der Intensität und Dauer der Krise in einzelnen Gebieten wären prinzipiell alle drei Kategorien von Indikatoren erforderlich, da jeweils ein unterschiedliches Erkenntnisinteresse hinter diesen Fragen steht. Einmal wird gefragt nach der regionalen Ausfächerung eines konjunkturellen Auf- und Abschwungs, steht im Mittelpunkt des Interesses ein empirisch abgesichertes, regional vertieftes Wissen um den Zusammenhang einzelner Krisenkomponenten. Insoweit vermögen aus einer derartigen historischen Analyse auch Hinweise für die Brauchbarkeit von Konjunkturtheorien ableitbar zu sein. Zum anderen — hier bedeutsamer — steht dahinter die Frage nach wirtschafts- und sozialhistorisch zu differenzierenden Regionen, die strukturell bedingte Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten der wirtschaftlichen Krisenanfälligkeit, der Fähigkeit zum konjunkturellen Wiederaufschwung und der Auswirkungen auf die soziale Lage der Erwerbspersonen aufweisen.

Erwünscht, weil konjunkturelle Einbrüche frühzeitig besonders sensibel signalisierend, sind zunächst Angaben über die Entwicklung des Auftrageinganges in der Industrie, der Investitionen und schließlich der industriellen Produktion selbst. Angesichts des insgesamt unbefriedigenden zeitgenössischen Datenlage muß gleichwohl auf andere Indikatoren zurückgegriffen werden, denen sehr unterschiedliche Sensibilität zuzuordnen ist. Wegen des Fehlens einer hinreichend ver-

---

<sup>3</sup> *Friedrich W. Henning* hat in seiner Untersuchung der Wendepunkte der Weltwirtschaftskrise in Deutschland diesen Indikator zur Beurteilung der Gesamtentwicklung zwar herangezogen, ihm jedoch im Kontext anderer Indikatoren keine seiner „Sensibilität“ entsprechende herausragende Bedeutung zugemessen (F. W. Henning, Die zeitliche Einordnung der Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1973). Allgemein zur Frage brauchbarer Frühindikatoren: *Klemmer*, Paul und *Schaefer*, Heinz, Frühindikatoren für die Konjunkturpolitik, Bochum 1973 (hrsg. vom Seminar für Wirtschafts- und Finanzpolitik der Ruhr-Universität Bochum, photomech. Druck). Weiterhin *Klemmer*, Paul, Konjunkturindikatoren, WISU 11/73, S. 517 ff.

wendbaren regionalen Industrieproduktionsstatistik wurde für den zur Diskussion stehenden Zeitraum auf Daten zur Entwicklung der wirtschaftlichen Umsätze, errechnet aus der regionalen Umsatzsteuerstatistik, zurückgegriffen, die allerdings die konjunkturell „empfindlichere“ Entwicklung der Industrieproduktion nur bedingt zu ersetzen vermögen. Als mögliche „Vorlauf“-Indikatoren bieten sich die Entwicklung der regionalen Steuerkraft, namentlich bei den Personalsteuern, sowie die regionale Güterversand- bzw. Empfangstatistik an, die zwar beide nicht die Auftragsstatistik der Industrie ersetzen, wohl aber Teilaussagen zum zeitlichen Krisenablauf und zur Intensität der Krise ermöglichen. Im Falle der Personalsteuerstatistik ergibt sich diese Erwartung nicht zuletzt aus der Reagibilität des Progressionstarifes, der im Abschwung besonders schnell und intensiv auf den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten verweist, im Aufschwung allerdings zeitlich verzögert reagiert.

Die regionale Verkehrsstatistik, deren weitergefaßte Überprüfung für eine Reihe regional-vergleichender Probleme lohnend wäre, wird nur für einen Bereich, den Empfang von Baustoffen, ausgewertet<sup>4</sup>. Dahinter steht die Vermutung, daß das Empfangsvolumen an Baustoffen einen Hilfsindikator für regionale Bautätigkeit und damit zugleich Investitionsaktivität darstellt, der zumindest über die Veränderung der regionalen Bauinvestitionen im zeitlichen Ablauf — relativ frühe Reaktion im Abschwung, relativ verzögerte Reaktion im Aufschwung — Hinweise zu geben vermag. Schließlich sind für die sozialen Konsequenzen der Krise die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit heranzuziehen, wobei sich namentlich für den Zeitraum bis 1930 große Erfassungsprobleme wegen des Fehlens einer entsprechenden amtlichen Statistik ergeben.

Bleibt zu fragen, ob die angesprochenen Indikatoren ein hinreichend genaues Bild regionaler Entwicklung bei der vorgegebenen Fragestellung vermitteln. Die erste Einschränkung bezieht sich auf die nur partielle Berücksichtigung nichtindustrieller Wirtschaftsaktivitäten, d. h. der Landwirtschaft und des tertiären Bereiches. Landwirtschaftliche Umsätze werden in der Statistik der wirtschaftlichen Umsätze einer Region systematisch zu niedrig angesetzt, die Statistik von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit weist im wesentlichen die Veränderungen des industriell-gewerblichen Bereiches aus. Diese Eingrenzung ist vertretbar, da der Rhythmus regionaler Wirtschaftstätigkeit selbst in agrarisch geprägten Gebieten in den der Krise folgenden Jahren vom

---

<sup>4</sup> Der Zusammenhang von Reichsbahnverkehr und konjunktureller Entwicklung wurde untersucht in: Konjunkturschwankungen im Reichsbahnverkehr, Sonderhefte des Instituts für Konjunkturforschung (Hg. Ernst Wagemann), Nr. 38, Berlin 1936.

gewerblichen Sektor geprägt wird. Gleichwohl wird die jeweilige Sektoralstruktur als ergänzendes Differenzierungsmerkmal zu beachten sein.

Eine zweite Einschränkung ergibt sich aus der Tatsache, daß sowohl die zugrunde gelegten Umsätze als auch die Entwicklung der Arbeitslosen und Beschäftigten jeweils mit zeitlicher Verzögerung auf konjunkturelle Bewegungen reagieren, Frühindikatoren wie die Entwicklung der industriellen Aufträge demgegenüber nicht ausgewiesen sind. Hilfsweise müßten deshalb bei einer weitergehenden Regionalforschung die Statistik der Konkurse, die regionalen Kreditvolumina und Postscheckumsätze<sup>5</sup>, schließlich eine verfeinerte Statistik der gewerblichen Beschäftigten erarbeitet werden, die bislang nicht vorliegen. Zu prüfen wäre schließlich die Regionalentwicklung des deutschen Außenhandels, der jedoch in den dreißiger Jahren — worauf Henning bereits hingewiesen hat — angesichts der sinkenden Bedeutung für die Konjunktur der Industrieländer nur sehr begrenzte Aussagen ermöglicht.

Ein besonderes Problem bildet schließlich die Wahl sinnvoller regionaler Einheiten. Sie ist abhängig vom leitenden Erkenntnisinteresse der Untersuchung und von den in der Statistik vorgegebenen Einheiten, die freilich teilweise zu modifizieren sind. Unter allgemein-historischer Fragestellung hat es seinen guten Sinn, von den staatlich-politischen Grundeinheiten, die zugleich den Rahmen politischer Identifikation bildeten, den Einzelstaaten und preußischen Provinzen, auszugehen<sup>6</sup>. Regionale Veränderung wird dort bedeutsam, wo sie für die Entstehung politischer Ideologien und Verhaltensweisen maßgeblich war: beispielsweise die Ostmarkenideologie des ausgehenden 19. Jahrhunderts, das sich verschärfende West-Ost-Gefälle zwischen den preußischen Provinzen in der Periode der Hochindustrialisierung oder das teilweise ökonomisch begründete Nord-Süd-Föderalismusproblem. Für die hier anstehenden Fragen böte sich hingegen eine nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten vorgenommene Regionaleinteilung an, die strukturell ähnliche Gebiete berücksichtigte. Tatsächlich muß jedoch von der völlig unterschiedlichen und die wirtschaftlichen Gegebenheiten kaum berücksichtigenden Regionalstatistik verschiedener Ämter ausgegangen werden, die — eher zufällig — nur in Einzelfällen zu identischen Abgrenzungen kommen. Für unseren Fall bedeutet dies die Überschneidung von Länder- bzw. Provinzgrenzen (Volkseinkommen) mit Landesarbeitsamts-, Oberfinanzamts- und Verkehrsbezirken der

<sup>5</sup> Bis 1931, ohne jedoch Hinweise auf die Aussagefähigkeit zu bringen, bei *Werner*, a.a.O., ausgewiesen.

<sup>6</sup> Siehe hierzu auch *Petzina*, D., Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 17. Jg., 1969/3.

Reichsbahn, so daß auch die Vergleichbarkeit einzelner Regionalindikatoren eingeschränkt ist. Dies ist jedoch vertretbar, soweit der strukturelle Vergleich der Regionen im Vordergrund steht, der nicht eine vollständige räumliche Identität erfordert. Allerdings gibt es unter wirtschaftsstrukturellen Erwägungen im Falle des Ruhrgebietes — bedingt durch die Grenzziehung der Regierungs- und Oberfinanzbezirke — Verzerrungen, die an dieser Stelle nicht korrigierbar sind. Für weitergehende Untersuchungen müßte über eine Disaggregation in Finanzamts- und Arbeitsamtsbezirke eine Zusammenfassung in aussagefähige Regionaleinheiten vorgenommen werden.

### III.

Gleichsam den umfassendsten Nenner wirtschaftlicher Aktivität bildet das Sozialprodukt bzw. das Volkseinkommen eines Landes bzw. einer Region. *Tabelle 1* vermittelt zwar keinen Einblick in die laufenden Veränderungen des regionalen Volkseinkommens, gibt jedoch einen Überblick über die während der Weltwirtschaftskrise ausgelösten Verschiebungen im regionalen Wohlstandsgefälle. Diese Bilanz soll deshalb am Anfang der Überprüfung stehen, da sie zugleich als Raster für die Bewegung der übrigen Indikatoren zu dienen vermag, die als erläuternde Spezifikationen zu interpretieren wären.

Die Daten deuten darauf hin, daß bei real identischem Volkseinkommen je Einwohner auf der Ebene des Reiches zwischen 1928 und 1936 eine gewisse Angleichung im Wohlstandsgefälle der Regionen zu registrieren ist. Die ärmeren Gebiete wie Pommern, Ostpreußen, Hannover, Teile Süddeutschlands erholten sich von den Folgen der Weltwirtschaftskrise offenkundig schneller als die bislang höher entwickelten bzw. waren weniger als jene betroffen — gemessen zumindest am Pro-Kopf-Einkommen. Das Vergleichsjahr 1913 belegt jedoch, daß es vorschnell wäre, diese Beobachtung ausschließlich mit der Weltwirtschaftskrise zu verknüpfen, da sich in aller Regel Entwicklungen, die bereits zwischen 1913 und 1928 erkennbar waren, fortsetzten. Angesichts des vor 1913 entstandenen Gefälles bestanden auch 1936 noch große Unterschiede zwischen den hier zugrunde gelegten Regionen; so etwa, wenn das Pro-Kopf-Einkommen der preußischen Ostprovinzen um ein Viertel unter dem Reichsdurchschnitt lag und auch deutlich das Niveau des ebenfalls agrarisch bestimmten Bayern unterschritt. Längerfristige Abwärtsbewegungen sind im rheinisch-westfälischen Bereich erkennbar, während Süddeutschland den größten Sprung machte und 1936 sogar das Einkommen des Westens erreichte. Die stürmische Entwicklung des Südens war vor allem Württemberg, dann aber auch Bayern zuzuschreiben. Württemberg, 1913 noch weit hinter den damals

führenden Regionen, machte nach der Weltwirtschaftskrise den Sprung zum Flächenstaat mit dem höchsten Einkommen, während die ehemals herausragenden Gebiete Sachsen, Hessen, Rheinprovinz relativ verloren hatten.

Insgesamt zeigt sich also das Bild eines von der Weltwirtschaftskrise im Wachstum nur wenig gebremsten Südens und eines starken Rückfalls der westlichen, mitteldeutschen und schlesischen Industriegebiete. Erste Vermutungen lassen sich formulieren: Neben konjunkturellen Ursachen — die Industriegebiete der Mitte und des Westens Deutschlands litten 1936 noch stärker als andere Regionen unter den Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise, auf die noch im einzelnen einzugehen sein wird — waren dafür strukturelle Veränderungen von Produktions- und Absatzbedingungen verantwortlich, die den Südwesten des Reiches zu einer bevorzugten Wachstumszone werden ließen und das Gewicht der Gebiete mit einseitiger Wirtschaftsstruktur (Ruhrgebiet) oder mit offenkundig wenig expansiver Verarbeitungsindustrie (Sachsen) verringerte. Das Ergebnis von Westfalen — später überprüfbar an Einzeldaten zur Steuerkraft — bestätigt diesen Trend, der während der Krise fortgeführt wurde und eindrucksvoll den relativen Niedergang eines Gebietes dokumentiert, das in der Industriedichte traditionell einen Spitzenplatz einnahm. Dessen ungeachtet galt aber auch trotz der krisenbedingten Verschiebungen, daß auch noch 1936 die Industriegebiete ein höheres Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen als Regionen mit hohem Anteil an agrarisch Beschäftigten. Davon wich allerdings auch 1936 Schleswig-Holstein ab, das dank einer überdurchschnittlich günstigen Agrarstruktur zu den relativ wohlhabenden Regionen zählte.

#### IV.

Die Indikatoren wirtschaftliche Umsätze<sup>7</sup> und regionale Steuerleistung (Personalsteuern)<sup>8</sup> sollen im folgenden auf ihre Aussagekraft für die Frage nach der konjunkturellen Differenzierung in den dreißiger

<sup>7</sup> Hierzu: Die Umsatzentwicklung in den Oberfinanzbezirken von 1928 bis 1938, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 43, Berlin 1941. Zur Abgrenzung des dort verwendeten Umsatzbegriffes, ebenda. Der Gesamtumsatz (steuerbare Umsätze) setzt sich aus den versteuerten Umsätzen und den steuerfreien Umsätzen sowie absetzbaren Beträgen zusammen. Er lag 1935 14,5 % unter dem volkswirtschaftlichen Gesamtumsatz. Nicht erfaßt sind vor allem Bagatellumsätze (die allerdings in der Landwirtschaft bis 2000 RM jährlich reichten!), Umsätze von Post und Bahn, Wohnungsmieten etc.

<sup>8</sup> Hierzu vor allem: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke 1926 bis 1938, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 39, Berlin 1941. Bei den Personalsteuern eingerechnet sind die Lohn-, Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuer.



Jahren überprüft werden. Die Informationen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Gesamtumsätze finden sich in den *Tabellen 2 - 5*, zur Entwicklung der regionalen Steuerkraft in den *Tabellen 6 - 9*.

Tabelle 4 dokumentiert die Konjunkturreagibilität der Oberfinanzbezirke, soweit die aus der Umsatzsteuerstatistik gewonnenen Umsätze repräsentativ für die konjunkturelle Bewegung sind. Dies ist zu bejahen, wenn die aus den Berechnungsjahren resultierenden Verzerrungen: Forensaleffekt sowie zu geringe Berücksichtigung der Landwirtschaft (abhängig von der Betriebsgrößenstruktur) in Rechnung gestellt werden. Die Bezirke mit dem stärksten Rückgang der Umsatzwerte bis zum Krisentief 1932 weisen mit Ausnahme des Bezirkes Köln zugleich auch die höchsten Anteile der industriellen Umsätze auf. Eine eindeutige Differenzierung nach Gebieten mit hohen Anteilen an Konsumgüter- bzw. Produktionsgüterindustrien ist nicht nachweisbar, wie aufgrund der besonderen Empfindlichkeit der Investitionsgüterindustrie zu erwarten gewesen wäre. Kassel, Düsseldorf, Westfalen, Hessen, Köln weisen einen überdurchschnittlichen Umsatzanteil der Produktionsgüterindustrien auf, Leipzig, Dresden und Baden eine besonders große Quote der Konsumgüterindustrien.

Wiederum wird die Sonderrolle Württembergs bestätigt, das überdurchschnittliche Industrieumsätze aufweist, im Rückgang jedoch den Reichsdurchschnitt überschreitet, um dann im zyklischen Aufschwung bis 1936 die Spitzenrolle im Umsatzzuwachs je Einwohner einzunehmen. Nicht jedoch eine Spitzenstellung in der Industriedichte erklärt diese vergleichsweise günstige Entwicklung — tatsächlich nimmt Württemberg wie der Südwestraum insgesamt in der industriellen Erwerbsquote nur einen mittleren Platz ein, der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen liegt mit 33 % deutlich über dem Durchschnitt des Reiches. Entscheidend ist vielmehr der hohe Prozentsatz von Unternehmen des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaus sowie der optischen und feinmechanischen Industrie, deren hochspezialisierte Produkte — nicht zuletzt wegen einer günstigen Exportposition — weniger konjunkturanfällig sind als jene des Großanlagenbaus oder der Schwerindustrie.

Umgekehrt zum Trend der Industriegebiete verlief die Entwicklung in den Agrargebieten — ebenfalls zunächst ein Ergebnis, wie es zu vermuten war: Je höher der Anteil der Agrarumsätze, desto stabiler die Entwicklung während der Krise. Dies gilt vor allem für Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und die Agrargebiete Norddeutschlands, Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Niedersachsen. Diese Gebiete weisen deshalb auch — mit Ausnahme Ostpreußens und Hannovers — in den folgenden Jahren ein unterdurchschnittliches Umsatzwachstum

auf, das allerdings hinreichend war, um bis 1936 die Einbrüche der Weltwirtschaftskrise wieder auszugleichen, real (wegen des gleichzeitigen Rückgangs des Preisindex für alle volkswirtschaftlichen Umsätze um 28 %) sogar die Umsätze von 1929 deutlich zu übertreffen (Tabelle 4 a). Ein besonders spektakulärer Fall unter den Gebieten mit hohen Agrarumsätzen ist Ostpreußen, das im Einkommen je Einwohner traditionell das Ende der Wohlstandsskala bildete, nach 1933 seine Position jedoch verbessern konnte. Stärker als in sonstigen Bezirken wirkten sich hier Subventions- und Stützungsprogramme des Staates sowohl zugunsten der Landwirtschaft als auch im gewerblichen Bereich aus, zumal der einzig gewichtige Bereich innerhalb des Gewerbes mit 19 % Umsatzanteil, das Baugewerbe, für öffentliche Förderung besonders geeignet war.

Die in Tabelle 4 ausgewiesene Entwicklung zwischen 1932 und 1936 deutet auf Unterschiede gegenüber dem zyklischen Abschwung hin. Wenn — wie konstatiert wurde — der Kriseneinbruch in den Industriebezirken Kassel, Leipzig, Düsseldorf, Westfalen, Hessen, Dresden und Thüringen keine signifikanten Unterschiede aufwies, so ist die Differenz für die Zeit zwischen dem Tiefstand 1932 und 1936 bemerkenswert. Die Regionen mit einem hohen Anteil an Produktionsmittelindustrien, Düsseldorf, Westfalen, Kassel, Hessen, weisen — ähnlich wie der angesprochene Sonderfall Württemberg — ein besonders schnelles Wachstum auf, die Industriegebiete mit dem höchsten Anteil an Konsumgüterindustrien hingegen, die sächsischen Bezirke Leipzig und Dresden, bleiben in den dreißiger Jahren die krisenanfälligsten Gebiete mit weit unterdurchschnittlichem Wachstum. Nicht die Konsumgüterindustrien schlechthin sind allerdings von der Dauerkrise betroffen, vielmehr vor allem Textil und Bekleidung, wie die Entwicklung der Bruttonproduktion einzelner Industriezweige im Reich belegt:

**Preisbereinigte industrielle Bruttonproduktion 1936 (1933 = 100)<sup>9</sup>**

Bergbau	133	Eisen, Stahl, Metall	212	Holz-Ind.	149
Eisenschaffende NE-Metall-Ind.	211	Maschinen, Fahrzeugbau	252	Papier u. Druck	120
Steine u. Erden	164	Elektro	195	Textil	94
Chemie	168	Feinmech., Optik	207	Bekleidung	134
		Bauind.	336	Nahrung u. Genuß	105
Grundstoff-Ind.	169	Bau- und Investitionsgüter	235	Verbrauchsgüter	109
Industrie insgesamt: 151					

<sup>9</sup> Berechnet nach *Gleitze, B., Ostdeutsche Wirtschaft, a.a.O., S. 169.*

Diese negative Strukturkomponente — hoher Anteil von Textil und Bekleidung an Industriebeschäftigung und industrieller Nettoproduktion — spielte die größte Rolle in Sachsen (28 % aller Industriebeschäftigten im Bereich Textil), gefolgt von Brandenburg (20 %), Württemberg (20 %), Niederschlesien (16 %), der Rheinprovinz (14 %) sowie Baden (12 %) und Bayern (12 %)<sup>10</sup>. Wurden diese Einflüsse nicht durch gegenläufige Entwicklungen kompensiert (Württemberg — Maschinenbau; Rheinprovinz — Eisenschaffende Industrie, Metall, Bergbau; Bayern — Maschinenbau), so schlug die langanhaltende Krise einzelner Bereiche voll auf einzelne Regionen wie Sachsen — Mitteldeutschland, Brandenburg, Schlesien und Baden durch. Diese Krise wurde durch die staatliche Wirtschaftspolitik nachdrücklich gefördert, da gezielt über Investitionsverbote eine rüstungspolitisch erwünschte Verlagerung der Investitionen eingeleitet wurde, mit der Folge, daß der Anteil der Verbrauchsgüterindustrien an den industriellen Gesamtinvestitionen 1934/36 nur noch 25 % betrug, gegenüber 31 % 1928/29.

Die Daten der regionalen Steuerstatistik bestätigen die aus der Umsatzentwicklung abgeleiteten Ergebnisse, so daß sich hier eine Einzelauswertung erübrigt. Es sollen nur jene Punkte angesprochen, die mit ihrer Hilfe zusätzlich geprüft werden können. Dies gilt namentlich für die verschiedenen Entwicklungen in städtischen bzw. agrarischen Gebieten sowie die Unterschiede zwischen den städtischen Gebieten des Reiches. Die Tabellen 6 und 7 zeigen zunächst die absoluten Differenzen zwischen den einzelnen Oberfinanzbezirken wie auch die relative Verschiebung der Personalsteuerkraft zwischen 1928 und 1936. Die Tabellen 8 und 9 verknüpfen darüber hinaus die Erwerbsstruktur (gemessen am Anteil landwirtschaftliche Bevölkerung) mit der Steuerkraft im zeitlichen Verlauf.

Es entspricht der Erwartung, daß es eine hohe Korrelation zwischen dem Steueraufkommen und der Erwerbsstruktur einer Region gibt, ebenso, daß das Steuerkraftgefälle bei der Umsatzsteuer beträchtlich geringer ist als bei den Personalsteuern. Überraschend ist jedoch die Regelmäßigkeit des Gefälles zwischen städtischen und ländlichen Bezirken im konjunkturellen Verlauf, obgleich namentlich beim Personalsteueraufkommen der Stadtregionen ein relativ stärkerer Einbruch während der Krise zu erwarten gewesen wäre als es die Daten für 1932 tatsächlich ausweisen. Die relative Steuerkraft der städtischen Finanzamts-Bezirke schwankt ziemlich stabil zwischen etwa 74 % und 80 % über dem Reichsdurchschnitt, ähnlich wie die reinen Agrarbezirke im Durchschnitt um 80 % unter diesem Mittelwert liegen. Allerdings

---

<sup>10</sup> Industriebeschäftigte 1936. Siehe hierzu: Die deutsche Industrie, a.a.O. (Anm. 1).

gab es zwischen den städtischen Bezirken der einzelnen Regionen große Abweichungen, wie in Tabelle 7 a ausgewiesen.

Diese Unterschiede städtischer Steuerkraft folgen nicht eindeutig der Sektoralstruktur der Stadtregionen. Nur für Berlin, Hamburg und Weser-Ems gibt es eine positive Korrelation zwischen großem tertiären Bereich und Steuerkraft, während die sonstigen Stadtbezirke mit überdurchschnittlicher Personalsteuerkraft (Hannover, Kassel, Württemberg, München) sehr unterschiedlichen Regionen zuzuordnen sind. Im Falle von Hessen-Kassel und Württemberg ist wiederum die besondere Industriestruktur zu benennen, die Stadtbezirke von München und Hannover profitieren von ihren überörtlichen Funktionen innerhalb einer agrarischen Umgebung. Württembergs städtische Gebiete weisen 1937 die größte Steuerkraft des Reiches auf — vor Berlin und Hamburg —, während das vor der Krise ebenfalls besonders steuerstarke Baden — ähnlich wie Kassel — 1937 relativ stark zurückgefallen ist. Weniger als 50 % der Personalsteuerkraft des Reiches weisen — mit jeweils im Zeitablauf negativer Tendenz — die städtischen Bezirke von Schlesien, Thüringen und Westfalen, zwischen 70 % und 90 % Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Nordmark, Dresden, Leipzig, Köln, Hessen und Nürnberg auf, annähernd den Durchschnitt erreichen Magdeburg, Düsseldorf und Baden. Bemerkenswert sind einmal die Verschiebungen zwischen den Regionen, zum anderen die Struktur der besonders steuerschwachen Stadtgebiete. Nach Ostpreußen und Württemberg haben vor allem Magdeburg, Hannover und Düsseldorf ihre relative Position positiv verändert, im Falle Schlesiens, Sachsens, Thüringens, Hessens und Badens erfolgten starke Einbrüche. Die herausragend ungünstige Stellung Westfalens war das Ergebnis der bereits in den zwanziger Jahren vorhandenen Strukturprobleme eines völlig einseitig ausgerichteten Raumes, da die Ergebnisse dieser Region ausschließlich den Städten des Ruhrgebiets, vor allem in seiner nördlichen Zone, zuzurechnen sind. Städte wie Wanne-Eickel, Bottrop, Hamm oder Gelsenkirchen weisen nur ein Viertel bis ein Drittel der Steuerkraft der städtischen Regionen im Reichsdurchschnitt auf.

## V.

Die Auswertung der Daten der regionalen Umsätze und Steuerkraft hat einige vorläufige Antworten auf die eingangs gestellten Fragen, namentlich zum Zusammenhang von Konjunkturmuster und regionaler Wirtschaftsstruktur erbracht. Zugleich sollte verdeutlicht werden, daß die regionalspezifische Verwendung des Materials nur dann einen Beitrag zur vergleichenden Konjunktur- und Wachstumsgeschichte bzw. der empirischen Überprüfung von Hypothesen zum

Verlauf und den Folgen der Weltwirtschaftskrise leisten kann, wenn eine weitergehende Aufbereitung dieses Materials, namentlich durch konjunktur- und wirtschaftsgeographisch sinnvollere Regionenbildung erfolgt. Dies erfordert den Rückgriff auf die vorliegenden Ausgangsdaten der Finanzamtsbezirke, um die administrativ vorgegebenen Regionen — dies gilt vor allem für das Beispiel des Rhein-Ruhr-Raumes — korrigieren zu können. Erst dann ist es möglich, eine regional vergleichende Industriegeschichte der Zwischenkriegszeit zu schreiben, die die Veränderung regionaler Gewichte, die sozialgeschichtlichen Folgen unterschiedlicher Konjunkturverläufe und die jeweils eigenen räumlichen Entwicklungsbedingungen einzelner Industriezweige als konstitutive Elemente in die industriegeschichtliche Analyse einbezieht. Die vom Material gesetzten Grenzen, das regionalspezifische Fragen nur auswahlweise berücksichtigt, werden allerdings nur durch Umwege, d. h. die Verwendung von Hilfsindikatoren, korrigierbar sein, da es statistisches Material zur Industrieproduktion, zur Entwicklung der Investitionen, zum Geldvolumen nicht oder nur bruchstückhaft — beispielsweise für 1936 dank der auch regional orientierten Industrieerhebung — gibt.

Einen möglichen Ansatz könnte, wie oben erwähnt, die Analyse der Statistik der Verkehrsvolumina bilden, deren Daten für den zur Diskussion stehenden Zeitraum in der Literatur bislang nicht auf ihren Aussagewert hin überprüft wurden. Dies ist um so überraschender, als in kaum einen anderen Bereich ein vergleichbar reichhaltiges, regional differenziertes Material vorliegt. Allerdings müssen vorweg die Grenzen dieses Materials aufgezeigt werden: Einmal liegt nur die Mengen-, keine Wertstatistik vor, so daß eine Zusammenfassung von Produkten oder Produktgruppen nur begrenzt möglich ist; zum anderen sind hier nur die Verkehrsbewegungen der Reichsbahn erfaßt, so daß das Problem der produktspezifischen Verkehrsträger (z. B. Massentransporte per Binnenschifffahrt) unerörtert bleibt.

Es würde die Absicht dieses Beitrages sprengen, wenn eine umfassende Präsentation des Materials vorgenommen würde. Wir beschränken uns auf die oben angesprochene Statistik der Baustoffe, die als Indikator des regionalen Investitionsverhaltens dient (Tabelle 12). Die in der Übersicht ebenfalls aufgeführten Hafengebiete, die nicht nur das unmittelbare Hinterland bedienen, außer Acht gelassen, belegen die Zeitreihen die unterschiedliche Sensibilität von Regionen in Krise und Aufschwung, die wiederum vor allem auf die relative Stabilität stärker agrarisch strukturierter Gebiete hindeuten. Während Pommern, Ostpreußen, Hannover, Schleswig-Holstein, Bayern, Brandenburg, die Pfalz sich bereits 1934 wieder den Größenordnungen von 1928 annähern, sie teilweise sogar übertreffen, erreichen die Werte

in den Industriezonen Berlin, Rheinland, Ruhrgebiet, Mannheim-Ludwigshafen, Frankfurt/M., Sachsen erst 50 - 60 % des Vorkrisenstandes. Die Differenzierung namentlich zwischen 1933 und 1936 ist beträchtlich größer als im Abschwung. Die industriellen Kapazitäten in den Industrieregionen waren zunächst auch ohne zusätzliche Investitionen hinreichend, wohingegen in den agrarisch strukturierten Gebieten stärker die Sonderprogramme der Arbeitsbeschaffung durchschlugen. Während die volkswirtschaftlichen Gesamtinvestitionen 1933/34 (Zweijahresdurchschnitt) bereits 56 % des Wertes von 1928/29 erreichten, betrug der entsprechende Wert im Bereich der Industrie erst 35 %<sup>11</sup>. Die Bewegung der Verkehrsvolumina bestätigt diesen Trend und erschließt zugleich erkennbare Unterschiede zwischen Gebieten mit hohem Anteil an Produktionsgüterindustrien — besonders schwerer Kriseneinbruch, jedoch erkennbare Investitionserholung 1935/36 — und den verbrauchsgüterorientierten Gebieten der Rheinprovinz, Sachsens etc.: längeranhaltende Krise, teilweise verursacht durch die staatlich erzwungenen Investitionsrestriktionen in diesen Branchen.

Ergänzend wäre zu überprüfen, inwieweit — was vermutet werden darf — weitergehende Informationen über regionale Sonderentwicklungen (namentlich für die Aufschwungphase) gewonnen werden können, wenn eine Auswertung für strukturbestimmende Erzeugnisse einzelner Verkehrsbezirke erfolgt. Mit der hierfür in Frage kommenden *Versandstatistik*<sup>12</sup> könnte ein brauchbarer Ersatz für die fehlende regionale, branchenspezifizierte Industrieberichterstattung gefunden werden, doch wären derartige Vermutungen noch auf ihre methodischen und inhaltlichen Implikationen hin zu überprüfen. Trotz des ungesicherten Terrains sollen einige Beispiele verdeutlichen, in welcher Richtung die Überlegungen weiterzuführen wären: Das Versandvolumen von Textilerzeugnissen in den Eisenbahnbezirken 19 a (Merseburg, Erfurt) und 20 (Sachsen) hat sich wie folgt entwickelt: 1930 = 100, 1931 = 133, 1932 = 119, 1933 = 78, 1934 = 90. Daraus wird erkennbar, daß die regionale Produktion an Textilien in den ersten Krisenjahren noch vergleichsweise günstig verlief, mit zeitlicher Verzögerung erst 1933 seinen Tiefpunkt erreichte und 1934 unter dem Versandvolumen der eigentlichen Krisenjahre 1930/32 lag.

Die Vermutung der zeitlich verzögerten Krise des Konsumgüterbereiches und deren Fortwirken auch in den Jahren des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs ließe sich damit erhärten und in ihrem Umfang regional beschreiben. Derartige Zuordnungen lassen sich auch für

<sup>11</sup> Berechnet nach den Angaben in: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, hrsg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949.

<sup>12</sup> Quellennachweis siehe Tabelle 12.

andere Regionen vornehmen, etwa für den Kohlebergbau in Oberschlesien, Westfalen und der Rheinprovinz, die chemische Industrie im Raum Mannheim-Ludwigshafen oder den Maschinenbau in Berlin:

a) Versand des Kohlenbergbaus

Jahr Bezirk			Index 1928 = 100				
	1928	1930	1931	1932	1933	1934	1936
Oberschlesien	100	77	83	78	83	96	116
Westfalen	100	86	72	61	67	76	93
Rheinprovinz	100	86	79	73	77	84	99

b) Versand der chemischen Industrie

Jahr Bezirk			Index 1928 = 100				
	1928	1930	1931	1932	1933	1934	1936
Prov. Sachsen	100	95	97	91	86	105	298*
Mannheim/Ludwigshafen	100	76	75	66	83	99	163*

\* Die überdurchschnittliche Zunahme des Verkehrsvolumens der chemischen Industrie im Jahre 1936 ist zu einem bestimmten Teil auf die Veränderung des Verkehrsgüterverzeichnisses im Jahre 1936 zurückzuführen. Der reale Zuwachs dürfte daher nicht derartige Ausmaße erreicht haben, doch bleibt er auch nach Berücksichtigung dieser Tatsache außerordentlich hoch.

c) Versand von Erzeugnissen des Maschinenbaus

Jahr			Index 1928 = 100	
	1928	1930	1932	1936
Berlin	100	63	28	77
Württemberg	100	108	55	117

Das Beispiel des Kohleversands erlaubt ebenso wie die Entwicklung der chemischen Industrie Rückschlüsse auf den schnelleren Aufschwung der Produktionsgüterregionen nach 1933, während die Statistik des Maschinenversands zugleich auch die wiederholt angesprochenen relativ starken Wachstumskräfte Württembergs unterstreicht. Diese an dieser Stelle nicht näher zu systematisierenden Hinweise belegen, daß hier verwendungsfähige, branchenspezifizierte Industrieindikatoren einzelner Regionen zu finden sind.

## VI.

Das für regionale Analysen der zwanziger und dreißiger Jahre umfanglichste Material liegt für die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vor. Gewerkschaften, Reichsarbeitsministerium, das Statistische Reichsamt und das Institut für Konjunkturforschung haben

nahezu alle Facetten der Arbeitslosenentwicklung seit Beginn der Weltwirtschaftskrise behandelt, so daß hier auf eine umfängliche Darstellung verzichtet wird. Die Entwicklung der Beschäftigten und die Arbeitslosenquote, bezogen auf die Landesarbeitsamts-Bezirke, dokumentieren die Tabellen 10 und 11. Angesichts der großen, in sich sehr differenzierten Bezirke erfordert eine Analyse, die die wirtschaftlichen Strukturkomponenten einer Region mit der konjunkturellen Entwicklung verbinden möchte, eine Unterscheidung zwischen den Industrie- und Agrargebieten. Für unsere Zwecke mag hierfür der Hinweis auf den Anteil der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung für das Stichjahr 1933 ausreichen (Tabelle 13). Die Arbeitslosigkeit in ausgewählten Großstädten, zugeordnet einzelnen Finanz- bzw. Landesarbeitsamtsbezirken, gibt schließlich Hinweise auf die Entwicklung in den Ballungsgebieten, in denen sich in der Regel zugleich die regionale Industrie konzentriert.

Es zeigt sich erneut, daß ein hoher Anteil agrarischer Bevölkerung parallel mit geringerer Krisenempfindlichkeit verläuft. Ostpreußen, Pommern, Bayern, Schlesien, Brandenburg weisen im Krisentief 1932 einen höheren Beschäftigungsindex auf als das Reich insgesamt, die Beschäftigtenminima werden in den hochindustrialisierten Gebieten mit relativ niedrigem Agraranteil erreicht: Mitteldeutschland (= OFB Thüringen und Magdeburg), Sachsen und Hessen. Im Falle Hessen stimmt diese Gleichsetzung allerdings nur bedingt, da der Agraranteil leicht über dem Durchschnitt des Reiches lag (OFB Kassel und Darmstadt), wie auch umgekehrt im agrarstarken Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen der Beschäftigtenrückgang überdurchschnittlich war. Für 1936 bestätigt die Beschäftigten- wie die Arbeitslosenstatistik wiederum die besondere Krise Sachsens, deren Ursachen bereits angesprochen wurden. Allerdings wirkte sich die Krise der Beschäftigung auch in Schlesien aus, das mit ähnlichen Strukturproblemen zu kämpfen hatte wie das sächsische Textilrevier. Die Spitzenstellung Breslaus in der Höhe der großstädtischen Arbeitslosigkeit 1936 unterstreicht diese Parallele (Tabelle 14).

## VII.

Fassen wir Problemstellung und Ergebnisse abschließend zusammen:

1. Es sollten — ergänzend zu den Untersuchungen der konjunkturellen Auf- und Abschwünge während der Weltwirtschaftskrise — die Probleme einer regional vergleichenden Analyse verdeutlicht und der Rahmen für mögliche Fragestellungen abgesteckt werden.
2. Die Fragen zielten darauf ab, die Gründe für die regional unterschiedlichen Verlaufsmuster in agrarisch strukturierten Regionen



einerseits und industriellen Gebieten andererseits sowie in Industriegebieten mit unterschiedlicher industrieller Struktur zu klären. Zugleich sollten die dabei auftretenden Materialprobleme verdeutlicht werden.

3. Die Überprüfung ergab einen engen positiven Zusammenhang zwischen hohem Industrialisierungsgrad und dem Ausmaß des Abschwungs bis 1932, ohne jedoch eindeutige Differenzierungen zwischen unterschiedlichen Industriegebieten konstatieren zu können.
4. Es bestätigte sich die Vermutung, daß Industrieregionen mit einem hohen Anteil an Produktionsgüterindustrien einen schnelleren und umfänglicheren Wiederaufstieg erlebten als Gebiete mit einem hohen Anteil an Konsumgüter-Industrien, vor allem an Textilindustrien, soweit gegenläufige Bewegungen diese in den dreißiger Jahren offenkundig „negative“ Strukturkomponente nicht kompensierten (Württemberg).
5. Durch und in der Folge der Weltwirtschaftskrise in Deutschland ergab sich eine Verschiebung im Wohlstandsgefälle zugunsten der süd- und südwestdeutschen Gebiete und zu Lasten traditioneller Industriegebiete, vor allem des Rhein-Ruhr-Raumes, Sachsen-Mitteldeutschlands und Schlesiens. Dabei darf nicht übersehen werden, daß hier teilweise Entwicklungen beschleunigt wurden, die bereits in den zwanziger Jahren zu registrieren waren.
6. Die Grenzen einer regional vergleichenden Krisen- und Konjunkturgeschichte werden angesichts einer sehr unterschiedlich ergiebigen Regionalstatistik durch das zur Verfügung stehende Material gezogen. Die Verwendung der Indikatoren Steuerkraft und wirtschaftliche Gesamtumsätze hat sich als brauchbar erwiesen, doch kann der Mangel an Frühindikatoren zur Beurteilung konjunktureller Bewegungen nur schwer ausgeglichen werden, ebenso das Fehlen einer entsprechend regionalisierten Industrieberichterstattung. Die Ergiebigkeit zusätzlicher Indikatoren, z. B. der Verkehrsbewegungen, müßte noch systematischer überprüft werden.
7. Die Abgrenzung regionaler Einheiten wird sich nur teilweise an den vorgegebenen politischen und administrativen Grenzen orientieren können. Eine Abgrenzung nach wirtschaftsstrukturellen Gesichtspunkten durch Disaggregation der Landesfinanz- bzw. Landesarbeitsamtsbezirke bzw. der Länder und Provinzen ist für eine regional vergleichende Industriegeschichte ebenso unentbehrlich wie für die hier zur Diskussion stehende vergleichende Krisenüberwindungs-Geschichte der Dreißiger Jahre.

Tabelle 1: Volkseinkommen je Einwohner in den Regionen des Reiches, absolut (Preise v. 1928) und in % des Reichsdurchschnitts

Region	1928		1936		1928/1936 in %
	abs. (M)	Reichs $\phi$ %	abs. (M)	Reichs $\phi$ %	
Ost .....	1 210	102	1 200	102	- 0,8
davon Berlin Bdbg. ....	1 566	132	1 600	136	+ 2,2
Pommern .....	921	78	976	82	+ 6,0
Ostpreußen .....	814	69	860	73	+ 5,7
Posen/Westpr. ....	837	71	781	66	- 6,7
Schlesien .....	993	84	891	76	- 10,3
Mitte .....	1 280	108	1 210	103	- 5,5
davon Freistaat Sachsen .....	1 423	120	1 270	108	- 10,8
Provinz Sachsen .....	1 155	98	1 161	99	+ 0,5
Thüringen .....	1 095	92	1 087	93	- 0,7
West .....	1 170	99	1 120	96	- 4,3
davon Westfalen .....	1 080	91	1 045	89	- 3,2
Rheinprovinz .....	1 218	103	1 171	100	- 3,9
Hessen .....	1 210	102	1 150	98	- 5,0
Nordwest .....	1 230	104	1 260	107	+ 2,4
davon Hannover .....	1 069	90	1 156	98	+ 8,1
Schleswig-Holstein .....	1 164	98	1 192	101	+ 2,4
Hamburg .....	1 754	148	1 746	148	- 0,5
Sonstige .....	1 155	98	1 155	98	0,0
Süd .....	1 090	92	1 130	96	+ 3,7
davon Bayern .....	1 041	88	1 049	90	+ 0,8
Baden .....	1 135	96	1 117	95	- 1,6
Württemberg .....	1 183	100	1 348	115	+ 14,0
Reich insgesamt .....	1 185	100	1 173	100	- 1,0

Aus: Petzina, D.: Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 327.

Tabelle 2: Gesamtumsätze in den Oberfinanzbezirken

Mrd. RM

Oberfinanz- bezirk	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Baden .....	6,89	6,78	5,86	5,02	3,22	3,63	4,42	4,95	5,62	6,47	7,62
Berlin .....	26,71	27,31	24,15	20,39	14,00	14,87	18,02	19,86	24,16	27,38	31,85
Brandenburg ..	4,99	5,08	4,45	3,99	2,94	3,32	3,93	4,20	4,82	5,72	6,18
Dresden .....	7,67	7,81	6,39	5,36	3,73	4,18	4,97	5,57	6,18	6,77	7,47
Düsseldorf .....	16,62	16,69	14,09	11,53	7,62	8,43	10,92	12,33	14,92	17,22	19,51
Hamburg <sup>c)</sup> .....	9,66	10,49	10,53	9,56	5,00	5,05	8,43	7,62	8,97	10,85	12,29
Hannover <sup>c)</sup> .....	9,26	9,52	8,60	7,26	5,00	5,76	6,18	6,16	7,07	8,33	9,20
Hessen .....	3,08	3,04	2,62	2,15	4,55	1,74	2,09	2,33	2,68	3,13	3,68
Kassel .....	8,92	8,53	7,43	6,06	1,48	4,28	5,71	5,99	7,43	8,76	10,14
Köln .....	8,95	8,70	8,12	6,88	3,95	5,02	6,15	6,59	7,80	9,39	11,16
Leipzig .....	11,12	10,81	9,23	7,92	4,95	5,36	6,60	6,88	8,08	9,61	10,75
Magdeburg .....	9,17	9,00	7,79	6,98	5,36	5,88	6,71	7,29	8,39	9,65	10,71
München .....	6,86	7,00	6,33	5,40	3,61	4,16	5,15	6,00	6,90	8,07	9,37
Nordmark <sup>e)</sup> .....	6,41	6,67	6,52	5,35	3,93	4,36	4,21	4,52	5,26	5,84	6,41
Nürnberg .....	4,83	4,78	4,35	3,80	2,49	2,88	3,49	3,95	4,72	5,75	6,54
Ostpreußen .....	2,76	2,71	2,39	2,31	1,80	2,01	2,47	2,84	3,38	3,78	4,24
Pommern .....	3,80	3,92	3,50	3,13	2,47	2,80	3,21	3,49	4,07	4,53	5,17
Schlesien <sup>a)</sup> .....	8,66	8,55	7,45	6,56	4,63	5,13	5,95	6,50	7,36	8,53	9,54
Thüringen .....	3,75	3,60	3,15	2,75	1,85	2,12	2,60	2,80	3,33	3,98	4,19
Weser-Ems <sup>d)</sup> .....	3,95	4,20	4,02	3,44	2,23	2,61	3,98	4,07	4,82	5,25	6,34
Württemberg .....	11,95	12,29	10,58	8,79	5,60	6,41	7,85	9,29	10,90	12,82	14,71
Würtemberg <sup>b)</sup> .....	7,32	7,37	6,65	5,60	3,77	4,46	5,76	6,46	7,49	8,70	9,65
Würzburg <sup>b)</sup> .....	3,22	3,15	2,75	2,39	1,64	1,96	2,37	3,04	4,86	5,64	7,78
Deutsches Reich	186,55	189,00	166,95	142,62	95,82	106,42	131,17	142,73	169,21	196,17	224,50

a) Ab 4. Vj. 1938 mit Altreichsgebiet des Oberfinanzbezirks Troppau. — b) Ab 1936 mit Saarländ. — c) Jeweilliger Gebietsstand.

Tabelle 2 a: Gesamtumsätze in den Oberfinanzbezirken  
 vH 1928 = 100

Oberfinanz- bezirk	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Baden	98,4	85,1	72,9	46,7	52,7	64,2	71,8	81,6	93,9	110,6
Berlin	102,2	90,4	76,3	52,4	55,7	67,5	74,4	90,5	102,5	119,2
Brandenburg	101,8	89,2	80,0	58,9	66,5	78,8	84,2	96,6	114,6	123,8
Dresden	101,8	83,3	69,9	48,6	54,5	64,8	72,6	80,6	88,3	97,4
Düsseldorf	100,4	84,8	69,4	45,8	50,7	65,7	74,2	89,8	103,6	117,4
Hamburg <sup>e)</sup>	108,6	109,0	99,0	51,8	52,3	67,3	78,9	92,9	112,3	127,2
Hannover <sup>e)</sup>	102,8	92,9	78,4	54,0	62,2	66,7	66,5	76,3	90,0	99,4
Hessen	98,7	85,1	69,8	48,1	56,5	67,9	75,6	87,0	101,6	119,5
Kassel	95,6	83,3	67,9	44,3	48,0	64,0	67,2	83,3	98,2	113,7
Köln	97,2	90,7	76,9	50,8	56,1	68,7	73,6	87,2	104,9	124,7
Leipzig	97,2	83,0	71,2	44,5	48,2	59,4	61,9	72,7	86,4	96,7
Magdeburg	98,1	85,0	76,1	58,5	64,1	73,2	79,5	91,5	105,2	116,8
München	102,0	92,3	78,7	52,6	60,6	75,1	87,5	100,6	117,6	136,6
Nordmark <sup>e)</sup>	104,1	101,7	83,5	61,3	68,0	72,3	70,5	82,1	91,1	100,0
Nürnberg	99,0	90,1	78,7	51,6	59,6	65,7	81,8	97,7	119,0	135,4
Ostpreußen	98,2	86,6	83,7	65,2	72,8	89,5	102,9	122,5	137,0	153,6
Pommern	103,2	92,1	82,4	65,0	73,7	84,5	91,8	107,1	119,2	136,1
Schlesien <sup>a)</sup>	98,7	86,0	75,8	53,5	59,2	68,7	75,1	85,0	98,5	110,2
Thüringen	96,0	84,0	73,3	49,3	56,5	69,3	74,7	88,8	106,1	111,7
Weser-Ems <sup>e)</sup>	106,3	101,8	87,1	56,5	66,1	100,8	103,0	122,0	132,9	160,5
Westfalen	102,8	88,5	73,6	46,9	53,6	65,7	77,7	91,2	107,3	123,1
Württemberg	100,7	90,2	76,5	51,5	60,9	78,7	88,3	102,3	118,9	131,8
Würzburg <sup>b)</sup>	97,8	85,4	74,2	50,9	60,9	73,6	94,4	150,9	175,2	241,6
Deutsches Reich	100,8	89,5	76,5	51,4	57,0	70,3	76,5	90,7	105,2	120,3

a) Ab 4. Vj. 1938 mit Altreichsgebiet des Oberfinanzbezirks Troppau. — b) Ab 1936 mit Saarland. — c) Jeweilliger Gebietsstand.  
 Quelle: Die Umsatzentwicklung in den Oberfinanzbezirken, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 43, S. 19.

Tabelle 3: Gesamtsätze je Kopf der Bevölkerung in den Oberfinanzbezirken

RM

Oberfinanz- bezirk	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Baden .....	2 922	2 859	2 458	2 095	1 339	1 504	1 819	2 021	2 282	2 613	3 060
Berlin .....	6 484	6 587	5 787	4 855	3 315	3 505	4 283	4 731	5 704	6 405	7 407
Brandenburg ..	1 837	1 860	1 619	1 443	1 059	1 190	1 398	1 479	1 679	1 973	2 184
Dresden .....	3 270	3 317	2 704	2 258	1 566	1 749	2 071	2 309	2 551	2 781	3 050
Düsseldorf .....	4 206	4 200	3 498	2 847	1 873	2 067	2 658	2 987	3 598	4 131	4 672
Hamburg .....	8 186	8 825	8 796	7 930	4 123	4 145	5 228	4 762	5 613	6 545	7 324
Hannover .....	2 422	2 478	2 228	1 871	1 283	1 482	2 032	2 007	2 282	2 678	2 921
Hessen .....	2 227	2 181	1 866	1 520	1 041	1 218	1 455	1 612	1 849	2 150	2 506
Kassel .....	3 600	3 422	2 965	2 407	1 563	1 689	2 240	2 331	2 876	3 374	3 883
Köln .....	2 571	3 479	2 295	1 929	1 267	1 390	1 690	1 797	2 115	2 532	2 991
Leipzig .....	4 043	3 903	3 311	2 829	1 764	1 910	2 351	2 451	2 882	3 424	3 826
Magdeburg .....	2 538	2 481	2 139	1 909	1 463	1 594	1 806	1 943	2 212	2 514	2 758
München .....	2 044	2 076	1 868	1 587	1 057	1 215	1 493	1 724	1 966	2 282	2 636
Nordmark .....	2 538	2 627	2 556	2 088	1 528	1 691	1 822	1 925	2 206	2 487	2 684
Nürnberg .....	1 995	1 965	1 780	1 548	1 010	1 166	1 405	1 578	1 872	2 265	2 553
Ostpreußen .....	1 205	1 178	1 034	996	774	861	1 048	1 192	1 403	1 556	1 731
Pommern .....	1 769	1 819	1 620	1 445	1 139	1 290	1 465	1 578	1 824	2 018	2 187
Schlesien <sup>a)</sup> .....	1 874	1 842	1 597	1 400	985	1 089	1 252	1 357	1 531	1 770	1 970
Thüringen .....	2 124	2 030	1 769	1 539	1 034	1 184	1 440	1 536	1 810	2 143	2 233
Weser-Ems .....	4 750	5 006	4 750	4 028	2 591	3 011	2 445	2 476	2 892	3 045	3 613
Westfalen .....	2 336	2 386	2 052	1 695	1 075	1 226	1 491	1 755	2 051	2 397	2 789
Württemberg ..	2 709	2 711	2 433	2 038	1 367	1 611	2 061	2 285	2 623	3 010	3 820
Würzburg <sup>b)</sup> .....	1 851	1 799	1 500	1 348	921	1 097	1 316	1 071	2 649	2 107	2 010
Deutsches Reich	2 928	2 934	2 591	2 202	1 474	1 632	2 000	2 134	2 512	2 892	3 285

a) Ab 4. Vj. 1938 mit Altreichsgebiet des Oberfinanzbezirks Troppau. — b) Ab 1936 mit Saarland.

Quelle: Die Umsatzentwicklung in den Oberfinanzbezirken, a.a.O., S. 20.

Tabelle 4  
Veränderungen der Gesamtumsätze je Einwohner in den OFBa)

	Rückgang 1928 - 1932 in % (—)	Anstieg 1932 - 1936 in % (+)	Stand 1936 (1928 = 100)
1) Kassel	— 56	+ 92	1) Hamburgb)
2) Leipzig	— 55	+ 92	2) Leipzig
3) Düsseldorf	— 54	+ 91	3) Magdeburg
4) Baden	— 53	+ 85	4) Dresden
5) Westfalen	— 53	+ 84	5) Baden
6) Hessen	— 52	+ 81	6) Kassel
7) Dresden	— 51	+ 78	7) Schlesien
8) Thüringen	— 51	+ 78	8) Köln
9) Köln	— 51	+ 75	9) Hessen
Reichs- $\phi$	— 49	+ 72	10) Thüringen
10) Württemberg	— 48	+ 70	Reichs- $\phi$
11) Nürnberg	— 48	+ 70	11) Düsseldorf
12) Hamburgb)	— 48	+ 67	12) Nordmarkb)
13) Berlin	— 48	+ 63	13) Westfalen
14) München	— 47	+ 63	14) Berlin
15) Schlesien	— 46	+ 63	15) Brandenburg
16) Hannoverb)	— 46	+ 60	16) Hannoverb)
17) Magdeburg	— 42	+ 59	17) Nürnberg
18) Nordmarkb)	— 39	+ 55	18) München
19) Brandenburg	— 39	+ 44	19) Württemberg
20) Pommern	— 35	+ 36	20) Pommern
21) Ostpreußen	— 35	+ 33	21) Ostpreußen

a) Ohne Würzburg und Weser-Ems wegen Nichtvergleichbarkeit.  
b) Vergleichbarkeit nur begrenzt möglich wegen Gebietsveränderungen.

Tabelle 4 a

Reale Umsätze in den OFB<sup>a)</sup> 1936 (1928 = 100)

Ostpreußen	157	Berlin	116
Pommern	137	Düsseldorf	115
Württemberg	131	Thüringen	114
Nordmark	131 <sup>b)</sup>	Köln	112
München	129	Hessen	111
Nürnberg	125	Schlesien	109
Brandenburg	124	Kassel	107
Weser-Ems	124 <sup>b)</sup>	Baden	105
Hannover	118 <sup>b)</sup>	Dresden	103
Magdeburg	117	Hamburg <sup>b)</sup>	99
Westfalen	117	Leipzig	93
Reich $\phi$	116		

a) Ohne Würzburg wegen Angliederung Saarland.

b) Umgerechnet auf vergleichbaren Gebietsstand von 1932.

Tabelle 5  
Zusammensetzung der Umsätze nach Sektoren 1935 in % (geordnet nach dem Anteil der industriellen Umsätze)

Oberfinanzbezirk	Industrie			Handel			Handwerk	Landwirt- schaft	Sonst.
	insg.	Prod.-I.	davon Konsumg.	insg.	Großhandel	Handel			
Düsseldorf	49,5	33,9	15,6	35,1	25,9	8,1	1,1	6,2	
Württemberg	46,2	24,9	21,3	26,6	17,2	16,6	2,8	7,8	
Kassel	44,8	34,0	10,8	35,1	25,0	11,0	2,4	6,7	
Dresden	43,2	21,2	22,0	29,9	17,6	14,4	3,8	8,7	
Thüringen	41,6	21,8	19,8	24,9	12,4	19,6	6,0	7,9	
Westfalen	41,4	25,2	16,2	33,0	21,0	14,4	3,4	7,8	
Leipzig	39,9	17,7	22,2	37,3	24,3	12,9	1,7	8,2	
Baden	39,3	19,1	20,2	35,2	24,6	13,6	2,3	9,6	
Hessen	39,1	21,9	17,2	30,0	18,0	17,8	5,4	7,7	
Nürnberg	35,9	18,3	17,6	29,7	18,9	18,9	3,9	11,6	
Hannover	35,8	17,8	18,0	32,6	21,7	15,1	8,3	8,2	
Reich- $\phi$	35,7	19,5	16,2	37,4	25,7	13,6	4,4	8,9	
Magdeburg	34,8	18,1	16,7	33,7	21,6	15,2	9,0	7,3	
Köln	34,3	20,5	13,8	41,8	27,6	12,1	3,5	8,3	
Berlin	34,1	20,9	13,2	46,2	34,1	9,8	0,1	9,8	
Schlesien	30,3	14,2	16,1	34,8	21,4	17,3	8,1	9,5	
München	29,0	13,3	15,7	34,8	22,9	18,5	5,9	11,8	
Brandenburg	26,3	12,0	14,3	29,6	15,2	23,4	12,1	8,6	
Hamburg	25,1	8,8	16,3	54,3	45,9	6,5	0,2	13,9	
Nordmark	23,4	10,1	13,3	37,9	22,7	18,7	12,2	8,3	
Pommern	19,5	8,7	10,8	40,3	27,7	16,2	14,7	9,3	
Ostpreußen	16,6	7,8	8,8	40,3	25,8	18,7	13,4	11,0	



Tabelle 6

**Index der Summe der Personalsteuern<sup>a)</sup> je Einwohner nach Landesfinanz-  
ämtern (IFA) von 1930 - 1936**

Basis 1928 = 100

	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936
Deutsches Reich (ab 1935 einschl. Saarland) ....	86,9	66,5	41,6	42,4	54,6	77,7	104,7
Königsberg .....	95,1	82,2	56,9	53,0	70,8	111,4	152,0
Schlesien .....	.	.	.	.	(100) <sup>b)</sup>	(136,7)	(168,3)
Breslau .....	80,5	61,7	38,8	39,8	.	.	.
Oberschlesien .....	79,5	63,4	40,1	42,6	.	.	.
Brandenburg .....	80,7	66,7	45,7	41,2	54,1	83,0	107,7
Berlin .....	93,8	71,6	42,8	47,8	56,2	80,1	106,6
Stettin .....	94,7	75,8	51,5	47,8	64,8	93,4	126,0
Nordmark .....	.	.	.	.	(100) <sup>b)</sup>	(148,4)	(202,0)
Schleswig-Holstein ....	101,7	79,3	48,1	47,5	.	.	.
Mecklenburg-Lübeck ...	93,7	71,3	43,9	42,1	.	.	.
Hamburg .....	.	.	.	.	(100) <sup>b)</sup>	(143,6)	(203,7)
Unterelbe .....	86,9	66,0	39,9	40,8	.	.	.
Dresden .....	85,2	62,5	41,1	39,6	51,7	74,4	93,8
Leipzig .....	74,8	57,0	36,7	33,8	44,5	63,2	81,6
Thüringen .....	80,5	58,7	41,1	37,4	53,1	73,0	97,0
Magdeburg .....	83,6	67,6	45,1	42,9	55,3	81,3	113,8
Hannover .....	92,1	68,8	42,7	42,5	63,1	93,2	127,0
Weser-Ems .....	.	.	.	.	(100) <sup>b)</sup>	(143,5)	(195,3)
Oldenburg .....	98,6	81,0	47,7	47,2	.	.	.
Unterweser .....	74,7	60,8	33,9	35,1	.	.	.
Münster .....	84,3	58,2	35,6	35,6	50,1	73,3	98,8
Köln .....	89,4	68,8	44,4	46,0	56,2	79,6	105,6
Düsseldorf .....	83,7	63,4	35,3	37,6	52,4	78,4	111,7
Kassel .....	82,5	63,8	39,5	41,6	46,8	67,9	91,1
Darmstadt .....	76,8	59,0	37,7	37,4	52,5	74,0	96,0
Karlsruhe .....	88,4	65,1	40,9	43,2	56,3	74,4	98,3
Stuttgart .....	91,0	73,6	47,1	48,3	67,8	100,2	136,6
Würzburg (ohne Saar- land) .....	80,0	65,5	40,3	42,5	55,3	77,8	100
Würzburg (Teil Saar- land) .....	.	.	.	.	.	(100) <sup>b)</sup>	(658)
Würzburg mit Saarland	.	.	.	.	.	(100) <sup>b)</sup>	(146,8)
Nürnberg .....	88,6	69,1	46,7	44,9	60,3	82,7	108,2
München .....	91,1	69,7	46,7	47,7	60,0	87,6	115,4

a) Darin sind enthalten: Lohnsteuer, veranlagte Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer und Vermögenssteuer.

b) Da kein Ausweis für die vorhergehenden Jahre, insbesondere 1928, ist der jeweils erste Ausweis gleich 100 gesetzt.

Quelle: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke in den Rechnungsjahren 1926 bis 1936. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 39 Berlin 1941. — 2. Teil: Zahlenübersichten, S. 2 - 7. — Tabelle I: Entwicklung der regionalen Steuerleistung 1926 bis 1936.

Tabelle 7

**Regionale Steuerleistung 1928 - 1936 (Personalsteuern je E./Mark in den Landesfinanzamtsbezirken)**

LF-Bezirke	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936
Königsberg ...	20,2	20,2	19,2	16,6	11,5	10,7	14,3	22,5	30,7
Schlesien .....	38,8	35,7	31,1	24,1	15,2	15,7	19,9	27,2	33,5
Brandenburg ..	40,5	38,8	32,7	27,0	18,5	16,7	21,9	33,6	43,6
Stettin (Pom- mern) .....	30,1	30,6	28,5	22,8	15,5	14,4	19,5	28,1	37,9
Berlin .....	176,5	180,8	165,5	126,3	75,6	84,4	99,2	141,4	188,2
Dresden .....	74,3	70,7	63,3	46,4	30,5	29,4	38,4	55,3	69,7
Leipzig .....	94,6	89,2	70,8	53,9	34,7	32,0	42,1	59,8	77,2
Thüringen ....	49,2	45,9	39,6	28,9	20,2	18,4	26,1	35,9	47,7
Nordmark ....	48,6	50,0	48,1	32,2	22,7	22,2	25,4	37,7	51,3
Hamburg .....	163,1	163,6	141,7	107,7	65,0	66,5	80,2	115,2	163,4
Magdeburg ...	55,0	52,9	46,0	37,2	24,8	23,6	30,4	44,7	62,6
Hannover <sup>a)</sup> ...	51,4	51,9	46,9	35,1	22,0	21,8	29,7	43,9	59,8
Weser-Ems <sup>b)</sup> ..	70,3	66,4	58,1	46,5	26,4	27,1	36,1	51,6	70,5
Westfalen ....	51,7	49,0	43,6	30,1	18,4	18,4	25,9	37,9	51,1
Köln .....	56,8	56,2	50,8	39,1	25,2	26,1	31,9	45,2	60,0
Düsseldorf ....	90,0	87,6	75,3	57,1	31,8	33,8	47,2	70,6	100,5
Kassel .....	87,6	89,3	72,3	55,9	34,6	36,4	41,0	59,5	79,8
Hessen .....	52,2	57,0	40,0	30,8	19,7	19,5	27,4	38,6	50,1
Baden .....	57,9	56,1	51,2	37,7	23,7	25,0	32,6	43,1	56,9
Württemberg ..	60,9	60,3	55,4	44,8	28,7	29,4	41,3	61,0	83,2
Würzburg <sup>c)</sup> (Mainfranken)	33,2	30,6	25,1	20,8	11,8	14,9	20,5	30,5	39,3
Rheinpfalz <sup>d)</sup> ..	47,2	42,3	38,9	31,6	20,3	19,5	24,3	32,9	42,3
Nürnberg .....	40,5	39,5	35,9	28,0	18,9	18,2	24,4	33,5	43,8
München .....	48,2	47,7	43,9	33,6	22,5	23,0	28,9	42,2	55,6
Reich <sup>e)</sup> .....	65,4	64,4	56,8	43,5	27,2	27,7	23,7	50,8	68,5

- a) Ohne Regierungsbezirke Aurich und Stade.
- b) Mit den Regierungsbezirken Aurich und Stade.
- c) Ohne bayr. Pfalz und Saarland.
- d) Zählt zu Oberfinanzbezirk Würzburg.
- e) Ohne Saarland.

Quelle: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke in den Rechnungsjahren 1926 bis 1938, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 39 (Hg. Statistisches Reichsamt), Berlin 1941.

Tabelle 7 a

**Steueraufkommen in den städtischen Bezirken je E.  
(bis 10 % landw. Bevölkerungsanteil), Reichsdurchschnitt = 100**

Oberfinanzbezirk	Personalsteuer			Umsatzsteuer		
	1928	1932	1937	1928	1932	1937
Ostpreußen (+)	55,7	72,7	81,9	59,7	61,0	69,4
Schlesien (—)	58,3	53,2	45,4	67,0	59,7	50,8
Brandenburg (+)	66,8	80,5	70,1	82,0	73,7	77,1
Berlin (+)	152,8	158,8	157,6	136,9	147,6	147,0
Pommern (+)	76,8	96,0	83,2	83,3	88,6	83,3
Nordmark (+)	71,0	79,2	75,0	83,7	96,5	74,9
Hamburg (—)	141,2	136,6	133,6	92,3	122,2	121,7
Dresden (—)	94,5	100,6	89,7	106,9	105,4	86,3
Leipzig (—)	90,6	80,5	76,7	103,4	93,3	89,5
Thüringen (—)	49,8	47,3	44,4	75,5	61,3	64,5
Magdeburg (+)	87,0	101,9	100,2	94,8	94,0	91,1
Hannover (+)	83,1	88,2	110	95,7	87,6	103,2
Weser-Ems (—)	135,4	117,2	123,8	96,6	122,5	97,3
Westfalen (—)	50,1	42,2	48,4	60,9	53,3	58,5
Köln (+)	87,2	95,0	89,8	97,9	106,0	91,8
Düsseldorf (+)	86,2	73,9	97,8	94,4	91,7	102,8
Kassel (—)	152,1	148,3	138,9	134,8	114,3	134,6
Hessen (—)	95,8	89,7	89,9	93,1	81,6	92,5
Baden (—)	119,7	114,5	99,0	119	111	98
Württemberg (+)	138	167	171	127	127	148
Nürnberg (+)	75	85	82	89	82	96
München (+)	107	123	109	103	100	105

(+) = positive Veränderung der Personalsteuerkraft 1928 - 1937.

(—) = negative Veränderung der Personalsteuerkraft 1928 - 1937.

Tabelle 8: Die Steuerleistung nach Wirtschaftszonen  
Personalsteuern, je Kopf der Bevölkerung, 1928 = 100

Finanzamtsbezirke mit einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsteil	Rechnungsjahr												
	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
bis 10 vH	71,7	88,8	100,0	99,9	88,3	67,0	41,2	42,9	54,5	76,7	103,7	132,2	176,4
über 10 bis 20 vH	71,9	87,6	100,0	94,0	80,5	62,8	40,8	38,8	52,8	75,8	103,1	137,9	186,5
über 20 bis 30 vH	75,6	92,2	100,0	94,6	82,6	64,3	41,0	40,8	56,0	79,1	104,0	136,2	182,0
über 30 bis 40 vH	80,8	93,6	100,0	94,7	84,0	66,9	42,3	42,7	56,9	83,6	112,1	142,7	191,1
über 40 bis 50 vH	82,8	95,6	100,0	97,5	91,1	71,4	47,8	46,8	60,1	85,7	114,8	140,9	182,8
über 50 bis 60 vH	82,3	97,3	100,0	97,3	88,4	66,7	44,2	42,9	57,1	79,6	107,5	131,3	166,0
über 60 vH	80,7	100,9	100,0	99,1	87,7	64,0	43,0	43,0	57,0	77,2	107,9	132,5	185,1
Reichsdurchschnitt	72,8	89,4	100,0	98,5	86,9	66,5	41,6	42,4	54,6	77,7	104,7	135,0	180,3
Abweichungen vom Reichsdurchschnitt (= 100) in vH													
bis 10 vH	+73,9	+75,4	+76,6	+79,2	+79,6	+77,9	+75,0	+79,1	+76,2	+74,9	+74,4	+72,9	+72,8
über 10 bis 20 vH	-17,0	-17,8	-16,1	-19,9	-22,2	-20,7	-17,6	-23,1	-18,8	-17,4	-18,1	-14,3	-13,1
über 20 bis 30 vH	-40,8	-41,2	-43,0	-45,2	-45,8	-44,8	-43,7	-45,1	-41,5	-43,4	-41,9	-42,5	-42,4
über 30 bis 40 vH	-52,3	-55,0	-57,0	-58,7	-58,5	-56,8	-56,2	-56,7	-55,2	-54,0	-53,7	-54,6	-54,5
über 40 bis 50 vH	-64,7	-66,0	-69,0	-69,0	-67,4	-66,7	-64,0	-65,7	-65,0	-66,0	-65,7	-67,6	-68,5
über 50 bis 60 vH	-74,6	-75,6	-77,5	-77,8	-77,1	-77,5	-76,1	-77,3	-76,5	-76,9	-77,0	-78,1	-79,3
über 60 vH	-80,7	-80,3	-82,6	-82,5	-82,4	-83,2	-82,0	-82,3	-81,8	-82,0	-82,7	-82,9	-82,1
Reichsdurchschnitt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9: Die Steuerleistung nach Wirtschaftszonen  
Umsatzsteuer, je Kopf der Bevölkerung in RM, 1928 = 100

	Rechnungsjahr												
	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Finanzamtsbezirke mit einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsteil													
bis 10 vH	87,1	86,7	100,0	100,0	97,9	99,1	135,2	146,8	182,0	191,0	230,0	256,7	295,7
über 10 bis 20 vH	86,5	87,8	100,0	98,6	93,9	92,6	125,0	143,2	178,4	188,5	220,9	252,0	288,5
über 20 bis 30 vH	89,9	89,9	100,0	100,0	97,5	95,8	130,3	148,7	182,4	192,4	222,7	258,8	291,6
über 30 bis 40 vH	93,0	92,0	100,0	103,0	100,0	96,0	129,0	151,0	184,0	198,0	232,0	266,0	298,0
über 40 bis 50 vH	96,5	93,0	100,0	104,7	104,7	98,8	130,2	153,5	182,6	194,2	224,4	257,0	291,9
über 50 bis 60 vH	100,0	92,6	100,0	104,4	107,4	101,5	130,9	155,9	185,3	195,6	226,5	260,3	289,7
über 60 vH	101,7	98,3	100,0	108,6	110,3	98,3	127,6	158,6	189,7	200,0	237,9	275,9	317,2
Reichsdurchschnitt	88,5	88,5	100,0	100,6	98,7	98,1	132,5	147,8	181,5	192,4	226,1	258,6	295,5
Abweichungen vom Reichsdurchschnitt (= 100) in vH													
bis 10 vH	+46,0	+45,3	+48,4	+47,5	+47,1	+50,0	+51,4	+47,4	+48,8	+47,4	+51,0	+47,3	+48,5
über 10 bis 20 vH	-7,1	-6,5	-5,7	-7,6	-10,3	-11,0	-11,1	-8,6	-7,4	-7,6	-7,9	-8,1	-8,0
über 20 bis 30 vH	-23,0	-23,0	-24,2	-24,7	-25,2	-26,0	-25,5	-23,7	-23,9	-24,2	-25,4	-24,1	-25,2
über 30 bis 40 vH	-30,1	-30,0	-36,3	-34,0	-35,5	-37,7	-37,0	-34,9	-33,4	-34,4	-34,6	-34,5	-33,8
über 40 bis 50 vH	-40,3	-42,4	-45,2	-43,0	-41,9	-44,8	-46,2	-43,1	-44,9	-44,7	-45,6	-45,6	-45,9
über 50 bis 60 vH	-51,1	-54,7	-56,7	-55,1	-52,9	-55,2	-57,2	-54,3	-55,8	-56,0	-56,6	-56,4	-57,5
über 60 vH	-57,6	-59,0	-63,1	-60,1	-58,7	-63,0	-64,4	-60,3	-61,4	-61,6	-61,1	-60,6	-60,3
Reichsdurchschnitt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 39, S. 38\*, 40\*.

Tabelle 10: Index der Beschäftigten nach LAA-Bezirken  
 Jahresφ 1930 = 100, jeweils Ende März und September<sup>a)</sup>

LAA ↓ Zeitpunkt →	1930		1931 <sup>a)</sup>		1932		1933		1934		1935		1936		Basis Jahresφ 1930
	März	Sept.	Apr.	Okt.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	
Ostpreußen .....	92,7	105,2	88,8	88,2	73,8	86,3	73,5	99,7	92,5	101,8	89,9	106,5	94,4	109,4	501.162
Schlesien .....	96,7	103,0	83,3	81,6	64,3	73,7	66,8	78,7	82,3	86,5	80,4	89,3	83,5	93,4	1.239.360
Brandenburg .....	99,7	101,4	82,7	79,5	69,6	74,5	71,0	80,5	83,0	91,1	90,0	96,3	94,2	101,6	2.315.864
Pommern .....	94,5	105,7	86,8	86,6	68,9	80,9	70,9	87,9	90,0	97,1	84,9	95,4	88,3	100,1	501.962
Nordmark .....	98,6	100,4	79,5	72,5	62,8	66,0	62,8	69,3	73,2	76,4	78,0	86,1	83,4	91,2	1.261.617
Niedersachsen .....	97,7	101,1	76,9	72,1	62,5	66,2	63,7	73,8	79,5	83,1	82,4	91,6	90,2	99,0	1.226.230
Westfalen .....	102,2	97,8	79,1	72,3	63,4	66,5	65,7	73,1	78,7	84,0	83,5	89,8	88,9	95,6	1.500.780
Rheinland .....	100,8	99,4	83,0	76,4	68,9	68,7	68,2	74,2	80,8	83,8	84,5	88,5	98,7	105,1	2.027.716
Hessen .....	99,3	100,8	73,3	66,9	58,8	61,8	57,8	66,2	71,8	74,8	74,2	79,0	78,6	84,7	1.074.619
Mitteldeutschland	97,7	102,2	73,4	71,5	57,5	64,9	59,8	70,4	73,8	80,1	78,9	88,0	84,9	94,3	1.713.559
Sachsen .....	99,7	102,2	72,5	68,5	58,1	60,6	58,1	65,9	69,8	73,9	71,3	77,4	75,4	82,4	2.010.521
Bayern einschl. Pfalz .....	99,1	102,2	80,0	74,5	64,1	70,2	66,7	76,0	80,0	85,9	83,0	91,5	89,3	97,6	1.853.428
Südwestdeutschl.	100,2	99,7	76,3	72,0	62,6	66,2	64,8	71,7	76,9	80,5	79,9	85,6	85,2	90,7	1.548.373
Deutsches Reich ..	99,1	101,0	78,9	74,5	63,8	68,4	64,9	74,2	78,2	83,2	81,4	88,6	87,4	95,3	18.775.191

a) Wegen Materiallücke für 1931 Ende April und Ende Oktober aus Stat. Jb. 1932, S. 290  
 Quelle: Berechnet nach den Beschäftigtenzahlen in den Statistischen Beilagen zum Reichsarbeitsblatt, hrsg. vom Reichsarbeitsministerium, Jg. 1933 - 1937.

Tabelle 11

**Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Krankenkassenmitglieder)**

LAA Bezirke	1931	1932	1933	1934	1935	1936
Ostpreußen	15,4	20,8	12,9	3,7	3,6	3,3
Schlesien	25,9	34,5	30,5	16,7	15,2	12,2
Brandenburg	25,5	34,2	31,3	16,7	10,8	7,9
Posen	17,6	24,0	17,3	5,1	5,1	4,0
Nordmark	18,9	29,4	28,2	15,9	10,8	7,5
Niedersachsen	19,1	27,0	22,3	9,5	6,0	3,1
Westfalen	24,3	35,1	27,9	14,1	10,9	7,9
Rheinland	25,6	36,3	32,9	19,7	17,0 <sup>a)</sup>	11,7
Hessen	23,7	30,3	27,2	14,6	12,1	8,9
Mitteldeutschland	22,0	29,2	23,0	10,4	6,8	4,1
Sachsen	24,5	33,4	29,0	16,5	13,7	10,1
Bayern einschl. Pfalz	19,8	25,7	22,0	11,4	8,6	5,9
Südwestdeutschland	14,9	19,3	16,6	8,2	5,6	3,7
Deutsches Reich	22,2	30,3	26,1	13,7	10,5 <sup>a)</sup>	7,4

a) Ab 1935 einschl. Saarland.

Eerechnet nach: Statistische Beilagen zum Reichsarbeitsblatt, hrsg. v. Reichsarbeitsministerium Jg. 1932 - 1937.

Tabelle 12

**Empfangsstatistik für Baustoffe  
Index 1928 = 100 (Volumen)**

Jahre Bezirke	1928	1930	1931	1932	1933	1934	1936
1) Provinz Ostpreußen	100	71	63	53	74	115	134
2) Häfen Königsbg., Pillau, Elbing	100	37	37	33	42	100	80
3) Provinz Pommern	100	73	57	46	70	106	126
4) Pommersche Häfen	100	93	60	113	106	100	162
5) Land Mecklenburg	100	59	42	37	56	95	78
6) Häfen Rostock bis Flensburg	100	92	61	38	88	139	198
7) Schleswig-Holstein/Lübeck	100	67	43	35	59	78	80
8) Elbhäfen	100	105	70	50	45	81	81
9) Westhäfen	100	83	41	30	48	57	87
10) Emshäfen	100	79	72	49	55	63	83
11a) Land Oldenbg., Reg.Bez. Lünebg.	100	77	51	43	62	73	104
11b) Reg.Bez. Hannover, Hildesheim, Braunschweig	100	58	59	44	65	86	120
12) Grenzmark Posen/Westpreußen	100	79	54	41	67	106	116
13) Provinz Oberschlesien	100	83	77	70	76	92	117
14) Stadt Breslau	100	57	38	47	50	61	60
15) Provinz Niederschlesien	100	73	51	43	56	73	89
16) Stadt Berlin	100	73	47	36	41	54	70
17) Provinz Brandenburg	100	79	57	50	69	99	121
18) Reg.Bez. Magdeburg/Anhalt	100	85	57	50	76	108	142
19a) Reg.Bez. Merseburg u. Erfurt	100	66	48	41	58	67	89
19b) Thüringen	100	69	49	45	58	78	114
20) Sachsen	100	59	40	39	52	59	64
20a) Leipzig	100	68	45	35	47	57	93
21) Provinz Hessen-Nassau	100	66	47	38	49	62	82
21a) Frankfurt/M. und Umgebung	100	66	63	27	43	56	176
22) Ruhrgebiet/Westfalen	100	66	48	37	41	57	69
23) Ruhrgebiet/Rheinprovinz	100	70	45	36	43	59	80
24) Prov. Westfalen und Lippe	100	71	44	39	47	60	70
25) Rheinprovinz r. d. Rheins	100	70	54	39	44	46	64
26) Rheinprovinz l. d. Rheins	100	82	64	45	54	66	55
26a) Stadt Köln und Umgebung	100	63	57	45	49	67	58
28) Duisburg Ruhrort, -Hochfeld	100	81	37	22	30	46	82
31) Bayerische Pfalz	100	73	57	48	66	102	74
32) Hessen	100	93	58	51	69	76	62
33) Baden	100	74	54	45	57	68	71
34) Städte Mannhm. u. Ludwigshf.	100	67	47	37	41	52	59
35) Württemberg u. Hohenzollern	100	96	60	56	62	71	84
36) Südbayern	100	90	69	70	77	91	109
36a) Stadt München und Umgebung	100	84	66	47	91	90	114
37) Nordbayern	100	78	55	50	62	84	104
Reichsdurchschnitt	100	75	53	44	57	74	90

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs Bde 369, 395, 435, 477, 503 (jeweils Heft II), Die Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1928, 1930 - 34, 1936, hrsg. vom Stat. Reichsamte, Berlin 1929, 1931, 1933, 1936, 1937.



Tabelle 13

**Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung  
an der Gesamtbevölkerung in den OFB<sup>a)</sup>**  
(1933 in %)

Berlin	1,2	Köln	20,3	Brandenburg	28,8
Untereibe	2,1	Magdeburg	21,2	Würzburg	28,8
Unterweser	2,5	Kassel	21,4	Nürnberg	29,9
Düsseldorf	5,1	Darmstadt	21,5		
Leipzig	5,7	Schleswig- Holstein	22,1	Mecklenburg- Lübeck	33,1
Dresden	11,4			Oldenburg	33,4
Münster	13,1	Breslau	25,0	München	34,1
Thüringen	17,7	Oberschlesien	25,7	Stettin	38,9
		Stuttgart	28,2	Königsberg	42,2
		Hannover	28,3	Reichs- $\phi$	20,9

a) Gebietsstand vor der Neuordnung der norddeutschen Bezirke.  
Quelle: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke, a. a. O., S. 29<sup>e</sup>.

**Tabelle 14: Die Arbeitslosen in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern 1928 - 1940<sup>1</sup>**  
(Nach den Meldungen der Arbeitsämter)

Städte	Anzahl der Arbeitslosen					Arbeitslose je 1 000 Einwohner								
	1928 <sup>2</sup>	1929 <sup>2</sup>	1932	1933	1936	1938	1940 <sup>2</sup>	1928	1929	1932	1933	1936	1938	1940 <sup>2</sup>
Aachen	4 819	3 415	16 235	14 389	9 777	2 558	218	30,9	21,9	99,6	83,3	60,1	15,7	1,3
Altona	6 414	6 528	29 462	28 516	10 347	3 498	10	28,2	23,7	121,7	117,8	42,8	5,4	0,1
Augsburg	4 899	4 846	17 047	14 964	3 498	948	10	29,6	29,3	96,3	84,7	19,8	5,4	0,1
Berlin	132 672	153 812	596 390	582 562	173 023	56 710	1 778	37,2	37,2	140,5	137,5	40,8	13,4	0,4
Beuthen OS.			13 976	9 878	2 805	483	11			115,5	81,7	23,2	4,0	0,1
Bielefeld	7 140	5 503	36 190	26 282	7 847	1 102	70	33,8	26,0	114,9	83,6	24,9	3,5	0,2
Bochum	5 750	6 434	19 256	16 804	2 068	346	13	39,3	43,9	122,6	107,1	12,4	2,1	0,1
Braunschweig	7 315	11 043	40 951	34 415	5 730	1 307	51	24,8	37,4	126,8	106,3	17,7	4,0	0,1
Bremen	21 383	23 978	91 075	87 093	49 276	15 981	295	35,7	40,0	145,7	139,3	78,8	25,6	0,5
Breslau														
Chemnitz	3 320	13 761	59 220	50 526	20 025	6 007	334	10,0	41,5	168,7	144,1	57,1	17,1	1,0
Darmstadt	11 987	9 557	73 575	64 787	25 777	3 795	42	26,3	21,0	136,0	119,9	47,7	10,3	0,4
Dortmund	17 179	23 488	87 892	82 788	39 663	11 144	293	27,7	37,9	136,9	127,5	61,8	17,4	0,5
Dresden	9 755	12 236	56 103	58 648	16 668	5 419	349	22,5	28,3	112,4	117,6	33,4	10,9	0,6
Düsseldorf	10 962	10 155	63 805	56 605	20 236	4 940	582	55,1	49,6	145,0	128,6	45,9	11,2	1,3
Duisburg-Hamborn	4 244	4 006	18 856	16 918	4 642	938	83	31,3	29,5	130,0	116,8	32,0	6,3	0,5
Erfurt	16 564	11 658	76 801	71 312	29 784	7 222	779	35,2	24,8	117,4	109,0	45,5	11,0	1,2
Essen														
Frankfurt (Main)	10 460	16 184	65 209	60 725	27 017	8 230	248	19,4	30,0	117,2	109,4	48,6	14,8	0,4
Freiburg	10 906	5 204	35 141	34 617	16 094	3 877	396	32,8	15,7	105,5	104,2	48,4	11,7	1,2
Gelsenkirchen	2 611	2 552	10 761	9 958	4 399	1 127	11	24,7	24,2	96,9	89,6	39,6	10,1	0,1
Gleitwitz	2 112	2 900	20 658	16 332	4 164	504	55	20,9	28,8	139,7	110,0	28,1	3,4	0,4
Hagen (Westfalen)	3 082	6 419	26 060	23 074	5 323	1 394	95	15,8	33,0	124,7	110,5	25,4	6,6	0,4
Halle a. S.	31 967	33 591	134 812	144 233	62 851	28 939	1 129	29,6	31,1	119,4	128,2	55,7	17,3	0,7
Hamburg	11 215	12 368	54 949	51 781	8 177	1 676	32	26,5	29,3	123,7	118,0	18,4	3,8	0,1
Hannover	3 694	3 840	16 948	15 527	5 058	1 149	407	34,9	36,3	150,0	137,8	44,9	8,8	0,2
Harburg-Wilhelmsbg.	2 204	2 065	13 573	15 161	5 574	1 149	407	18,0	16,8	104,4	116,2	42,7	8,8	0,2
Hindenburg OS.														

Fortsetzung Tabelle 14

Städte	Anzahl der Arbeitslosen					Arbeitslose je 1 000 Einwohner								
	1928 <sup>2)</sup>	1929 <sup>2)</sup>	1932	1933	1936	1938	1940 <sup>2)</sup>	1928	1929	1932	1933	1936	1938	1940 <sup>2)</sup>
Karlsruhe	2 417	3 175	14 141	14 115	5 038	1 794	19	16,6	21,8	91,2	91,1	31,5	9,9	0,1
Kassel	3 610	2 865	19 908	18 627	4 120	928	13	21,1	16,7	113,7	105,4	21,1	4,7	0,1
Kiel	7 867	8 647	28 386	25 077	2 261	738	23	36,8	40,4	130,2	115,0	10,4	3,4	0,1
Köln a. Rh.	16 911	16 920	83 080	78 269	39 953	13 940	439	24,2	24,2	109,7	104,3	52,8	18,4	0,6
Königsberg (Pr.)	6 576	8 571	31 982	33 365	3 365	3 169	221	23,5	30,6	101,2	58,2	10,6	10,0	0,6
Krefeld	3 459	4 125	15 184	13 037	5 954	1 782	17	26,4	31,5	92,0	78,9	36,0	10,8	0,1
Leipzig	12 728	18 168	99 557	93 770	35 609	8 453	548	18,7	26,8	139,6	131,6	49,8	11,8	0,8
Ludwigshafen	2 333	3 312	11 865	11 165	3 985	621	10	22,9	32,5	110,9	106,1	37,1	4,5	0,1
Lübeck	3 666	5 097	19 753	16 502	2 510	869	6	30,4	42,2	153,1	127,5	18,9	6,5	0,0
Magdeburg	8 614	8 753	34 692	29 545	5 107	1 450	15	29,3	29,8	113,0	96,4	16,6	4,7	0,0
Mainz	2 896	4 008	17 030	15 603	6 095	1 779	12	26,7	36,9	119,0	109,6	42,7	11,8	0,1
Mannheim	6 414	8 670	33 607	31 552	10 759	3 312	39	25,9	35,0	122,2	114,3	39,1	12,0	0,1
Mülheim a. d. Ruhr	3 422	2 737	16 134	13 364	2 520	703	93	26,9	21,5	121,3	100,4	18,9	5,3	0,7
München	19 120	21 937	75 067	72 683	18 237	6 307	131	28,1	32,2	102,1	98,9	24,8	8,3	0,2
M.-Gladbach-Rheydt	4 309	4 190	20 859	19 642	5 145	1 289	41	37,4	36,3	164,2	164,2	40,6	10,2	0,3
Münster (Westfalen)	1 487	1 362	6 139	4 642	1 499	453	72	14,0	12,8	50,3	38,0	12,3	3,7	0,5
Nürnberg	11 590	12 796	55 599	47 714	13 572	2 955	14	29,5	32,6	135,6	116,3	33,1	7,2	0,0
Oberhausen	3 110	2 691	22 895	21 390	8 035	1 146	22	29,5	23,5	119,2	111,2	41,8	6,0	0,1
Plauen	4 594	3 422	20 102	19 446	8 102	1 335	55	41,2	30,7	176,3	170,8	71,2	11,7	0,5
Remscheid	1	1	12 312	9 357	1 802	284	17	17,8	12,9	92,5	17,8	2,8	0,2	0,2
Saarbrücken	1	1	12 312	9 357	4 855	1 241	395	17,8	12,9	92,5	17,8	2,8	0,2	0,2
Solingen	11 548	11 040	23 450	20 836	7 485	1 537	37	45,4	43,4	167,5	148,8	53,4	11,0	0,3
Stettin	4 051	5 106	32 744	27 547	7 860	4 103	12	11,8	14,9	90,8	102,2	29,0	15,2	0,0
Stuttgart	3 745	5 347	18 739	18 128	9 594	2 635	44	24,6	35,2	117,1	113,5	60,1	16,5	0,3
Wiesbaden	8 521	9 777	56 177	50 470	17 332	3 717	96	47,7	54,8	137,3	123,6	42,4	9,1	0,2
Wuppertal	1	1	12 312	9 357	1 802	284	17	17,8	12,9	92,5	17,8	2,8	0,2	0,2
Würzburg	1	1	12 312	9 357	1 802	284	17	17,8	12,9	92,5	17,8	2,8	0,2	0,2

1) Im Jahresdurchschnitt. — 2) Stand am 31. Dezember.

Quelle: Stat. Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, hg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949, S. 485.

## Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus im Spiegel der österreichischen Gesandtschaftsberichte 1933/34

Von *Gustav Otruba*

Im Österreichischen Staatsarchiv, Bundeskanzleramt, Archiv der Republik finden sich unter den Gesandtschaftsberichten aus Berlin in den Faszikeln 11 und 12 auf etwa 350 Seiten wertvolle Hinweise zur Neuordnung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Deutschlands in den Jahren der Machtergreifung des Nationalsozialismus 1933/34. Umfangmäßig bilden sie etwa ein Viertel der gesamten Gesandtschaftskorrespondenz. Bis Ende März stammen sie aus der Feder des Geschäftsträgers Meindl<sup>1</sup>, ab April aus jener des Gesandten Tauschitz<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Laut Personalakt im Bundeskanzleramt wurde Dr. *Josef Meindl* am 9. Mai 1876 geboren. Nach juristisch-politischen Studien promovierte er am 20. Sept. 1899 und trat im gleichen Jahr seinen Dienst beim Oberlandesgericht in Wien an. 1901 - 1902 wirkte er in der Finanzprokuratur in Wien, im November 1903 wurde er in das Handelsministerium versetzt. Er begann seine Laufbahn als provisorischer Postkonzipist, wurde 1909 provisorischer Ministerialuntersekretär, 1913 Ministerialsekretär und erhielt im April 1918 den Titel eines Sektionsrates. Seit 29. Jänner 1919 stand er in Verwendung bei der österreichischen Gesandtschaft in Berlin und wurde im Dezember 1926 Legationsrat 1. Klasse. Aufgrund des Bundesgesetzes vom 18. August 1932 (Wartegeld-Gesetz) wurde er nach 35 Jahren effektiver Dienstzeit „zwecks Erzielung von Einsparungen in der Verwaltung“ in den dauernden Ruhestand versetzt. Er starb bereits am 29. Juni 1934.

<sup>2</sup> Ing. *Stefan Tauschitz* wurde am 9. Juli 1889 in Hörtendorf bei Klagenfurt geboren, absolvierte die Realschule in Klagenfurt und erwarb Sprachkenntnisse aus Deutsch, Französisch, Italienisch, Slowenisch und Serbokroatisch. Anschließend absolvierte er die Technische Hochschule in Wien, leistete von 1914 - 1918 Wehrdienst und erlitt in Serbien schwere Verwundungen. Als Teilnehmer des Kärntner Abwehrkampfes wurde er mit dem Kärntner Kreuz ausgezeichnet. Nach seinem Studium übernahm er den kleinen landwirtschaftlichen Besitz seines Vaters in Hörtendorf und betätigte sich auch als Obmann der dortigen landwirtschaftlichen Brennereigenossenschaft. 1927 wurde er als Mitglied des Landbundes in den Kärntner Landtag gewählt. Vom 27. Oktober 1931 bis 20. Oktober 1932 war er Präsident des Landtages, seit 1927 wirkte er auch als Nationalrat im Wiener Parlament. Als Nachfolger des Ende November 1932 in den dauernden Ruhestand getretenen Gesandten der Republik Österreich, Dr. Frank, in Berlin wurde er am 28. Jänner 1933 designiert und erhielt am 6. Februar 1933 das Agreement der Reichsregierung. Am 10. Februar 1933 genehmigte der österreichische Ministerrat seine Beglaubigung als Gesandter in Berlin, seine Dienstantrittsmeldung erfolgte am 11. März 1933, und das Amtsübernahmeprotokoll vom 23. März trägt neben seiner Unterschrift auch die des Geschäftsträgers

Ein- bis zweimal im Monat erfolgte ein allgemeiner Bericht über die politische und wirtschaftliche Lage, wobei je nach Umständen auch manchmal ausschließlich über ein einziges Wirtschaftsproblem oder neue gesellschaftspolitisch relevante Gesetze Bericht erstattet wurde. Bei der gebotenen Kürze können uns im folgenden nicht die Berichte der Fakten vordringlich interessieren, obgleich die Frage, was berichtenswert überhaupt erschien, durchaus schon ein wichtiges Auswahlkriterium bildet, sondern allfällige Beurteilungen von Ereignissen und Charakteristiken sowie Wertschätzungen politischer Persönlichkeiten aus der Sicht des Berufsdiplomaten, der dafür ein geschultes Auge besitzt.

Allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß Hitler am Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise gewissermaßen als ‚Deus ex machina‘ die politische Bühne betrat. In den Berichten des Geschäftsträgers Meindl wird aber deutlich, daß sehr konkrete wirtschafts- und gesellschaftspolitische Weichenstellungen bereits von den Vorgängerregierungen des Nationalsozialismus vollzogen worden sind. Am 6. September 1932 erschienen die längst erwarteten Notverordnungen der Regierung Papen. Dazu Meindl<sup>3</sup>: „Es läßt sich nicht leugnen, daß die Regierung mit dieser Verordnung, die wohl einen bedeutenden Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches darstellt, sehr viel Mut und Optimismus an den Tag gelegt hat. Um ein Bild zu gebrauchen, ist dem Patienten, der bisher auf strengste Diät gesetzt war, nunmehr kräftige und reichliche Kost verordnet worden und die Frage ist nur, ob der Patient nach der strengen Hungerkur diese Kost und insbesondere in diesem Ausmaße schon verträgt. Die Notverordnung fußt auf der Überzeugung der Regierung, daß der Tiefpunkt der Krise bereits er-

---

Dr. Meindl. Tauschitz erhielt die Bezüge seines Vorgängers, allerdings nur als Vertragsbediensteter zunächst auf drei Jahre zugesichert. Am 10. Juli 1934 wurde er zum Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten bestellt und als solcher am 11. Juli vereidigt, aber bereits am 3. August 1934 vom Bundespräsident von diesem Posten wieder enthoben. Als Gesandter führte er den Titel eines bevollmächtigten Ministers. Aus der privaten Korrespondenz des Aktes geht hervor, daß Tauschitz am 24. Jänner 1937 sich bei dem zuständigen Staatssekretär bitter darüber beschwerte, daß ihm Andeutungen einer Versetzung nach Prag zu Ohren gekommen seien: „Dies sei für ihn nicht nur eine Existenzfrage sondern es gehe auch ... in erster Linie um die Verteidigung seiner politischen Reputation ... und schließlich darf ich noch meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß ein Beamter auf dem Berliner Posten keineswegs mehr zu erringen in der Lage sein wird als ich.“ Vom 13. bis 18. Februar 1937 führte er eine Dienstreise nach Kaunas durch, da er auch in Litauen als Gesandter akkreditiert war. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er sofort zwangspensioniert. Eine Aktennotiz vom 21. Dezember 1938 vermerkt seine Vorsprache bei Regierungsrat Seidl im Staatsarchiv in Angelegenheit der Höhe seiner Pension mit der Bitte um Intervention. Er soll erst im Jahre 1973 in Hörtendorf verstorben sein.

<sup>3</sup> Ö. St. A., Archiv der Ersten Republik, Gesandtschaft Berlin Fasz. 11 ff.

reicht oder vielleicht sogar schon um ein Kleines überschritten ist.“ Die Notverordnungen wollten durch ein System von Steuergutscheinen, die Steuernachlässe für die letzten fünf Jahre gewährten, die Ankurbelung der Wirtschaft in den nächsten Monaten in die Wege leiten. Man rechnete mit einer  $\frac{3}{4}$  Milliarde, die der Industrie und der Reichsbahn zur Verfügung gestellt werden könnten, wodurch 1 - 1 $\frac{1}{2}$  Millionen Arbeitsloser wieder in den Arbeitsprozeß eingestellt werden könnten. „Ob diese Ziffern nicht etwas optimistisch sind, läßt sich jetzt noch nicht beurteilen.“ Weiters wurde die Regierung ermächtigt, auf dem Gebiet der Sozialversicherung und des Tarifrechts Vorschriften zu erlassen, deren mangelnde Elastizität bisher in vielen Fällen die Neueinstellung von Arbeitern verhindert hatten. Hinzu kamen noch kreditpolitische und finanzpolitische Maßnahmen. „Die Börse reagierte darauf seit einigen Tagen mit einer Hausse, auch die Presse begrüßte das System der Steuergutscheine.“ Meindl hoffte, daß durch die Notverordnungen die Stellung der Regierung im Reichstag wieder gefestigt werden würde, jedoch bereits am 17. November demissionierte das Gesamtkabinet Papen, und am 2. Dezember erteilte der Reichspräsident dem Reichsweheminister von Schleicher den Auftrag zur Neubildung einer Regierung, die bereits einen Tag später ins Amt trat. Nur die Entscheidung über die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fiel erst am 4. Dezember, nachdem sich die bisherigen Minister für Wirtschaft und Ernährung, Prof. Warmbold und Freiherr von Braun, in heftigen Auseinandersetzungen über ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm geeinigt hatten. Während der vierzehntägigen Kabinettskrise stand auch die Betrauung Adolf Hitlers zur Diskussion, jedoch konnte sich Hindenburg persönlich nur schwer hierzu entschließen, und er knüpfte deshalb den Auftrag einer Kabinettsbildung an bestimmte schriftlich formulierte Bindungen, die Hitler zurückwies, solange „er das persönliche Vertrauen des Reichstagspräsidenten nicht besitze“. Meindl berichtete, er habe in dieser Zeit Gelegenheit gehabt, mit hohen Beamten und gut informierten Herren aus wirtschaftlichen Kreisen zu sprechen: „Diese Gespräche drehten sich insbesondere um das Verhältnis Hindenburg - Hitler. Es wurde in diesen Gesprächen, wie schon so oft, als der größte Fehler Hitlers bezeichnet, daß er sich als Revolutionär auf die legale Basis festgelegt und damit in seiner Bewegungsfreiheit selbst geknebelt habe. ... Reichsminister a. D. von Raumer bezeichnete die Tatsache, daß Hitler kein Intellektueller sei, zwar als kein Hindernis für seine hypnotische Anziehungskraft auf die Massen, aber als einen schweren Mangel für einen Staatsmann, der sich schon darin zeige, daß mit Hitler eine Diskussion über sein Programm so gut wie ausgeschlossen sei. ... Hitler selbst fühle zumindest im Unterbewußtsein,

daß er durch die Übernahme des Kanzlerpostens in seiner Führerposition nichts zu gewinnen, aber unter Umständen viel zu verlieren hätte und fürchtete daher angeblich nichts so sehr, wie seine Ernennung zum Reichskanzler. . . . Der Bestand der nationalsozialistischen Bewegung ist aber nicht nur für den Führer, sondern auch für das Reich von großer Bedeutung, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Bewegung sehr viele der besten Jugendelemente angehören, die von glühendem Patriotismus beseelt sind. Es wird sich daher für die Reichsregierung nun die Notwendigkeit ergeben, eine Lösung der finanziellen Seite dieser Bewegung zu finden. Im ganzen schätzt man die Zahl der SA-Leute auf rund 300 000, von denen die Hälfte anderweitig beamtet und daher versorgt, während 150 000 als reine Hitler-soldaten anzusprechen sind, die nun auf irgendeine Weise finanziell sichergestellt werden müssen. Die Schulden der nationalsozialistischen Partei werden auf ca. 14 Millionen Mark geschätzt und da Hitler im jetzigen Kampf unterlegen ist, wird wohl das Reich in irgendeiner Weise das nationalsozialistische Schuldenproblem lösen müssen. Dabei wird die finanzielle Hilfeleistung des Reiches naturgemäß ein Atout der Regierung gegenüber Hitler bedeuten. Wie mir Reichsinnenminister von Geyl sagte, denkt man u. a. daran, die vorerwähnten 150 000 reinen SA-Leute in die Jugendverbände des Arbeitsdienstes einzureihen und die von der Partei für diese ihre Leute aufgewendeten Kosten gegebenenfalls unter dem Titel der ‚Ersetzung der Ausbildungskosten‘ zu liquidieren. . . . Es sei psychologisch von größter Bedeutung, wie bereitwillig sich junge Leute für die Nothilfsarbeiten zur Verfügung stellen, wenn sie dafür in einer Uniform paradiere können.“ Meindl erkundigte sich im Auswärtigen Amt nach dem Programm der neuen Regierung und erfuhr folgendes: „Der Grundgedanke des Kabinetts ist Arbeitsbeschaffung und Versuch einer Verständigung mit den Parteien (u. zw. nicht nur mit den großen bürgerlichen Parteien, sondern auch mit den Sozialdemokraten) und mit den Gewerkschaften. (Dies kommt schon durch die Bestellung Syrups zum Arbeitsminister zum Ausdruck.) . . . Da das Kabinett kein Kampfkabinett ist, folgt, daß alle nicht unbedingt aktuellen Reformpläne zurückgestellt werden sollen (vor allem die Verfassungsreform) und daß eine Änderung des sozialen Teiles der Papenschen Notverordnung erwartet werden kann. . . . Die Einigung zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft von Braun hinsichtlich der neuen Grundsätze der Handelspolitik soll eine Zurückstellung der Frage der Kontingentierung bringen, gegen welche sich auch das Auswärtige Amt stets ablehnend verhalten hat. Die 700 Millionen für Steuergutscheine, soweit sie noch nicht ausgestellt wurden und dies fand bisher nur in geringem Ausmaß statt, werden für direkte Arbeits-

beschaffung verwendet, ohne daß dadurch die Stabilität der Währung gefährdet wird.“

Am 21. Dezember berichtete Meindl über die innenpolitische Situation am Ende des Jahres 1932, daß u. a. das erwartete Gesetz über die Aufhebung des zweiten sozialpolitischen Teiles der Notverordnungen vom 4. September vom Reichsrat angenommen worden sei. Im übrigen meinte er, daß alle Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) kein Interesse an einer Auflösung des Reichstages haben, ganz besonders aber nicht die Nationalsozialisten, die bestimmt weitere Stimmverluste bei einer Neuwahl erleiden würden: „... Die Regierung hat ein Interesse daran, zu verhindern, daß die nationalsozialistische Partei auseinanderfällt. Wie mir in der Reichskanzlei versichert wurde, hat Hitler in der Partei jetzt eine Stellung wie vielleicht noch nie zuvor. Dadurch trete jedoch etwas Starres in seine Haltung, das an Cäsarenwahn grenze. Ein Ausfluß davon sei die Art, wie er seine treuesten Mannen entläßt. Bei den Verhandlungen in der Reichskanzlei habe er sich auf ‚innere Stimmen‘ berufen, was pathologisch anmute. Die Mitglieder der Partei zeigen eine eigentümliche Mischung von Idealismus mit egozentrischen Gefühlen und halten auch in finanzieller Beziehung vollständige Disziplin. Die Partei verfügt im Monat über ca. 1 - 1½ Millionen Mark Mitgliedsbeiträge, die selbst von den Ärmsten pünktlich bezahlt werden.“

In handelspolitischer Hinsicht gimt die Frage der Kontingentierungen als überholt, jedoch dürfte an deren Stelle die Kündigung bestehender Handelsverträge treten, um unbequeme Bindungen loszuwerden und freie Hand für Zollerhöhungen zu gewinnen.

Dies wurde Meindl bei einem Frühstück von Ministerialdirektor Ritter bestätigt, das zu Ehren des englischen Botschafters Rumbold bei Ministerialdirektor Köpke stattfand<sup>4</sup>.

Der Bericht vom 16. Jänner 1933 beschäftigt sich mit den Beziehungen von Landwirtschaft und Regierung, insbesondere über einen Vorstoß des Reichslandbundes, der zu einem Konflikt mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie und der Reichsregierung geführt hat: „Im Grunde sei die neuerliche Haltung des Landbundes nichts anderes als die im Gewand einer angesehenen Interessenvertretung verkleidete nationalsozialistische Opposition gegen die Regierung. Das Programm der Landwirtschaft in Deutschland ebenso wie in Österreich hat verschiedene Aspekte, nationale, sozialistische, grenzpolitische und wirtschaftliche. ... Die nun einmal eingeleitete Politik der Subventionen macht immer wieder neue Subventionen nötig. Die Landwirtschaft be-

<sup>4</sup> Ebenda Fasz. 12 ff.



findet sich in einem Stadium permanenter Hilfsbedürftigkeit. ... Man rechnet damit, daß im Laufe eines einzigen Jahres im Rahmen der Osthilfe rund 700 landwirtschaftliche Kredite abgeschrieben werden müssen. ... Das gleiche gilt von der Handelspolitik des Deutschen Reiches. Die Butterzollregelung im Frühjahr ist gegen die starke Opposition der Industrie durchgesetzt worden und sie hat die deutschen Exportinteressen schwer geschädigt. ... Die Reichsregierung ist daher entschlossen, im Interesse der Gesamtwirtschaft und auch der Landwirtschaft selbst die notwendigen Grenzen der agrarischen Subventionspolitik zu respektieren.“

Am 1. Februar stand die Neubildung der nationalsozialistischen Regierung im Mittelpunkt des Berichtes: „Hitler tritt an sein neues Amt mit einem sehr ruhigen Kopf heran, wie es seiner Eigenschaft als geschickten Taktiker entspricht. Später dürften sich vielleicht Meinungsverschiedenheiten mit Hugenberg ergeben, gegenwärtig setzt er jedoch alles daran, um den deutschnationalen Führer in guter Laune zu erhalten. Auch vom Reichsminister Frick dürften Überraschungen nicht zu erwarten sein. Solche können eher von Göring kommen. Vorderhand hat sich der Regierungsapparat gut eingespielt und es liegt in der Absicht des neuen Staatssekretärs Lammers (der aus der Bürokratie und nicht aus der Partei stammt), Versuche der Einmischung des Parteiapparates entschieden fernzuhalten. ... Zunächst ergibt sich für Hitler dieselbe Frage wie für Schleicher: Was soll mit dem Reichstag geschehen? ... Hitler wird bestimmt alles vermeiden, was irgendeinen Verfassungsbruch bedeuten könnte. Wahrscheinlich wird er sofort Neuwahlen ausschreiben. ... Wenn also Hitler durch die Neuwahlen 51 % der Stimmen bekommen sollte, ist seine politische Lage gesichert, er kann den Reichstag vertagen, solange er will. Wenn er aber diesen Prozentsatz nicht erreicht, gibt es für ihn nur zwei Möglichkeiten: entweder einen Staatsstreich, zu dem sich Hitler infolge seiner Ablehnung eines Verfassungsbruchs kaum entscheiden wird oder das Verbot der kommunistischen Partei. ... Durch die Kassierung von 100 kommunistischen Mandaten ergibt sich für Hitler eine klare Majorität und er kann bis auf weiteres ohne Reichstag regieren.

Der Eintritt Hitlers in die Regierung zeigt eine gewisse Parallelität mit dem Mussolinis. Er beginnt keineswegs mit einer großen Gefolgschaft von Parteiministern, sondern teilt die Ministersessel mit den Deutschnationalen (Hugenberg) und dem Stahlhelm (Seldte) und hat außer seinen Kanzlerposten nur das Innere mit einem Parteigenossen besetzt, während er sich allerdings durch die Wahl des Reichswehrministers zumindest einen großen Einfluß auf die Reichswehr gesichert hat. Ein Problem erster Ordnung ist für Hitler die Unterbringung der SA-Leute. Er hat sich selbst dahin ausgesprochen, daß er verpflichtet ist,

diesen Leuten ein Ziel zu geben und er sie daher zunächst im neuen Wahlkampf zu beschäftigen beabsichtigt. . . .

Wirtschaftspolitisch droht eine größere Gefahr von Hugenberg als von Hitler. Hugenberg ist bekanntlich Verfasser des absoluten Autarkiegedankens. Die Vereinigung des Reichswirtschafts- und des Ernährungsministeriums in einer Hand ist an sich bei der gegenwärtigen politischen Lage eine sehr glückliche Lösung, aber ob die Besetzung dieser zusammengelegten Ressorts gerade durch Hugenberg vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen nicht sehr bedenklich ist, wird erst die nächste Zukunft zeigen. Gerade hier liegt aber der Punkt, wo das Ausland anfängt, ängstlich zu werden wegen der Ungewißheit der Pläne Hugengebgs hinsichtlich der Wiederaufnahme des Kontingentierungsgedankens, der Herabsetzung von Zinsen etc. Dem Kabinett Schleicher lag eine Agrarnovelle vor, in der mit der Kontingentierungspolitik gebrochen und den Agrariern dafür ein Ersatz durch Zoll-erhöhungen geboten wurde, die nach dem Ablauf der Verträge mit Schweden, Holland und Jugoslawien erfolgen sollten. Wie sich Hugenberg zu dieser Agrarnovelle stellt, ist noch nicht bekannt. Er hat ja eigentlich zwei Seelen in seiner Brust, indem er einerseits nach Austritt aus dem Finanzdienst und vor Eintritt in die Politik durch Jahre Direktor bei Krupp war und durch diese Tätigkeit der Schwerindustrie und dem Kapitalismus nahe steht, andererseits aber gerade in Agrarfragen, wie oben erwähnt, den absoluten Autarkiegedanken vertritt. . . . Deutschland dürfte einer Dr. Eisenbart-Kur entgegengehen. Hitler zu berufen war jedenfalls leichter wie ihn zu stürzen, wenn er einmal die Macht in der Hand hat und jede Kritik zu unterdrücken in der Lage ist. . . .“

Am 6. Februar folgte der erste Lagebericht über das Kabinett Hitler: „Vorgestern Abend bei einem Diner in kleinem Kreise, das der Herr Reichsaußenminister zum Abschied des hiesigen ungarischen Gesandten Herrn von Kanya gab, hatte ich Gelegenheit, mit Herrn Ministerialdirektor Köpke über das neue Regime zu sprechen. Die in meinem letzten Bericht angekündigte Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen in kurzem Termin ist inzwischen erfolgt. . . . Köpke bezeichnete die Person Hitlers als das geringste Gefahrenmoment im neuen Kurs, als das größte Goebbels. Hitler sei ein Gläubiger, ein Idealist, ein Primitiver; Goebbels dagegen ein Gewaltmensch. Eine weitere unerfreuliche Erscheinung im Kabinett sei Hugenberg, von dem Köpke in seinem bekannten Sarkasmus sagte, er sei ‚so stur, daß er nicht einmal eine Schallplatte im Bauch habe‘. . . . Für eine gefährliche Klippe des neuen Regimes hält Köpke die durch die Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei bedingten Personalveränderungen. . . . Auch die kurzfristige Zielsetzung für die SA-Mann-

schaften im Wahlkampf löse das Problem der Unterbringung nicht endgültig, da die spätere Verwendung dieser Leute im Siedlungsprogramm einerseits auf den Mangel der erforderlichen Mittel im Rahmen dieser Aktion und andererseits auf den Widerstand dieser an eine sensationsreichere Tätigkeit gewöhnten Leute stoßen muß. ... Wenn Hitler der Wahlerfolg versagt bleibt, der keineswegs als sicher angenommen werden kann, sieht Köpke den Bürgerkrieg, wobei die Situation ganz anders sein werde wie im Jahre 1918, wo die gemäßigten Elemente unter Ebert die Revolution zu zügeln vermochten, während jetzt die Gefahr besteht, daß sich alle besonnenen Elemente von der Staatsführung zurückziehen würden. Die nächste Absicht Hitlers sei zweifelsohne, sich bei den Wahlen so selbständig zu machen, daß er Hugenberg ausschiffen kann.“

Im Vergleich zu den Äußerungen des hohen und einflußreichen politischen Beamten erscheint es Meindl interessant, auch die Auffassung aus den Kreisen der Wirtschaft und haute finance zu registrieren: „Ich habe zufällig am Tage darauf in einer Privatgesellschaft den Direktor der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, Oskar Wassermann, getroffen, der durch sein Unternehmen in ständiger Fühlung mit der Großindustrie und dem Großkapital steht. Seine Ansichten verdienen schon im Hinblick darauf eine Beachtung, weil er seit Jahren als finanzpolitischer Berater des Reichsministeriums für Finanzen der Reichsbank dient und als ein ungeheuer gemäßigter und wie ich einschalte, mehr als theoretischer wie als kommerzieller Fachmann gilt. Herr Wassermann sagte mir, er könne sowohl seiner Rasse als seinem Berufe nach bestimmt nicht verdächtigt werden, Angehöriger der Nationalsozialistischen Partei zu sein, aber er habe an zuständigen Stellen schon seit Jahresfrist immer wieder darauf hingewiesen, daß die nationalsozialistische Partei in die Regierung eingeschaltet werden müsse. Es sei ein Nonsens, gleichzeitig gegen die nationalsozialistische und die sozialdemokratische Partei auf die Dauer regieren zu wollen. Ein solcher Versuch könne durch eine kurze Spanne Zeit von höchstens einigen Monaten, aber keineswegs auf die Dauer von Jahren gemacht werden. Außerdem dürfe man nicht vergessen, daß die nationalsozialistische Partei doppelt so viel Stimmen als die nächst größte Partei habe und ihr daher auch moralisch das Recht auf politische Führung zustehe. Er sehe daher in der Betrauung Hitlers mit dem Kanzlerposten eine Selbstverständlichkeit, die früher mit geringeren Erschütterungen und billiger zu haben gewesen wäre. In der heutigen Lage sehe er die größte Gefahr in der Übernahme der zwei großen wirtschaftlichen Ressorts, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie eines Teiles des Reichsarbeitsministeriums (Tariffragen etc.) durch die Per-

sönlichkeit des Herrn von Hugenberg. Diese Machtvollkommenheit Hugenbergs löse die größte Beunruhigung in den Kreisen der Industrie und Finanz aus. Gegenwärtig finden in Berlin bekanntlich die Stillhalterverhandlungen statt, und es ist für die Finanzunterhändler ein geradezu untragbarer Zustand, nicht zu wissen, ob ihre Vereinbarungen die Billigung der Regierung finden werden oder nicht. Über die diesbezügliche Einstellung Hugenbergs ist sich nicht einmal der Reichsfinanzminister Graf Krosigk im klaren, wie sich Wassermann aus einer Unterredung mit demselben überzeugen konnte. Dieser gefährliche Zustand wird noch potenziert dadurch, daß Hugenberg den Staatssekretärsposten im Reichswirtschaftsministerium neu besetzt hat durch einen Mann, der nicht über die geringsten technischen Vorkenntnisse auf diesem Gebiete verfügt, während Staatssekretär Schwarzkopf entlassen wurde und eine zeitweilige Einberufung Trendelenburgs nicht durchsetzbar erschien. Es sind also die zwei wichtigsten wirtschaftlichen Posten, des Ministers und des Staatssekretärs, mit Outsidern besetzt, die auf diesem für die Wirtschaft des Reiches so eminent wichtigen Gebiete keinerlei Vorkenntnisse und Erfahrung besitzen. So wie Köpke nimmt auch Wassermann an, daß sich Hitler nach den Wahlen von Hugenberg trennen und mit dem Zentrum eine Koalition herbeizuführen sich bemühen wird. Die nationalsozialistische Partei sei doch eine antikapitalistische sozialistische Partei, die auf die Dauer unmöglich mit den Deutschnationalen zusammengehen könne und daher auf eine Koalition mit dem Zentrum angewiesen sei, welche im Prinzip für ein aufbauendes Programm zu haben ist und politisch immer noch die Schlüsselstellung einnimmt. . . . Interessant ist es, daß man in Wirtschaftskreisen den Ausbruch eines Bürgerkrieges nicht für ein solches Unglück ansieht wie in Regierungskreisen. Man steht in den ersteren vielmehr auf dem Standpunkt, daß ein Bürgerkrieg schließlich nicht länger dauern könne als drei bis vier Tage und es besser sei, durch einen solchen Bürgerkrieg zu einer Klärung zu gelangen, als die schleichende Wirtschaftskrise weiter zu schleppen. Die Wirtschaft sieht in der Person des Reichswehrministers eine große Sicherung für die Neutralität der Reichswehr . . .“

Im nächsten Bericht zur innenpolitischen Lage berichtete Meindl über ein neuerliches Gespräch mit Ministerialdirektor Köpke: „Auf meine Frage, wie man im Auswärtigen Amt die Folgen der Machtergreifung Hitlers beurteile, erwiderte Ministerialdirektor Köpke, daß er diesbezüglich zwischen der Person Hitlers und der nationalsozialistischen Partei als solcher unterscheiden möchte. Wie schon bei früheren Gesprächen, über die ich seinerzeit Bericht erstattet habe, bezeichnete auch jetzt Ministerialdirektor Köpke die Person des Reichskanzlers selbst als einen gemäßigten, seiner Verantwortung bewußten, von idealer

Zielsetzung durchdrungenen Politiker, in dessen Partei jedoch gefährliche radikale Strömungen bestehen, deren Exponent in erster Linie die Person Görings sei. Es werde sich nun zeigen müssen, wie weit der Kanzler sich diesen gefährlichen Einflüssen zu entziehen vermag. Die hervorstechende Charaktereigenschaft Hitlers, seine Weichheit, ermöglicht seiner Umgebung leicht eine Beeinflussung. Seine radikalen Parteifreunde sind daher auch ängstlich bemüht, ihn einer engeren Fühlungnahme mit seinen nicht zur Partei gehörigen Ministerkollegen fernzuhalten. ... Auf meine Frage, ob Hitler sich nach der beabsichtigten kurzen Tagung des Reichstages von Hugenberg trennen werde oder nicht, erwiderte Köpke, daß er eine solche Trennung für höchst unwahrscheinlich halte, obzwar das Programm der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ein verschiedenes sei. Während Hitler die Lebensmittel verbilligen wolle, werden sie durch Hugenbergs Maßnahmen verteuert. Dieser Verteuerung sucht man von der anderen Seite dadurch entgegenzutreten, daß an besonders notleidende Bevölkerungskreise Lebensmittel wie Butter, Mehl etc. verbilligt oder gratis abgegeben werden sollen. Wer sich bei dieser charitativen Aktion das Säckel füllen werde, bleibt noch abzuwarten. Während die nationalsozialistische Partei im Grunde eine sozialistische Partei ist, die von einer Wiedereinsetzung der Hohenzollern nichts wissen will, ist die deutschnationale Partei bekannterweise monarchistisch eingestellt. ... So sichtbar das Spiel der verschiedenen am Hebel stehenden Kräfte ist, so wenig läßt sich heute noch der Ausgang dieses Ringens prophezeien, doch setzt man im Auswärtigen Amt die Hoffnung auf die bisher bewiesene Mäßigung des Kanzlers.“

Am 8. April erfolgte der erste Bericht über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland durch den neuernannten Gesandten Tauschitz: „Der Boykott jüdischer Geschäfte wurde am Mittwoch, den 5. April nicht mehr aufgenommen und erklärte bezeichnenderweise diesmal die Reichsregierung, daß der Boykott seine Wirkung gegen die Greuelpropaganda getan habe und nicht mehr fortgesetzt werden muß. Die Partei erklärte hierzu, daß die Boykottstaffeln so bereit zu stehen haben, daß die Wiederaufnahme jederzeit, wenn erforderlich, möglich sei. Die erste und in die Augen fallendste Folge des Boykottes ist nach hiesiger Überzeugung die Nichtverlängerung des Rediskontkredites der Reichsbank. Der Rediskontkredit hatte ursprünglich die Höhe von 125 Millionen Dollar und war zu gleichen Teilen gegeben von den Banken von Frankreich, England, der Federal Reservebank und der BIZ in der Julikrise des Jahres 1931. ... Bei den Verhandlungen über den Modus einer Verlängerung ergaben sich Schwierigkeiten, über deren Quellen man hier sehr verschiedener Ansicht ist. Während die

einen meinen, daß sie in Paris zu suchen sei, behaupten andere wieder, daß eher England und Amerika diesmal die Schwierigmacher waren. Wo immer der größte Widerstand gegen eine Verlängerung bzw gegen den modus vivendi zu suchen sei, ist gleichgültig, das eine ist sicher, daß er wegen der Boykottbewegung nicht gefunden werden konnte. . . . Wenn dies eine in Erscheinung tretende Hauptfolge des Boykottes ist, so lassen sich natürlich eine Reihe anderer anführen. Der Außenhandel soll kolossal zurückgegangen sein, so daß man schon für den Monat März keinen Exportüberschuß mehr erwartet, während er im Februar noch 27 Millionen Reichsmark betragen hat. Eine große Anzahl prominenter Personen jüdischer Abstammung haben Deutschland verlassen. In Amsterdam sind 1 500 Personen, die aus Deutschland geflüchtet sind. Die weiteren Maßnahmen der Regierung bezüglich der Rechtsanwälte, von denen bekanntlich in Berlin nur 35 zu den Gerichten zugelassen werden und von den Ärzten, die aus der Krankenkassenpraxis und aus den verschiedenen Wohlfahrtsämtern entlassen werden, dürften weitere Abwanderungen zur Folge haben. In Berlin allein schätzt man die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte auf 2 000. . . . Die Störung des Wirtschaftslebens bezieht sich nicht nur auf den Außenhandel, sondern macht sich auch sehr deutlich bezüglich des inneren Marktes bemerkbar. Nach zahlreichen Berichten von Vertretern der Wirtschaft der verschiedensten Zweige ist eine Stagnation des Wirtschaftslebens festzustellen, wie sie in dieser großen Form seit dem Kriege nicht mehr zu verzeichnen war. Die Industrie bekommt überhaupt keine Aufträge mehr und bereits erteilte Aufträge sind notorischermaßen wieder zurückgezogen worden. Ebenso umfangreich ist die Auswirkung des Boykottes auf das gesamte Kunstleben Deutschlands. Es sind mit einer rücksichtslosen Systematik sämtliche Künstler nicht arischer Provenienz nicht nur aus allen öffentlichen Funktionen ausgeschlossen worden, sondern es ist auch dazu gekommen, daß z. B. noch so berühmte jüdische Musiker keine öffentlichen Konzerte mehr geben können. . . . Von besonderer Wichtigkeit auf politischem Gebiete ist die Umwälzung des deutschen Lebens im Sinne des Nationalsozialismus, die nach der Gleichschaltung von Reich und Ländern nunmehr auch eine Gleichschaltung zwischen Reichsregierung und Länderregierungen und eine Gleichschaltung der großen wirtschaftlichen Verbände herbeigeführt hat. Das Wesentliche dieser Gleichschaltung zwischen Ländern und Reich besteht darin, daß in den deutschen Ländern — mit Ausnahme von Preußen — nunmehr der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Reichsstatthalter ernennt, die ihrerseits die Befugnis erhalten, die Vorsitzenden der Landesregierung und auf deren Vorschlag die übrigen Mitglieder der Landesregierungen zu ernennen. In Preußen übt der Reichskanzler die Rechte des Reichsstat-

halters aus. . . Gewiß nicht ausschlaggebend, aber zweifellos mitbestimmend für dieses Gesetz war der Ministerpräsident von Preußen, wofür man die Ernennung Görings erwartet. Mit dem Gesetz über die Einsetzung der Reichsstatthalter hat der deutsche Föderalismus, von dem ja auch noch in Weimar wesentliche Reste erhalten geblieben waren, zu bestehen aufgehört. . . Der Vollständigkeit halber erwähne ich, daß auch in den verschiedenen wirtschaftlichen Körperschaften von Belang, wie im Reichsverband der deutschen Industrie, in vielen Handelskammern, bei den Handwerkskammern und im Verbandswesen des Einzelhandels wesentliche Veränderungen vor sich gegangen sind, die auch als eine Gleichschaltung auf diesem wirtschaftlichen Organisationsgebiet bezeichnet werden können. Schließlich hat sich für die Landwirtschaft eine Reichsführergemeinschaft gebildet, der hervorragende Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Bauernschaften, des Reichslandbundes und der heute sowohl der NSDAP wie dem Zentrum nahestehenden Bauernvereine angehören. Bei dieser Reichsführergemeinschaft, deren Schirmherrschaft Reichskanzler Hitler übernommen hat, handelt es sich übrigens um den größten organisatorischen Zusammenschluß, der bisher in Deutschland verzeichnet wurde. Den Vorsitz übernimmt der nationalsozialistische Agrarpolitiker Dr. Walter Darré, die Federführung der Präsident des Reichslandbundes Graf Kalkreuth.

Die diesjährige Generalversammlung der Reichsbank wurde durch eine bedeutsame Rede des neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht eröffnet, die im Zeichen eines kühlen nüchternen Optimismus stand. Bemerkenswert aus dieser Rede sind einige Sätze, auf die ich mir besonders hinzuweisen erlaube. Der früher besprochene Rediskontkredit der Reichsbank hat dieser 55 Millionen Zinsendienst gekostet. Schacht sagt, „wenn diese Rückzahlung die Folge haben sollte, daß dem Ausland der ganze Ernst der deutschen Devisenlage klar zum Bewußtsein kommt, so würde damit nur eine erfreuliche Wirkung erzielt sein“. Die lobende Anerkennung der Widerstandskraft der Sparkassen und Genossenschaften, also der Marktorganisation des Kleinkredites wurde hervorgehoben und ihm besondere Förderung in Aussicht gestellt. . . Von Bedeutung ist noch die Frage der Behandlung der Zinshöhe, die etwa auf folgende Formel gebracht wurde: „Beabsichtigt ist eine Anreicherung des eingefrorenen Zahlungsverkehrs der einzelnen Länder zueinander und einer vorsichtigen und sparsamen Finanzpolitik verbunden mit pfleglicher Behandlung des Geldmarktes mit dem Ziel einer organischen und echten Abtragung der Zinshöhe.“

Zur Nichtbewilligung einer Verlängerung des Rediskontkredites wird am 12. April ergänzt, daß der Hauptwiderstand vermutlich aus Paris gekommen sei, weil die Reichsbank die französische Tranche des noch

70 Millionen Dollar betragenden Kredites als erste zurückgezahlt hat: „Daß diese Rückzahlung des Rediskontkredites der Reichsbank Folgen für die Devisenbewirtschaftung und vielleicht auch für die Bewertung der Mark haben wird, halte ich nicht nur für wahrscheinlich, sondern glaube, daß diese Tieferbewertung der Mark, die in den letzten Tagen auf den verschiedenen Börsenplätzen erfolgt ist, teils auf den Rückgang des Außenhandels und teils auf diesen Umstand zurückzuführen ist. ... Als Zweck des Beamtengesetzes wird die Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentums erklärt. Im Reich, insbesondere in Preußen wurde seit 9. November 1918 eine wirklich stattliche Anzahl sogenannter Parteibuchbeamten angestellt, die oft nicht die primitivste Vorbildung oder Kenntnisse für das betreffende Amt, zu dem sie berufen wurden, mitbrachten. Dieses Gesetz beinhaltet die Außerdienststellung dieser Parteibuchbeamten, die keinerlei Anspruch auf Pension haben. ... Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. Nichtarische Beamte können nur dann im Reichs-, Landes- und Gemeindedienst verbleiben, wenn sie schon vor dem 1. August 1914 im Staatsdienst waren oder wenn sie im Felde, und zwar in der Kampffront gestanden oder wenn deren Söhne oder Väter gefallen sind. ... Ursprünglich hätten für Berlin nur 35 jüdische Rechtsanwälte zugelassen werden sollen. In letzter Minute gelang es jedoch, sozusagen eine Gleichschaltung zwischen dem Beamten- und dem Anwaltsgesetz herbeizuführen. ...“

Während der Osterfeiertage ruhte jede gesetzgeberische Tätigkeit. Sie wurde erst nach Rückkehr des Reichskanzlers am 21. April wieder aufgenommen: „Aber auch seit dieser Zeit sind keine Gesetze von Bedeutung erschienen. Es scheint, daß man nach dem ersten Wurf erst die Wirkung abwarten will, bis man wieder größere gesetzgeberische Akte erläßt. Das Gesetz gegen die Überfüllung und Überfremdung der Hochschulen ist das einzig nennenswerte und sieht vor, daß die Zahl der Schüler und Studenten so weit zu beschränken ist, daß die gründliche Ausbildung gesichert und dem Bedarf der Berufe genügt wird. Bei Neuaufnahmen ist darauf zu achten, daß die Zahl der Reichsdeutschen, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nichtarischer Abstammung nötig sind, unter der Gesamtheit der Besuche jeder Schule und jeder Fakultät den Anteil der Nichtarier an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigt. Die Anteilzahl wird einheitlich für das gesamte Reichsgebiet festgesetzt werden. An den deutschen Universitäten wurde durch den Kultusminister mit sofortiger Wirkung eine große Anzahl von jüdischen Professoren beurlaubt. Weitere Maßnahmen sind angekündigt. ...“

Die Ernennung des Grafen von Quadt-Isny zum Mitglied der bayerischen Regierung als Chef des neugegründeten bayerischen Wirt-



schaftsministeriums ist deshalb bemerkenswert, weil doch Quadt Mitglied der bayerischen Volkspartei ist, und sich nunmehr dadurch Hitler, der schon seinerzeit ein Mitglied der bayerischen Volkspartei in die Regierung einbeziehen wollte, durchgesetzt hat. ... Vielleicht ist dies auch als ein Beginn der Heranziehung bürgerlich konservativer Kreise an den totalen Staat zu werten, deren aufbauender Kräfte man auf die Dauer doch nicht entraten könne. ...

Schließlich mahnt der ‚Ring um Deutschland‘, das — abgesehen von Italien — vorübergehend isoliert ist, zu einer besonnenen Außenpolitik. Befreundete Länder, mit denen Deutschland eine stark aktive Handelsbilanz besitzt, bewilligen ihren Importeuren nur so viel Devisen für Käufe aus Deutschland, als Deutschland selbst von ihnen kauft. Zunächst aber konnte im Außenhandel noch im März ein Exportüberschuß von 63,7 Millionen Mark erzielt werden und bedeutet dieser Exportüberschuß eine Steigerung von 37 Millionen Mark gegenüber Februar. ...

Bei der Bildung des Kabinetts Hitler-Papen-Hugenberg hat letzterer die Forderung gestellt, daß in seiner Person alle Wirtschaftsministerien des Reiches und Preußens vereinigt werden. Hugenberg ist nur auf Grund dieser Vereinbarung in das jetzige Kabinett eingetreten und begründete dies damit, um das bisherige Gegeneinander der Wirtschaftsressorts zu vermeiden und einen gesunden Ausgleich zwischen landwirtschaftlichen, industriellen und mittelständlerischen Interessen zu erreichen. Diese Zusammenfassung könne auf längere Sicht zu einer erheblichen Arbeitersparis sowohl für den Minister als auch alle sonst Beteiligten einschließlich der Wirtschaftsführer führen, denn sie beseitige viel Reibungen und Doppelarbeit und bedeute somit bei folgerichtiger Durchführung eine große Vereinfachung des Geschäftsbetriebes. Das Preußenkabinett wurde nun ernannt, die Ernennung Hugenbergs jedoch zum preußischen Landwirtschafts- und Handelsminister steht noch aus. Und es steht fest, daß zwischen Hugenberg und der NSDAP um diese Stelle ein heftiger Kampf geführt wird. ... Eine Nichternennung Hugenbergs zum preußischen Landwirtschafts- und Handelsminister würde den ersten, nach außen hin sichtbaren großen Riß der Regierungskoalition aufzeigen. Wie der Streit ausgehen wird, vermag man heute noch nicht vorauszusagen. Jedenfalls zeigen Artikel der nationalsozialistischen Presse, insbesondere aber eine Entschließung der ostpreußischen Landwirtschaftskammer gegen Hugenberg deutlich die Anstrengungen der Nationalsozialisten, diese Ministerien in die Hand zu bekommen. ... Die ostpreußischen Landwirte bitten darum Adolf Hitler ,dafür zu sorgen, daß die Notwendigkeit der Abkehr von der liberalistisch unbäuerlichen Agrarpolitik und die Hinwendung zur sozialistischen und bäuerlichen Agrarpolitik in Zukunft mehr

berücksichtigt werden möge. Dies könne jedoch nur dann geschehen, wenn ein Nationalsozialist die Führung übernehme.' ... Von nationalsozialistischer Seite wird die Ernennung des dritten Landbundpräsidenten Willikens zum preußischen Minister für Landwirtschaft, Forsten und Domänen gefördert. ...

Die Reise Schachts nach Washington wird als eine Desavouierung von Botschafter Luther aufgefaßt. Bekanntlich wurde Luther zum Botschafter in Washington doch in erster Linie in Hinblick auf seine ausgezeichneten amerikanischen Verbindungen und seine guten Beziehungen, die er seit mehr als einem Jahrzehnt mit Roosevelt unterhält, ernannt. Der Hauptgrund soll aber in der Lösung der verschiedenen Währungsprobleme zu suchen sein. Gewiß kann man auch die Reise Schachts damit begründen, daß sie mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der zu behandelnden Probleme eine Unterstützung Luthers bedeutet. Andere hingegen vertreten die Meinung, daß alles, was in Deutschland gemacht wird, nur dann gut ist und von Haus aus der Sanktion der Reichsregierung sicher ist, wenn zumindest ein Vertrauensmann der NSDAP mitgewirkt hat. ...“

Unter der Überschrift „Die sozialistische Entwicklung in Deutschland“ wird am 17. Mai über die ‚1. Mai-Feier in Berlin‘ berichtet: „Als Auftakt für die 1. Mai-Feier, als die Feier des Tages der nationalen Arbeit, in der der deutsche Arbeiter in den Mittelpunkt der nationalen Gesellschaft gestellt werden sollte und gestellt wurde, kann man eine Rede des Ministerpräsidenten Göring werten, die er in der ersten Betriebszellenorganisationstagung in den letzten Aprilwochen dieses Jahres hielt. In dieser Rede sagte Göring, daß man nicht von einer nationalen und nicht von einer sozialen Revolution in Deutschland sprechen dürfe, sondern die Revolution war und ist eine sozialistische, und es wäre der Zweck dieser Revolution nicht erreicht, wenn nach ihrer Durchführung in Deutschland noch Knechte übrig bleiben würden. ...

Der 1. Mai war die weithin leuchtende Aufnahme des deutschen Arbeiters in die deutsche Gesellschaft in einem Rahmen, wie ihn speziell die Reichshauptstadt Berlin noch kaum erlebt und gesehen hat. Es war dies aber auch gleichzeitig ein Bekenntnis des neuen Deutschlands zum Sozialismus reinsten Prägung. Schon die äußere Aufmachung in den Straßen mit den verschiedenen Aufschriften wie ‚Ehret die Arbeit, achtet den Arbeiter‘, ‚Für den deutschen Sozialismus, gegen den Ständesdünkel‘, ‚Es wird in Zukunft nur noch einen Adel geben, den Adel der Arbeit‘ usw. hat dargetan, in welcher Richtung die neue Entwicklung gehen wird. Gegenüber früheren marxistischen Maifeiern ist zweifellos ein Unterschied feststellbar: die Abkehr vom Klassenkampfgedanken und von der internationalen Verbrüderung, die allgemein

zum Ausdruck kam und insbesondere in der Rede des Reichskanzlers in dem Satze den Höhepunkt fanden, daß er die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, kurz die deutschen Menschen, wieder zueinander führen — und wenn sie nicht wollen — zueinander zwingen will. . . .

Am 2. Mai setzte schlagartig die Gleichschaltung der Gewerkschaften ein, die bis zum ersten Kongreß des deutschen Arbeitertums, dessen Schirmherrschaft Reichskanzler Hitler übernommen hat, am 10. Mai beendet war. In der Zwischenzeit sind zahllose Eingriffe seitens verschiedener Parteifunktionäre in die Privatwirtschaft erfolgt, und es bedurfte wiederholter energischer Verfügungen, um diese wilden Einzelaktionen abzustoppen. Hat schon vorher Göring als Reichskommissar und später als Ministerpräsident wiederholt Einzelaktionen der SA gegenüber verschiedenen Leuten verboten, so sah sich in dieser Zeit beispielsweise der Leiter des agrarpolitischen Amtes der NSDAP Walter Darré gezwungen, zu erklären, daß kein Grund für ein eigenmächtiges Vorgehen gegenüber den genossenschaftlichen Einrichtungen im Lande und auf den Märkten bestehe. Ebenso hat Reichsminister Hugenberg in einer offiziellen Erklärung gegen die ununterbrochen erfolgten Eingriffe in Wirtschaftsunternehmungen und Organisationen Stellung bezogen. Der Sachberater für Wirtschaftspolitik der NSDAP Dr. Otto Wagener hat ebenfalls eine Erklärung gegen sinnlose Eingriffe in die Wirtschaft erlassen. Solche sinnlosen Eingriffe bestanden darin, daß beispielsweise Leiter der NSBO und auch der SA in Verwaltungsratssitzungen gegen die Höhe der Ausschüttung einer 7%igen Dividende Einspruch erhoben und die Reduktion auf 4% einfach verfügten. Von einem anderen Betrieb ist mir bekannt, daß der NSBO-Vertreter der Unternehmung mitteilte, daß von nun ab die 38 Stundenwoche gelte, die Entlohnung jedoch die gleiche bleibe. Die Entfernung mißliebigen Direktoren oder höherer Beamten von Unternehmungen wurde mit Androhung des Streiks verlangt und wurden solche Verlangen in der Regel von Erfolg begleitet. Nur aus dem Umstand, daß diese von ernst zu nehmender Seite mitgeteilten Eingriffe auf Wahrheit beruhen, ist es zu erklären, daß der Leiter des Wirtschaftsamtes der NSDAP, Reichskommissar für die Wirtschaft Dr. Otto Wagener im Verein mit dem Führer der deutschen Arbeitsfront Dr. Ley — angeblich früher Levy — es notwendig gefunden haben, einen achtwöchigen Waffenstillstand in der Wirtschaft zu proklamieren. . . .“

Ebenso gewährt Einblick in die Zustände der deutschen Wirtschaft ein Vorschlag Dr. Otto Wagens, der eine Amnestie für Steuerhinterziehung und Kapitalflucht in Erwägung zieht für den Fall, daß die Missetäter einen Teil ihres flüssigen Vermögens und insbesondere des ins Ausland verschobenen Kapitals für eine großzügige nationale Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung zu stellen bereit sind. . . .

Es wirke hemmend für den Wiederaufbau der Wirtschaft, wenn die Persönlichkeiten, mit denen er durchgeführt werden solle, in ihrer Entschlußfähigkeit behindert sind, wenn sie dauernd erwarten müssen, auf Grund irgendeiner Anzeige in die Gefängnisse zu wandern, und selbst für die Finanzierung einer großzügigen Arbeitsbeschaffung ist ein Hindernis, wenn diejenigen Vertrauen und Zuversicht verlieren, die einmal zu Hauptkreditträgern gehören. Dem gesamtdeutschen Volk und dem Arbeiter sind wir es schuldig, den letzten Mann und auch den letzten Groschen zur Mitarbeit heranzuziehen. . . .

In einer großen Rede vor dem Kongreß des deutschen Arbeitertums im preußischen Staatsrat betonte Hitler mit besonderem Nachdruck, daß der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nunmehr aufhören müsse, weil der Sieg der einen oder der anderen Gruppe immer zum Nachteil des deutschen Volkes ausschlagen müsse. Es darf in Zukunft keine Sieger und keine Besiegten mehr geben, und er selbst bot sich als der ehrliche Makler zwischen den beiden Gruppen, wo es ja im Anfang immer zwangsläufige Gegensätze geben wird, an. Daß diese Maklertätigkeit nur von den Unterführern der Partei bewerkstelligt werden kann, halte ich für selbstverständlich und es ist auch klar, daß die Entscheidung, die letzten Endes in den Händen der Leute liegen wird, gewöhnlich zugunsten der Arbeitnehmer ausfallen wird. Ich habe das Gefühl, daß ein Regime, das auf außenpolitische Erfolge kaum in der nächsten Zeit rechnen kann, das auch handelspolitische Erfolge im nennenswerten Maße kaum wird aufweisen können, sich immer mehr und mehr in den breiten Massen und in den Unterschichten des Volkes verankern muß, selbst dann, wenn es nicht schon im Programm der nunmehr Staat gewordenen Partei festgelegt wäre. Ich sehe daher in der Entwicklung des jungen Deutschlands immer deutlicher die Entwicklung zum deutschen Sozialismus, der auch nicht vor dem Agrarproblem Halt machen wird. Auf dem Gebiet des Agrarsozialismus ist jedoch bisher bis auf den Konflikt NSDAP - Hugenberg in der Entschuldungsfrage der deutschen Landwirtschaft noch kein weiteres Symptom aufgeschienen. Ich bin jedoch überzeugt, daß auch in der Agrarpolitik die Entwicklung zum Sozialismus kommen wird.

Mit 1. Juni d. J. tritt für Preußen mit Ausnahme einiger im Gesetz genannter Kreise das bäuerliche Erbhofrecht in Kraft. Neu ist am preußischen Erbhofgesetz nur der Arierparagraph, der insofern noch eine interessante Neuerung bringt, als er die Wiederherstellung der Vollbürtigkeit ermöglicht. Die Familien, die in der weiblichen Linie in der dritten Generation jüdisches Blut haben, sind von der Eintragung in die Anerbenrolle ausgeschlossen. Bei Übergabe des Besitzes an die nächste Generation, also wenn das jüdische Blut erst im vierten

Grade vorhanden ist, gelten die Familien wieder als vollbürtig und werden auf diese Weise des Erbhofrechtes in vollem Umfang teilhaftig.

Bei der Ernennung der preußischen Minister ist Hugenbergs Ernennung zum preußischen Landwirtschaftsminister ausgeblieben. ... Am vergangenen Sonntag machte der thüringische Landbund einen Vorstoß und verlangte sogar die Enthebung Hugenbergs vom und die Ernennung Walter Darrés zum Reichswirtschaftsminister. ... Wie ich schon oben erwähnt habe, hat Hugenberg in der Entschuldungsfrage für die deutsche Landwirtschaft insofern eine Niederlage erlitten, als die NSDAP unter Führung Walter Darrés seinen Vorschlag abgelehnt hat. ... Die Agrarpolitiker der NSDAP vertreten die Ansicht, daß die Schlüsselfrage zur Gesundung der Landwirtschaft im Zinsproblem steckt. Hugenberg hingegen vertritt den Standpunkt, daß es fraglich ist, ob vom Standpunkt der Landwirtschaft aus der Vorschlag einer Zwangsherabsetzung der Zinsen auf 2 % im Endergebnis einen Vorteil darstelle und vertritt die Ansicht, daß es wichtiger sei, die Landwirtschaft von der Einnahmenseite zu sanieren, da er in dieser Aussprache darauf hinweist, daß ein Steigen des Milchpreises um 1 Pfg, das er durch das soeben erlassene Fettgesetz erreicht habe, der Landwirtschaft mehr bringe als ein Zinsunterschied von 2 auf 4 $\frac{1}{2}$  %, wie er in seinem Vorschlag enthalten ist. ... Ich glaube, diesem Bericht der Aussprache Hugenberg - Darré entnehmen zu können, daß der Hugenbergsche Ent- und Umschuldungsvorschlag als abgelehnt zu betrachten ist und zweifellos die Position Hugenbergs im Kabinett erschwert. Indes scheint mir aber, daß Hugenberg in seinem Kampf um die Bedeutung im Kabinett die außenpolitische Lage des Reiches zustatten kommt, da man mit Rücksicht auf diese kaum einen innerpolitischen Konflikt wird heraufbeschwören wollen. Daß ein solcher Konflikt eintreten würde, geht wohl aus dem Umstand hervor, daß Hugenberg schon selbst erklärt habe, daß das Ermächtigungsgesetz nur für die ‚gegenwärtige Regierung‘, und als solche sei die vom Reichspräsidenten am 30. Januar eingesetzte Regierung zu betrachten, gelte.

Das Statistische Reichsamts veröffentlicht nunmehr die Handelsbilanz für den Monat April d. J. Der Ausfuhrüberschuß beträgt 61 Millionen Mark und weist somit gegenüber dem Monat März eine Senkung um 3,6 Millionen auf. Das ganze Handelsvolumen aber weist einen starken Rückgang von 11 % auf, da die gesamte Einfuhr von 362 Millionen im März auf 321 Millionen im April gefallen ist und die Ausfuhr von 426 im März auf 382 Millionen im April gesunken ist, d. i. um 10 %. Ich habe über diese Frage, die ja für die Beurteilung der deutschen Wirtschaft sehr entscheidend ist, wiederholt mit verschiedenen Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft gesprochen. Die einen — und dazu gehört auch der Präsident des österreichischen Statistischen

Amtes, Dr. Drexel, — meinen, daß auf die Ziffern wohl kein Verlaß wäre und es sehr die Frage ist, ob die Handelsbilanz nicht, wie man es braucht, frisiert ist. Andere hingegen wieder vertreten die Ansicht, daß die Ziffern wohl stimmen dürften, daß es sich aber um eine Kapitalflucht aus Deutschland in Form von Ware handelt, die die Handelsbilanz längere Zeit hindurch noch in günstigem Sinne beeinflussen wird. . . . Die Vertreter der Ansicht, daß die Handelsbilanz eben am Papier aktiv bleiben müsse, meinen auch, daß aus demselben Grund und mit denselben Mitteln die Arbeitslosenziffern stetig fallen werden. Eine Entscheidung, welche der beiden Ansichten die richtige ist, vermag ich nicht zu fällen, da eine Kontrolle nicht möglich ist.

Aus gut unterrichteter Quelle erfahre ich, daß die Regierung beabsichtigt hat, den Arierparagraph auch auf die Reichswehr und die Reichsmarine auszudehnen. Gegen diese Absicht hat der Reichspräsident entschieden und von Erfolg begleiteten Einspruch erhoben. Von einem Arierparagraph in den beiden genannten Wehrformationen wäre nach Angabe meines Gewährsmannes eine sehr große Anzahl von aktiven Offizieren und Generälen betroffen worden. Er nannte die Ziffern von 30 - 40 %. Wenn diese Ziffern vielleicht auch übertrieben sind, so steht es doch fest, daß das Offizierscorps durch jüdische Heiraten stark verjudet ist und dadurch eine sehr große Anzahl betroffen worden wäre. . . .“

„Der am Freitag, den 26. Mai tagende Ministerrat hat bei dem Tagesordnungspunkt ‚Sanktionen gegen Österreich‘ den Beschluß gefaßt, die Ausreise nach Österreich von einer Sichtvermerksgebühr von 1 000 RM abhängig zu machen, wobei Ausnahmen nur für den regulären Geschäftsverkehr und kleinen Grenzverkehr, nicht aber für den Ausflugsverkehr bewilligt werden.“

Tauschitz berichtet dazu am 31. Mai aus Berlin: „Die Diplomaten, mit denen ich über diese Frage sprechen konnte, vertreten allgemein die Ansicht, daß die Sichtvermerksgebühr gegen die Meistbegünstigung der Handelsverträge verstoße und halten eine Appelation an den Haager Schiedsgerichtshof für absolut erfolgreich. Noch mehr und von rascherem Erfolg begleitet dürfte nach Ansicht hiesiger diplomatischer Kreise aber eine Beschwerde beim Völkerbund in Genf sein, da man allgemein der Auffassung ist, daß im Sinne der Völkerbundstatuten das Vorgehen Deutschlands gegen Österreich nicht gebilligt werden kann und sich Deutschland einem diesbezüglichen Beschluß des Völkerbundes auf Aufhebung des Sichtvermerkes, und wenn es auch nur ein Wunsch wäre, kaum wird verschließen können. Ich halte es daher im Hinblick auf diese Auffassung für günstig, wenn Herr Bundeskanzler diese Frage international aufzäumen würden. . . .“

Ein Beispiel, mit welcher Sachkenntnis die jetzige Gesetzgebung arbeitet, ist das Statthaltergesetz. Nach diesem Gesetz hat das Begnadigungsrecht der Statthalter; der Statthalter ist aber nichts anderes als der Vertreter der Reichsregierung in dem betreffenden Lande. Wenn er das Begnadigungsrecht auch tatsächlich ausüben würde, so müßte er sich zu diesem Behufe ein eigenes Büro einrichten, um die Fälle auch tatsächlich überprüfen zu können. Nach Erlassung des Statthaltergesetzes kam man erst darauf, daß es in diesem Punkte undurchführbar ist und mußte es abändern. In den Zeitungen wird einfach verlautbart, daß die Statthalter das Begnadigungsrecht an die Länderregierungen abgetreten haben. Der wahre Grund aber, den die Öffentlichkeit natürlich nicht erfährt, weil ihn die Zeitungen nicht veröffentlichen dürfen, ist der, daß das Statthaltergesetz in diesem Punkte abgeändert werden mußte. . . .

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolge ich die Entwicklung in Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der Agrarpolitik und nahm auch hier die Gelegenheit wahr, um mit Landwirten die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft zu besprechen. . . . Auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist bisher nur das Erbhofgesetz erschienen, . . . das übrigens auch in den Kreisen der Landwirtschaft geteilte Aufnahme gefunden hat und insbesondere bei den weichenden Geschwistern keine Begeisterung hervorgerufen hat. In der Entschuldungs- und Umschuldungsfrage ist noch immer keine Einigung erzielt worden. Die diesbezügliche Hugenbergsche Vorlage wurde von der Tagesordnung des letzten Kabinettsrates mit der Motivierung neuerdings abgesetzt, daß noch weitere Besprechungen notwendig seien. Dr. Walter Darré verlangt 2 % Zinsfuß, Hugenberg steht auf dem Standpunkt von  $4\frac{1}{2}$  %, während Schacht meint, daß auch  $4\frac{1}{2}$  % noch viel zu wenig seien und man auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Hypothekarzinsfußes keine so weitgehende Begünstigung gegenüber den anderen Berufen eintreten lassen könne.

Hugenberg wollte durch seine Fettverordnung ein Steigen der landwirtschaftlichen Preise, insbesondere für Butter, Käse, Milch usw. erreichen. Tatsächlich ist ein Steigen dieser Produkte in den Städten zu verzeichnen, so daß schon vielfach Murren der städtischen konsumierenden Bevölkerung gehört werden konnte. Hugenberg beabsichtigt, wie er dies wiederholt betont hat, mit der Rentabilität der Landwirtschaft ihre Kaufkraft wiederherzustellen und auf diese Weise einen größeren Binnenmarkt für den Industrieabsatz zu schaffen. Ein an sich gesunder Gedanke scheint durch die Entwicklung, die die Verhältnisse nun nehmen, nicht durchführbar zu sein, denn tatsächlich sind die Preise der Lebensmittel in den Städten gestiegen, ohne daß aber der Landwirt bisher für seine Produkte höhere Einnahmen erzielen konnte.

Die Unzufriedenheit aber in den Städten kommt nur deshalb nicht so sehr sichtbar zum Ausdruck, weil die verschiedenen diesbezüglichen Unwillensäußerungen unterdrückt und in den Zeitungen totgeschwiegen werden. ... Im übrigen ist die Notierung des Butterpreises heute von 120 auf 115 Mark zurückgegangen. Hugenberg hält jedoch an der Durchführung des Fettplanes fest. Das Sinken des Butterpreises wird mit der Frühjahrmilchschwemme begründet. Während nun Steuern und Abgaben, soziale und Zinsenlasten auf der einen Seite geblieben sind, ist auf der Einnahmeseite eine Besserung nicht feststellbar, so daß von einer Besserung der Lage der Landwirtschaft im Dritten Reich derzeit nicht gesprochen werden kann. ...

2. Nachtrag: „In dem am Mittwoch stattgehabten Reichskabinett wurde, wie mittlerweile bekannt wird, endlich noch das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, das eine grundlegende Neugestaltung des landwirtschaftlichen Kreditwesens enthält und für die Landwirtschaft wesentliche Erleichterungen der Zinsenlast herbeiführt, verabschiedet.“ ...“

„Wenn man mit wenigen Worten die politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands charakterisieren soll, so wäre außenpolitisch zu sagen, daß Deutschland das langsam wiederkehrende Vertrauen des letzten Jahrzehntes verloren hat und vollkommen isoliert dasteht“, schreibt Tauschitz am 12. Juni aus Berlin: „... Wenn sich nun außenpolitisch die Situation für Deutschland keineswegs verbessert hat, so kann man innenpolitisch mit Fug und Recht behaupten, daß die Regierung das Heft stark und fest in der Hand hält und derzeit von irgend einer innenpolitischen Gefahr für die Regierung absolut nicht gesprochen werden kann. Hingegen scheinen mir auf wirtschaftspolitischem Gebiete manche Gefahren zu bestehen. Die Eingriffe der SS und der Kommissare haben noch immer nicht aufgehört, obwohl schon zahlreiche diesbezügliche Verordnungen von Regierungs- und Wirtschaftsstellen ergangen sind, denn Ministerpräsident Göring fühlte sich neuerdings veranlaßt, einen diesbezüglichen Erlaß, vielleicht den vierten oder fünften, hinauszugeben, der die untergeordneten Stellen auffordert, gegen solche Sonderaktionen schärfstens vorzugehen. Diese noch immer vorhandenen Sonderaktionen schaden der Wirtschaft vor allem deshalb so sehr, weil sie diese nicht zur Ruhe kommen lassen und die Aufstellung von Wirtschaftsplänen, Investitionen usw. aufhalten, während es sich den Leuten, die solche Aktionen unternehmen, doch nur um Erringung persönlicher Vorteile, oft nur um Befriedigung von Rachegefühlen handelt. ...“

Aber noch größer scheint mir die Gefahr zu sein, die der deutschen Wirtschaft und damit vielleicht der heutigen Regierung aus der



Situation der Reichsbank erwachsen kann. Die Reichsbank weist nach dem letzten Bericht eine Deckung von 7,3 % auf. Die Gläubigerkonferenz, die vorige Woche in Berlin tagte, ist, wie zu erwarten war, oder wie hiesige Dr. Schacht nahestehende Kreise es darstellen, vorausbestimmt war, ergebnislos abgebrochen worden, um später fortgesetzt zu werden. Der Zweck der Konferenz hat darin bestanden, einen modus procedendi für die Zinsen und Amortisationszahlungen der Privatgläubiger Deutschlands zu vereinbaren. ... Dr. Schacht erklärte, daß Deutschland ein ausgezeichnete Schuldner sei, daß es bereit wäre, dem Gläubiger alles bei Heller und Pfennig zu berichtigen, daß es jedoch Zinsen und Amortisation für die Schulden nur in Mark leisten könne. ... Deutschland könne seinen Exportüberschuß nicht zur Zinszahlung verwenden, da es die Situation der Reichsbank gebieterisch erfordert, die Devisenbestände aufzufüllen. Diese Auffüllung wäre unbedingt notwendig, da er jede inflationistische Politik der Reichsbank auf das allerentschiedenste ablehne, und es ihm gar nicht einfällt, den deutschen Sparer wieder durch Inflation um seinen Spargroschen zu bringen. ... Eine Befriedigung der Gläubiger Deutschlands ist daher nur in Mark möglich, die jedoch nur in Deutschland angelegt und verwendet werden dürfen, d. h. also Sperrmark. Er schlug schließlich vor, daß die etwa 1 Milliarde betragende Gesamtsumme für Zinsen und Amortisation deutscher Schuldner an ausländische Gläubiger der deutschen Wirtschaft in Form eines Darlehens zur Verfügung gestellt wird, die mit 4 % zu verzinsen sind. ... In eine Diskussion über diese Vorschläge wurde nicht eingegangen. Die Berichte deutscher Zeitungen, daß die Gläubiger den Vorschlägen des Reichspräsidenten zugestimmt hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Schweizer und holländischen Blätterstimmen ist zu entnehmen, daß zumindest ein Teil der Gläubiger den Vorschlag Schachts auf das entschiedenste abgelehnt und für den Fall der Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen bereits mit wirtschaftlichen Repressalien droht.

Bekanntlich hat die deutsche Reichsregierung vor wenigen Tagen ein Gesetz für Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Der diesbezügliche Artikel 1 lautet, daß der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, Arbeitsschatzanweisungen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Reichsmark zur Förderung der nationalen Arbeit auszugeben. Wenn man sich nun die Zweckbestimmungen ansieht, es sind dies insbesondere Aufwände für Bauten verschiedenster Art, vorstädtische Kleinsiedlungen, landwirtschaftliche Siedlung, Flußregulierung, Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität, Tiefarbeiten der Länder und Gemeinden, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es sich in diesem Fall, wenn diese Milliarde Schatzanweisungen auch tatsächlich ausgegeben wird, um rein infla-

tionistische Maßnahmen handelt. Nachdem ich aber schon vor etwa zwei Monaten aus einem Gespräch entnehmen konnte, daß der Plan Schachts dahingehe, die Ankurbelung der nationalen Arbeit mit den Zinsen der Auslandsdarlehen zu finanzieren, so glaube ich sagen zu dürfen, daß die ganze Frage der Durchführung dieses Gesetzes für Arbeitsbeschaffung von der Vereinbarung der Reichsbank mit den Auslandsgläubigern abhängt. ... Damit darf gesagt werden, daß das Gesetz für Arbeitsbeschaffung den Verhandlungen wohl vorseilt bzw. daß dessen Finanzierung noch keineswegs sichergestellt ist. Ursprünglich war die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung mit Arbeitswechsellern beabsichtigt. Das Reich sollte der Bezogene und Akzeptant jedes solchen Arbeitswechsels sein. Der Träger der Arbeit sollte als Aussteller des Arbeitswechsels auftreten und den Wechsel seinen Lieferanten in Zahlung geben. Die Wechsel waren als Wechsel im Sinne der Wechselverordnung gedacht und sollten mit einem Aufgeld vom Tage der Ausstellung bis zum Fälligkeitstage versehen werden und eine Laufzeit von 1 - 5 Jahren haben. Die zur Einlösung erforderlichen Beträge wären vom Reich in die Haushaltspläne einzustellen gewesen. Gegen die Durchführung des Projektes hat die Reichsbank Widerspruch erhoben, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen. Erstens darf die Reichsbank nur Wechsel, die eine Laufzeit von höchstens drei Monaten haben, diskontieren und darf der Betrag solcher Wechsel 400 Millionen nicht übersteigen. Es wäre daher eine Abänderung des Bankgesetzes notwendig gewesen, das jedoch international gebunden ist. Aus diesem Grunde wurden die Arbeitswechsel durch Arbeitsschatzanweisungen ersetzt.

Mittlerweile ist übrigens das Transfermoratorium erklärt worden. In der Begründung für die Notwendigkeit der Verlängerung der Devisensperre für Auslandsanleihen heißt es, daß der Außenhandel zwar unverändert aktiv geblieben ist, daß aber die Ausfuhr nur noch 382 Millionen RM im April dieses Jahres gegenüber 818 Millionen im April 1931 und 1 231 Millionen im April 1929 beträgt. Der Aktivsaldo stellte sich im April d. J. auf 61 Millionen gegenüber rund 240 Millionen im Durchschnitt des Jahres 1931. Die Begründung Schachts für das Transfer-Moratorium war vollkommen auf die rückläufige Entwicklung des Außenhandels und die damit verbundene Devisenschumpfung aufgebaut. ...

Es verlohnt sich über die Zusammensetzung der deutschen Delegation auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz einige Bemerkungen zu machen. Von den nationalsozialistischen Führern nimmt an dieser Konferenz nur der Hamburger Bürgermeister Krogmann und der Pressevertreter der NSDAP Dr. Hanfstängl teil. Da man mit dem vollständigen Versagen der Londoner Konferenz rechnet, will man sich

jedenfalls von prominenter nationalsozialistischer Seite vollkommen freie Hand behalten, bzw. man läßt sich Neurath, Hugenberg, Schwerin-Krosigk usw. die Finger verbrennen. ...

Das neue Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse unterzieht seit Ausbruch der großen Krise den Agrarkredit zum vierten Mal einer grundsätzlichen Revision. ... Nach dem nunmehrigen Gesetz werden bei allen landwirtschaftlichen Betrieben, die sich dem Entschuldungsverfahren unterwerfen, alle noch mündelsicheren Kündigungshypotheken in unkündbare Tilgungsforderung mit einem Zinssatz von  $4\frac{1}{2}\%$  und einer Tilgung von  $\frac{1}{2} - 5\%$  jährlich umgeändert. Das Wesentliche des neuen Gesetzes liegt darin, daß man die bisher nur provisorisch vorgenommene Senkung des landwirtschaftlichen Hypothekensatzes auf  $4\frac{1}{2}\%$  zu einer Dauermaßnahme macht, unabhängig von der Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes. ... Nachdem die Verzinsung der Pfandbriefe zum bisherigen Zinsfuß bleibt, der Schuldner aber nur einen  $4\frac{1}{2}\%$ igen Zinssatz zu zahlen haben wird, ergibt sich eine Differenz im bisherigen und künftigen Zinsendienst, die ausgeglichen werden muß. Es stellt hierzu das Reichsfinanzministerium der Rentenkreditanstalt 300 Millionen RM Schatzanweisungen zur Verfügung und macht sich aus Entschuldungshypotheken bezahlt, die es auf Grund seines Vorschusses erwirbt. Man hofft, daß diese Umschuldung bis zum 1. Oktober 1934 beendet ist. Nach Hugenberg wird sich der gesamte Finanzbedarf der Entschuldung auf 5 - 600 Millionen Mark stellen, wovon 300 Millionen RM über die Rentenmark mobilisiert werden.“

Der Bericht vom 28. Juni trägt die Schlagzeile „Deutschland auf dem Wege zur Totalität der NSDAP“: „In meinem obzitierten Bericht habe ich ausgeführt, daß sich Deutschland auf dem Weg zur Entwicklung der Einheitspartei befindet und daß es in der kürzesten Zeit zur Totalität der NSDAP hier kommen wird. Heute, nach kaum 8 Tagen, sind wir so weit, daß man bereits sagen kann, daß es in Deutschland außer der NSDAP nur noch eine Partei gibt, die man als unberührt und unerschütterter bezeichnen kann, das Zentrum, während alles andere verboten, aufgelöst oder gleichgeschaltet ist. Aber nicht nur auf politischem Gebiete bewegt sich die Aktion zur Herstellung der Ausschließlichkeit, sie umfaßt vielmehr drei große Gebiete des öffentlichen Lebens, nämlich die Gewerkschaften, das Parteigebiet und das Kirchengebiet.

Was nun das Gewerkschaftsgebiet anbelangt, so sind bekanntlich die sozialdemokratischen Gewerkschaften bereits am 2. Mai gleichgeschaltet worden und ebenso wurden die christlichen Gewerkschaften in die deutsche Arbeitsfront übernommen und die christlichen Gewerkschafts-

führer abgesetzt. Der deutschnationale Handelsgehilfenverband wird ebenfalls eingegliedert.

Dem Betätigungsverbot der sozialdemokratischen Partei ist eine umfassende Aktion gegen deren Funktionäre mit zahlreichen Verhaftungen gefolgt. ... Die im letzten Bericht gemeldete Auflösung und Verbot der deutschnationalen Kampfringe hat schließlich zur Demission des Reichsministers Hugenberg geführt. Da Hugenberg dieses Verbot nicht verhindern konnte, war er wohl moralisch zur Demission gezwungen, wenngleich nach meiner Überzeugung dies nicht die Ursache der Demission war. Die Hauptursache liegt wohl in dem Umstand, auf den ich in meinen Berichten schon wiederholt hingewiesen habe, daß eben Hugenberg mit seinem Wirtschaftsprogramm in das nationalsozialistische System nicht hereinpaßt. Es ist somit der heute gemeldete Rücktritt Hugenbergs, der zwar vom Reichspräsidenten noch nicht genehmigt ist, auch als ein großer Schritt auf dem Wege der Totalität zu bezeichnen, denn seine Nachfolger in den beiden Reichswirtschaftsministerien und den korrespondierenden Ministerien in Preußen werden Nationalsozialisten sein, die sich nun auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Agrarpolitik hemmungslos ‚nationalsozialistisch‘ werden entfalten können. ... Ich habe oben gesagt, daß das Zentrum von allen Parteien noch als einzige unerschüttert dasteht. Ich muß diese Behauptung etwas einschränken, denn so ganz stimmt dies nicht mehr, und obwohl ich stark zur Auffassung hinneige, daß man sich an das Zentrum nicht so ohne weiteres mit der Auflösung wird heranwagen, so sehe ich doch andererseits Symptome, die darauf schließen lassen, daß auch das Zentrum den Totalitätsbestrebungen zum Opfer fallen wird. Die christlichen Gewerkschaften nämlich wurden, wie ich schon oben ausführte, auch bereits übernommen und schließlich haben alle Verbote der Parteien mit der Übernahme der Gewerkschaften begonnen. So war es bei der SPD und bei den Deutschnationalen. ...“

„Das Ende der deutschen Revolution“ betitelt Tauschitz seinen Bericht vom 13. Juli: „Meiner Meinung nach wird seinerzeit der Geschichtsschreiber die Übernahme der Regierungsgewalt durch das Kabinett Hitler-Papen-Hindenburg und die darauf folgende Zeit kaum als nationale Revolution 1933 bezeichnen, denn die Einsetzung des Kabinettes erfolgte durch den verfassungsmäßig gewählten Reichspräsidenten, ebenso bewegte sich die darauf folgende Auflösung des Parlamentes, die Neuwahlen, die Einberufung des Reichsrates, die Erteilung des Ermächtigungsgesetzes usw. in durchaus verfassungsmäßigen Bahnen, wobei allerdings nicht übersehen werden soll, daß die diesbezüglichen Entscheidungen vielfach mit Anwendung in der Verfassung nicht vorgesehener Druckmittel und Maßnahmen herbeigeführt wurden. Wenn sich nun die Machtergreifung durchwegs verfassungs-

mäßig vollzog, so war diese Verfassungsmäßigkeit allerdings in der Öffentlichkeit, auf der Straße und in der Wirtschaft vielfach von revolutionären Methoden der Unterführer begleitet. Durch wiederholte Aufrufe der mittlerweile bestellten Minister und Wirtschaftsführer wurden eigenmächtige Eingriffe revolutionärer Art in die Verwaltung, in die Rechtspflege und in die Wirtschaft verurteilt und verboten. Nachdem aber diese Verbote nahezu erfolglos blieben, versuchte man, sie nun durch die Revolution zu entschuldigen und zu kaschieren und mußte zu diesem Zwecke dem Volke eben erst eingeredet werden, daß sich Deutschland im Zustande der Revolution befindet. Man hat nun durch Wochen und Monate hindurch von der nationalsozialistischen Revolution gesprochen und kam schließlich so weit, daß von ernsten Persönlichkeiten angekündigt wurde, daß dann, wenn die deutschen Wirtschaftskreise sich nicht belehren lassen sollten und den nationalsozialistischen Wirtschaftsgeist in sich aufnehmen würden, der ersten Revolution eine zweite, aber eine viel gründlichere als es die erste war, folgen werde.

In der letzten Zeit sind aber deutliche Bemühungen festzustellen, einerseits den sozialistischen Kurs in der Staatsführung abzubremsen und andererseits die Revolution als beendet zu erklären. Der Beginn dieser Bemühungen ist etwa gleichzusetzen mit der Berufung des Generaldirektors Schmitt zum Reichswirtschaftsminister, die einige Überraschung hervorrief, da man damals allgemein mit der Betrauung des Reichswirtschaftskommissars Dr. Wagener gerechnet hatte. Gen. Dir. Schmitt vertritt sozusagen den Unternehmertyp, während Dr. Wagener einen Sozialisten reinsten Prägung darstellt. Schmitt soll bei der Übernahme des Amtes die Bedingung gestellt haben, Dr. Wagener kaltzustellen, was denn auch mittlerweile in aller Stille geschehen ist, da Wagener sowohl als Reichswirtschaftskommissar wie auch als Leiter des Wirtschaftspolitischen Amtes der NSDAP enthoben wurde. Gerüchte, die von seiner Verhaftung im Zusammenhang mit der Überführung der vier im wirtschaftspolitischen Amt arbeitenden Hauptleute a. D. in das Konzentrationslager wissen wollten, haben sich allerdings nicht bestätigt.

In den letzten vierzehn Tagen wurden sodann noch eine Reihe bedeutungsvoller Reden gehalten, die deutlich das Bestreben zeigen, eine gewisse Beruhigung in der Wirtschaft herbeizuführen; ... die beiden Reden Hitlers in Reichenhall am 1. Juli und vor den Reichsstatthaltern am 6. Juli weisen eigentlich die gleichen Gedankengänge auf und beinhalten eine scharfe Kritik an den Gleichschaltungsmethoden in der Wirtschaft, die viel beachtet wurden. Hitler hat sich zu dieser Kritik v. a. durch eine Intervention Thyssens, der schon langjähriges Parteimitglied ist, veranlaßt gesehen. Es sind insbesondere im Ruhrgebiet

auch öffentlich in Artikeln Stimmen lautgeworden und Bestrebungen in Gang gekommen, es nicht bei der bisherigen Gleichschaltung zu belassen, die in der Form geschah, daß bisherige Werksleiter und Direktoren loyale Erklärungen für Hitler abgaben, so daß im Wesentlichen die alten Kräfte an den alten Plätzen blieben, sondern zuverlässige nationalsozialistische Funktionäre an die Stelle alter erfahrener Direktoren zu setzen. Gegen diese Absicht hat nun Fritz Thyssen ernsthaften Einspruch unter Zurverfügungstellung seiner Mitgliedskarte erhoben. Auf Grund dieses Schrittes bremste Hitler in Reichenhall und vor den Statthaltern scharf ab, sprach dort von der Ruhebedürftigkeit der Wirtschaft und daß es nicht das Wichtigste wäre, später erklären zu können, daß wir so und soviel Nationalsozialisten in bestimmte Stellungen gebracht hätten und daß es nicht das Wichtigste wäre, daß irgendwo ein Nationalsozialist säße, sondern das Wichtigste ist, daß er seinen Posten auszufüllen vermag. In diesen Reden lehnt Hitler auch aufs entschiedenste die Notwendigkeit einer zweiten Revolution ab und konzentriert die künftigen Aufgaben der Regierung auf die Lösung des Arbeitslosenproblems, die für das Gelingen der Revolution letzten Endes ausschlaggebend sei.

In einer Rede vor Zeitungsverlegern vor etwa 14 Tagen hob Hitler sehr deutlich hervor, daß die nationalsozialistische Bewegung das Privateigentum unbedingt achten und daß er den Unternehmertegeist und die Unternehmerinitiative im nationalsozialistischen Staat auf keinen Fall missen will.

In diesem Zusammenhang muß auch das Verbot der ‚Täglichen Rundschau‘ erwähnt werden, das deshalb ausgesprochen wurde, weil dieses Blatt in steigendem Maße scharfe sozialistische Maßnahmen verlangte. An den Pressekonferenzen der Reichsregierung ist jetzt wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die extremen sozialistischen Forderungen in der Öffentlichkeit nicht aus den Kreisen der Parteiführung oder der NSBO stammen.

Alle diese Tatsachen scheinen mir deutliche Symptome für eine Wandlung in der NSDAP zu sein, die auf einen Sieg der bürgerlichen evolutionären Entwicklung, repräsentiert durch Hitler selbst, gegenüber der ständig revolutionären sozialistischen Richtung, repräsentiert durch Göbbels, der schon auf verschiedenen Gebieten, nicht zuletzt auch durch Göring, zurückgedrängt wurde, hindeuten. In den angeführten Reden und mit Schreiben des Reichsinnenministers Frick vom 11. d. M. wurden die revolutionären Methoden verboten und die nationale Revolution als beendet, eine zweite Revolution als eine Sabotage der nationalen Regierung und als eine Auflehnung gegen den Führer erklärt. Es wird nun zu beobachten sein, ob diesen Anordnungen Folge

geleistet und die Entwicklung die von der Führung beabsichtigte Richtung nehmen wird.“

Der Bericht vom 13. Juli ist ganz der Persönlichkeit des Reichswirtschaftsministers Schmitt gewidmet: „Schmitt gehört, obwohl er vor der Öffentlichkeit nie in Erscheinung trat, schon seit Jahren zur NSDAP und zu jenem Kreis von Persönlichkeiten, die mit Adolf Hitler in dauernder Verbindung standen. Es wird behauptet, daß in wirtschaftlichen Fragen der Reichswirtschaftsminister beim Führer eine ähnliche Beraterstelle innegehabt hat wie der Reichsbankpräsident Schacht in Fragen der Finanzpolitik. Trotzdem gehöre Schmitt auch für die eingeweihteren Kreise nicht zu jenem Personenkreis, den man für den Nachfolger Hugenbergs in Betracht zog. Schmitt ist von den in Betracht gezogenen Persönlichkeiten, zu dem der Leiter des wirtschaftspolitischen Amtes Dr. h. c. Wagener, der Fabrikant Keppler (Mitglied der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in London), der Reichspressechef Funk (ehemals Chefredakteur der Berliner Börsenzeitung) gehören, wohl der am ausgesprochensten privat-wirtschaftlich eingestellte Wirtschaftsführer. Auf der Generalversammlung des Allianz-Konzerns, die am 23. Mai d. J. stattfand, hielt Minister Schmitt in seiner Eigenschaft als Generaldirektor des Konzerns eine vielbeachtete Rede, in der einzelne Wendungen als direkt an die Adresse des Reichskanzlers Hitler gerichtet, schon seinerzeit empfunden wurden.

Dr. Schmitt hat sich in dieser Rede unter Hinweis auf das Verhalten Mussolinis gegen den Monopolgedanken und insbesondere das Staatsmonopol im Versicherungswesen ausgesprochen und scharf herausgearbeitet, daß die Erfüllung der hohen nationalen Aufgaben des Dienstes am Volk und das Erwerbsinteresse des Unternehmers keine Gegensätze sind. ‚Volkswirtschaftliches Verantwortlichkeitsgefühl und kaufmännischer Unternehmergeist schließen sich nicht aus, sondern müssen sich vereinigen.‘ ... Die ganze Rede war von dem Bestreben durchzogen, zu erweisen, daß der programmatische Gedanke des nationalsozialistischen Programmes — Gemeinnutz geht vor Eigennutz — durchaus mit dem Prinzip der Privatwirtschaft zu vereinen ist. Bemerkenswert ist, daß der neue Minister als neuen Staatssekretär Gottfried Feder nahm, der gerade jenes Institut, in dessen Zentralrat Dr. Schmitt sitzt, nämlich die Reichsbank, in seiner grundsätzlichen Schrift vom ‚Nationalen Staat auf sozialer Grundlage‘ so überaus scharf angreift. ... Minister Schmitt hat seinen Worten unmittelbar die Tat folgen lassen und alle im Bereich des Reichswirtschaftsministeriums und des preußischen Ministeriums für Handel und Arbeit ernannten Kommissare mit sofortiger Wirksamkeit ihrer Ämter enthoben und die Kommissariate für erloschen erklärt. Wie weit dadurch die sogenannte Gleichschaltung bei Handwerks- und Handelskammern, Innungen usw.

zunächst aufgehoben ist, läßt sich nicht genau überblicken. Die Ernennung Schmitts zum Reichswirtschaftsminister ist als ein Sieg der sogenannten bürgerlichen gegenüber der betont sozialistischen Richtung innerhalb der Partei zu werten.“

Am gleichen Tag erfolgte auch ein Bericht zur Agrarpolitik: „Nach Informationen aus eingeweihten Kreisen steht die Auflösung des Reichslandbundes unmittelbar bevor und ist der Vollzug im September in Aussicht genommen. . . . Mit der Auflösung dieser Organisationen und insbesondere des Reichslandbundes ist der Landwirtschaft das politische Rückgrat gebrochen. Eine selbständige freie Organisation der Bauern, die im Laufe der Nachkriegszeit wiederholt in das politische Leben eingreifen konnte, hört sich damit auf.

Zwangsläufig gehört jeder deutsche Landwirt so wie bisher zur Landwirtschaftskammer auch zur Organisation des Bauernstandes. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, daß der Landwirt zu einem bisherigen Kammerbeitrag einen Zuschlag für die berufsständischen Organisationen zu zahlen hat. Ebenso werden alle Jungbauern zwangsläufig für die Jugendorganisation auch beitragsmäßig erfaßt. Dieser Beitragspflicht stehen aber keinerlei freie Organisationsrechte gegenüber, da alle Amtswalter von der Reichsführung bis herunter zur Dorfführung von der jeweils vorgesetzten Stelle ernannt werden. Durch dieses System ist jede Versammlungstätigkeit und jedes freie politische Leben ertötet. . . . Die lebendige Beziehung, die aus der Organisationsform von unten herkommt, ist damit abgeschnitten.

Gleichlautende Berichte zuverlässiger Gewährsmänner liegen aus Ostpreußen und Hessen vor. Der ostpreußische Gewährsmann berichtet, daß mit Ausnahme der jüngeren Elemente, die meistens durch die SA beschäftigt werden und jetzt zu irgendwelchen Funktionen im öffentlichen Leben gekommen sind, ein Stimmungsumschwung auf dem Lande eingetreten ist. Es herrscht eine allgemeine Enttäuschung und Verstimmung über die rücksichtslose Beseitigung der älteren Generation aus allen öffentlichen Ämtern und Ersetzung dieser durch meist sehr unerfahrene Parteielemente. Die Bauern wollten sich im Stahlhelm organisieren, um an einer Stelle das Gefühl des freien Zusammenhaltens und eigenen Rechtes zu haben. Die verfügte Stahlhelmmitgliedersperre hat diesen Absichten jedoch ein Ende bereitet. . . . In vorsichtiger Form wagen ältere Landwirte jetzt schon bei Zusammenkünften mit Bekannten Kritik zu üben, die sich vor allem auf die Zwangsbeiträge und den Abbau des Organisationsapparates beziehen.

Trotz des Freundschaftsvertrages, den die deutschnationale Front mit der NSDAP abgeschlossen hat, ist am Donnerstag, den 6. d. M. der ehemalige Reichsminister Freiherr von Gayl seines Amtes als General-



direktor der ostpreußischen Siedlungsgesellschaften enthoben worden. . . .

Zuverlässigen Nachrichten zufolge sollen im Zusammenhang mit der geplanten Forcierung der Ostsiedlung, die bisher von Minister Hugenberg sabotiert wurde, auch bestimmte Enteignungspläne gehen. Danach soll in erster Linie Landbesitz enteignet werden, dessen Besitzer sich im Ausland befinden, in zweiter Linie derjenige Besitz, der nicht vom Eigentümer bewirtschaftet wird und drittens nicht selbst bewirtschaftete Güter von Besitzern mit mehreren Wirtschaften. Für die Wahrscheinlichkeit dieser Nachrichten spricht der Umstand, daß sie den Tendenzen des Erbhofgesetzes und agrarpolitischen Programmes der NSDAP entsprechen.“

Am 18. Juli wird von der Freitagsitzung des Reichskabinettes bekannt, daß nicht weniger als 30 Gesetze beschlossen wurden: „Die hiesigen Zeitungen nennen den Beschluß von 30 Gesetzen an einem Kabinettsitzungstag bzw. -abend eine heroische Leistung, einen Großkampftag. . . . Von den 30 Gesetzen, die nach Erscheinen vorgelegt werden, sind einige besonders bemerkenswert. . . . Da ist vor allem das Gesetz über die Widerrufung von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, das vorsieht, daß Einbürgerungen, die in der Zeit zwischen dem 9. 11. 1918 und dem 30. 1. 1933 vorgenommen sind, widerrufen werden können, falls die Einbürgerung als nicht erwünscht angesehen wird. . . . Ein Gesetz, das die Neubildung von politischen Parteien unter Strafen stellt, ist ebenfalls erwähnenswert. . . . Bemerkenswert ist auch der Umstand, daß ein Gesetz über Zulassung öffentlicher Spielbanken, vorläufig allerdings auf Baden-Baden beschränkt, das sich in arger Not befinden soll, erschienen ist. . . . Ferner wurde ein Gesetz über die Einschränkung der Verwendung von Maschinen in der Zigarrenindustrie beschlossen. Mit diesem Gesetz hofft man, die Neueinstellung von etwa 5 000 Zigarrenarbeitern zu erreichen.

Ein Gesetz zur Förderung der Schaffung von Bauernhöfen unterstellt die gesamte Siedlungspolitik der Zuständigkeit des Reiches mit der Maßgabe, daß das Reich die ausschließliche Gesetzgebung hat und sich der Länderbehörden für die Durchführung der Siedlungen bedienen kann.

Ein Gesetz über Steuererleichterungen sieht Ermäßigungen der Einkommen- und Körperschaftssteuer bei Instandsetzungen und Ergänzungen an Betriebsgebäuden vor.

Das bisher geltende Milchgesetz wurde dahin geändert, daß der Reichsernährungsminister das Recht hat, Zusammenschlüsse zum Zwecke der Milchversorgung und der Milchverwertung herbeizuführen.

Das Gesetz über die Zinserleichterungen für landwirtschaftlichen Auslandskredit verbilligt diesen auf 4 %/o. . . . Die Beträge dieser Zinserleichterungen werden in den Reichshaushaltsplänen mit 35 und 37 Mill. bereitgestellt. Sie halten sich in den Grenzen der Beträge, die bei der nach der Notverordnung vom 27. September 1932 vorgesehenen auf 128 Millionen RM berechneten Reichshilfe erspart werden.

Endlich wurde auch durch ein Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die obersten Reichsbehörden und die Reichsregierung der ‚Hitler-Gruß‘ als ‚deutscher Gruß‘ erklärt.“

Am 27. Juli bemerkt Tauschitz zu dem bereits am 14. Juli beschlossenen Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses: „Es ist allgemein aufgefallen, daß die ‚Germania‘, auf die ja bekanntlich Vizekanzler von Papen überwiegenden Einfluß hat, in ihrer gestrigen Ausgabe das Gesetz zur ‚Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ weder veröffentlichte noch auch nur erwähnte. Ebenso auffallend ist es, daß dieses Gesetz bereits am 14. Juli beschlossen, aber zunächst nicht in der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Zieht man in Betracht, daß das Konkordat am 20. d. M. unterzeichnet wurde, so läßt sich unschwer der Schluß ziehen, daß man zur Veröffentlichung des Sterilisierungsgesetzes erst nach Unterzeichnung des Konkordates schreiten wollte. . . .“

Aus dem Bericht vom 10. August ist nur ein Passus über die Auflösung des Kampfbundes gewerblichen Mittelstandes erwähnenswert: „Die Führung der NSDAP teilt mit, daß, nachdem nunmehr ein Nationalsozialist die Führung des Reichswirtschaftsministeriums übernommen hat und das Reichswirtschaftsministerium nunmehr vollkommen im Sinne der nationalsozialistischen Ideen geleitet wird, der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes seine Daseinsberechtigung verloren hat und nunmehr aufgelöst wird. . . .“

Am 18. September übersandte Tauschitz einen Bericht über die wirtschaftliche Aufrüstung Deutschlands, den er von befreundeter Seite erhielt und schreibt dazu: „Wie weit die in diesem Bericht, der wahrscheinlich auch später in Form einer Broschüre erscheinen wird, angeführten Daten den Tatsachen entsprechen, zu überprüfen, wird Sache des der hiesigen Gesandtschaft zugeteilten Militärattachés sein, dem ich eine Durchschrift zur Verfügung gestellt habe. Der diesbezügliche Bericht wird später folgen. Ein gleichlautender Bericht geht auch an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.“ Aus diesem Bericht können nur einige wichtige Passagen gebracht werden: „. . . Obwohl detaillierte Angaben über die Reichsausgaben im laufenden Etatsjahre nicht veröffentlicht worden sind und obwohl eine solche Veröffentlichung auch als Grundlage für eine wirkliche Etatkritik aus den bekannten Gründen unbrauchbar sein müßte, kann man ganz allge-

mein im Hinblick auf die oben angegebenen Ziffern und die bisherige Entwicklungslinie feststellen, daß die Mittel zur militärischen Ausrüstung Deutschlands in der Hauptsache durch eine immer weiter fortschreitende Entlastung des Sozialstats gewonnen werden. Der sogenannte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steht, wie an anderer Stelle bereits nachgewiesen wurde, in Wirklichkeit unter dem Leitmotiv eines durchgreifenden Unterstützungszugs. Nach einem recht komplizierten, immer mehr getarnten System der ‚Arbeitsbeschaffung‘ usw. werden von Monat zu Monat neue Hunderttausende von Erwerbslosen aus der Liste der Unterstützungsberechtigten gestrichen. Der Erfolg dieser Methoden liegt darin, daß man einerseits einen Rückgang der Arbeitslosigkeit verkünden kann, obschon die Zahl der Beschäftigten nachweislich nicht steigt, sondern vielmehr eher zurückgeht, daß man aber andererseits riesige Beträge, die bisher zu Unterstützungszwecken aufgewandt wurden, einspart, um mit ihnen ein umfangreiches Rüstungsprogramm durchzuführen.

Bei den Kriegsvorbereitungen auf wirtschaftlichem Gebiete läßt sich feststellen, daß die deutsche Industrie immer mehr auf Heeresbedarf, und zwar vor allem auf denjenigen der modernsten und gefährlichsten Waffen umgestellt wird, weil diese Waffen, nämlich die chemische und die Luftwaffe bekanntlich auch diejenigen sind, in denen sich eine Ausrüstung in der relativ kürzesten Zeit ermöglichen läßt. Ganz abgesehen davon, daß diesen Waffen in einem kommenden Krieg nach dem übereinstimmenden Urteil der Militär-Sachverständigen gegenüber den stehenden Heeren der Artillerie, dem Festungswesen etc. die weitaus größte Bedeutung zukommen wird, ist aber gerade diese Zeitfrage für die Hitlerregierung entscheidend, weil man sich darüber klar ist, daß aus wirtschaftlichen und innenpolitischen Gründen das System ohne kriegerische Erfolge auf die Dauer niemals aufrechterhalten werden kann. Hierzu kommt weiter, daß man gerade für diese Waffen auf die Einschaltung großer Menschenmassen in die militärischen Operationen verzichten kann. Auch diese Tatsache spielt aus naheliegenden innenpolitischen Gründen für die Politik der heutigen deutschen Machthaber eine sehr große Rolle. . . . Von den Fabrikationsstätten, die in erster Linie für die Herstellung chemischer Kampfmittel in Betracht kommen und im Ernstfalle so gut wie restlos auf die Fabrikation solcher Produkte umgestellt werden können, sind die IG Farben und die Firma Hugo Stoltzenberg in Hamburg zu nennen. . . . Während es außerordentlich schwierig ist, im einzelnen festzustellen, ein wie großer Teil der Betriebe der IG Farben-Industrie bereits auf die Fabrikation von chemischen Kampfmitteln umgestellt ist, liegen die Dinge bei der Stoltzenbergschen Fabrik in Hamburg insofern wesentlich einfacher, als diese Fabrik von jeher überhaupt niemals etwas anderes hergestellt

hat, als Giftgase. Ihre Hamburger Betriebe arbeiten heute in drei Schichten, wobei allerdings zugegeben sein mag, daß vielleicht ein Teil der Produktion ins Ausland geht. . . . Eine große Rolle dürften auch die Sacharinfabriken spielen, deren Produktion mit allen Mitteln öffentlicher Propaganda in der letzten Zeit gesteigert worden ist, weil hierbei gewisse Abfallstoffe von großer Bedeutung für die Rüstungsindustrie sein sollen. . . . Den eigentlichen Wert für die Kriegsführung erhält diese äußerst umfangreiche deutsche Kampfgasproduktion aber erst durch die entsprechende Ausbildung der Luftwaffe. Im Gegensatz zu der ständig fortschreitenden, aber sehr geheim betriebenen Umstellung eines sehr großen Teiles der deutschen chemischen Industrie auf den Krieg wird diejenige der Maschinen-, Automobil- etc. Fabriken auf den Flugzeugbau verhältnismäßig offen betrieben und zwar besonders deswegen, weil man hierfür private Gelder in sehr starkem Umfange heranzieht. Die Propaganda für die Stiftung von Flugzeugen, die durch ‚sanften‘ Druck der nationalsozialistischen Parteistellen auf Stadtverwaltungen, Aktienunternehmungen usw. betrieben wird, ist durch die Presse allgemein bekannt geworden und man hat auch nicht einmal den Eindruck, daß man diese Sammeltätigkeit verheimlichen will. Die enge Verbindung des preußischen Ministerpräsidenten Göring mit der Flugzeugindustrie — er war jahrelang Provisionsvertreter ausländischer Flugzeugfabriken — ist ebenfalls bekannt. . . . Wie weit die Umstellung der Betriebe auf den Flugzeugmotorenbau bereits fortgeschritten ist, geht am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß die Lieferfristen für Kraftwagen bei den führenden deutschen Automobilfirmen immer länger und länger geworden sind. . . . Trotzdem ist die Zahl der Neuzulassungen von Automobilen in den deutschen Großstädten nicht gestiegen. . . . Neben der Ausbildung der beiden neuesten und wichtigsten Waffen wird aber auch diejenige der alten Waffen und zwar besonders der Artillerie nicht vernachlässigt. . . . Wie stark auch die Rüstungsproduktion in Deutschland selbst zugenommen hat, geht am deutlichsten aus dem geradezu rasenden Tempo der Metalleinfuhrsteigerung hervor. . . . Um zunächst bei dem für die Rüstungsindustrie wichtigsten Metall, dem Eisen, zu bleiben, läßt sich feststellen, daß sich die Eisenerzeinfuhr tatsächlich um nicht weniger als 650 000 dz im Monatsdurchschnitt, also um annähernd 25 % erhöht hat, obwohl die Preiserstellung und die allgemeine Devisenlage für die Einfuhr in Deutschland sich in dieser Zeit nicht gerade zugunsten eines erhöhten Importes gebessert haben dürfte. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei dem für die Rüstungsindustrie zweitwichtigsten Metall, Kupfer. . . . Die Kupfereinfuhr hat sich also plötzlich vom Mai ab trotz stark steigender Kupferpreise und trotz der größten Devisenknappheit um die Hälfte erhöht. . . . Wie einseitig sie ist und wie wenig andere Gebiete

selbst der Metalleinfuhr von ihr betroffen werden, so weit es sich um Metalle handelt, die wenig oder gar nicht für Rüstungszwecke benötigt werden, möge aus einigen anderen Angaben hervorgehen. ... Für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres hat sich die deutsche Bleieinfuhr auf 12 143 Tonnen, also nahezu die Hälfte vermindert. Auch bei der deutschen Zinkeinfuhr ergibt sich der immerhin sehr erhebliche Rückgang auf knapp 35 000 gegenüber rund 51 000 Tonnen in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. ... Ebenfalls in das Kapitel der Aufrüstung gehören interessante Tatsachen der deutschen Zuckerwirtschaft. Aus Berlin, München und zahlreichen anderen deutschen Großstädten liegen Nachrichten vor, daß die Verkäuferinnen großer Lebensmittelgeschäfte in den Filialbetrieben besondere Prämien für den Verkauf von Sacharin erhalten. Wer diese Meldungen unkritisch liest, könnte vielleicht annehmen, daß es sich hierbei nur um eine Propaganda für die chemische Industrie handelt, was übrigens in gewissen Grenzen im Hinblick auf die oben erwähnten Abfallstoffe der Sacharinfabrikation auch tatsächlich zutrifft. Bedenkt man nun aber, daß Deutschland, der größte Rübenzuckerproduzent der Erde, noch bis vor kurzem in seinen gewaltigen Zuckervorräten geradezu ersticke, so wird man sich darüber klar, daß eine solche Maßnahme mit der so landwirtschaftsfreundlichen Haltung der Hitlerregierung nicht recht zu vereinbaren ist. Tatsächlich liegen die Dinge auch so, daß die Prämien weit weniger zur Absatzsteigerung des Sacharins als vielmehr dazu gezahlt werden, daß möglichst große Zuckermengen für ganz andere Zwecke, nämlich für die Rüstungsindustrie zur Sprengstoffabrikation reserviert bleiben. ... Trotz seiner riesigen Zuckerproduktion, die seit vielen Jahren im Inlande nur zu einem ganz bescheidenen Bruchteil Absatz finden konnte, weist also Deutschland jetzt einen Einfuhrüberschuß an Zucker auf. Nicht nur die riesigen, im Lande selbst unverkäuflich gebliebenen Mengen bleiben innerhalb der deutschen Grenzen, sondern man muß in das größte Rübenzuckerproduktionsland der Welt trotz aller Devisenknappheit noch Zucker einführen. ... Die ganze deutsche Wirtschaft ist bereits heute in den Dienst der Vorbereitung für den kommenden Krieg gestellt, ebenso wie die geistige Erziehung der Jugend und die Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Hinblick auf dieses kriegerrische Ziel erfolgt. Alle übrigen Wirtschaftsprogramme, der groteske ‚Kampf gegen die Arbeitslosigkeit‘, der öffentlich proklamierte Verzicht des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf ausländische Anleihen, die er heute selbstverständlich nirgends erhalten würde, alles dies steht entweder in direktem Zusammenhang mit dieser Rüstungspolitik oder verfolgt den Zweck, diese eigentlichen Ziele der Hitlerregierung irgendwie zu tarnen. Die Tatsachen sprechen hier eine von Woche zu Woche deutlichere Sprache, so daß es unwahrscheinlich und furchtbar wäre,

wenn die Welt sich der hieraus gewonnenen Erkenntnis verschließen wollte.“

Zum Gesetz über den Reichsnährstand gab Tauschitz am 20. September folgenden Kommentar: „Als im Juli d. J. infolge des Getreidepreissturzes die Breslauer Produktenbörse durch den dortigen Bauernschaftsführer geschlossen wurde, erhielt dieser vom Reichswirtschaftsministerium einen scharfen Verweis mit der Bemerkung, daß hierzu gar kein Anlaß gewesen wäre, da die Zeiten vorüber seien, wo ein amerikanischer Getreidepreissturz Folgen für die Preisentwicklung am Getreidemarkt in Deutschland haben muß. . . .

Die Kabinettsitzung am 12. September hat nun durch die neuen landwirtschaftlichen Gesetze, die man zusammenfassend als ‚das Gesetz über den Reichsnährstand‘ bezeichnet, dem Reichsernährungsminister zwei Instrumente in die Hand gegeben, die den gesamten Betrieb der deutschen Landwirtschaft (einschließlich der Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei, Jagd, landwirtschaftliche Genossenschaften, Landhandel und die Verarbeitungsgewerbe) auf eine vollkommen neue Grundlage stellen und die vom Minister schon wiederholt angekündigte Unabhängigkeit des Bauern von der Marktlage herbeiführen sollen. Die straffe berufsständische Zusammenfassung aller in der Landwirtschaft Tätigen und der garantierte Preis für das Produkt sind die zu erzielenden Absichten dieser Gesetze. Wie aus einer diese Gesetze erklärenden Rede des Reichsernährungsministers hervorgeht, handelt es sich der Reichsregierung ausschließlich um eine Sonderregelung für die einzigartige Lage des deutschen Bauernstandes und daß somit ähnliche Maßregeln für die übrige Wirtschaft nicht in Frage kommen. Dieses Gesetz will aus dem deutschen Bauernstand in Verbindung mit dem Erbhofgesetz einen bluts- und bodenverbundenen Nährstand schaffen, der aus dem Kräftespiel von Angebot, Nachfrage und Preis der sogenannten Marktwirtschaft herausgenommen und dafür in das Verhältnis einer gesicherten aber auch regulierten Bedarfswirtschaft überführt wird. . . . Durch diese Gesetze geht man hier also zum System von Festpreisen über, die jedoch der Staat dem Bauer nur für diejenigen Mengen von Getreide, für die ein wirklicher volkswirtschaftlicher Bedarf vorliegt, geben kann. Die Marktorganisation soll weiter durch den korporativen Zusammenschluß von Erzeuger, Handel, Genossenschaften und Mühlen geschaffen werden, so daß der Getreidebedarf aus den landwirtschaftlichen Betrieben an die Mühlen in einem Tempo herangebracht wird, wie es die Verarbeitung und der laufende Bedarf erfordert. Voraussetzung für ein Funktionieren dieser Gesetze ist die Einsicht der Bauern, daß sie nicht mehr erzeugen dürfen, als der volkswirtschaftliche Bedarf eben erfordert. . . . Mittlerweile ist bereits die erste Verordnung über die gestaffelten Getreidepreise für Weizen und Roggen erschienen.

... Aus der Preisverordnung geht hervor, daß man nur Festpreise für Roggen und Weizen festlegen will, während nach Ansicht des Reichsernährungsministers bei den übrigen Getreidearten die Preise für die Erhaltung des Bauernstandes eine untergeordnete Rolle spielen und daher nach wie vor der freien Marktpreisentwicklung überlassen werden sollen.

Diese Gesetze mit den bereits erschienenen und noch weiter zu erwartenden Ausführungsverordnungen stellen meines Erachtens einen Versuch dar, den Preisverfall in der Landwirtschaft hintanzuhalten und stabile für die landwirtschaftliche Betriebe auskömmliche Getreidepreise dauernd herbeizuführen. Die Auswirkung dieser Gesetze wird erst abzuwarten sein. Offen bleibt die Frage, zu welchen Preisen der nun bereits bestehende Roggenüberschuß verwertet werden soll. ... Ich will aber trotz dieser und mancher anderer Bedenken die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Gesetze nicht leugnen und glaube daher ihre Auswirkung in bezug auf ihre Eignung, für die Landwirtschaft bessere Lebensbedingungen herbeizuführen, beobachten zu müssen und werde ich seinerzeit einen weiteren diesbezüglichen Bericht vorlegen.“

Bereits am 12. Oktober wußte Tauschitz über eine weitgehende Beunruhigung angesichts der landwirtschaftlichen Gesetzgebung zu berichten: „Im ganzen Reich ist wegen der vollzogenen und noch zu erwartenden landwirtschaftlichen Gesetzgebung lebhaft Beunruhigung ausgebrochen. ... Besonders groß ist die Erregung in Ostpreußen. ... Unter dem Vorwand ‚gegen eine Verkammerung‘ der Landwirtschaft zu kämpfen, ließ der Reichsernährungsminister Darré die Ostpreußische Landwirtschaftskammer durch SA besetzen und enthob Bethke, der sich per Flugzeug ins ‚Braune Haus‘ nach München flüchtete, seines Amtes.“

Die Beunruhigung in der Landwirtschaft über die Gesetzgebung hat folgende Ursachen:

1. Das Preisfestsetzungsgesetz hat für Roggen und Weizen völlig ungenügende Preise gebracht. Während die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel nach wie vor einen Index von 115 gegenüber der Vorkriegshöhe der Preise haben und eher eine Neigung zum Steigen als zum Fallen aufweisen, bedeutet die Preisfestsetzung für die beiden Getreidearten eine Stabilisierung der Preise auf etwa 85 % der Vorkriegshöhe, d. h. die Preisschere bleibt nach wie vor zum Nachteile der Landwirtschaft geöffnet. ...

2. Das Erbhofgesetz schneidet tief in die bäuerlichen Familiengesetze und dörflichen Verhältnisse ein. Mit einem Schlag sind die weichenden Kinder völlig verarmt, weil sie nach dem Gesetz, das im Gegensatz

zu der bisherigen preußischen Regelung absolut bindend ist und durch letztwillige Verfügung nicht mehr umgangen werden kann, keine Abfindung mehr erhalten dürfen. Da die Mitgiftfrage für das bäuerliche Denken von ganz besonderer Bedeutung ist, hat diese Regelung besonders viel Unruhe hervorgerufen. Wie groß diese ist, beweist der Erlaß Darrés, daß ohne die Genehmigung der Landesbauernführer keine Vorträge über das Erbhofgesetz gehalten werden dürfen. Eine weitere Folge des Gesetzes, das bestimmt, daß in das Eigentum der Erbhofbauern nicht mehr vollstreckt werden darf, ist der Verlust jeglichen Kredites. Es sind bereits Fälle bekannt geworden, in denen es Bauern nicht mehr möglich war, einfache Reparaturen oder Hufbeschlagn durchführen zu lassen, weil Handwerker sich weigerten, das ohne sofortige Barzahlung zu tun.

3. Das Entschuldungsgesetz, das immer noch der Verkündung harrt, weil es bisher noch nicht die Zustimmung des Wirtschafts- und des Finanzministers gefunden hat, sieht vor, daß alle Schulden innerhalb der mündelsicheren Grenze in Renten umgewandelt werden, die gleichmäßig alle Erbhöfe belasten, also den bisher unverschuldeten oder nur mäßig belasteten Hof genau so wie den überbürdeten. Die Gesamtverschuldung der Erbhöfe (Erbhof nicht größer als 500 Morgen = 125 ha) innerhalb der Mündelsicherheit (nach Darré 50 % Verschuldung) beträgt schätzungsweise 8 Milliarden Mark. Diese Schuld wird in eine Rentenschuld umgewandelt, die jedoch alle Erbhöfe ohne Rücksicht darauf, ob sie verschuldet sind oder nicht, durch eine gleichmäßige Rente abzustatten haben werden.

Das Entschuldungsgesetz und das Reichssiedlungsgesetz sollten schon gelegentlich des Erntedankfestes auf dem Bückeberg verkündet werden. Das konnte aber wegen des Widerstandes der beiden erwähnten Ministerien nicht erfolgen.

Wie gering das eigene Vertrauen des Ernährungsministeriums in die Erfolge der Politik ist, beweist die durchgesickerte Anschauung des Ministeriums, daß der durch das Osthilfegesetz umgeschuldete Großgrundbesitz, für den staatlicherseits nichts mehr getan wird, in zwei Jahren infolge neuerlicher Verschuldung „siedlungsreif“ wird. Die Großgrundbesitzerkreise, die zu den eifrigsten Förderern des Nationalsozialismus gehörten, zeigen sich daher über Darrés Agrarpolitik besonders beunruhigt.

4. Die Landwirtschaft erfreut sich zwar einer Reihe von steuerlichen Erleichterungen, die aber durch die sogenannten ‚Spenden‘ mehr als aufgewogen werden. So beträgt z. B. allein die listenmäßig durchgeführte Sammlung der Winterhilfe, bei der die Abgabemenge pro Morgen festgesetzt und vorgeschrieben wurde, in Geld umgerechnet



nahezu den Vierteljahresbetrag der staatlichen Grundsteuer. Dazu kommt das zwar nicht formelle, aber praktisch bestehende Verbot, die nicht mehr benötigten Arbeitskräfte zu entlassen und anderes mehr. Die Rechtsunsicherheit leidet sehr unter den ständigen Übergriffen der unteren Führer. Die Stimmung in der Landwirtschaft ist eine absolut gedrückte. Der Bauer fühlt sich unter der sich planmäßig vollziehenden Syndikalisierung des Nährstandes absolut als Objekt, das einer modernen Leibeigenschaft zugeführt wird, weil ihm nicht nur jedes Verfügungsrecht über seinen Hof entzogen worden ist, sondern auch die Initiative innerhalb seiner Wirtschaft, da ihm jeglicher Kredit genommen ist und der Anbau und alles andere bis zum Verkauf der Produkte von Staats wegen geregelt ist, bzw. wird.

Ich will heute noch kein abschließendes Urteil über die Darrésche Agrarpolitik sprechen, sondern begnüge mich damit, die Symptome und die Ursachen der Unzufriedenheit der Bauernschaftsführer mit dieser Politik aufzuzeigen. Es wäre verwunderlich, wenn die gesamte Agrarpolitik auf eine so einfache Formel zu bringen wäre, wie sich dies Herr Darré vorstellt.“

Am 9. November übersandte Tauschitz eine Flugschrift von Dr. Otto Strasser, dem Führer der bekannten ‚Schwarzen Front‘, über Hugenbergs Sturz und die ‚Zweite Revolution‘. Diese wurde in zahlreichen Exemplaren von Wien aus in Deutschland verbreitet und ist auch der hiesigen diplomatischen Mission zugesendet worden. Äußerlich war das Exemplar als medizinisches Traktat über den neuesten Stand der Krebsforschung ‚getarnt‘, als Verlags- und Druckort ist Prag angegeben: „Dr. Strasser, ein Bruder Gregor Strassers, des einstigen intimen Mitarbeiters Hitlers, beschäftigt sich in dieser Kampfschrift gegen die derzeitigen nationalsozialistischen Machthaber mit der Vorgeschichte und den Gründen der Ausbootung Dr. Hugenbergs, die er als eine Konzession Hitlers an die antikapitalistischen Strömungen innerhalb der Reihen seiner Anhänger darstellt, wobei jedoch der Führer, indem er neuerlich kapitalistisch eingestellte, allerdings weit schwächere Persönlichkeiten als Hugenberg, wie Dr. Schmitt, Darré und Gottfried Feder, zu seinen Nachfolgern berief, aus seiner Erkenntnis der Einstellung der Massen aus Furcht vor einem weiteren Anschwellen dieses ‚antikapitalistischen Gefühlsstromes‘ nicht die nötigen Konsequenzen zog. Nach Dr. Strasser leben die Prinzipien der deutschen Revolution: Sozialismus, Nationalismus und völkische Erneuerung vorläufig nur als Gefühl in den breiten Massen und als Erkenntnis und Wille nur in der Minderheit der konsequenten Vorkämpfer. . . . Hitler werde jedoch dem stets stärker werdenden Drucke von unten immer mehr nachgeben, da er immer wieder Anschluß an das Gefühl der Massen suchen und finden werde. Der zweite Akt dieser Entwicklung werde dann den

Zusammenbruch des Kapitalismus bringen, dem dann schließlich als Werk der ‚schwarzen Front‘ der Aufbau des Deutschen Sozialismus folgen werde.“

Am 25. Oktober beschloß das Reichskabinett ein Gesetz, das zum Teil sehr wesentliche Änderungen der bestehenden Zivilprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, Arbeitsgerichtsgesetzes, des Gerichtskostengesetzes sowie der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher brachte. Diese Abänderungen verfolgten einen dreifachen Zweck:

1. eine starke Konzentration des Prozeßstoffes unter straffer Führung des Richters,
2. wirkliche Unmittelbarkeit der Verhandlung, insbesondere auch der Beweisaufnahme und
3. den Versuch, den Richter nach Möglichkeit von formalen Beschränkungen, besonders von formalen Beweisregeln, zu befreien.

Mit dem Wintereinbruch zeigte sich neuerdings das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Tauschitz schreibt am 5. Dezember aus Berlin: „Etwa Mitte Juni d. J. brachten die Zeitungen fast täglich Berichte, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit, insbesondere in der Provinz Ostpreußen, besondere Fortschritte mache, und fast täglich wurde gemeldet, daß wieder ein oder der andere und oft sogar mehrere Regierungsbezirke arbeitslosfrei geworden sind. ... Jeder Eingeweihte kennt die Methoden, mit denen die Arbeitslosenkurve künstlich gesenkt wurde. Vor allem wurden eine Menge Leute über den normalen Bedarf in landwirtschaftlichen Betrieben eingestellt. ... Gegen solche ungesunde Methoden der Beseitigung der Arbeitslosigkeit fühlte sich sogar der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt veranlaßt, 'einzugreifen, und erklärte im Juli d. J. in einer Rede in Dortmund, daß es ungesund und auf die Dauer unerträglich wäre, wenn man einen Unternehmer, der faktisch nur 3 Arbeiter beschäftigen kann, zwingen würde, 6 Arbeiter zu beschäftigen. ... Man sieht daraus, daß diesen Sommermeldungen und -bestrebungen sehr viel Agitationsbedürfnis zu Grunde lag und die Verminderung der Erwerbslosigkeit keine dauernde sein konnte, da ihre Ursache keine durchwegs natürliche, sondern vielfach künstliche Grundlage hatte.“

Gegen Ende des Jahres verstärkte sich der Widerstand gegen die Darré'sche Agrarpolitik. Darüber informiert Tauschitz am 21. Dezember aus Berlin: „Während noch vor kurzer Zeit die Person des Reichsernährungsministers Darré in allen politischen Gesprächen im Mittelpunkt einer fortgesetzten Kritik stand, ist es in der letzten Zeit recht still um ihn geworden. Dieses Schweigen bedeutet aber nicht etwa, daß man sich mit ihm und seiner Agrarpolitik abgefunden hat, es ist viel-

mehr darauf zurückzuführen, daß seit Wochen die Agrarpolitik zum Stillstand gekommen ist bzw. die ganzen Agrarreformen, die Darré wiederholt angekündigt hat, nicht zum Beschluß erhoben werden konnten. ... Der Grund hierfür ist in den Widerständen zu suchen, die von allen Seiten gegen die Absichten des Reichsernährungsministers ausgehen. Die Front des ostelbischen Großgrundbesitzes hat ihre Hauptstütze in der Person des Reichspräsidenten, an dessen strikter Weigerung bis jetzt das Landabgabegesetz, das Entschuldungsgesetz sowie die Ausführungsbestimmungen zum Erbhofgesetz gescheitert sind. Es scheint, daß Darré mit diesen Gesetzen, insbesondere aber mit dem Entschuldungsgesetz nicht mehr vorwärts kommen wird, da auch die Widerstände des Reichsfinanzministers und Dr. Schacht gegen das Entschuldungsgesetz nicht beseitigt werden konnten.

Zur Vorbereitung der allgemeinen Entschuldung ist im Oktober der vollkommene Vollstreckungsschutz gekommen. ... Das Ausbleiben einer geregelten Überleitung führt allmählich zu unmöglichen Situationen, die in ein krisenhaftes Stadium eintreten werden, wenn im Frühjahr der Düngemittelbedarf eingedeckt werden muß. ... Reichsernährungsminister Darré steht nun nach halbjähriger Ministerschaft mit einem Torso seiner Agrarpolitik da. Es ist dies deshalb besonders bemerkenswert, weil doch gerade Darré es war, der die Maßnahmen aller seiner Vorgänger in Deutschland, aber auch der Agrarminister in den übrigen deutschen Ländern in Grund und Boden kritisierte und belächelte. ...“

Am gleichen Tag führte Tauschitz zur Frage der Reichsreform aus: „Alle zur Zeit erreichbaren Nachrichten stimmen darin überein, daß die Frage der Reichsreform zwecks Bildung eines deutschen Einheitsstaates zurückgestellt ist. ... Die Reichsregierung gibt den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zur Zeit absolut den Vorzug. Der Umbau des Reiches würde große Kosten verursachen, die derzeit nicht getragen werden können.“

Die Entlassung prominenter Nationalsozialisten steht überhaupt nicht zur Debatte. Es wird vor allem gegen den Minister Darré und den Reichsjugendführer Baldur von Schirach gearbeitet. Hitler sieht durchaus deren Schwächen, hat aber vor kurzem dringende Vorstellungen wegen des Reichsjugendführers mit dem Satz abgetan, — er könne nicht seinen ersten Hitlerjungen davonjagen!

Die Gegnerschaft gegen den Reichsjugendführer kommt in erster Linie von Reichssportführer von Tschamer-Osten. Durch die straffe Organisation der Jugend im deutschen Jungvolk und in der Hitlerjugend fehlt zur Zeit den Turn- und Sportverbänden jeglicher Nachwuchs, da den jungen Leuten einfach die Zeit fehlt, neben dem vielen

Jungvolkdienst auch noch die Turn- und Sportstunden zu besuchen. Schirach besteht aber darauf, daß die Hitlerjugend allen anderen Verbänden vorangestellt wird, wodurch die Reibungen und Spannungen zwischen ihr und den Sportverbänden, die Jugendnachwuchs heranbilden wollen, entstehen. Die physische Beanspruchung der Hitlerjugend geht so weit, daß bereits in den Zeitungen, allerdings sehr vorsichtig, sich Familienväter gegen die zu starke Heranziehung der Jugend für den Dienst gewendet haben, da dies eine Schädigung des Familiensinnes zur Folge habe.“

Anfangs Jänner 1934 werden Pläne zur Einführung eines Landjahres in Preußen bekannt. Tauschitz schreibt am 11. Jänner aus Berlin: „Obwohl das Schlagwort für die jetzige Maßnahme ‚nationalsozialistische Erziehung‘ und engste Anpassung der Stadtjugend aus den politisch und sozial gefährdeten Industriegebieten heißt, hat doch auch der Plan, der vom preußischen Kultusminister Rust ausgeht, und über den die Pressestelle des preußischen Kultusministeriums in einer Pressekonferenz nähere Ausführungen gemacht hat, als hauptsächliches Ziel die Zurückdämmung des Zustromes Jugendlicher zum Arbeitsmarkt im Auge. ... Er steht vielleicht damit im Zusammenhang, daß nach dem letzten Bericht die Zahl der Arbeitslosen sich neuerdings um mehr als 300 000 erhöht hat, angeblich infolge des Kälteeinbruches. Es wird geplant, einzelne der Jugendlichen als Jungknechte zu Bauern und als Helfer in die Dorfschmiede zu schicken. Dadurch wäre auch eine teilweise Ausnützung der Arbeitskraft der Jugendlichen ermöglicht. Die große Masse jedoch soll in Schulungslagern gehalten werden, wo sie eine sportliche Ausbildung erhalten, Land- und Gartenarbeit leisten und mit den Handwerkern der umliegenden Dörfer zusammenarbeiten soll. ... Es ist ein Lagerleben von neun Monaten geplant. In Jugendheimen und Herbergen, die zu diesem Zweck bereitgestellt werden sollen, dürften je 70 bis 100 Jugendliche untergebracht werden. Diese Heime sollen möglichst autark werden, dürften also, da ja praktische Arbeit von den Jugendlichen verlangt wird, nicht allzu große Kosten verursachen. ... Es handelt sich vorläufig nicht um eine allgemeine Maßnahme, sondern zunächst soll nur ein kleiner Teil der zu Ostern schulentlassenen Jugend erfaßt werden. Vom wirtschaftlichen Ergebnis und der weiteren Gestaltung der Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte es dann wohl abhängen, ob nach dem ersten Probejahr diese Einrichtung in Zukunft die ganze Jugend erfassen soll.“

Über den Verlauf des zweiten „nationalen Feiertages des Deutschen Volkes“ gab Tauschitz am 2. Mai folgenden Bericht: „... Dem Charakter des Tages und der Feier entsprechend, waren die Ausführungen des Reichskanzlers als ein Lied auf die Arbeit abgestimmt, die, wie er sagte, der höchste Adel sei für jeden, der durch sie und mit ihr ge-

treulich mithilfe am Aufbau des gemeinsamen Lebens und damit beitrage zu Erhaltung der Nation. . . . Zwei Hauptaufgaben hätten sich nun, da das Reich ohne Schuld ein Opfer des Krieges geworden sei, der nationalsozialistischen Regierung präsentiert: Die Rettung des deutschen Bauerntums durch die Sicherstellung des Bauernhauses (Erbhofgesetz) und die Rettung der deutschen Arbeiterschaft durch die Sicherstellung des Arbeitsplatzes. Mit auffallender Schärfe wandte sich Hitler in diesem Zusammenhang gegen diejenigen, ‚die da nicht müde würden, mit ihrer ewig negativen Kritik zu nörgeln‘, die aber damit das Tatsächliche des Kampfes der Regierung um die beiden genannten Probleme nicht weglügen und nicht weggleugnen können. . . .“

Die Abendausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“ vom 3. Mai kündigte eine Propaganda-Aktion der NSDAP gegen Saboteure am Aufbau an: „Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz meldet: Die Reichspropagandaleitung der NSDAP hat im Anschluß an die gewaltigen Demonstrationen des 1. Mai, an dem sich noch klarer als im Vorjahr die Gemeinschaft aller ehrlich Schaffenden dokumentiert hat, eine umfassende Versamlungs-Propagandaaktion angeordnet, die sich insbesondere gegen die Miesmacher und Kritiker, gegen die Gerüchtemacher und Nichtsköner, gegen Saboteure und Hetzer richten wird, die immer noch glauben, die klare Aufbauarbeit des Nationalsozialismus stören zu können. . . .“

„Wenn ich den Versuch unternehme, Ihnen, Herr Bundeskanzler, die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands in einer den wirklichen Verhältnissen möglichst nahekommenden Form zu schildern, so bin ich mir von vornherein der schwierigen Aufgabe bewußt, da hierüber sowohl diesseits, insbesondere aber jenseits der deutschen Grenzpfähle die einander widersprechendsten Ansichten kursieren.“ Mit diesem Satz eröffnete Tauschitz seinen Bericht vom 29. Mai, worin er fortfährt: „Zwischen den beiden extremsten Anschauungen, daß einerseits der Nationalsozialismus in der kürzesten Zeit ganz Europa bzw. die ganze zivilisierte Welt erobern und seine Idee dieses Jahrhundert hindurch beherrschen wird und andererseits, daß der nationalsozialistische Spuk in der kürzesten Zeit vorüber sein und wieder einer vernünftigen Staatsform Platz machen müssen, hört man alle Möglichkeiten, die es nur in bezug auf die Dauer des Systems, seine Ausbreitung und seinen Wert für Volk und Staat gibt.

Ich habe in meiner Berichterstattung stets jede Sprunghaftigkeit zu vermeiden versucht und habe mich nie in Extremen bewegt. Ich bin nicht in der Lage, über die Dauer des Systems irgendwelche bestimmte Zeitangaben machen zu können. Es ist aber meine intuitive Überzeu-

gung und das habe ich auch in meiner bisherigen Berichterstattung immer hervorgehoben, daß man mit einer langen Dauer des derzeitigen nationalsozialistischen Regimes in Deutschland wird rechnen müssen. ... Der kürzlich in Wien akkreditierte amerikanische Gesandte Mr. Messersmith, den ich hier wiederholt sprechen konnte, hat mir gegenüber auch den Standpunkt vertreten, daß die derzeitige deutsche Regierung etwa im Herbst dieses Jahres — er meinte nach 6 Monaten — nicht mehr weiter werde können und einer Regierung werde Platz machen müssen, die wieder das Vertrauen der Welt zu Deutschland herzustellen in der Lage ist. Wie ich schon vorweg nahm, glaube ich, daß sich Mr. Messersmith in dieser Hinsicht irrt. Ich weiß übrigens, daß er sehr stark von jüdischen Kreisen beeinflußt ist, bei denen natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens ist. ...

Wenn es auch ziemlich feststeht, daß die Wirtschaft nicht die Priorität vor der Politik hat, so glaube ich doch vorerst die wirtschaftliche Situation Deutschlands beleuchten zu sollen, bevor ich zur politischen Lage übergehe. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist vor allem gekennzeichnet durch den enormen Exportrückgang der letzten Monate, der sich in der Folge geradezu katastrophal auswirken kann. Während noch im Jahre 1931 Deutschland einen Exportüberschuß von 2,8 Millionen RM hatte und noch im Jahre 1933 das Handelsbilanzaktivum 672 Millionen betrug, ergibt die Bilanz der ersten vier Monate des Jahres 1934 schon ein Handelsbilanzpassivum von 136 Millionen RM. Es ist ein offenes Geheimnis, daß dieser ungeheure Exportrückgang, wenn auch die allgemein geringere Kaufkraft der gesamten zivilisierten Welt und die fortschreitende Industrialisierung der überseeischen Länder mit eine Rolle spielt und die unwahrscheinlich großen Hindernisse, die dem internationalen Verkehr in Gestalt von Ein- und Ausfuhrverboten, Lizenzen, Zollerhöhungen, Vorzugsbehandlungen und Erschwerungen des Devisentransfers nicht übersehen werden dürfen, doch hauptsächlich auf den Boykott deutscher Waren durch die Judenschaft der gesamten Welt zurückzuführen ist, der seine Ursache wieder im nationalsozialistischen Antisemitismus hat. Dieser Exportrückgang verursacht nun die große Devisenknappheit und die Goldverluste der Reichsbank, die in ihrem letzten Ausweis nur mehr eine Deckung von 147 Millionen RM und 8 Millionen Devisen aufweist, d. h. daß die umlaufenden Banknoten nur mit 4,6 % gedeckt sind. Aber selbst im Monate November, als die deutsche Wirtschaft noch einen Exportüberschuß von 92 Millionen RM aufgewiesen hat, berichtete Schacht in einer Rede, daß der Devisenzuwachs der Reichsbank in diesem Monat nur eine Million betrug, da der Exportüberschuß in Registermark gezahlt wurde und sich im Export sehr viel Emigrantware, für die keine Devisen nach Deutschland zurückfließen, befand. Diese Devisenknapp-

heit führte schließlich zur Bewirtschaftung des Importes von Rohmaterialien, die derart gedrosselt werden mußte, daß die Devisenzuteilung nur 25 % der Anforderung beträgt. Ab 1. Juni gilt übrigens eine Neuregelung der Devisenzuteilung für Importe, und zwar werden die Devisenkontingente für die Wareneinfuhr auf 10 % des Grundbetrages und die Ausnutzung der Remboursekontingente auf 20 % des Grundbetrages festgesetzt. ... Die Verschiedenheit in der Bewertung der Inlands- und Auslandsmark (Registermark) wird in der nächsten Zeit eine empfindliche Verteuerung jener Waren zur Folge haben, die aus ausländischen Rohstoffen hergestellt sind oder solche Rohstoffe in größerem Prozentsatz beigemischt haben. ... Aber auch bei den übrigen Waren ist bereits ein sehr fühlbares Anziehen der Preise feststellbar. Die größte Gefahr dieser ungeheuren Devisenknappheit droht nun dem deutschen Arbeitsmarkt, da die Industrie, wenn sie nicht exportieren kann, den Arbeiter wird kaum beschäftigen können und auch die übrigen — vielleicht gut gemeinten und auch nicht schlecht durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — wie Bau von Auto- und Bahnstrassen, Wasserkanälen, Flußregulierungen, Trockenlegung von Sümpfen usw. — so begrüßenswert diese Arbeiten auch sein mögen, keinen Ersatz für den Entfall der mit dem Export verbundenen industriellen Arbeit geben können. Wenn Deutschland im Jahre 1931, dem Jahre des Exportüberschußmaximums von 2,8 Millionen Reichsmark eine Arbeitslosenziffer von 5,6 Millionen hatte, so kann ich mir nicht vorstellen, daß bei einem Handelsbilanzpassivum von 136 Millionen im ersten Jahresdrittel 1934 nur 2,6 Millionen Menschen tatsächlich arbeitslos sind. Wenn diese Ziffern überhaupt stimmen, so ist diese ungeheure Verschiedenheit zwischen Export und Arbeitslosigkeit nur solange möglich, als sich das Verbot, daß die Industrie keine Arbeiter entlassen darf, aufrecht erhalten läßt und in den namhaftesten Betrieben Deutschlands, wie beispielsweise im größten Berliner Betriebe, den Siemens-Schuckert-Werken, die Arbeiter statt sechs nur drei Tage arbeiten und manche qualifizierte Arbeiter oft auch nur Gelegenheitsarbeiten bekommen, aber nicht als arbeitslos geführt werden.

Das Sinken der Arbeitslosigkeit hat im Hinblick auf diese Verhältnisse keine wesentliche Steigerung des Volkseinkommens gebracht, ein rascherer Umsatz der Mark im Innern jedoch ist unzweifelhaft eingetreten. Wenn ich auch die wohltuende Wirkung und die volkswirtschaftliche Funktion der im Innern rollenden Mark nicht unterschätze, so glaube ich doch, daß ein Staat wie Deutschland, der sich einen großen Teil von Rohprodukten aus dem Ausland beschaffen muß, nicht auf die Dauer auf die Geldzufuhr aus dem Ausland verzichten können. Hierbei spielt natürlich die Transferfrage die Rolle eines Problems für

sich. Daß bei dieser Devisenknappeit die Reichsbank nicht in der Lage ist, die Zinsen für die verschiedenen Anleihen in der zuständigen Valuta zu transferieren, liegt klar auf der Hand und die Gläubiger, die dies nicht glauben wollten, mußten sich schließlich überzeugen lassen, daß die Reichsbank nichts verheimlicht, sondern in der Tat über keine Devisenreserven verfügt. . . .

Die oberwähnte Rede des Propagandaministers Dr. Goebbels, in der er wieder einmal über die Juden heftig loszog, ihre Greuelpropaganda als die Ursache der deutschen Wirtschaftsnot hinstellte und schließlich, falls der jüdische Boykott deutscher Waren nicht aufhören sollte, sie auf die äußersten Konsequenzen aufmerksam machte, soll höchsten Ortes sehr schlecht aufgenommen worden sein, da die Exportindustrie beim Führer auf die Folgen solcher Reden, die im Auslande, insbesondere in England und Amerika in zehnfacher Vergrößerung aufscheinen, hinwies und das Unterbleiben solcher zwecklosen Agitationsreden forderte. Die Industriellen wurden bei dieser Vorsprache von Dr. Schacht und Staatsrat Stauss, einem Bankier, geführt. . . .

Herr Bundeskanzler! Wenn man nun angesichts der von der deutschen Regierung in der allernächsten Zeit zu lösenden großen Schwierigkeiten auf den verschiedensten Gebieten — ich habe in diesem Zusammenhang die religiösen Fragen gar nicht behandelt — die sich im Laufe des Jahres noch vergrößern dürften, den Schluß ziehen würde, daß sie eine Gefahr für das System und für die Regierung bedeuten, so träfe man damit nicht das Richtige. . . . Die Machtmittel des Staates sind sehr beachtenswert und fest in der Hand der Regierung — vor allem aber wüßte ich nicht, von wem diese Regierung abgelöst werden sollte; eine organisierte Opposition kann sich nicht bilden und selbst eine Kritik, die wirklich weite Kreise erfassen und aufrütteln könnte, ist gar nicht möglich. Es ist somit alles, was die Regierung und die Partei macht, richtig und unantastbar, weil niemand etwas Gegenteiliges zu behaupten wagt. Brüning hatte sich vor einiger Zeit geäußert, daß man dieses System, selbst wenn man es könnte, gar nicht stürzen dürfte, es müsse sich selbst langsam ad absurdum führen.“

Über ein Gespräch mit dem italienischen Botschafter Cerruti verlautbarte Tauschitz am 25. Juli folgende Stellungnahme: „. . . Die finanzielle Lage Deutschlands bezeichnet der italienische Botschafter als geradezu katastrophal, und er könne sich nicht vorstellen, wie man etwa in zwei Monaten weiter wirtschaften wolle, sobald die Vorräte an den wichtigsten Rohstoffen aufgebraucht seien. Rohstoffkredite würden wohl seiner Ansicht nach für Deutschland nicht so leicht erreichbar sein, da es sich die ausländischen Geldgeber wohl überlegen dürften, Kapitalien in einem Land zu investieren, dessen Regime so wenig Aussicht auf



Bestand biete. Erst jetzt wieder habe er zum Beispiel von einer aus Holland zurückgekehrten, gut informierten Persönlichkeit gehört, daß man in den Niederlanden auch nicht einen Gulden Deutschland zur Verfügung zu stellen gewillt sei. . . .“

Am Sonntag, den 19. August rief Hitler das deutsche Volk neuerdings zur Wahlurne, um darüber zu entscheiden, ob es der Regelung der Nachfolge nach dem verewigten Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall von Hindenburg im Sinne des Gesetzes vom 1. August d. J., wonach das Amt des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers zusammengelegt und der Führer mit beiden Funktionen betraut wird, nachträglich zustimme oder nicht. „Es hat Hitler einmal erklärt, daß er wenigstens einmal im Jahre dem deutschen Volke Gelegenheit geben wollte, darüber zu entscheiden, ob es mit seiner Führung und mit dem nationalsozialistischen Regime einverstanden ist oder nicht“, schreibt Tauschitz am 15. August: „Ich frage aber, ist das, was man beispielsweise am 12. November v. J. und nun neuerdings am 19. August hier aufführt und als freie und geheime Wahl hinstellt, wirklich eine Wahl? Meiner Ansicht nach heißt wählen, ganz allgemein gesagt, zwischen zwei oder mehreren positiven Möglichkeiten entscheiden, d. h. auswählen zu können. Bei der Wahl am 19. August jedoch hat der deutsche Wähler keine Möglichkeit, sich für den einen oder für den anderen Kandidaten zu entscheiden; er hat nur ein bereits erlassenes Verfassungsgesetz der Reichsregierung zu bejahen oder zu verneinen. . . . Ich habe die feste Überzeugung, daß der 30. Juni des Jahres 1934 für die nationalsozialistische Entwicklung eine Bruchstelle bedeutet, von der es nur ein langsames, aber sicheres Abgleiten gibt. . . . Mit dem 30. Juni hat dieses nationalsozialistische Gebäude einen derart starken Riß bekommen, daß trotz aller Bemühungen, es neu zu fundieren, diese m. E. nur den Erfolg haben können, daß es noch eine längere Zeit überdauert, aber von einem festen, massiven, Jahrhunderte überlebenden Bau kann nicht mehr die Rede sein. . . . Man kann also zusammenfassend sagen, daß Hitler mit dem 30. Juni an Prestige stark eingebüßt hat, daß er stimmungsmäßig im Volke nicht mehr dieses Vertrauen genießt, daß ihm aber dies schließlich nicht so sehr schaden wird, denn dadurch, daß er die Wünsche der SA in bezug auf Eingliederung in die Reichswehr u. dgl. abgelehnt hat, hat er sich die Reichswehr gewonnen, wird aber allerdings sehr ihren Wünschen in bezug auf die zukünftige staatliche und wirtschaftliche Entwicklung Rechnung tragen müssen. Nachdem die Reichswehrrführung streng konservativ erzogen und eingestellt ist, kann über die künftige Entwicklung und Richtung in Deutschland meines Erachtens kein Zweifel sein; vorerst dürfte es zu einem starken Abbremsen der national-bolschewikischen Bestrebungen Dr. Goebbels und Dr. Leys kommen.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist charakterisiert durch einen weiteren starken Rückgang des Exportes im Juli, beträgt doch der Einfuhrüberschuß, das ist der Tarnungsausdruck für das Handelsbilanzpassivum, 42 Millionen RM. . . . Auf das ganze Jahr bezogen wird das beiläufig zeigen, daß im Jahre 1934 Deutschland um 1 Milliarde Reichsmark weniger exportieren wird als dies 1933 der Fall war. Die Prognose für das zweite Halbjahr dürfte aber eher noch ungünstiger sein als für das erste, so daß eher mit mehr als mit einer Milliarde Minus zu rechnen sein wird. An diesem Passivum der Handelsbilanz mit 507 Millionen im Halbjahr ist der Warenaustausch mit Rußland allein mit 134 Millionen RM beteiligt. . . . Besonders empfindlich für das Deutsche Reich ist der Verlust von 134 Millionen RM im Rußlandgeschäft, weil interessanterweise von Rußland tatsächlich Devisen nach Deutschland geflossen sind, während ja der Exportüberschuß aller übrigen Staaten im Clearingverkehr abgewickelt bzw. für Schuldenzahlung verwendet wurde.

Wie ich schon erwähnt habe, ist die Julibilanz mit 42 Millionen passiv. Trotzdem aber melden die Zeitungen einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit um 50 000 Beschäftigte, ohne hierbei jedoch zu ver raten, wie dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit künstlich erzeugt wird. Es gibt nämlich in Deutschland wohl nicht mehr viel Betriebe, wo ein Arbeiter noch die ganze Woche beschäftigt ist. Die meisten Betriebe haben bereits die Zweischichtenarbeit, d. h. die Hälfte der Arbeiterschaft arbeitet in den ersten drei, die übrige Hälfte an den letzten drei Tagen der Woche. Die Ursache zu diesen Maßnahmen ist, wie ich schon berichtet habe, in dem Rohstoffmangel zu suchen. Derzeit werden noch 5 % Devisen für Rohstoffe zugeteilt. Im allgemeinen hofft man, über die Sommermonate noch so halbwegs hinüber laborieren zu können; denn noch haben namhafte Firmen große Vorräte an Kupfer, Baumwolle etc. Im Herbst, etwa im Oktober jedoch wird sich der katastrophale Mangel an Rohstoffen einstellen, der ohne Rohstoffkredite nicht behoben werden kann. Da wird der Regierung wohl nichts anderes übrig bleiben, als ihre Politik so einzustellen, daß sie Rohstoffkredite bekommt und die Bedingungen hierfür sind bekannt: ‚Konzessionen in der Judenfrage.‘ Wenn es soweit sein wird, und ich zweifle nicht daran, daß sich diese Situation für Deutschland zwangsläufig ergeben wird, dann wird man sich mit Recht fragen: ‚Was ist vom nationalsozialistischen Programm und seinen 25 unabänderlichen Punkten noch übrig geblieben?‘“

Am 28. August übersandte Dr. Tauschitz eine Rede von Dr. Schacht, die dieser bei der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse am Sonntag, dem 26. August gehalten hat: „. . . weil ich annehme, daß sie in keiner österreichischen Zeitung ausführlich erschienen ist und doch große

Aktualität deshalb hat, weil sie doch ziemlich deutlich die verzweifelte wirtschaftliche Lage Deutschlands beleuchtet. In ihrem Zynismus weicht sie von den Schacht'schen Usancen seiner Reden nicht ab.“

Das ‚Handelsblatt der Deutschen Allgemeinen Zeitung‘ brachte Schachts Rede unter der Überschrift: ‚Einfuhrdevisen nur noch bei Import auf Grund von Devisenbescheinigung.‘

Am 5. September wußte darüber hinaus der Berliner Reuter-Korrespondent, der im allgemeinen sehr gut unterrichtet ist und insbesondere über vorzügliche Beziehungen zur Reichsbank verfügt, zu berichten, „daß Dr. Schacht das Propagandaministerium dahin verständigt hat, es werde in Zukunft nicht mehr möglich sein, den laufenden Bedarf an Devisen für die Auslandspropaganda bereitzustellen. Die jährlichen Ausgaben des Reichspropagandaministeriums für Auslandspropaganda werden auf etwa 120 Millionen Reichsmark veranschlagt. . . . In dieser Maßnahme wird ein beträchtlicher Prestigeverlust des Propagandaministeriums und ein Beweis dafür erblickt, daß Dr. Schacht von seinen diktatorischen Vollmachten vollkommen freien Gebrauch machen kann.“ Diese Nachricht wurde am 5. September von Tauschitz nach Wien weiterkolportiert.

Am 4. Oktober brachte Tauschitz neuerdings ein Gerücht über den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht: „Wie ich aus einer Quelle erfahre, deren Verlässlichkeit zu überprüfen ich allerdings bisher nicht Gelegenheit hatte, soll der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht bevorstehen. Es ist kein Geheimnis, daß die deutsche Wirtschaft mit der Reichsbankpolitik Schachts und mit seiner Devisenbewirtschaftung schon seit langem nicht einverstanden ist. Daß dies Schacht geradezu durch seine schon sprichwörtlich gewordene Grobheit, sich unbeliebt zu machen, verstanden hat, ist ebenfalls kein Geheimnis. Schacht konnte sich in seiner wenig beneidenswerten Position bisher nur halten, weil man für ihn keinen Nachfolger hat, der einigermaßen Gewähr dafür böte, die deutsche Wirtschaft aus der bekannt außerordentlich schwierigen Devisenlage herauszuführen. . . . Feststehen soll, daß Reichsminister Schmitt auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren will. Als Nachfolger Schachts wird der preussische Finanzminister Poppitz genannt. Poppitz hat sich bisher wenig bemerkbar gemacht. Man rühmt ihm allerdings eine gewisse Nackenfestigkeit nach.“

Im Rahmen einer feierlichen Arbeitstagung eröffnete Hitler am 9. Oktober in der Krolloper, wo derzeit der deutsche Reichstag seine Unterkunft gefunden hat, den Feldzug für das zweite Winterhilfswerk 1934/35 unter der Devise ‚Keiner darf hungern und frieren!‘. . . . „Über den Tribünen prangte der Spruch ‘Wir schaffen die nationale Solidari-

tät' sowie ein stilisiertes Hoheitsabzeichen mit der Aufschrift 'Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1934/35' schreibt Tauschitz: „Reichskanzler Hitler hielt wie schon erwähnt, eine große Rede, daß es Pflicht der Nation wäre, allen, die unverschuldet in Not geraten seien, sei es, daß sie keine Arbeit bekommen oder aber nicht in der Lage sind, eine solche annehmen zu können, so weit es nur irgend möglich ist, zu helfen. . . . Im weiteren Verlauf seiner Rede hielt er den Wohlsituierten vor, wie klein das Opfer sei, das die Volksgemeinschaft heute von ihnen verlangt im Hinblick auf die Vorteile der mustergültigen Verhältnisse, die der Nationalsozialismus jedem einzelnen und dem gesamten deutschen Volke gebracht hat.“

„Streng geheim!“ galt ein Bericht vom 24. Oktober über „Zwei Generale im Deutschen Wirtschaftsministerium“: „Wie ich aus vollkommen zuverlässiger Quelle erfahre, haben die beiden Generale Beck, Chef des Generalstabes und Fromm, Chef der Materialbeschaffung für die Aufrüstung, ihre Büros seit einiger Zeit im Wirtschaftsministerium und arbeiten im engsten Verbande mit diesem. Es soll ihnen dadurch Gelegenheit gegeben werden, Einsicht in die deutsche Wirtschaftslage zu gewinnen, so daß sie jederzeit befähigt sind, diese vollkommen zu überblicken, um einerseits für die Zwecke der Aufrüstung das Möglichste herauszuholen und andererseits aber auch nicht ganz Unmögliches von der Wirtschaft zu verlangen. Wenn auch die Aufrüstungsmaßnahmen der deutschen Regierung auf der einen Seite die Wirtschaft ankurbeln und ihr neue Erwerbs- und Betätigungsmöglichkeiten geben, so schöpfen sie andererseits einen Großteil der Devisen für ihre Zwecke ab und bewirken auf diese Weise eine Drosselung verschiedener Industrien, die wegen Rohstoffmangel ihre Betriebe bedeutend einschränken müssen. Soweit als möglich die gegenseitigen Interessen abzuwägen, soll Aufgabe der beiden genannten hohen Funktionäre des Reichswehrministeriums sein.“

Diese Zusammenarbeit der beiden Generale mit dem Reichswirtschaftsministerium und die räumliche Unterbringung ihrer Büros in diesem wird geheim gehalten. Die vorangeführten Gründe dieser Maßnahme können nur zum geringen Teile hierfür bestimmend gewesen sein. In hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man vielmehr, daß dies schon direkte Vorbereitungen für die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sind, die, wenn auch ein Krieg in absehbarer Zeit nicht kommen sollte, infolge des sich immer mehr verschärfenden Rohstoffmangels notwendig sein werden, bzw. schon auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten notwendig geworden sind.“

Der Bericht vom 31. Oktober trägt den Titel „Die deutsche Wirtschaft in einer Scheinblüte“: „Die gegenwärtige deutsche Wirtschaftslage trägt

meines Erachtens alle äußeren Symptome der Prosperität an sich. Aus den amtlichen Statistiken über die ständige Abnahme der Arbeitslosigkeit, die nach dem letzten veröffentlichten Berichte weit unter die Hälfte der Arbeitslosigkeit des Jahres 1932 gesunken ist und aus den Berichten über Konjunkturforschung ist eine Zunahme des Inlandsabsatzes zu entnehmen, die sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen zwar verschieden ausdrückt und zwischen 18 und 30 % der früheren Produktion schwankt. Wenn man auch den amtlichen Statistiken keinen Glauben schenken würde, und es dürfte zur Genüge bekannt sein, daß zwar die Arbeitslosigkeit sinkt, daß dies aber nur durch die Kurzarbeit der bisher Beschäftigten erreicht wird — so kann doch der kritische Beobachter an den Erscheinungen des täglichen Lebens einen nicht zu übersehenden Aufschwung der deutschen Wirtschaft feststellen. . . .

Neben diesem Inlandsauftrieb der Wirtschaft sehen wir aber gleichzeitig einen kolossalen Verfall des deutschen Exportes, der wieder die Devisenknappheit der Reichsbank zur Folge hat. Wohl konnte Dr. Schacht durch seine drakonischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung, nach der Importe nach Deutschland nur getätigt werden können, wenn der Importeur vorher eine Devisengenehmigung besitzt, im August die Passivität der Handelsbilanz auf 9 Millionen Mark herunderdrücken und im September das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr nahezu herstellen, denn der Einfuhrüberschuß im September betrug nur mehr 2 Millionen Mark. Aber dieser Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr hat eine fühlbare Warenknappheit zur Folge. In den letzten Monaten hat die deutsche Wirtschaft bei gedrosselter Einfuhr noch von den Vorräten, die sie in den besseren Zeiten aufzustapeln vermochte, gelebt. Nun sind diese Vorräte größtenteils erschöpft, und der Bedarf der Wirtschaft nach Rohstoffen ist so groß, daß nur zur teilweisen Befriedigung dieses Bedarfes die Passivität der deutschen Handelsbilanz im letzten Monat mindestens 60 - 70 Millionen Reichsmark hätte betragen müssen. Die Folgen dieser Warenknappheit sind nun auch in den Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums, die sich von denen der Kriegsbewirtschaftung gar nicht mehr unterscheiden, sichtbar. . . . ,Verbot der Preissteigerung für ausländische Waren', ‚Keine Ursache zur Hamsterei‘ kann man fast täglich in den Zeitungen lesen. Das unsichere Gefühl ‚Was wird mit der Mark‘ drängt zweifellos viele an die Läden der Kaufhäuser oder in die Vergnügungsorte, denn man wisse doch nicht, ob nicht etwas geschehen werde, und man würde dann später bereuen, daß man gespart habe.

Ich war nie im Zweifel, daß der scheinbare Auftrieb, den man der Wirtschaft gegeben hat, kein natürlicher und kein gesunder sein kann. Wohl hat der Reichsfinanzminister in einer Rede etwa im April d. J.

ganz offen erklärt, daß er pumpt. Er sagte nämlich, es gibt Zeiten, wo man von der Vergangenheit und wieder Zeiten, wo man von der Zukunft leben müsse. Derzeit lebe man von der Zukunft, aber das mache ihm keine Sorgen, denn das Geld wird zu außerordentlichen produktiven Maßnahmen verwendet, die sich sicher bezahlt machen werden und daher wird die Rückzahlung dieser Schulden für die kommende Generation keine unerträgliche Belastung sein. . . .

Schacht hat es aber bisher noch verstanden, die Reichsmark stabil zu halten und diese Tatsache allein ist imstande, die Bevölkerung, zumindest die große Masse, gegen jede wirksame Propaganda immun zu machen, die doch in der Verschlechterung der Qualität von Stoffen, Leinen, der fettarmen Seife, des Brotes und anderer Waren reichlich Nahrung finden würde. Für die Mark erhält man heute in Deutschland — im großen gesehen — noch die gleiche Gütermenge wie früher. Das Preisniveau konnte dadurch gehalten werden, daß die für den Verbrauch verfügbaren Geldmengen nicht anwachsen. . . .

Durch die Verringerung der Gewinne und die Lastenerhöhungen, sei es durch Steuern, sei es durch die ‚freiwilligen‘ Abzüge, sei es durch ausgiebige Sammlungen für die Winterhilfe, wurde für eine reichliche Verminderung des gesamten Volkseinkommens Sorge getragen. Aber trotzdem konnte eine Verteuerung gewisser Artikel des täglichen Bedarfes nicht vermieden werden. . . . Es muß sogar die Regierung zugeben, daß eine empfindliche Erhöhung der Lebensmittelpreise eingetreten ist. Die Regierung behauptet zwar, daß dies in ihrer Absicht läge und dies in den großen Rahmen der Entschuldungsaktion für die Landwirte falle. Die Agrarier behaupten jedoch, daß sie von dieser Preissteigerung keinen Nutzen hätten und daß alles der Zwischenapparat, den das nationalsozialistische Regime zwischen Produzent und Konsument geschaltet hat, verschlinge. Der Konsument leidet aber doch ziemlich empfindlich unter der Tatsache, daß beispielsweise das Rindfleisch in einem Jahre um 1 Mark pro Kilogramm, das Schweinefleisch sogar um etwas mehr als eine Mark, das Schmalz um 70 Pfennig, Eier um 4 Pfennig pro Stück und Kartoffeln um 3 Pfennig pro Kilogramm gestiegen sind. Aber auch in den Textilien ist eine Verteuerung eingetreten, die sich besonders in der verschlechterten Qualität für dieselbe Preislage ausdrückt. Wenn auch Preissteigerungen grundsätzlich verboten sind, so weiß der Kaufmann sich naturgemäß immer auf eine andere Weise zu helfen. Aus der Kriegszeit aber wissen wir, daß Höchstpreise zuerst eine Qualitätsverschlechterung, später aber ein Verschwinden der Ware vom Markt zur Folge haben. Es ist nur die Frage, wie lange das nationalsozialistische Regiment, um einen beliebigen Ausdruck Hitlers zu verwenden, in der Lage sein wird, dieses Verschwinden der Ware vom Markt zu verhindern. . . .

Herr Bundesminister! Ich komme nun zu dem Ergebnis, daß die Prosperität der deutschen Wirtschaft nur eine scheinbare ist und nur als eine Folge der Vermehrung des Umlaufes an Zahlungsmitteln bezeichnet werden kann und nur solange aufrecht zu erhalten ist, als die deutsche Reichsbank als ein Bau im luftleeren Raum stehen bleiben kann, als man noch auf die schwierigste Art und Weise Rohstoffe aus dem Auslande zu beschaffen in der Lage ist und andererseits Ersatzstoffe, von denen soviel gesprochen wird, zu finden vermag. Wenn man aber die Finanzierung der Wirtschaftsankurbelung in ihren Details verfolgt und wenn man andererseits sieht, mit welchem äußersten Kraftaufwand und mit welcher Unrentabilität man an die Erzeugung von Stoffen aus deutschen Urprodukten geht, so muß man wohl an einem dauernden Erfolg dieser Bemühungen zweifeln. ... Wie ich schon andeutete, war es mir bisher unklar, wie alle die verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches, der noch bestehenden Länder, der total verschuldeten Gemeinden und der öffentlichrechtlichen Körperschaften finanziert werden. Ich glaube, nun hinter dieses Geheimnis gekommen zu sein. ... Aus zwei verschiedenen, nicht nur absolut seriösen, sondern auch als verlässlich bereits erprobten Quellen erfuhr ich nun in den letzten Wochen, daß man sich hier im Reiche zur Finanzierung der verschiedensten Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsmaßnahmen eines sehr einfachen Mittels, des sogenannten Gefälligkeitswechsels bedient. ... Was ist nun ein Gefälligkeitswechsel? Von der öffentlich-rechtlichen Körperschaft bekommt der Aussteller des Gefälligkeitswechsels einen sogenannten Sicherungsschein, der ihn davor beschützt, daß etwa die Reichsbank oder eine andere Bank, bei der er in Ermangelung einer Reichsbankfiliale diesen Gefälligkeitswechsel eingereicht hat, seinerzeit von ihm die Einlösung fordert. Der Sicherungsschein spricht klar und deutlich aus, daß er mit dem Gefälligkeitswechsel absolut nichts zu tun habe und er ihm nie mehr präsentiert wird. Diese Gefälligkeitswechsel haben eine Laufzeit von 10 Jahren, werden den Banken mit 1 % verzinst; wer sie schließlich nach Ablauf dieser 10 Jahre einlösen wird, bleibt vorläufig eine offene Frage. Fest steht, daß eine namhafte deutsche Bank vor 14 Tagen Wechsel im Betrage von 317 Millionen Mark bei der Reichsbank eingereicht hat. ... Fürwahr ein einfaches Mittel zur Finanzierung der Wirtschaftsankurbelung. Was allerdings die Finanzsachverständigen dazu sagen, ist nicht feststellbar, da sich naturgemäß alle, an die man diesbezügliche neugierige Fragen stellt, in eisiges Schweigen hüllen. Meine Gewährsmänner glauben, daß man dies etwa 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-2 Jahre machen kann, daß aber dann unweigerlich die Folgen einer solch ungewöhnlichen, meines Erachtens müßte man sagen, unmöglichen Finanzierungsmethode, die nur zum Bankrott führen kann, eintreten. ...

Man schätzt die Höhe dieser Gefälligkeitswechsel gegenwärtig auf 3 Milliarden Reichsmark. Diese Gefälligkeitswechsel, die reine Finanzwechsel darstellen, werden im Wechselportefeuille der Reichsbank nicht ausgewiesen.

Eine andere, nicht uninteressante Finanzierungsmethode wurde gefunden, um die Erbauung einer gigantischen Fabrikanlage zur synthetischen Herstellung von Benzin und Schmierölen aus Braunkohle zu ermöglichen. ... Dr. Schacht versammelte nämlich vor etwa drei Wochen die Braunkohlenbergwerksbesitzer bei sich und trug ihnen seinen Plan zur Errichtung der vorerwähnten Anlage zur Erzeugung von Benzin aus Braunkohle vor. Diese Anlage, die 250 Millionen Reichsmark kosten soll, wird dadurch finanziert, daß jeder Gewerke eine Abgabe von 2 RM pro geförderter Tonne Braunkohle an eine Gesellschaft, die diese Anlage erbauen wird, zu leisten hat. ... Ich habe ursprünglich gezweifelt, ob es tatsächlich zur Erbauung einer solchen Anlage kommen wird, aber schon meldet das DNB, daß am 26. Oktober unter dem Namen ‚Braunkohlen-Benzin A.G.‘ die Gründung eines Unternehmens zur Herstellung von Rohstoffen und Schmieröl unter Verwendung von deutscher Braunkohle erfolgt ist. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 100 Millionen Reichsmark. Die Gründer sind eine Anzahl von Kohlenbergwerksbesitzern, zum Reichskommissar wurde Reichsbankdirektor Dr. Deumer bestellt. Diese Gesellschaft verlangt nun einen vom Staat garantierten Benzinpreis von 26 Pfennig pro Liter ab Werk. ... Sollte nun das synthetisch gewonnene Benzin nicht mehr als das derzeit eingeführte Benzin kosten, so wird der Staat mindestens seine Benzinststeuer, die bisher eine Tragsäule des deutschen Budgets war, verlieren.

Ich bin natürlich nicht in der Lage, die Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage zahlenmäßig zu überprüfen. Im Dritten Reich fragt man aber auch nicht nach Wirtschaftlichkeit, sondern alles steht nur unter dem Zwange der politischen Notwendigkeit. Nachdem der Nationalsozialismus durch seine Politik eine verzweifelte Devisenlage herbeigeführt hat, wird es nun zur politischen Notwendigkeit, aus dieser herauszukommen, koste es, was es wolle. Ich will zugeben, daß die oben zitierte, Schacht'sche Behauptung, daß es besser sei, im Inland teuer zu produzieren, als aus dem Ausland einzuführen und Arbeitslose zu unterstützen, manches für sich hat, aber alles hat seine naturgemäßen Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, da sonst nicht nur die Unwirtschaftlichkeit, sondern die Schädlichkeit mit allen ihren verheerenden Folgen für Volk und Staat beginnt. Meines Erachtens können diese in absehbarer Zeit nicht ausbleiben.

Ich habe das Gefühl, daß die deutschen Wirtschaftsärzte mit dem Primarius Dr. Schacht an der Spitze, der sich für seine wirtschafts-



diktatorischen Operationen ab und zu einmal vom Professor eine Genehmigung einholt, solange am komplizierten, vielverästelten, aber schwer kranken deutschen Wirtschaftskörper herumoperieren werden, bis sie eines schönen Tages nicht mehr weiter können werden, denn sie versuchen lediglich die Symptome zu heilen, ohne an die Wurzel des Übels zu gelangen, weil sie entweder die Wurzel nicht kennen oder aber ihnen die Behandlungsmittel hierzu fehlen. Die Ursache hierfür liegt meines Erachtens in dem Widerspruch, den der Begriff des Nationalsozialismus in sich trägt, der einerseits in Deutschland eine nationale Wirtschaft aufrichten will, die vom Ausland unabhängig gemacht werden soll, dabei aber den Auslandskunden nicht verlieren will, gleichzeitig aber Sozialist sein möchte, ohne das Privateigentum zu beseitigen.“

Aufgrund der bereits oben erwähnten Preissteigerungen wurde es notwendig, staatliche Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Tauschitz berichtete am 8. November über die „Bestellung eines Reichskommissärs für Preisüberwachung“: „In meinem obzitierten Bericht habe ich u. a. von den Preiserhöhungen gesprochen, von denen im Laufe des vergangenen Jahres verschiedene Artikel, insbesondere auch jene des täglichen Bedarfes betroffen worden sind. In letzter Zeit ist diese preissteigende Tendenz auf verschiedenen Märkten in verstärktem Maße in Erscheinung getreten. Um diese Teuerungswelle nach Möglichkeit abzustoppen, hat Ministerpräsident Göring dieser Tage einen Erlaß an die Ober-Regierungs- und Polizei-Präsidenten gerichtet, in denen er sie auffordert, in Fällen von Preissteigerungen, die nicht offiziell von staatlichen Stellen genehmigt sind, besonders bei Preiserhöhungen bei Lebensmitteln sofort und in schärfster Form einzugreifen. In Ausführung dieser Weisung wurden bereits in Breslau, wie aus der Presse bekannt sein dürfte, 24 Fleischereibetriebe wegen Überschreitung der vom Bezirksbeauftragten für Schlachtviehverwertung festgesetzten Preise geschlossen. . . . Nun hat auch die Reichsregierung ihrerseits eingegriffen und zwar durch die mit Gesetz vom 5. d. M. verfügte Bestellung eines Reichskommissärs für Preisüberwachung in der Person des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler, der bereits seinerzeit im Kabinett Brüning diese Stelle innehatte. Dr. Goerdeler, der durch seine direkte Unterstellung unter den Reichskanzler eine ganz besondere Autorität erhält, wird die Befugnisse, die auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsernährungsminister aufgeteilt waren, in einer Hand vereinigen. . . . Es bleibt abzuwarten, inwieweit es dem neuen Reichskommissär gelingen wird, der allenthalben fühlbarer werdenden Teuerungswelle Einhalt zu gebieten. In diesem Zusammenhang sei schließlich noch erwähnt, daß nach vorliegenden Meldungen in allernächster Zeit

im Interesse der Konsumenten von Speisekartoffeln Verbraucher-Höchstpreise festgesetzt werden sollen, in denen die Verlade-Transport- und Lagerungs-Kosten sowie analoge Aufwendungen enthalten sein werden. . . .“

In den ‚innenpolitischen Streiflichtern‘, die am 29. November von Tauschitz verfaßt wurden, findet man in letzter Zeit immer wieder Nachrichten von erhöhter kommunistischer Tätigkeit und Anschlägen von dieser Seite: „Auch sonst scheinen sich die links gerichteten Elemente wieder stark hervorzuwagen. So wurde mir von verlässlicher Seite berichtet, daß vor ungefähr einer Woche anlässlich der Eröffnung von Boxkämpfen im hiesigen Zirkus Busch aus dem Publikum mehrmals zahlreiche Rufe: ‚Nieder mit der Hungerregierung!‘ laut wurden. Von der Feldpolizei wurde eine große Anzahl von Personen, allem Anschein nach Marxisten und Kommunisten, verhaftet. . . . Die vorerwähnten Vorfälle sind gewiß nicht von einschneidender Bedeutung, sie scheinen mir jedoch sehr symptomatisch zu sein. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß weiten Kreisen der Bevölkerung ein materiell schwerer Winter bevorsteht und damit wird sich auch die der Regierung gegenüberstehende Opposition wesentlich verstärken.“

Abschließend wird man zu den vorliegenden Auszügen aus den österreichischen Gesandtschaftsberichten feststellen dürfen, daß diese nicht nur sehr genaue Informationen über den Verlauf der nationalsozialistischen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen, sondern auch immer eine gewisse Kritik derselben beinhalten. Man kann der Art und Weise, wie Tauschitz zum Beispiel die Existenz der Mefo-Wechsel richtig erkannte und in ihrer Bedeutung durchschaute, kaum seine Bewunderung versagen. Zum Unterschied von den zahlreichen am Markt befindlichen Memoirenwerken, die eine nachträgliche Rechtfertigung von oft recht zweifelhaften Lebenswegen versuchen, kann man den in der unmittelbaren Situation des Tages verfaßten Gesandtschaftsberichten — ähnlich wie echten Tagebüchern — nicht den Reiz der unmittelbaren Ehrlichkeit absprechen.



# Die „Grundsätze nationalsozialistischer Steuerpolitik“ und ihre Verwirklichung

Von *Fritz Blaiich*

## I.

Am 23. März 1933 gab der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler vor dem Reichstag eine Regierungserklärung zum Ermächtigungsgesetz ab<sup>1</sup>, in der er unter anderem eine „nationalsozialistische Steuerreform“ ankündigte. Im einzelnen führte er zu diesem Projekt aus: „Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums. Zwischen der produktiven Intention einerseits und der produktiven Arbeit andererseits muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden. Die Verwaltung soll die Ergebnisse der Fähigkeit, des Fleißes und der Arbeit durch Sparsamkeit respektieren. Auch das Problem unserer öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt das Problem einer sparsamen Verwaltung. Die in Aussicht genommene Reform unseres Steuerwesens muß zu einer Vereinfachung der Veranlagung und damit zu einer Verminderung der Kosten und Lasten führen. Grundsätzlich soll die Steuermühle an den Strom und nicht an die Quellen gebaut werden. Im Zuge dieser Maßregeln muß eine Verminderung der Lasten durch Vereinfachung der Verwaltung eintreten. Diese im Reich und in den Ländern durchzuführende Reform des Steuerwesens ist aber nicht eine Frage des Augenblicks, sondern einer nach den Erfordernissen zu bemessenden Zeit<sup>2</sup>.“ Tatsächlich begann die Neuordnung des Steuerwesens erst im Oktober 1934, nachdem die nationalsozialistische Herrschaft politisch und wirtschaftlich gefestigt worden war. Diese Verzögerung entschuldigte die Regierung damit, daß es zum Zeitpunkt der Machtübernahme zunächst darauf angekommen sei, „unter bewußter Zurückstellung aller grundsätzlichen Reformen“ die völlig darniederliegende Wirtschaft durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit wieder auf-

---

<sup>1</sup> *Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932 - 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. 1, Erster Halbband 1932 bis 1934, München 1965, S. 233.*

<sup>2</sup> *Ebenda, S. 233.*

zurichten<sup>3</sup>. Das nationalsozialistische „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, das die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfte, den wirtschaftlichen Aufschwung verstärkte und mit Hilfe dieser Erfolge der NSDAP eine Schar neuer Anhänger und Sympathisanten zuführte<sup>4</sup>, bewegte sich also im Rahmen des Steuersystems, dessen Grundstein gleich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Matthias Erzberger im Zuge der Reformmaßnahmen der Republik von Weimar gelegt hatte<sup>5</sup>. Nur in zwei Bereichen änderten die Nationalsozialisten dieses System zugunsten ihrer konjunkturpolitischen Zielsetzungen, einmal durch die Aufhebung der Kraftfahrzeugsteuer für Personenkraftwagen, soweit diese nach dem 31. März 1933 erstmalig zum Verkehr zugelassen wurden, zum anderen durch die Abschaffung der Mineralwasser- und Schaumweinsteuer<sup>6</sup>. Da sich das Steuersystem der Republik also in seinen Grundzügen bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise bewährt hatte, drängt sich die Frage nach der Notwendigkeit und der Zielrichtung einer „nationalsozialistischen Steuerreform“ auf, zumal Hitler in seiner Regierungserklärung überwiegend technische Verbesserungen angekündigt hatte, nämlich eine Rationalisierung der Steuereinhebung und der Finanzverwaltung.

Die Begründung für die Durchführung einer „nationalsozialistischen Steuerreform“ wurde von offizieller Seite in zwei Versionen geliefert. Die erste Spielart knüpfte an die angeblichen Schwächen der parlamentarischen Demokratie an: Die Steuergesetze, die in der „Systemzeit“ erlassen worden seien, spiegelten zu deutlich die Strömungen dieser Epoche wider, nämlich „Unklarheit, Zerrissenheit, Parteienwirtschaft“. Zwar habe das Finanzministerium damals durchaus brauchbare Gesetzentwürfe vorgelegt, diese seien dann aber in langwierigen Kämpfen unter den politischen Parteien und im Zuge des „parlamentarischen Kuhhandels“ zermahlen worden<sup>7</sup>. Nun traf es zweifellos zu, daß in den Zeiten, in denen die parlamentarische Demokratie noch funktioniert hatte, das beherrschende Kennzeichen der Beratungen und Entscheidungen in Fragen der Steuergesetzgebung der sogenannte

---

<sup>3</sup> Vgl. *Herrmann*, Friedrich, Nationalsozialistische Steuerpolitik, in: *Jahrbuch der nationalsozialistischen Wirtschaft* 1937, S. 144.

<sup>4</sup> Siehe hierzu *Erdmann*, Karl Dietrich, Die Zeit der Weltkriege, in: *Gebhardt*, B., *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Bd. 4, 8. Aufl. Stuttgart 1963, S. 208; *Vierhaus*, Rudolf, Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland. Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse, in: *Conze*, W., *Raupach*, H. (Hrsg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, Stuttgart 1967, S. 156.

<sup>5</sup> Vgl. *Eschenburg*, Theodor, *Matthias Erzberger*, München 1973.

<sup>6</sup> *Herrmann*, F., a.a.O., S. 145.

<sup>7</sup> Vgl. Dr. *Krokisius*, § 1 des Steueranpassungsgesetzes und die hierzu ergangene Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs, in: *Deutsche Steuerzeitung* (Im folgenden abgekürzt: *DStZ*) XXIV, 1935, S. 909 f.

„Steuerkompromiß“ gewesen war, man denke etwa an die Diskussionen im Reichstag und an die Erörterungen im Reichsrat, die im Frühjahr 1926, mitten in einer schweren Krise der deutschen Wirtschaft, der Verabschiedung des „Gesetzes über Steuermilderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage“ vorausgegangen waren<sup>8</sup>. Doch abgesehen von der Frage, ob ein auf parlamentarischem Wege ausgehandelter Steuerkompromiß unter dem Blickwinkel des Finanzpolitikers immer negativ zu beurteilen ist, verheimlicht dieses Argument, daß schon seit dem Regierungsantritt des Reichskanzlers Brüning am 30. März 1930 die wichtigen Steuergesetze eben nicht mehr durch parlamentarische Vereinbarung, sondern diktatorisch auf dem Wege der Notverordnung erlassen wurden<sup>9</sup>. Propagandistisch weniger wirksam, dafür aber sachlich fundierter war die zweite Version zur Rechtfertigung einer nationalsozialistischen Steuerreform: Das deutsche Steuersystem sei vor 1933 vorwiegend unter fiskalischem Gesichtspunkt ausgebaut worden. Ausschlaggebend für die Zusammenstellung der einzelnen Steuerarten sei deren Ertrag für den Fiskus gewesen, nichtfiskalische Zwecke der Besteuerung<sup>10</sup> seien dabei kaum beachtet worden. Für die „aktive Wirtschaftspolitik“ der nationalsozialistischen Regierung stellte sich mithin die Aufgabe, ein, vom Standpunkt der Konjunkturpolitik aus beurteilt, doch recht „unorganisches Nebeneinander von Steuern“ zu einem einheitlichen wirtschaftspolitischen Instrument zu schmieden<sup>11</sup>. Einige Kommentare, die von amtlicher Seite in der Öffentlichkeit zu den Zielsetzungen der Steuerreform abgegeben wurden, ließen freilich auch diese Begründung etwas vordergründig erscheinen. So urteilte z. B. der Reichsminister der Finanzen, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, in einer Rede am 20. Januar 1934: „Die Zeit ist vorbei, in der eine liberalistische Kritik an den Gesetzen nörgeln und den Richter, der das Gesetz anwandte, schmähen konnte. Die Zeit ist vorbei, in der kleinliche Selbstsucht und eigennützige Interessenwirtschaft keinen Sinn hatten für das, was das Gemeinwohl erforderte<sup>12</sup>.“ Fügt man zu diesen

---

<sup>8</sup> Siehe Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924/26, Bd. 407, Berlin 1926, Nr. 2210: Bericht des 6. Ausschusses für Steuerfragen.

<sup>9</sup> Siehe hierzu *Sanmann*, Horst, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 10, 1965, S. 109 f.

<sup>10</sup> Zu der Bedeutung der Steuer als Instrument der Wirtschaftspolitik vgl. *Nöll von der Nahmer*, Robert, *Lehrbuch der Finanzwissenschaft*, Bd. 1: *Allgemeine Finanzwissenschaft*, Köln usw. 1964, S. 221 f.

<sup>11</sup> *Graf Schwerin von Krosigk*, Lutz, *Wirtschaftspolitische und sozialpolitische Grundsätze der deutschen Steuergesetzgebung*, in: *Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht* 4, 1937, S. 610; vgl. ferner *Jecht*, Horst, *Umriss der Finanzpolitik*, *Die Deutsche Volkswirtschaft* 1939, Nr. 1, S. 30/31.

<sup>12</sup> Rede des Reichsministers der Finanzen, gehalten am 20.1.1934 in München bei der Einführung des Präsidenten des Reichsfinanzhofs Dr. Kloß, in: *Reichssteuerblatt (RStbl.)* 1934, Nr. 60.

Ausführungen des Ministers noch die sich ständig wiederholenden Angriffe seines Staatssekretärs Fritz Reinhardt gegen den Liberalismus der „Systemzeit“ hinzu, dem er vorwarf, auf dem Gebiet der Steuerpolitik die Rechte des Individuums höher geachtet zu haben als die Interessen der Volksgemeinschaft<sup>13</sup>, so konnte man unschwer folgern, daß die nationalsozialistischen Finanzpolitiker in dem überkommenen Steuersystem vor allem diejenigen Klauseln störten, die den einzelnen Steuerpflichtigen vor einem hemmungslosen Zugriff des Fiskus schützten.

Der ideologische Hintergrund dieser Steuerreform — als Gegensatz zu den steuertechnischen und konjunkturpolitischen Argumenten ihrer offiziellen Rechtfertigung — kommt auch darin zum Ausdruck, daß ihre Vorbereitung und ihre Durchführung ausschließlich in den Händen eines bewährten Nationalsozialisten und „alten Kämpfers“ lagen. Der parteilose Fachminister Graf Schwerin von Krosigk, den Hitler aus den Präsidialkabinetten Papen und Schleicher übernommen hatte<sup>14</sup>, den er aber bald zum reinen „Reichszahlmeister“ degradierte<sup>15</sup>, leistete keinen Widerstand, als der langjährige bewährte Direktor der Steuerabteilung, Staatssekretär Dr. Zarden, aus rassistischen Gründen aus seinem Ministerium verjagt wurde<sup>16</sup>. Statt dessen versuchte er, das nunmehr freigewordene Amt seinem Freund Dr. von Oertzen, dem früheren deutschnationalen Finanzminister von Mecklenburg-Schwerin, zu sichern<sup>17</sup>. Hitler selbst bestand jedoch darauf, den Parteigenossen Fritz Reinhardt in diese Stelle einzuweisen, den er — durchaus zutreffend — als den „Steuerfachmann der Partei“ anpries<sup>18</sup>, Reinhardt, 1895 zu Ilmenau in Thüringen geboren, hatte von 1919 bis 1924 die Thüringische Handelsschule und die Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau geleitet. Gleichzeitig wirkte er als Steuerbevollmächtigter und Berater in allen betriebswirtschaftlichen, handels- und

---

<sup>13</sup> Reinhardt, Fritz, Finanz- und Steuerpolitik im nationalsozialistischen Staat, Berlin 1934, S. 25 f. Vgl. ferner Boesler, Felix (Hrsg.), Deutsche Finanzpolitik, Berlin 1935, S. 112 f.; Grost, Julius, Steuerpolitische Grundsätze im Deutschen Reich, Diss. Köln 1937.

<sup>14</sup> Vgl. Graf Schwerin von Krosigk, L., Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister, Frankfurt usw. 1974, S. 100 f.

<sup>15</sup> Die Bezeichnung „Reichszahlmeister“ stammte von Heinrich Himmler. Vgl. Steinert, Marlis G., Die 23 Tage der Regierung Dönitz, Düsseldorf usw. 1967, S. 120; ferner Graf Schwerin von Krosigk, L., Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, 3. Aufl. Tübingen usw. 1952, S. 202.

<sup>16</sup> Graf Schwerin von Krosigk, L., Staatsbankrott, a.a.O., S. 198; Steinert, M. G., a.a.O., S. 127; Wandel, Eckhard, Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974, S. 135 f.

<sup>17</sup> Graf Schwerin von Krosigk, L., Staatsbankrott, a.a.O., S. 198.

<sup>18</sup> Ebenda; Steinert, M. G., a.a.O., S. 127.

steuerrechtlichen Fragen. 1924 gründete er die Deutsche Fernhandelschule, die Lehrgänge zur Ausbildung von rechtskundigen Kaufleuten und Steuerberatern anbot. In der NSDAP gewann er rasch an Macht und Ansehen. 1928 wurde er Gauleiter des Gaues Oberbayern, gleichzeitig übernahm er die Leitung der Rednerschule der Partei. Ab 1929 gab er das Wirtschaftsblatt der Partei heraus, den „Wirtschaftlichen Beobachter“, ab 1930 leitete er die Reichspropagandaabteilung II der NSDAP, und ab September 1930 war er schließlich auch MdR für den Wahlkreis 24 Oberbayern-Schwaben<sup>19</sup>. Am 1. April 1933 wurde er zum Staatssekretär im Reichsfinanzministerium ernannt. Gleichzeitig erhielt er innerhalb der Parteihierarchie die Stellung eines Sachbearbeiters für Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Finanz- und der Steuerpolitik im Stabe des Stellvertreters des Führers<sup>20</sup>. Schon bei seinem Dienstantritt war daher seine persönliche Macht größer als die seines Ministers. In der Folgezeit riß er schnell die Steuerabteilung als seine Domäne an sich<sup>21</sup>, in der er allein verantwortlich die nationalsozialistische Steuerreform vorantrieb<sup>22</sup>.

## II.

Als jedoch am 16. Oktober 1934 die ersten zehn neuen Steuergesetze in Kraft traten, stellte sich heraus, daß diese „erste Stufe“ der nationalsozialistischen Steuerreform längst nicht so umwälzend ausgefallen war, wie es die Öffentlichkeit nach dem vorangegangenen Propagandafeldzug Reinhardts erwartet hatte<sup>23</sup>. Weder war eine Vereinfachung des Steuersystems eingetreten, noch hatte eine spürbare Senkung der Steuerbelastung stattgefunden. Obendrein bemerkten viele Steuerpflichtige, daß die neuen Gesetze für die Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Umsatzsteuer in weiten Teilen den entsprechen-

---

<sup>19</sup> Diese Angaben sind entnommen aus: *Horkenbach*, Cuno (Hrsg.), *Das Deutsche Reich von 1918 bis heute*, Bd. 1, Berlin 1930, S. 730; *Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935*, Berlin o. J., S. 375; *Schwarz*, Max, MdR. *Biographisches Handbuch der Reichstage*, Hannover 1965, S. 733; *Stockhorst*, Erich, *Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich*, Velbert usw. 1967, S. 340. Erstaunlicherweise wird nirgends erwähnt, wann Reinhardt der NSDAP beigetreten ist.

<sup>20</sup> *Adam*, Uwe Dietrich, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 97, Anm. 32.

<sup>21</sup> *Graf Schwerin von Krosigk*, L., *Staatsbankrott*, a.a.O., S. 254. Reinhardt hat das Dritte Reich überlebt. Er starb 1969 in Bad Wörishofen, ebenda, S. 402.

<sup>22</sup> *Herrmann*, F., a.a.O., S. 152.

<sup>23</sup> *Terhalle*, Fritz, *Geschichte der deutschen öffentlichen Finanzwirtschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Schlusse des Zweiten Weltkrieges*, in: *Handbuch der Finanzwissenschaft*, Bd. 1, 2. Aufl. Tübingen 1952, S. 316; ferner *Will*, Walter, *Die Finanz- und Steuerpolitik im neuen Staat*, Diss. Würzburg 1936, S. 31 f.



den Gesetzen aus den zwanziger Jahren buchstabengetreu glichen. Freilich mußten sie sich von Reinhardt und seinen Mitarbeitern belehren lassen, daß man den Wert der Steuerreform nicht an derartigen Ähnlichkeiten messen dürfe, entscheidend sei vielmehr der „neue Geist des Reformwerkes“<sup>24</sup>, die Tatsache nämlich, daß die neuen Steuergesetze „aus nationalsozialistischem Geist“ geboren worden seien<sup>25</sup>.

Dieser Geist offenbarte sich in den „Grundsätzen nationalsozialistischer Steuerpolitik“, die, wie beflissene Kommentatoren versicherten, selbstverständlich nichts mit den „obersten Steuerprinzipien der liberalen Steuertheorie“ gemein hätten. Während diese nämlich nur Regeln aufstellten, nach denen sich der Staat im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bei seinen Eingriffen in die „neutrale Sphäre Wirtschaft“ richten solle, dienten jene ausschließlich „als Richtungsweiser für die Gestaltung der Besteuerung im Sinne der Verwirklichung völkischer Ziele“<sup>26</sup>. Nach Reinhardt gab es insgesamt vier Grundsätze der nationalsozialistischen Steuerpolitik. Sie lauteten<sup>27</sup>:

1. Die oberste Richtschnur der Steuerpolitik muß die nationalsozialistische Weltanschauung sein.
2. Die Steuerpolitik hat dem Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu dienen.
3. Die Steuerpolitik hat die Familie zu fördern, sie soll im Zusammenhang damit den volkspolitischen Gedanken verwirklichen.
4. Die Steuerpolitik soll den Wert der Persönlichkeit und der persönlichen Verantwortung in der Wirtschaft betonen.

Die unter 2., 3. und 4. genannten Grundsätze bezogen sich auf Vorschriften, die in den Gesetzen über einzelne Steuern enthalten waren. Hinter der Betonung des Wertes der Persönlichkeit und der Hervorhebung der persönlichen Verantwortung in der Wirtschaft verbarg sich der Versuch, durch eine steuerliche Diskriminierung die Unternehmensform der Aktiengesellschaft zugunsten derjenigen der Personengesellschaften zurückzudrängen. Ideologisch wurde dieses Bestreben mit der Behauptung verbrämt, die Aktiengesellschaft stelle eine typische Schöpfung des Kapitalismus dar, die allein und ausschließlich wirtschaftliche Erfolge zähle, während der Nationalsozialis-

<sup>24</sup> Herrmann, F., a.a.O., S. 153.

<sup>25</sup> Reinhardt, F., a.a.O., S. 25.

<sup>26</sup> Branner, Karl, *Wesen und Zweck der Besteuerung. Ein Beitrag zur geschichtlich-politischen Begründung der Steuerlehre*, Diss. Göttingen 1940, S. 169 f.

<sup>27</sup> RStbl. 24, 45, Nr. 669: Der Reinhardtsche Steuerreform-Plan verkündet vom Parteigenossen Fritz Reinhardt in der Vollsitzung der Akademie für Deutsches Recht am 26. 6. 1934 in der Aula der Universität München. S. 753 ff.

mus auch im Wirtschaftsleben der persönlichen Leistung, freilich „von der Warte der Volksgemeinschaft“ aus betrachtet, den Vorzug gebe<sup>28</sup>. Solche etwas verschwommenen Vorstellungen verhüllten jedoch nur das Interesse der nationalsozialistischen Regierung, in den einzelnen Betrieben das „Führerprinzip“ und die „Betriebsgemeinschaft“, also die beiden Eckpfeiler ihrer Sozialordnung<sup>29</sup>, einzuführen und durchzusetzen<sup>30</sup>. Für dieses Vorhaben eignete sich die Personengesellschaft natürlich besser als die mit einem Vorstand und einem Aufsichtsrat ausgestattete Aktiengesellschaft, denn: „Im nationalsozialistischen Staatsorganismus gibt es keine Mehrheitsentscheide; wohl stehen der leitenden Persönlichkeit Ratgeber zur Seite. Die letzte Entscheidung aber trifft immer die leitende Person ...“<sup>31</sup>. Den ideologischen Eiferern stellten sich indessen bald ökonomische Sachzwänge in den Weg. Die Rüstungspolitik im Rahmen des Vierjahresplanes stützte sich auf die meist in der Rechtsform der AG betriebenen Großunternehmungen, ohne daß die Machthaber des Dritten Reiches an der „Anonymität“ der Gesellschaft Anstoß genommen hätten. Ja, sie begünstigten sogar die Aktiengesellschaften bei der Vergabe knapper Rohstoffe durch die staatlichen Überwachungsstellen, bei der Gewährung von Subventionen und bei der Förderung von Investitionen und vernachlässigten kleine und mittlere Firmen, die sie als nicht sehr leistungsfähig einstufen<sup>32</sup>, so daß man sogar von einer Bevorzugung des „anonymen Kapitals“ im Bereich der staatlichen Wirtschaftspolitik sprechen kann. Daher mußten auch bald die Finanzbehörden zur Kenntnis nehmen, daß der Nationalsozialismus die Bedeutung der Aktiengesellschaft überall dort wohl zu schätzen wisse, „wo es sich darum handelt, große Aufgaben durchzuführen, die der Volksgemeinschaft förderlich sein werden“<sup>33</sup>.

Die Förderung der Familie im Steuerrecht erschöpfte sich zunächst in einer schärferen Differenzierung der Steuerbemessung nach dem

---

<sup>28</sup> Hoch, Hans, Die Bedeutung der Persönlichkeit und der persönlichen Verantwortung in der Wirtschaft und die steuerpolitischen Maßnahmen der Hitlerregierung zu ihrer Förderung, Diss. Bonn 1938, S. 55.

<sup>29</sup> Vgl. Schumann, Gerd, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover usw. 1958, S. 122; Nathan, Otto, The Nazi Economic System. Germany's Mobilization for War, Durham 1944, S. 176.

<sup>30</sup> Hoch, H., a.a.O., S. 46 ff.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 54.

<sup>32</sup> Vgl. Swatek, Dieter, Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, Berlin 1972, S. 96 f., Mackenroth, Gerhard, Bericht über den Vierjahresplan, in: Jbb. f. Nat. u. Stat. 148, 1938, S. 698.

<sup>33</sup> Hoch, H., a.a.O., S. 64, ferner Herrmann, F., a.a.O., S. 161: „... es sollen vielmehr nur die Kapitalgesellschaften zur Umwandlung in Personalgesellschaften oder Einzelfirmen angeregt werden, bei denen es volkswirtschaftlich gesehen erwünscht und zweckmäßig erscheint.“

Familienstand bei der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer mit dem eindeutigen und offen bekundeten Ziel, das Wachstum der Bevölkerung durch steuerliche Anreize zu beschleunigen<sup>34</sup>. Im Zusammenhang mit diesem bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt sollte nun aber auch noch der „volkspolitische Gedanke“ verwirklicht werden, welcher der Aufgabe des Staates entsprang, darauf bedacht zu sein, „daß das Volk in seinem Blut rein und in seiner Art erhalten bleibt“<sup>35</sup>. Mit diesem Zusatz versehen ließ sich dann allerdings das bevölkerungspolitische Motiv in der Besteuerung schnell in ein Instrument der rassischen Diskriminierung umwandeln<sup>36</sup>. Ähnlich verhielt es sich mit den beschäftigungspolitischen Aspekten, die in das Steuerrecht eingeflochten wurden, ein Gebiet der Steuerpolitik übrigens, in dem die Kabinette Papen und Schleicher die Pionierarbeit geleistet hatten<sup>37</sup>. Schon bald nach dem Inkrafttreten der Steuerreform wurde nämlich das Ziel „Arbeitsbeschaffung“, das ja mit der zunehmenden Quote der Beschäftigten ständig an Aktualität verlor, in die neue Aufgabe der „Wehrhaftmachung“ umgebogen<sup>38</sup>. Dieses neue Ziel, die Finanzierung der Aufrüstung, lieferte gleichzeitig das Alibi für die immer noch ausstehende Vereinheitlichung des Steuersystems und die oft versprochene, aber immer noch ausgebliebene Verminderung der Steuerbelastung. An der Spitze der allgemeinen Interessen des „Volksganzen“ stehe die Notwendigkeit, dem deutschen Volk den Frieden zu erhalten und die Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit Rohstoffen zu sichern, erklärte Reinhardt am 23. Oktober 1936 auf der dritten Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht. Der Aufbau der Wehrmacht und die Herstellung der „größtmöglichen“ Unabhängigkeit Deutschlands von ausländischen Rohstoffzufuhren setzten indessen die Ausnutzung jeder Steuerquelle voraus<sup>39</sup>.

Das wichtigste Prinzip der nationalsozialistischen Steuerpolitik jedoch — die Einführung der Weltanschauung des Nationalsozialismus als Bewertungsmaßstab — wurde in ein besonderes Gesetz verpackt, nämlich in das Steueranpassungsgesetz (StAnpG)<sup>40</sup>. Dieses Gesetz löste zwei wichtige Bestimmungen der Reichsabgabenordnung (RAO) vom

---

<sup>34</sup> Vgl. *Grunberger*, Richard, *A Social History of the Third Reich*, London 1971, S. 233 f.

<sup>35</sup> *Reinhardt*, F., *Beurteilung von Tatbeständen nach nationalsozialistischer Weltanschauung*, in: *RStbl.* 1936, S. 1045, ebenfalls in: *DStZ* XXV, 1936, S. 1291 f.

<sup>36</sup> *Terhalle*, F., a.a.O., S. 316.

<sup>37</sup> Vgl. *Fischer*, Wolfram, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918 - 1945*, 3. Aufl. Opladen 1968, S. 56 f.

<sup>38</sup> *Jecht*, H., a.a.O., S. 30/31.

<sup>39</sup> *Reinhardt*, F., *Beurteilung von Tatbeständen*, a.a.O., S. 1041.

<sup>40</sup> Steueranpassungsgesetz vom 16. 10. 1934, *RGBl.* I, 1934, S. 925 f.

13. Dezember 1919 ab<sup>41</sup>, die im Zuge der Erzbergerschen Steuerreform erstmals alle Verfahrensvorschriften in einem einheitlichen Gesetz zusammengefaßt hatte. Der § 1 StAnpG bestimmte:

- „1. Die Steuergesetze sind nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen.
2. Dabei sind die Volksanschauung, der Zweck und die wirtschaftliche Bedeutung der Steuergesetze und die Entwicklung der Verhältnisse zu berücksichtigen.
3. Entsprechendes gilt für die Beurteilung von Tatbeständen.“

Demgegenüber hieß es im § 4 RAO:

„Bei Auslegung der Steuergesetze sind ihr Zweck, ihre wirtschaftliche Bedeutung und die Entwicklung der Verhältnisse zu berücksichtigen.“

Der § 2 StAnpG enthielt die Regelung:

- „1. Entscheidungen, die die Behörden nach ihrem Ermessen zu treffen haben (Ermessens-Entscheidungen), müssen sich in den Grenzen halten, die das Gesetz dem Ermessen zieht.
2. Innerhalb dieser Grenzen sind Ermessens-Entscheidungen nach Billigung und Zweckmäßigkeit zu treffen.
3. Fragen der Billigkeit und der Zweckmäßigkeit sind nach nationalsozialistischer Weltanschauung zu beurteilen.“

Der § 6 RAO schrieb hingegen vor:

„Wo im Sinne des Gesetzes die Behörden die Entscheidung nach ihrem Ermessen zu treffen haben, hat sie nach Recht und Billigkeit zu erfolgen.“

Obwohl dieses Gesetz eine ganze Reihe zum Teil ziemlich weit-schweifiger Kommentare auslöste<sup>42</sup>, bereitete die Interpretation des Begriffes „nationalsozialistische Weltanschauung“ keinerlei Schwierigkeiten, da sich alle Autoren streng an die Definition Reinhardts hiel-

---

<sup>41</sup> Reichsabgabenordnung vom 13. 12. 1919, RGBl. I, 1919, S. 1994 f.

<sup>42</sup> Siehe z. B. Dr. *Krokisius*, a.a.O.; ohne Angabe des Verf., Auslegung der Gesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung, in: *DStZ* XXIV, 1935; Dr. *Schlecht*, Grundsätzliches zu § 1 des Steueranpassungsgesetzes (StAnpG), ebenda; *Erler*, Friedrich, Die Beurteilung von Tatbeständen nach nationalsozialistischer Weltanschauung, ebenda XXV, 1936; *Schmitt*, Karl Hermann, Zur Bedeutung des § 1 Absatz 3 des Steueranpassungsgesetzes, ebenda; Reichsfinanzrat *Ott*, Zu den allgemeinen steuerrechtlichen Vorschriften des Steueranpassungsgesetzes, in: *StuW* XIV, 1935, Sp. 701 f.; *Kessler*, E., Zur Auslegung und Anwendung des § 1 StAnpG, ebenda XIX, 1940, Sp. 465 f.; *Kühn*, Rolf, Das Steuerrecht im Dienste nationalsozialistischer Finanzpolitik, in: *Deutsches Recht* 1943.

ten<sup>43</sup>. Der Staatssekretär definierte diese Weltanschauung als die „Leitsätze und Erkenntnisse des Nationalsozialismus. Diese ergeben sich aus den programmatischen Ausführungen des Führers und den sonstigen Grundsätzen, die hinsichtlich der Gestaltung der Dinge des Deutschen Volkes durch die NSDAP vertreten werden.“ In einer griffigen Formel faßte er zusammen: „Nach nationalsozialistischer Weltanschauung ist, kurz gesagt, alles richtig, was dem Volksganzen nützt, und alles falsch, was dem Volksganzen abträglich ist“<sup>44</sup>.

In folgerichtiger Anwendung seiner Interpretation pflegte Reinhardt auf Tagungen, die er zur Fortbildung von Steuerbeamten veranstaltete, ellenlange Zitate aus „Mein Kampf“ vorzutragen<sup>45</sup>. In welcher primitiven Weise die Rechtsprechung schon bald den von Reinhardt vorgezeichneten Weg einschlug, erhellt aus einem Urteil des Thüringischen Oberverwaltungsgerichts vom 19. Dezember 1934. Eine Freimaurerloge beantragte die Befreiung ihrer Grundstücke von der Belastung mit der „Hauszinssteuer“, da sie ethische Zwecke verfolge. Das Gericht lehnte den Antrag ab, da die „Volksgesamtheit“, repräsentiert durch die nationalsozialistische Bewegung, die Bestrebungen der Loge nicht als ethisch ansehe. Dieser Sachverhalt ergebe sich aus zahlreichen Äußerungen führender Persönlichkeiten und auch aus dem Umstand, daß Angehörigen der Partei und der Wehrmacht die Zugehörigkeit zur Freimaurerloge verboten sei<sup>46</sup>. Schwieriger gestaltete sich die Festlegung des Begriffs „Volksanschauung“, welchen die Steuerbeamten sowohl bei der Auslegung von Gesetzen wie auch bei Ermessensentscheidungen zu beachten hatten. Reinhardts Definition bewegte sich zunächst in der Nähe der nationalsozialistischen Weltanschauung. Die „Volksanschauung“, so lehrte er, bestehe aus den „Grundsätzen, die hinsichtlich der Gestaltung der Dinge des Deutschen Volkes durch die NSDAP“ vertreten würden<sup>47</sup>. Daher behalf sich die Praxis mit dem freilich ebenso verschwommenen Begriff des „gesunden Volksempfinden“<sup>48</sup>, dessen materieller Inhalt im Steuerrecht kasuistisch dargestellt und abgehandelt wurde. Vor allem die beiden folgenden Beispiele wurden immer wieder als Anleitung zitiert<sup>49</sup>:

---

<sup>43</sup> Siehe hierzu auch *Poliakov, Léon, Wulf, Josef* (Hrsg.), *Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente*, Berlin-Grunewald 1959, Kap. I: Weltanschauung, S. 1 f.

<sup>44</sup> *Reinhardt, F.*, Beurteilung von Tatbeständen, a.a.O., S. 1044.

<sup>45</sup> *Ders.*, Nationalsozialistische Weltanschauung, in: *DStZ XXIV, 1935*, S. 543 f.; *ders.*, Leitsätze für die Gestaltung und Auslegung der Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung, ebenda, S. 576 f.

<sup>46</sup> *RStbl. 1935*, S. 517.

<sup>47</sup> *Reinhardt, F.*, Beurteilung von Tatbeständen, a.a.O., S. 1047.

<sup>48</sup> *Erlcr, F.*, a.a.O., S. 15.

(1) Eine Firma hatte das Monatsgehalt ihres Prokuristen von 500 RM auf 499,99 RM herabgesetzt, damit der Prokurist in eine niedrigere Stufe der Ehestandshilfe falle. Diese Gehaltssenkung wurde mit dem Hinweis auf die Volksanschauung von den Finanzbehörden als steuerlich unzulässig erklärt.

(2) Ein Gehaltsempfänger mit 800 RM Monatsgehalt begehrte eine Ermäßigung der Einkommensteuer mit der Begründung, er müsse seine Mutter unterhalten, die aber ein Eigenheim im Wert von 30 000 RM und ein Sparguthaben von 25 000 RM besaß. Die zuständige Finanzbehörde urteilte, es würde gewiß der Volksanschauung nicht entsprechen, wenn diesem Antrag stattgegeben würde.

Diese kasuistische Interpretation der Volksanschauung schützte jedoch nicht vor Fehlentscheidungen. So fällten die Richter am Reichsfinanzhof, die mit dem Problem der Bewertung des betrieblichen Vermögens nicht vertraut waren und die offenbar auch den Unterschied zwischen Handels- und Steuerbilanz nicht kannten<sup>50</sup>, am 23. Mai 1935 das folgende Urteil: „Die Volksauffassung (!) kann es nicht verstehen, daß sich ein Kaufmann je nach den Zwecken, die er mit der Bilanzaufstellung verfolgt, reicher oder ärmer macht<sup>51</sup>.“ Erst später setzte sich eine geschliffenere Definition der Volksanschauung durch, der allerdings auch konkrete Anhaltspunkte fehlten. Als Volksanschauung galt nunmehr „die Auffassung, die urteilsfähige, persönlich unbeteiligte oder verantwortungsbewußte Volksgenossen auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung gewinnen, wenn sie mit einer Rechtsache befaßt werden“<sup>52</sup>.

Auch diejenigen Formulierungen des StAnpG, die im Wortlaut mit den Vorschriften der RAO übereinstimmten, sollten nach Reinhardts Willen im neuen Geist interpretiert werden. Unter „wirtschaftlicher Bedeutung“ im Sinne des Nationalsozialismus sei selbstverständlich niemals „wirtschaftliche Bedeutung für den Einzelnen“ zu verstehen, sondern einzig und allein „wirtschaftliche Bedeutung für die Volksgemeinschaft“. Auch die „Entwicklung der Verhältnisse“ sei im Sinne des nationalsozialistischen Staates auszulegen<sup>53</sup>.

Überblickt man die Neuerungen, die das StAnpG in das deutsche Steuerrecht einföhrte, so wird man die Rolle dieses Gesetzes wohl

---

<sup>49</sup> Reinhardt, F., Beurteilung von Tatbeständen, a.a.O., S. 1049 f.; ohne Angabe des Verf., Auslegung der Gesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung, in: DStZ XXIV, 1935, S. 831.

<sup>50</sup> Vgl. Wöhe, Günter, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 10. Aufl. München 1970, S. 535 f.

<sup>51</sup> RStbl. 1935, S. 1467.

<sup>52</sup> Kühn, R., a.a.O., S. 122.

<sup>53</sup> Reinhardt, F., Beurteilung von Tatbeständen, a.a.O., S. 1047.

kaum mit „Anpassung“, sondern vielmehr mit „Umwälzung“ kennzeichnen. Dieses Gesetz, das den Zeitgenossen im Rahmen der Steuerreform kaum sonderlich auffiel, schuf bereits am 16. Oktober 1934 die erste Grundsatznorm, welche die Maßgeblichkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung für die Rechtsanwendung in einem ganzen Rechtsgebiet verankerte<sup>54</sup>. Gleichzeitig erhielt der § 1 StAnpG die Bedeutung einer primären Rechtsquelle, denn Entscheidungen, die gegen die nationalsozialistische Weltanschauung verstießen, ließ das deutsche Steuerrecht nun nicht mehr zu. Fehlte zur Beurteilung eines Tatbestandes eine Rechtsnorm, so mußte sich der Steuerbeamte oder der Richter mit dieser Weltanschauung behelfen. Doch selbst wenn ein entsprechendes Gesetz vorlag, war die entscheidende Instanz immer noch gezwungen, zunächst zu prüfen, ob nicht „besondere, von den Gesetzen nicht gewürdigte Tatumstände nach der nationalsozialistischen Weltanschauung eine andere Entscheidung fordern als die, die durch Gesetzanwendung zu erzielen wäre“<sup>55</sup>. Verließ diese Prüfung positiv, so war ein Urteil gerechtfertigt, das vom Wortlaut des Gesetzes völlig abweichen konnte. In den zeitgenössischen Kommentaren wurde dieses Steueranpassungsgesetz als Errungenschaft gewertet, als „eine allgemeine Handhabe, jeglichen Versuchen entgegenzutreten, mit deren Hilfe ein Steuerpflichtiger in spitzfindiger Weise den Willen des nationalsozialistischen Gesetzgebers zu durchkreuzen sucht“<sup>56</sup>. Die Praxis beschränkte die Anwendung dieses Gesetzes jedoch keinesfalls auf Streitfälle, bei denen, wie in den beiden oben angeführten Beispielen, Steuerpflichtige versuchten, die Bestimmungen des Steuerrechts zu einer formalrechtlich zulässigen Steuervermeidung auszunutzen. Im Gegenteil, das StAnpG erwies sich bald als eine scharfe, aber dennoch wenig öffentliches Aufsehen erregende Waffe im Kampf des Nationalsozialismus gegen das deutsche Judentum. Mit dem 16. Oktober 1934, also noch vor dem Erlaß der berüchtigten Nürnberger Rassegesetze, verlor der jüdische Staatsbürger in deutschen Finanzämtern und vor deutschen Finanzgerichten alle Rechte, die den anderen Steuerpflichtigen noch zustanden. Es nützte ihm überhaupt nichts, wenn sich sein Antrag auf die Gewährung einer steuerlichen Vergünstigung mit dem Wortlaut des jeweiligen Steuergesetzes deckte. Ein Steuerbeamter oder ein Finanzrichter, der den § 1 StAnpG folgerichtig anwandte, mußte ihm steuerliche Vorteile unter Berufung auf die antisemitischen Äußerungen führender Vertreter der NSDAP versagen<sup>57</sup>.

---

<sup>54</sup> Kühn, R., a.a.O., S. 121.

<sup>55</sup> Schmitt, K. H., a.a.O., S. 1366, ferner Kühn, R., a.a.O., S. 122.

<sup>56</sup> Kühn, R., a.a.O., S. 122.

<sup>57</sup> Vgl. ebenda.

Dieses Gesetz drohte aber auch denjenigen Steuerpflichtigen wirtschaftliche Nachteile an, die nicht oder noch nicht von der rassischen oder ideologischen Diskriminierung getroffen wurden. Hinter der weltanschaulichen Fassade des Gesetzes steckte nämlich als Kern das Interesse des nationalsozialistischen Staates, aus seinen Bürgern auf dem Weg der Besteuerung so viel Geld wie eben möglich herauszupressen. Hatte der viel geschmähte „liberalistische“ Staat<sup>58</sup> den steuerpflichtigen Individuen noch Rechte gegenüber den Finanzbehörden eingeräumt, hatte er obendrein noch seine Finanzbeamten angewiesen, Ermessensentscheidungen nach Recht und Billigkeit zu treffen, so erhob nun die nationalsozialistische Weltanschauung die Entrichtung von Steuern „zu einer wirklichen Gemeinschaftsleistung, zu einem Akt der Erfolgshaftstreue“ gegenüber einem Staat, der seit dem 1. Dezember 1933 — durch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat<sup>59</sup> — mit der NSDAP identisch war<sup>60</sup>. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollten die Steuerzahler „auch in dem Steuerbeamten in erster Linie ihren Volksgenossen sehen, der, wenn er von ihnen die zur Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben nötigen steuerlichen Geldopfer fordert, nur seine Pflicht im Interesse des Volksganzen erfüllt“<sup>61</sup>. Wer sich dieser Einsicht verschloß, mußte mit drakonischen Maßnahmen des Fiskus rechnen, denn „Steuerdrückeberger und -saboteure sind Schädlinge am Volkskörper und müssen rücksichtslos und mit aller Strenge als solche behandelt werden“<sup>62</sup>. Diese rein fiskalische Zielsetzung der nationalsozialistischen Steuerreform bestätigte mittelbar auch der Reichsfinanzminister, als er versicherte: „Wenn wir . . . verpflichtet sind, Steuern mit Energie, mit Strenge einzuziehen, dann können wir das nur verantworten, wenn wir auch wissen, daß jeder Pfennig, an dem Schweiß und Tränen kleben, so ausgegeben wird, wie es das diese Steuern zahlende Volk erwarten und verlangen kann“<sup>63</sup>. Folgerichtig zeigten auch die Entscheidungen des Reichsfinanzhofes, der dank des StAnpG immer mehr unter die Kontrolle Reinhardts geriet<sup>64</sup>, in seinen Urteilen „eine eigenartige Symbiose fiskali-

<sup>58</sup> Siehe Reinhardt, F., Beurteilung von Tatbeständen, a.a.O., S. 1046.

<sup>59</sup> Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. 12. 1933, RGBl. I, 1933, S. 1016.

<sup>60</sup> Vgl. Branner, K., a.a.O., S. 152; Uffelmann, Gerd, Wie weit ist die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes von 1933 - 1945 noch anwendbar?, Köln 1949, S. 7.

<sup>61</sup> Friesecke, Kuno, Steuermoral im nationalsozialistischen Staat, in: DStZ XXIV, 1935, S. 96, ferner Reinhardt, F., Volksgemeinschaft und Steuerpflicht, in: RStbl. 1934, S. 145.

<sup>62</sup> Friesecke, K., a.a.O., S. 96.

<sup>63</sup> Graf Schwerin von Krosigk, L., Nationalsozialistische Finanzpolitik, Jena 1936, S. 12.

<sup>64</sup> Vgl. Echterhölter, R., Das öffentliche Recht im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1970, S. 92; Uffelmann, G., a.a.O., S. 12 f.



scher Engherzigkeit und nationalsozialistischer Weltanschauung“, die sich in dem Leitsatz: „Der Staat braucht Geld“ zusammenfassen ließ<sup>65</sup>. Dieser Absicht der Steuerpolitik, nämlich alle Steuerpflichtigen hilflos einem totalitären Fiskus auszuliefern, stand natürlich der Beruf des Steuerberaters entgegen. Reinhardt erkannte als Fachmann sofort die Gefahren, die der Verwirklichung seiner Idee von diesem Berufszweig drohten<sup>66</sup>. Unter dem fadenscheinigen Vorwand, die Reichsregierung müsse einer Überfüllung dieses Berufes vorbeugen, verhängte er schon am 6. Mai 1933 eine faktische Zulassungssperre für alle diejenigen, die den Beruf des Steuerberaters ergreifen wollten<sup>67</sup>.

### III.

Freilich wußte Reinhardt nur zu gut, daß die Verflechtung der Steuergesetze mit der Parteiideologie allein nicht ausreichen würde, um die Verwirklichung der Grundsätze nationalsozialistischer Steuerpolitik sicherzustellen<sup>68</sup>. Ob bestimmte Ziele, die in die Steuergesetzgebung eingebaut werden, auch tatsächlich erreicht werden, hängt nämlich in hohem Maße von der administrativen Handhabung der Steuererhebung und der Steuerkontrolle ab, welche die Absichten des Gesetzgebers in einschneidender Weise und dazu für die Öffentlichkeit oft kaum sichtbar zu verändern vermag<sup>69</sup>. Je komplizierter die Steuergesetzgebung wird, desto höher werden die Ansprüche an die fachliche Qualifikation der Steuerbeamten, desto größer wird aber auch der Spielraum, über den der einzelne Beamte bei seinen Ermessensentscheidungen verfügt<sup>70</sup>. Die gute fachliche Ausbildung der Beamtenschaft in der Finanzverwaltung stand zum Zeitpunkt der „Machtübernahme“ außer Frage<sup>71</sup>. Für Reinhardt war jedoch ausschlaggebend, ob sich diese Beamten auch dazu bereitfinden würden, ihren Entscheidungen vorbehaltlos die Ziele der neuen Regierung zugrundezulegen. Würden die Beamten z. B. die Steuergesetze so auslegen, daß die darin enthaltene wirtschaftliche Diskriminierung der jüdischen Staatsbürger voll zur

<sup>65</sup> *Echterhölter*, R., a.a.O., S. 92.

<sup>66</sup> *Reinhardt*, F., Zur Eröffnung der Reichsfinanzschule Ilmenau: in: *DStZ XXV*, 1936, S. 557 f.

<sup>67</sup> Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern vom 6. 5. 1933, *RGBl. I*, 1933, S. 257, siehe ferner den Kommentar in *RStBl.* 1933, S. 413 f.

<sup>68</sup> Vgl. die Rede des Staatssekretärs *Reinhardt* am 27. 2. 1934 im Berliner Sportpalast vor den Bank- und Versicherungsangehörigen, in: *RStBl.* 1934, Nr. 169.

<sup>69</sup> Vgl. *Schmölders*, Günter, *Finanzpolitik*, 3. Aufl. Berlin usw. 1970, S. 321.

<sup>70</sup> Siehe *Jessen*, Jens, *Deutsche Finanzwirtschaft mit einer Übersicht über die Geschichte der deutschen Finanzwirtschaft*, 2. Aufl. Hamburg 1944, S. 84.

<sup>71</sup> Vgl. *Breyhan*, Christian, 40 Jahre Reichsfinanzverwaltung, in: *Die öffentliche Verwaltung* 12, 1959, S. 801.

Wirkung käme? Der Staatssekretär war sich völlig darüber im klaren, daß die bloße Mitgliedschaft der Finanzbeamten in der NSDAP keine Gewähr für die Berücksichtigung der nationalsozialistischen Weltanschauung in der Steuerpolitik bieten würde<sup>72</sup>. Auch das formale Bekenntnis zu dieser Weltanschauung genügte nach seiner Überzeugung nicht, „um die Gesetze auf die Wechselfälle des Lebens in allen Fällen richtig anzuwenden“<sup>73</sup>. Andererseits aber verboten die hohen fachlichen Anforderungen, die an die Beamtenschaft gestellt wurden und die jetzt in Form einer reibungslosen Durchführung der Steuererfassung und -einhebung auch dem NS-Regime zugute kamen<sup>74</sup>, einen allzu schnellen und allzu radikalen Austausch politisch unzuverlässiger Beamter durch überzeugte Parteigenossen. Eine vordringliche Aufgabe bestand für Reinhardt deshalb darin, einen Kader nationalsozialistischer Steuerbeamter heranzuziehen. Da die Verwirklichung dieses Zieles jedoch eine gewisse Anlaufzeit erforderte, bemühte er sich vorerst, sozusagen als Sofortmaßnahme, nationalsozialistische Stützpunkte und Brückenköpfe innerhalb der Beamtenschaft zu errichten. Deshalb ordnete die nationalsozialistische Regierung die bevorzugte Beförderung für Beamte, die sich um die nationale Erhebung besonders verdient gemacht hatten, zuerst innerhalb der Reichsfinanzverwaltung an<sup>75</sup>. In einem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 26. Oktober 1933 an die Landesfinanzämter, der bezeichnenderweise von Staatssekretär Reinhardt unterschrieben worden war, wurde die vorzeitige Beförderung außerdem davon abhängig gemacht, daß die ausgewählten Beamten geeignet seien, „vorbildlich und erzieherisch im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung auf ihre Mitbeamten einzuwirken“<sup>76</sup>. Am 22. Dezember 1935 führte Reinhardt Prüfungserleichterungen für Finanzbeamte des unteren und mittleren Dienstes ein, die „seit mindestens 1. 4. 1932 der SA, SS, HJ oder dem Stahlhelm ununterbrochen angehören oder seit mindestens der gleichen Zeit ununterbrochen Amtswalter der NSDAP“ gewesen waren<sup>77</sup>. Obwohl diese Bedingungen nur ein relativ kleiner Personenkreis erfüllen konnte, gelang es mit Hilfe dieser Bestimmungen wohl doch, linientreue Parteigenossen in wichtige Abteilungen der Finanzverwaltung einzuschleusen.

---

<sup>72</sup> Ansprache *Reinhardts* bei der Eröffnung neuer Lehrgänge an den Reichsfinanzschulen Herrsching und Ilmenau, in: *DStZ* XXV, 1936, S. 801.

<sup>73</sup> Dr. *Schlecht*, a.a.O., S. 457.

<sup>74</sup> Vgl. *Speer*, Albert, *Erinnerungen*, Frankfurt/M. 1969, S. 39.

<sup>75</sup> *Bracher*, Karl Dietrich, *Sauer*, Wolfgang, *Schulz*, Gerhard, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, 2. Aufl. Köln usw. 1962, S. 503/504.

<sup>76</sup> *Mommsen*, Hans, *Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik*, Stuttgart 1966, S. 167/168.

<sup>77</sup> *Ebenda*, S. 70.

Allerdings verlor Reinhardt dabei nie sein Fernziel aus den Augen, nämlich die Heranbildung junger Beamter, die mit nichts anderem mehr in Berührung kommen würden als mit der nationalsozialistischen Weltanschauung. Den ersten Schritt auf diesem Weg stellten die fachwissenschaftlichen Tagungen dar, die er regelmäßig, meist für die Dauer einer Woche, durchführte und zu denen Gruppen von Steuerbeamten mit bestimmten Funktionen, z. B. „Großbetriebsprüfer“, abkommandiert wurden<sup>78</sup>. Diese Tagungen nutzte Reinhardt zu intensiver ideologischer Schulung und nationalsozialistischer Indoktrinierung der Tagungsteilnehmer<sup>79</sup>. Eine wichtige Etappe auf seinem Weg erreichte der Staatssekretär, als er am 1. August 1935 die erste „Reichssteuerschule“ — später umbenannt in „Reichsfinanzschule“ — eröffnen konnte<sup>80</sup>. Wie sehr er inzwischen die Ausbildung der Beamten als seine Domäne ansah, bezeugte seine Ansprache anlässlich des Beginns des ersten Lehrgangs in dieser Lehranstalt: „Die Reichssteuerschule muß in Herrsching errichtet werden, weil ich hier meinen Wohnsitz habe, und weil ich mich hier besser als anderswo der Gestaltung der Schule so widmen kann, wie ich das möchte. Die Schule wird sich ständig in meiner Obhut befinden<sup>81</sup>.“ Die Öffentlichkeit wertete die Errichtung dieser Schule als eine Entlastung für die Finanzverwaltung, die bisher im Rahmen ihres alltäglichen Geschäftsganges zusätzlich noch die Pflicht der Ausbildung der Anwärter für den einfachen und den gehobenen mittleren Dienst übernommen hatte<sup>82</sup>. Reinhardt freilich verfolgte mit dem Aufbau dieser Reichsfinanzschule in erster Linie ein anderes Ziel. Nach seinem Willen sollte die Lehranstalt „eine Musterschule zur Ausbildung nationalsozialistischer Beamter werden, und das Beamtenkorps der Reichsfinanzverwaltung muß das bestgeschulte des nationalsozialistischen Deutschland werden“<sup>83</sup>. Bei der Berufung des Lehrerkollegiums legte er „großen Wert“ darauf, daß alle Dozenten „berechtigt sind, das Zeichen und das Ehrenkleid des Deutschland Adolf Hitlers zu tragen“<sup>84</sup>. An der ersten Stelle innerhalb des Fachunterrichts stand das Fach „Nationalsozialismus“, dessen materiellen Inhalt Reinhardt folgendermaßen umschrieb: „In diesem Fach werden Sie Vorträge über den Begriff Volksgemeinschaft und National-

<sup>78</sup> Siehe z. B. DStZ XXIV, 1935, S. 569 f., DStZ XXV, 1936, S. 1207 f.

<sup>79</sup> Vgl. Reinhardt, F., Leitsätze für die Gestaltung und Auslegung der Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung, in: DStZ XXIV, 1935, S. 569 f.

<sup>80</sup> Ders., Zur Eröffnung der Reichssteuerschule, in: DStZ XXIV, 1935, S. 933 f.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 939.

<sup>82</sup> von Eheberg, Karl Theodor, Grundriß der Finanzwissenschaft, 7. Aufl. neu bearbeitet von Boesler, Felix, Leipzig 1936, S. 31.

<sup>83</sup> Reinhardt, F., Zur Eröffnung der Reichssteuerschule, a.a.O., S. 939.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 938.

sozialismus und über alle Teilgebiete, die Adolf Hitler in „Mein Kampf“ behandelt hat, hören. Außerdem werden alle Reden eingehend behandelt werden, die der Führer seit 1933 auf dem Reichsparteitag, im Reichstag und bei anderen besonderen Anlässen gehalten hat. ... Es werden an Sie auch Fragen gestellt werden, durch die Sie bezeugen müssen, inwieweit sie mit den Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung vertraut sind<sup>85</sup>.“ Insgesamt mußte der Finanzanwärter, wollte er seine Prüfung bestehen, die folgenden Fächer beherrschen: Nationalsozialismus, Reichsabgabenordnung, Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Abschluß- und Bilanzwesen, Kassenwesen und Vollstreckungswesen. Dabei wurde für das Fach Nationalsozialismus mit 20 Doppelstunden ebensoviel Unterrichtszeit veranschlagt wie für die schwierige Materie der Umsatzsteuer<sup>86</sup>. Außer dem Fachunterricht fand wöchentlich ein Kameradschaftsabend statt, auf dem hohe Funktionäre der NSDAP „grundlegende Vorträge“ hielten<sup>87</sup>. Die unterrichtsfreie Zeit wurde mit SA-Dienst ausgefüllt; jeder Finanzanwärter mußte der SA angehören<sup>88</sup>. Die ideologische Indoktrination, die in dieser Schule erfolgte, reichte weit in den persönlichen Bereich der Schüler hinein. Immer wieder schärfte Reinhardt den Teilnehmern der Lehrgänge ein, es gehöre zu ihrer Pflicht, möglichst bald nach bestandener Inspektorenprüfung zu heiraten, widrigenfalls sie keine Planstelle erhalten würden, da der „Bestand eines Volkes“ sich „im wesentlichen nach der Fortpflanzungsfreudigkeit“ der Angehörigen dieses Volkes richte<sup>89</sup>. Von der Wirksamkeit dieser Erziehung war Reinhardt so überzeugt, daß er daran dachte, den Zugang zu einem gesperrten Berufszweig wieder freizugeben. Anlässlich der Eröffnung der zweiten Finanzschule in seiner Geburts- und Heimatstadt Ilmenau am 4. Mai 1936 versprach er den Teilnehmern des ersten Lehrgangs, sie könnten sich durch Fachkenntnisse und politische Zuverlässigkeit „für würdig“ erweisen, dem nationalsozialistischen Staat als „Helfer in Steuersachen“ dienen zu dürfen. „Die Besten derjenigen Volksgenossen, die sich als Helfer in Steuersachen bewähren, haben Aussicht, später als Steuerberater zugelassen zu werden<sup>90</sup>.“ Dieses System von Finanzschulen, das zugleich die Grundlage seines eigenen „privaten Imperiums“ innerhalb der nationalsozialistischen Hierarchie und ihrer von den einzelnen Macht-

---

<sup>85</sup> Vgl. DStZ XXV, 1936, S. 797.

<sup>86</sup> Siehe Reinhardt, F., Zur Eröffnung der Reichsfinanzschule Ilmenau, in: DStZ XXV, 1936, S. 561.

<sup>87</sup> Vgl. DStZ XXV, 1936, S. 797.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 798.

<sup>89</sup> Reinhardt, F., Nationalsozialismus in der Reichsfinanzverwaltung, in: DStZ XXVI, 1937, S. 804.

<sup>90</sup> Ders., Zur Eröffnung der Reichsfinanzschule Ilmenau, a.a.O., S. 557 f.

trägern begründeten persönlichen Herrschaftsbereiche darstellte<sup>91</sup>, erweiterte Reinhardt zielstrebig mit der Ausdehnung des „Großdeutschen Reiches“. Bis 1944 hatte er insgesamt zwölf Reichsfinanzschulen eingerichtet, nämlich in Herrsching, Ilmenau, Meersburg, Wöllershof, Feldkirch, Pörschach, Leipa, Thorn, Bodenbach, Leitmeritz, Boppard und Berlin<sup>92</sup>.

An die schwierigste Aufgabe im Rahmen seines Schulungsprogramms, die Umerziehung der hohen Beamten, wagte sich Reinhardt erst, als die nationalsozialistische Herrschaft über Deutschland endgültig stabilisiert war. Am 1. März 1938 eröffnete er die Finanzakademie in Berlin, in der sich die hohen Ministerialbeamten, die ihre Ausbildung zum großen Teil noch während der Amtszeit demokratisch gesinnter Staatssekretäre wie Johannes Popitz oder Hans Schäffer erhalten hatten<sup>93</sup>, Lehrgängen über die Fragen der nationalsozialistischen Weltanschauung unterziehen mußten<sup>94</sup>.

Schließlich sorgte Reinhardt dafür, daß alle Beamten als Grundlage für ihre berufliche Weiterbildung und als Richtlinien für ihre dienstliche Tätigkeit nur solche Hilfsmittel erhielten, welche den Grundsätzen nationalsozialistischer Steuerpolitik entsprachen. Zu diesem Zweck vereinigte er im April 1934 seine Zeitschrift „Wirtschaftlicher Beobachter“, die in den Jahren vor der „Machtergreifung“ bedeutungslos gewesen war, mit der renommierten „Deutschen Steuerzeitung“, die er nun als Herausgeber und als Hauptmitarbeiter zu seiner „Hauspostille“ umgestaltete<sup>95</sup>, welche ausschließlich seine Meinungen verkünden durfte<sup>96</sup>. Ferner begann er 1935 mit der Herausgabe der „Bücherei des Steuerrechts“, der sogenannten „Reinhardt-Bücher“, auch als „Braune Reihe“ bezeichnet, die bei den Finanzämtern als Nachschlagewerk für den Dienstgebrauch und in den Finanzschulen als Lehrmittel zur Durchführung der „Reinhardt-Lehrgänge“ benutzt wur-

<sup>91</sup> Siehe hierzu den Abschnitt: „Techniker und Praktiker der totalitären Herrschaft“ bei Fest, Joachim C., *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft*, München 1963, S. 101 f.

<sup>92</sup> *Henkelmann*, Franz, *Die Umgestaltung der Steuerverwaltung durch den Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltungspraxis des Reichsfinanzministers*, Diss. Köln 1947 Ms., S. 13.

<sup>93</sup> Vgl. *Dieckmann*, Hildemarie, *Johannes Popitz, Entwicklung und Wirksamkeit in der Zeit der Weimarer Republik*, Berlin-Dahlem 1960, S. 18 f., *Wandel*, E., a.a.O., S. 133 f.

<sup>94</sup> *Reinhardt*, F., *Das Ausbildungs- und Fortbildungswesen in der Reichsfinanzverwaltung — Zweck und Aufbau der Finanzakademie*, in: *DStZ XXVII*, 1938, S. 266 f.

<sup>95</sup> *Henkelmann*, F., a.a.O., S. 18.

<sup>96</sup> *Ebenda*, S. 21, ferner: *Henning*, Friedrich-Wilhelm, *Fünzig Jahrgänge Steuer und Wirtschaft — Probleme des Steuerwesens vor dem rechtsgeschichtlichen Hintergrund*, in: *StuW* 1973, S. 296/297.

de<sup>97</sup>. Auch die Bände, die nicht von Reinhardt selbst, sondern von Sachbearbeitern aus dem Reichsfinanzministerium oder von den Dozenten der Finanzschulen verfaßt worden waren, spiegelten die Auffassungen des Staatssekretärs wider. Die in der Rechtslehre und in der Rechtsprechung umstrittenen Fragen wurden ausschließlich in seinem Sinn erörtert, ohne daß abweichende Lehrmeinungen oder Entscheidungen auch nur erwähnt worden wären<sup>98</sup>.

Mit der Herstellung der gesamten Fachliteratur schloß sich der Kreis der nationalsozialistischen Einflußnahme auf die Finanzverwaltung. Mochte sich auch so mancher altgediente Beamte trotz der fachwissenschaftlichen Tagungen und trotz der Reinhardt-Lehrgänge eine eigene Meinung und ein eigenes Gewissen bewahrt haben, so war dennoch der Freiheitsraum für seine Entscheidungen vielfach und fühlbar beschnitten worden. Der Nachwuchs jedoch wurde völlig im Dunstkreis des Nationalsozialismus ausgebildet; er betrachtete deshalb die Verwirklichung der „Grundsätze der nationalsozialistischen Steuerpolitik“ als seine Pflicht. Diese Pflichtauffassung sicherte nicht allein ein hohes Steueraufkommen für die Finanzierung der Aufrüstung<sup>99</sup>, sie trug auch dazu bei, daß das Reichsfinanzministerium bereits Anfang 1938, also ein knappes Jahr vor der berüchtigten „Reichskristallnacht“, die Phase der verschärften Judenverfolgung durch neue und schwere steuerliche Diskriminierungen der jüdischen Steuerpflichtigen einleiten konnte<sup>100</sup>.

---

<sup>97</sup> Bauder, Georg, Gedanken zum Reinhardt-Lehrgang, in: DStZ XXVI, 1937, S. 1229.

<sup>98</sup> Henkelmann, F., a.a.O., S. 22.

<sup>99</sup> Die starke Zunahme der Steuereingänge nach 1933 war allerdings keine Folge der Erziehungsmaßnahmen Reinhardts, sie beruhte vielmehr auf der Wirkung der hohen, aus der Ära Brüning übernommenen Steuersätze innerhalb einer expandierenden Wirtschaft. Zur Bewertung der Rüstungsfinanzierung innerhalb des Reichsfinanzministeriums siehe Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart usw. 1970, S. 361.

<sup>100</sup> Vgl. Adam, U. D., S. 174 f.



# Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Dänemark in den Jahren der Besetzung 1940 - 1945

Von *Harald Winkel*, Aachen

## A. Einleitung: Problemstellung

Die wirtschaftlichen Beziehungen, die Deutschland in den Jahren des Zweiten Weltkrieges zu den besetzten Gebieten unterhalten hat, wurden nach dem Krieg allgemein unter der Kennzeichnung „Ausbeutung“ oder „Ausplünderung“ erfaßt<sup>1</sup>. Diese Globalcharakterisierung erfolgte, ohne daß den Forderungen der Ankläger des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg entsprochen worden wäre, die angesichts der Komplexität ökonomischer Zusammenhänge dazu aufgerufen hatten, „die Wirtschaft mehrerer Länder während eines Zeitraumes von mehr als vier Jahren bis ins einzelne zu studieren“, bevor „genaue Schätzungen der deutschen Machenschaften auf wirtschaftlichem Gebiet“ vorgenommen würden<sup>2</sup>.

Inzwischen sind jedoch einige Arbeiten vorgelegt worden, die sich mit der plakativen Wirkung der Termini „Ausbeutung“ bzw. „Ausplünderung“ nicht zufrieden gegeben haben, sondern vielmehr differenziertere Aussagen treffen. Aufbauend auf der von Petzina vorgenommenen Unterscheidung der von Deutschland in den besetzten Gebieten durchgeführten Wirtschaftspolitik in

- a) eine in West- und Nordeuropa angewendete Konzeption der „Restaurierung der wirtschaftlichen Kapazitäten“ und
- b) die in Polen und der Sowjetunion realisierte Konzeption „direkter wirtschaftlicher Ausbeutung“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. *Engelberg*, Ernst, Über einige Probleme der deutschen Kriegswirtschaft, in: Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. II der Protokolle der Wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. - 30. 11. 1957, hrsg. von der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, Berlin 1958, S. 232; *Boudot*, François, Aspects économiques de l'Occupation Allemande en France, in: *Revue d'Histoire de la deuxième Guerre Mondiale*, Paris 1964, S. 41; *Köller*, Vera, Der deutsche Imperialismus und Dänemark unter besonderer Berücksichtigung der faschistischen Wirtschaftspolitik, Diss. Berlin (Ost) 1966, S. 201 ff.

<sup>2</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. Nov. 1945 - 1. Okt. 1946, Nürnberg 1947 (im Verlauf zitiert als: IMT), Bd. V, S. 446.



sind Länderstudien in der Frage der ökonomischen Verflechtung zwischen Deutschland und einzelnen besetzten Gebieten zu Ergebnissen gekommen, die die von Petzina vorgenommene Differenzierung erharteten<sup>4</sup>.

Erich Thomsen hat für Dänemark eine Arbeit vorgelegt, die hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Dänemark 1940 - 1945 nurmehr von „Nutzbarmachung der dänischen Wirtschaft“ spricht<sup>5</sup>. Thomsen rückt damit nicht unerheblich von der von Bobert und Büttner vertretenen Darstellung ab, die die ökonomischen Austauschbeziehungen zwischen Deutschland und Dänemark in den Kriegsjahren als „ökonomische Ausplünderung“ Dänemarks verstanden wissen wollen<sup>6</sup>. Da Thomsen versucht, den gesamten Komplex der deutschen Besatzungspolitik in Dänemark zu erfassen, muß der ökonomische Aspekt — so sehr sich auch die von ihm getroffene Kennzeichnung der deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen in den Gesamtrahmen der neueren Erkenntnisse einfügt — notwendigerweise zu kurz kommen.

Im folgenden soll deshalb der Versuch unternommen werden, den im Hinblick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den besetzten Ländern eingeschlagenen Weg der differenzierenden Analyse weiter zu verfolgen, denn selbst wenn inzwischen die Arbeiten über den Nationalsozialismus in seinen verschiedensten Ausprägungen „Legion geworden sind“<sup>7</sup>, die ökonomischen Aspekte gerade in den Kriegsjahren haben bisher immer noch zu geringe Beachtung gefunden. Die Beschränkung auf den allzu globalen Begriff der „Ausplünderung“ hat im Zusammenhang mit der oft ungesicherten Materiallage detail-

<sup>3</sup> Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich — Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 16, Stuttgart 1968, S. 139 f.

<sup>4</sup> Für Jugoslawien: Wuescht, Johann, Jugoslawien und das Dritte Reich — eine dokumentierte Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen von 1933 bis 1945, Stuttgart 1969.

Für die Niederlande: Warmbrunn, Werner, The Dutch under German Occupation 1940 - 1945, Stanford/Calif.—London 1963.

Für die baltischen Republiken: Czollek, Roswitha, Wirtschaftspolitische Zielsetzungen und Praxis des deutsch-faschistischen Okkupationsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des Zweiten Weltkrieges, Diss. Berlin (Ost) 1971.

<sup>5</sup> Thomsen, Erich, Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940 - 1945, Düsseldorf 1971, S. 53 - 59.

<sup>6</sup> Bobert, Manfred, Büttner, Willy, Zu einigen Aspekten der ökonomischen und politischen Zielsetzung der Expansionsbestrebungen des faschistischen deutschen Imperialismus gegenüber Dänemark, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 13. Jg. 1964, Nr. 1/2, S. 89 - 103.

<sup>7</sup> So Ernst Nolte in der Besprechung von: Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/M.—Berlin—Wien 1975; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 208, 9. 9. 1975, S. 6.

liertere Erkenntnisse weitgehend verhindert. Hinzu kommt, daß von deutscher Seite eine größtmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zur Durchführung kriegswirtschaftlicher Aufgaben offen angestrebt und nicht bestritten wurde<sup>8</sup>.

Dänemark bietet sich für einen solchen Versuch der eingehenderen Analyse der deutschen Besatzungspraxis in einem besetzten Land geradezu an. Über Jahre hinweg existieren ausgeprägte außenwirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark, die auch statistisch hinreichend erfaßt und zugänglich geblieben sind. Dänemarks Wirtschaft hat die Phase der Besetzung unversehrt überstanden, d. h. die inländischen Ressourcen der Vorkriegsperiode standen vollständig auch in den Jahren nach 1940 zur Verfügung. Anders verhält es sich beispielsweise in Frankreich und Belgien, wo durch Kampfhandlungen und Sabotageakte umfangreiche Produktionsanlagen zerstört wurden, die damit nicht mehr der Produktion, sondern allenfalls noch der Ausschachtung zur Verfügung gestanden haben. Dänemark hat die Besetzung weithin in — wenn auch eingeschränkter — nationaler Souveränität und territorialer Integrität überstanden. Statistische Materialien aus den Jahren der Besetzung bieten damit, etwa im Gegensatz zu Frankreich und Belgien, eine Vergleichsmöglichkeit zu den Ergebnissen der Vorkriegsjahre. Abschließend soll festgehalten werden, daß auch das Quellenmaterial hinreichende Erkenntnisse zu vermitteln in der Lage ist, wurden doch in Dänemark weder im Zuge überstürzten Rückzuges noch kämpferischer Befreiungsaktionen Dokumente in dem Umfange vernichtet, wie es beispielsweise in den Ostgebieten der Fall war. Allerdings zeigt ein Vergleich deutschen und dänischen statistischen Materials auch manche Differenz, die nicht immer geklärt werden kann<sup>9</sup>.

### **B. Determinanten der deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen in den Vorkriegsjahren**

Dänemark hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg, was die Außenhandelsintensität angeht, zur führenden Volkswirtschaft in der Welt entwickelt. Der Außenhandelsumsatz betrug 1936 in Dänemark pro Kopf der Bevölkerung 16 Pfund Sterling und übertraf damit Norwegen mit 12,7, Schweden mit 12,4, England mit 9,4 und erst recht das auf

---

<sup>8</sup> Dies gibt auch *Speer* in seinem Rechenschaftsbericht vom 27. Jan. 1945 unumwunden zu, vgl. *Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer — Deutschlands Rüstung im Kriege, Berlin—Frankfurt—Wien 1968, S. 326.*

<sup>9</sup> Soweit keine andere Quelle angegeben wird, sind die im nachfolgenden Text wiedergegebenen Zahlen und Tabellen entnommen aus: *Danmarks Statistik, Statistisk Aarbo, Kopenhagen 1935 - 1945.*

verstärkte Autarkie bedachte Deutsche Reich mit 5,8 Pfund Sterling zum Teil beträchtlich<sup>10</sup>.

Die sich in diesem intensiven Außenhandel niederschlagende weltwirtschaftliche Verflechtung Dänemarks war das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen, einerseits Produktionsspezialitäten, für die international ein guter Preis erzielt werden konnte, an den Markt zu bringen, andererseits aber auf die Herstellung der Güter im Inland zu verzichten, die in anderen Ländern billig erworben werden konnten.

Der Freihandel, der für die dänische Außenwirtschaft bis 1931 oberste Maxime war, hatte — wie der hohe Lebensstandard der dänischen Bevölkerung zeigte — dem Land beträchtlichen Nutzen gebracht<sup>11</sup>. Erst im Zuge der durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Störung des internationalen Warenaustausches — und hier besonders infolge der langanhaltenden Krisenerscheinungen bei den beiden führenden dänischen Handelspartnern England und Deutschland — ging auch Dänemark von der Konzeption des Freihandels ab und wandte sich notgedrungen einer staatlich gelenkten Außenwirtschaft zu.

Waren in der dänischen Freihandelsperiode, bis zu Beginn der 30er Jahre, fast ausschließlich ökonomische Gründe für die starke Außenhandelsorientierung Dänemarks nach England ausschlaggebend, so wurde diese nun auch durch politische Überlegungen zunehmend untermauert.

Ökonomisch gesehen hatte Dänemark für seine hochwertigen Agrarerzeugnisse in England schon immer einen größeren Markt gefunden, der zudem bessere Preise brachte, als dies in Deutschland oder dem übrigen Kontinentaleuropa möglich gewesen wäre. Im Gegenzug war England in der Lage, die Waren nach Dänemark zu liefern, die dieses zur Inganghaltung seiner Volkswirtschaft dringend benötigte, so z. B. Kohle und Koks, Garne und Textilien, Stahl und Eisen, Mineralöle, Maschinen und, was für die Landwirtschaft von besonderer Bedeutung

---

<sup>10</sup> Vgl. Jüger, Paul, Produktion und Außenhandel Skandinaviens, in: Der deutsche Volkswirt, 14. Jg., 1940, Nr. 29, S. 964.

<sup>11</sup> Dänemark hatte sich schon Ende des 19. Jahrhunderts, als auf dem Kontinent immer mehr Staaten dem Schutzzollgedanken anhängen, eindeutig für den Freihandel entschieden. Zwar gingen im Zuge der um sich greifenden handelspolitischen Abschottungsmaßnahmen auch Dänemark die ausländischen Absatzmärkte für Getreide verloren, die Landwirtschaft zeigte sich jedoch flexibel genug, den Schwerpunkt der Produktion auf veredelte Agrarprodukte zu verlegen. Im Ausland wurde fortan billiges Getreide zu Futterzwecken aufgekauft, andererseits aber lieferte man Butter, Eier und Bacon an den Weltmarkt: Waren, für die im ebenfalls freihändlerischen England gute Preise erzielt werden konnten. Vgl. Schmidt-Elsner, Lisa, Entwicklung und Probleme des dänischen Außenhandels, Diss. Berlin 1955, S. 9.

war, Ölsaaten und Ölfrüchte. Diese ganz nach dem Prinzip der komparativen Vorteilhaftigkeit ablaufenden englisch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen waren auf der Grundlage der von beiden Ländern über Jahrzehnte hinweg betriebenen Freihandelspolitik möglich. Allerdings war im Laufe der Zeit das von der Substanz her wirtschaftlich schwächere Dänemark mehr und mehr in den Sog der britischen Wirtschaftspolitik geraten, wie die Abhängigkeit der dänischen Währung von der britischen Devaluation des Jahres 1931 oder aber die dänische Reaktion auf die für Dänemark nachteiligen Auswirkungen der Commonwealth-Konferenz von Ottawa 1932 zeigten.

Selbst diese massiven ökonomischen Behinderungen der englisch-dänischen Beziehungen zu Beginn der 30er Jahre konnten dem zweitgrößten dänischen Handelspartner, Deutschland, nicht zum Vorteil gereichen. Im Zuge der nach der Weltwirtschaftskrise entstandenen weltweiten Politisierung des Außenhandels versuchte die dänische Führung dagegen mit Erfolg, über dirigistische Maßnahmen<sup>12</sup> die Außenwirtschaftsbeziehungen zu England im alten Umfang aufrechtzuerhalten und über die ökonomischen Klippen hinwegzusteuern. Politische Gründe für diese von der dänischen Staatsführung nachhaltig geförderte Englandorientierung Dänemarks gab es zur Genüge. Abgesehen von den bis in das Jahr 1864 zurückreichenden historischen Ressentiments gegenüber Preußen-Deutschland, förderten die von Deutschland unterstützten nationalen Bestrebungen der deutschen Minderheiten in Nordschleswig wie auch die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland diese Einstellung. Das tief verwurzelte dänische Demokratieverständnis und die damit eng verbundene Aversion gegen den Nationalsozialismus in Deutschland ließen die traditionelle Distanziertheit Dänemarks gegenüber Deutschland nur noch stärker werden<sup>13</sup>.

Auf deutscher Seite wurde die dänische Skepsis weitgehend erwidert. Trotz einiger Fürsprecher eines Ausbaues der deutsch-nordischen Wirtschaftsbeziehungen<sup>14</sup> hatte sich das Deutsche Reich für eine Intensivie-

---

<sup>12</sup> Die dänische Valutazentrale bevorzugte bei der Devisenzuteilung Importe aus England mit der Folge, daß die deutschen Erzeugnisse im Verhältnis zu den englischen immer weiter vom dänischen Markt verdrängt wurden. Vgl. Köller, Vera, *Der deutsche Imperialismus . . .*, a.a.O., S. 83.

<sup>13</sup> Vgl. *Hæstrup, Jørgen*, Die dänisch-deutschen Beziehungen von 1933 bis 1945, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht*, Bd. VIII, 1961/62, S. 197 - 200; *Kluke, Paul*, Die Beziehungen Deutschlands zu den nordischen Ländern 1933 - 1939, in: ebd., S. 252 f. u. 256.

<sup>14</sup> Vgl. z. B. *Göring, Hermann*, in: *Der Norden*, Monatsschrift der Nordischen Gesellschaft, 14. Jg., 1937, Nr. 2, S. 45; zitiert nach Köller, Vera, *Der deutsche Imperialismus . . .*, a.a.O., S. 80, oder auch: *Gross, Herbert*, *Nord-Europa und das Reich — Handelspolitische Aufgabe Deutschlands*, hrsg. von Deutscher Bund für freie Wirtschaftspolitik e. V., Nordische Gesellschaft, Lübeck, Berlin 1933.

zung der Wirtschaftsbeziehungen zu Südosteuropa entschieden. Walther Croll schreibt dazu: „Deutschland hat sich diejenigen Länder als Außenhandelspartner ausgewählt und sie als Liefer- und Abnehmerländer bevorzugt, die Gewähr für Stetigkeit boten und sich außerdem zur Verrechnung bereitfanden. Es waren Länder, von denen Deutschland keine feindseligen politischen und wirtschaftspolitischen Akte zu gewärtigen hatte. Der grundsätzlichen Einstellung des Nationalsozialismus, die auf gegenseitiges Einspielen und Eingewöhnen abzielt, kam der Umstand zu Hilfe, daß die Länder der beiden bevorzugten deutschen Außenhandelschauplätze: Südosteuropa und Südamerika, selber durch die Wirtschafts- und Außenhandelskrise schwer mitgenommen waren, an Devisen und Gold Mangel litten und sich bereitwillig auf die Verrechnung einließen<sup>15</sup>.“

Infolge der raumwirtschaftlichen Zusammengehörigkeit Dänemarks und Deutschlands kamen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Territorien dennoch nicht völlig zum Erliegen. Dänemark lieferte nach Deutschland im wesentlichen Molkereierzeugnisse, Eier und Honig, lebende Tiere, Fleisch und Fleischwaren und empfing dafür vornehmlich gewerbliche Rohstoffe (wie z. B. Chemikalien, Düngemittel, Eisen und Stahl) oder aber Fertigwaren wie Maschinen und Apparate, d. h. es bestand ein den englisch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen nicht unähnlicher suppletorischer Warenaustausch.

Die deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen der 30er Jahre wurden somit von zwei Faktoren bestimmt:

- a) der ausgeprägten Englandorientierung Dänemarks;
- b) der von Deutschland dem Handel mit den südosteuropäischen Ländern eingeräumten Priorität<sup>16</sup>.

Die Außenhandelsströme zwischen Dänemark und den beiden führenden dänischen Handelspartnern England und Deutschland vor dem Krieg sind in Tab. 1 (S. 125) dargestellt.

So wie der dänische Außenhandel von den Handelspartnern her weitgehend auf England und in größerem Abstand Deutschland fixiert war, so hat auch das dänische Warenangebot als Folge der langjährigen Freihandelspolitik eine starke Reduzierung und Konzentration auf wenige, für Dänemark vorteilhafte Produkte erfahren: Über 60 % des Warenausfuhrwertes entfielen auf Lebensmittel (1937 = 62 %

<sup>15</sup> Croll, Walther, Außenhandel im Kriege, Leipzig 1940, S. 38.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu: Flaig, Herbert, Untersuchung über den Einfluß des „Neuen Planes“ auf den deutschen Außenhandel und die deutsche Außenhandelspolitik, Diss. Freiburg/Brsg. 1941, S. 63 - 78.

Tabelle 1a)

**Der Außenhandel Dänemarks mit England, Deutschland und Schweden<sup>b)</sup> 1935 - 1939 (ohne Zwischenhandel, in 1.000 dkr)**

## a) Einfuhr Dänemarks

Jahr	insgesamt	aus England	aus Deutschl.	aus Schweden
1935	1.330.151	479.209	292.236	89.855
1936	1.486.034	542.279	376.031	100.986
1937	1.701.697	641.938	407.073	103.401
1938	1.625.327	562.259	398.852	106.517 <sup>c)</sup>
1939	1.740.347	572.553	470.090	126.648 <sup>c)</sup>

a) Vgl. Fußnote 9, S. 121.

b) Schweden als drittichtigster Handelspartner Dänemarks wurde in die Tabelle mit aufgenommen, um durch den Abstand zu den führenden Handelspartnern England und Deutschland deren Bedeutung für Dänemarks Wirtschaft zu unterstreichen.

c) 1938 und 1939 verdrängten die Vereinigten Staaten Schweden vom dritten Platz der dänischen Einfuhrländer: Die USA lieferten Waren im Werte von 1938: 127.944.000 dkr und 1939: 127.978.000 dkr.

## b) Ausfuhr Dänemarks

Jahr	insgesamt	nach England	nach Deutschland	nach Schweden
1935	1.213.410	730.824	203.371	56.162
1936	1.326.521	742.462	278.005	59.007
1937	1.541.365	823.009	296.478	71.760
1938	1.534.873	860.893	304.647	74.400
1939	1.577.973	826.500	368.575	77.486

oder 973,2 Mio. dkr und 1938 = 64,9 % oder 1.006,8 Mio. dkr), und in der Sparte Lebensmittel dominierten wiederum drei Produkte:

- Butter (1937 = 355,4 Mio. dkr; 1938 = 378,6 Mio. dkr)
- Speck (1937 = 362,6 Mio. dkr; 1938 = 363,4 Mio. dkr)
- Eier (1937 = 129,3 Mio. dkr; 1938 = 139,6 Mio. dkr)

Mit einigem Recht also kann von einer „Monostrukturierung“<sup>17</sup> des dänischen Exports in den 30er Jahren gesprochen werden. Um aber diese Spitzenleistungen bei tierischen Veredelungserzeugnissen erzielen zu können, benötigte Dänemark einen umfangreichen Warenimport, der sich zu fast gleichen Teilen aus Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren zusammensetzte:

<sup>17</sup> Oesterheld sieht in Dänemark eine „viehzüchtende Monokultur“, Oesterheld, Alfred, Wirtschaftsraum Europa, Oldenburg—Berlin 1942, S. 268.

Tabelle 2

**Einfuhr Dänemarks nach Bearbeitungsstufen 1937 und 1938<sup>18</sup>**  
(in Mio. dkr)

	1937		1938	
	Wert	v.H.	Wert	v.H.
Lebensmittel	62,4	3,8	45,6	2,7
Rohstoffe	432,1	26,3	532,2	31,8
Halbwaren	610,4	37,2	605,9	36,2
Fertigwaren	536,0	32,7	490,1	29,3
	1.640,9	100,0	1.673,8	100,0

Diese unterschiedliche Strukturierung der Ein- und Ausfuhrströme brachte für die dänische Wirtschaft große Gefahren mit sich. So stürzte z. B. die Durchführung der Beschlüsse der Ottawa-Konferenz — England räumte Butter-, Fleisch- und Bacon-Einfuhren aus den Commonwealth-Ländern handelspolitische Vorteile ein — Dänemark in eine Wirtschaftskrise, die sich in einem drastischen Rückgang der Ausfuhrzahlen betroffener Produkte niederschlug<sup>19</sup>.

Tabelle 3

**Auswirkungen der Beschlüsse der Ottawa-Konferenz von 1932**  
**auf den dänisch-englischen Handelsverkehr**  
Ausfuhr Dänemarks nach England in 100 kg 1932 - 1935

Jahr	Bacon	Butter
1932	3.835.445	1.289.773
1933	2.835.216	1.264.392
1934	2.191.187	1.243.022
1935	1.969.134	1.094.000

Eine Kompensation dieser Rückschläge durch kurzfristige Gewinnung von Marktanteilen auf anderen ausländischen Märkten war sowohl von der Produktionsseite her (starke Spezialisierung der Lebensmittel auf englische Wünsche), als auch aus handelspolitischen Aspekten (Bilateralisierung des Warenaustausches mit festgesetzten Kontingenten) kaum möglich. Die dänische Volkswirtschaft war in eine starke Abhängigkeit von dem wesentlichen Abnehmer ihrer wenigen, dafür aber um so hochwertigeren Ausfuhrerzeugnisse geraten. Über 50 % der dänischen Ausfuhr gingen 1938 nach Großbritannien, dagegen lag der Anteil Deutschlands bei nur rd. 23 %; der britische Verbraucherstandard war für die dänische Export-Produktion maßgebend.

<sup>18</sup> BA R 24/767, Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung, Die Wirtschaftsstruktur Dänemarks, Februar 1940, S. 55.

<sup>19</sup> Vgl. Schmidt-Elsner, Lisa, Entwicklung und Probleme ..., a.a.O., S. 72.

Andererseits war Dänemark auch in starkem Maße von seinen Warenlieferanten abhängig. Die hohe dänische Milchproduktion (1938 = 3.006 kg je Kuh) beispielsweise konnte nur „unter weitestgehender Benutzung von Kraftfutter“<sup>20</sup> erreicht werden. Gerade aber bei diesem Kraftfutter, im wesentlichen Ölkuchen, war Dänemark vollständig auslandsabhängig. Die Experten des deutschen Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung errechneten im Februar 1940, daß allein bei einem Ausfall des Ölkuchenimports (1938 wurden 66,6 % der Ölsaaten und Ölfrüchte aus England eingeführt und rd. 875.000 t Ölkuchen verfüttert) ca. 300.000 dänische Kühe geschlachtet werden müßten, weil die Ernährungsbasis zu knapp werden würde<sup>21</sup>.

Ähnlich drastisch war die Abhängigkeit Dänemarks von den übrigen Rohstoff-, Halb- und Fertigwareneinfuhren. Bar fast aller Rohstoffe war Dänemark auf Brennstoffe, Erze und Stahl, auf Garne, Chemikalien und Düngemittel u. a. m. angewiesen. Ein Engpaß bei einem dieser Güter konnte das empfindliche Geflecht der dänischen Wirtschaft nachhaltig durcheinanderbringen.

Dänemark war sich dieser Abhängigkeit von den Käufern seiner Exporte wie auch von den Anbietern seiner Importe durchaus bewußt. Allein Großbritannien lieferte 1938 73,4 % aller benötigten Brennstoffe, 52,4 % der Spinnstoffe, 57,5 % der Webwaren und den bereits erwähnten Anteil von 66,6 % der Ölkuchen und -früchte<sup>22</sup>. In der vom Bilateralismus geprägten politischen Szene der 30er Jahre war es daher für Dänemark nur natürlich, sich um eine engere Anlehnung an einen seiner wichtigen Wirtschaftspartner zu bemühen, selbst wenn dies mit volkswirtschaftlichen Nachteilen verbunden war: „Die Furcht vor noch größeren Beschränkungen der Lieferungen nach England veranlaßte Dänemark zu erheblichen Konzessionen sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite. Es gab seine Zustimmung zur Beschränkung der Exporte nach England und verpflichtete sich, bestimmte Warenkontingente laufend in England zu kaufen. So verpflichtete sich Dänemark, seinen Kohlenbedarf zu mindestens 80 v.H. in England zu decken“<sup>23</sup>.

Deutschland kam in der Vorkriegszeit, sei es als Warenlieferant, sei es als Warenabnehmer Dänemarks, stets der zweite Rang hinter England zu. Dänemark konnte den Lebensstandard seiner Bevölkerung und

<sup>20</sup> BA R 24/767, Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung, a.a.O., S. 26.

<sup>21</sup> Ebd., S. 25.

<sup>22</sup> Vgl. dazu auch BA R 24/758, Die wirtschaftliche Abhängigkeit Großbritanniens von Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Spanien und Italien, Gutachten des Instituts für Konjunkturforschung vom Juni 1939, S. 21 ff.

<sup>23</sup> Ebd., S. 22. Bezug genommen wird dort auf das englisch-dänische Handelsabkommen von 1933.



das Produktionsniveau seiner Wirtschaft unter den gegebenen Umständen nur bei enger Anlehnung an das britische Empire aufrecht halten. Diesem Umstand galt es von der Produktionsstruktur her weitestgehend Rechnung zu tragen.

### C. Die deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen während der Besetzung 1940 - 1945

Die mit kriegswirtschaftlicher Planung befaßten deutschen Stellen betrachteten den möglichen Beitrag der dänischen Volkswirtschaft zu einem kontinentaleuropäischen Wirtschaftsblock unter deutscher Führung — zumindest auf mittlere Sicht — aufgrund der bekannten starken Englandorientierung mit kritischen Blicken<sup>24</sup>. Zwar war Deutschland jederzeit in der Lage, die Agrarüberschüsse Dänemarks vollständig aufzunehmen, die dänischen Ausfuhrerzeugnisse entsprachen aber nur teilweise den deutschen Vorstellungen. So konnte beispielsweise das in Dänemark zum Zwecke der Baconproduktion gehaltene Mager-schwein der „dänischen Landrasse“ bzw. der „großen weißen York-shire-Rasse“ keineswegs den deutschen Ernährungszielsetzungen ge-nügen. Unmittelbar nach der Besetzung führte dies dann auch dazu, daß die dänischen Exportschlachtereien, erstmals in der Geschichte der dänischen Landwirtschaft überhaupt, die Gewichtsgrenze von höchstens 70 kg für einzuliefernde Tiere aufhoben, um den Bauern einen Anreiz zur Haltung des in der Ernährung anspruchsloseren und kontinental-europäischen Vorstellungen eher entsprechenden Fettschweins zu ge-ben<sup>25</sup>.

Größere Probleme wurden in der Kompensation eventuell aus-fallender überseeischer Importe nach Dänemark durch Deutschland gesehen. Eine Steigerung der zur Inganghaltung der dänischen Wirt-schaft erforderlichen Rohstoff-, Halb- und Fertigwareneinfuhren war selbst aus dem ins Auge gefaßten „Wirtschaftsraum Europa“ kaum zu gewährleisten, weniger hinsichtlich Kohle und Koks, wohl aber bei Ölsaaten und Ölfrüchten oder bei Garnen und Textilien<sup>26</sup>.

Diese Vor- und Nachteile abwägende Bestandsaufnahme eines däni-schen Beitrags zur deutschen Kriegswirtschaft ließ den überschweng-lichen ideologischen Konzeptionen jener Jahre, die von einem „Ger-

---

<sup>24</sup> Vgl. BA R 24/767, Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung, a.a.O., S. 56 ff.

<sup>25</sup> Vgl. Oesterheld, Alfred, Wirtschaftsraum Europa, a.a.O., S. 279.

<sup>26</sup> BA R 25/56, Eine am 26. Juni 1940 in Berlin aufgestellte „Ernährungs-bilanz Europas“ ergab, daß Kontinentaleuropa — ohne Rußland, England, Irland, Türkei und Nordafrika — selbst bei weitgehender Einschränkung des Konsums bei Ölsaaten und Ölkuchen nur zu 30 % bzw. 15 % autark sein würde.

manischen Reich“<sup>27</sup> unter Einbeziehung der westlichen und nordischen Nachbarstaaten ausgingen, zumindest was Dänemark betrifft, kaum Platz.

Nach der „friedlichen Besetzung Dänemarks“ durch Deutschland am 9. 4. 1940 zeigten sich dann auch sehr bald die Anhänger einer pragmatischen Außenwirtschaftspolitik gegenüber Dänemark den Vertretern ideologischer Vorstellungen überlegen. Die Ablehnung, die dem Gedanken einer deutsch-dänischen Wirtschaftsunion durch Dänemark zuteil wurde<sup>28</sup>, wurde von Deutschland nicht zum Anlaß für Sanktionen genommen. Der deutsche Bevollmächtigte in Dänemark, Gesandter v. Renthe-Fink, war ebenso wie die maßgebenden Vertreter der deutschen Wehrmacht<sup>29</sup> überzeugt, das deutsche Ziel des maximalen dänischen Produktionsbeitrages zur deutschen Wirtschaft besser erreichen zu können, wenn man die Dänen möglichst wenig mit NS-Ideologie konfrontierte, eine Konzeption, die sich sogar gegenüber den einen härteren Kurs verlangenden Interventionen aus Berlin durchsetzen konnte<sup>30</sup>.

Neuere Untersuchungen haben bestätigt, daß die Repräsentanten der deutschen Besatzung in Dänemark weitgehend eine Konzeption der Nichteinmischung in dänische Verhältnisse verfolgt haben. Der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, v. Renthe-Fink, wußte Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der NS-Hierarchien, hier zwischen Auswärtigem Amt und Partei, zu einer Dänemark gegenüber maßvollen Haltung auszunutzen<sup>31</sup>. Sein Nachfolger in der Stellung als Bevollmächtigter ab 1943, Dr. Werner Best, hatte sich schon als Kriegsverwaltungschef in Frankreich durch ‚pragmatisch, undoktrinäre Denkweise‘ ausgezeichnet und trachtete in Dänemark danach, das deutsch-dänische Verhältnis auf

---

<sup>27</sup> Vgl. *Gruchmann*, Lothar, Nationalsozialistische Großraumordnung — Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 4, Stuttgart 1962, S. 73 u. 85 ff.

<sup>28</sup> Vgl. *Thomsen*, Erich, Deutsche Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 24 - 32.

<sup>29</sup> Ebd., S. 16.

<sup>30</sup> Die Flucht des ehemaligen dänischen Handelsministers Möller nach England, das Grönlandabkommen des dänischen Gesandten in den USA, Kauffmann, und schließlich die als „Telegramm-Krise“ bekannt gewordene deutsch-dänische Auseinandersetzung um ein Danktelegramm des dänischen Königs an Adolf Hitler, ließen die Verfechter einer „Politik der Stärke“ gegenüber Dänemark kurzfristig frohlocken. Außer einigen personellen Veränderungen blieb ihre Einflußnahme auf die deutsche Politik gegenüber Dänemark, überblickt man den gesamten Zeitraum der Besetzung, jedoch weitgehend wirkungslos.

<sup>31</sup> Vgl. *Loock*, Hans-Dietrich, Die deutsch-skandinavischen Beziehungen während des Zweiten Weltkrieges im Spiegel der deutschen Literatur, in: Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Bd. VIII, 1961/62, S. 271 - 276; auch: BA Kleine Erwerbungen 77, Papiere über die Tätigkeit des deutschen Gesandten Dr. Cecil v. Renthe-Fink in Dänemark.

der Grundlage von Vernunft und Einsicht ohne überzogenen Dirigismus so zu gestalten, daß beiden Völkern Vorteile erwachsen: Deutschland aus einer maximalen Lebensmittelproduktion Dänemarks — Dänemark aus einer weitgehenden Erhaltung des status quo ante auf politischem und ökonomischem Gebiet. Dabei scheute sich die Besatzungsmacht nicht, Dänemark gegenüber anderen besetzten Gebieten Sondervorteile einzuräumen, die von diesen wiederholt zum Anlaß genommen wurden, sich deutschen Auflagen mit Hinweis auf Dänemark zu widersetzen<sup>32</sup>. Im Hinblick auf die Bezahlung der dänischen Lieferungen an die Wehrmacht durch das Deutsche Reich<sup>33</sup> stellt der Reichsminister der Finanzen am 29. 12. 1942 fest, es könnte nicht verantwortet werden, „daß in einem Land, das als friedliche Oase in Europa bezeichnet werden kann, zu Lasten des um seine Existenz ringenden Deutschen Reiches stets weitergehende Vergünstigungen gewährt werden, die in der Geschichte der besetzten Länder ohne Beispiel sind“<sup>34</sup>. Erst mit der allgemeinen Verschlechterung der Kriegslage, die auch in Dänemark zunehmende Sabotageakte und im September 1944 die Verhaftung der dänischen Polizei durch die SS brachte, sollte diese Sonderstellung ein Ende finden. Bis dahin ließ sich die deutsche Politik gegenüber Dänemark von der Devise leiten: „Länder, deren Wirtschaft und öffentliches Leben intakt sind, sind für uns ergiebiger als unruhige Länder“<sup>35</sup>.

Im Falle Dänemarks trafen also einige Faktoren zusammen, die — ohne daß man sich mit den Bedingungen des Produktionsprozesses selbst zu befassen gehabt hätte — einer „Ausbeutung“ der Ressourcen durch das Deutsche Reich im Sinne einer Wegnahme von Gütern aller Art und der Ausbeutung der nationalen Reichtümer an Ort und Stelle zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft<sup>36</sup> entgegenstanden:

*dänischerseits:*

- a) Die Rohstoffarmut des Landes und der daraus resultierende Ein-

---

<sup>32</sup> Vgl. BA R 2/287, Bericht über die Besprechung bei Reichsfinanzminister *Schwerin von Krosigk* am 5. 1. 1942 betreffend: Aufwertung der dänischen Krone, S. 3 f. Hier heißt es wörtlich: „Wir dürfen Dänemark nicht mit den besetzten Gebieten vergleichen, es ist ein von uns in Schutz genommenes Land“, ferner: BA R 2/30.515, Schreiben des Reichskommissars für die besetzten norwegischen Gebiete an das RFM, Oslo 14. 2. 1944.

<sup>33</sup> Verpflegungskosten und ähnlicher Aufwand für die Wehrmacht wurden über das deutsch-dänische Clearing verrechnet, d. h., Deutschland hat hier zum ersten (und einzigen) Mal Besatzungskosten selbst übernommen; BA R 2/287 Handakten Dr. *Breyhan*, Stellungnahme zu der Ministerbesprechung vom 6. 1. 1943.

<sup>34</sup> BA R 2/287, Schnellbrief des RM der Finanzen vom 29. 12. 1942.

<sup>35</sup> BA R 7/2025, Die Entwicklung des deutschen Außenhandels, 1944, S. 4.

<sup>36</sup> Vgl. IMT, a.a.O., Bd. V, S. 445.

fuhrzwang von für den Produktionsprozeß wesentlichen Vorprodukten;

- b) die einseitige Strukturierung des für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden Warenangebotes;
- c) die hochwertige Qualität der angebotenen tierischen Veredelungserzeugnisse;

*deutscherseits:*

- a) Die nur unzureichende Möglichkeit, Dänemarks Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten sicherzustellen;
- b) das deutschen Vorstellungen nur teilweise entsprechende dänische Warenangebot;
- c) die Behandlung Dänemarks als eines zu „schützenden Landes“ im Gegensatz zu den besetzten Gebieten in West- und Osteuropa;
- d) die Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der NS-Hierarchien hinsichtlich des Einflusses in Dänemark und die in diesem machtpolitischen Vakuum auf der Grundlage weitgehender Nichteinmischung agierenden Repräsentanten der deutschen Besatzungsmacht.

Daß Dänemark dennoch — vielleicht sogar gerade deshalb — einen beträchtlichen Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft geleistet hat, ist unbestritten und wurde auch von deutschen Stellen während des Zweiten Weltkriegs immer wieder betont<sup>37</sup>. Da aber Dänemark aufgrund der hohen Überschußproduktion einiger weniger, zudem teilweise leicht verderblicher tierischer Veredelungserzeugnisse auf leicht erreichbare ausländische Absatzmärkte angewiesen war, stellt sich doch die Frage, ob die Ausfuhr dieser Produkte nach Deutschland, nachdem der Export nach Übersee (einschließlich Großbritannien) blockiert war, nicht eine Notwendigkeit war, wollten die Dänen nicht auf Fleisch-, Butter-, Milchpulver- und Eierbergen sitzenbleiben. Die beim Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg vorgelegte Definition: Ausplünderung = „Wegnahme von Gütern aller Art“<sup>38</sup> berücksichtigte die Möglichkeit

---

<sup>37</sup> Vgl. BAR 2/287, Bericht über die Besprechung bei RFM *Schwerin von Krosigk*, a.a.O., S. 2; beispielsweise Ministerialdirektor Walther: „Die Dänen haben bisher willig und reichlich für Deutschland geliefert“; oder der Sonderbeauftragte für Wirtschaftsfragen beim Reichsbevollmächtigten in Dänemark, Ministerialdirektor Ebner, in vertraulichen Mitteilungen an das Auswärtige Amt, Juni 1941 und Januar 1942, s. Köller, Vera, *Der deutsche Imperialismus . . .*, a.a.O., S. 234 u. 236.

<sup>38</sup> Vgl. Fußnote 36.

des aus der Sicht der besetzten Volkswirtschaft freiwilligen Exports von Gütern in den Wirtschaftsraum des Besetzters nicht, der darüber hinaus sogar teilweise notwendig sein konnte, wenn Importe eben aus diesem Wirtschaftsraum der besetzenden Macht bezogen und bezahlt werden mußten. Will man nun diese Möglichkeit der notwendigen bzw. freiwilligen Austauschbeziehungen zwischen Besatzer und Besetztem berücksichtigen, so läßt sich der Begriff „Ausbeutung“ oder „Ausnutzung“ vielleicht wie folgt fassen: Entnahme von Gütern und Dienstleistungen aus einer Volkswirtschaft, die diese von sich aus für den Export nicht zur Verfügung gestellt hätte, da dadurch eine erhebliche materielle Schlechterstellung (-versorgung) der eigenen Volkswirtschaft eingetreten wäre. Ob für diese Entnahme unmittelbar ein Entgelt bezahlt oder ob die Übernahme dieser Waren durch die Nationalbank des besetzten Gebietes im Rahmen der Kreditgewährung vorfinanziert wurde, mag an dieser Stelle, wo es auf die materielle Versorgung ankommt, zunächst dahingestellt bleiben. Zu bedenken bleibt, ob auch dann von einer Ausbeutung gesprochen werden muß, wenn im Laufe der Besatzungszeit eine Produktionserhöhung eintritt (z. B. durch den Einsatz bisher nicht beschäftigter Arbeitskräfte), diese Mehrproduktion aber nicht der betreffenden Volkswirtschaft zugute kommt, d. h. wenn das Versorgungsniveau eingefroren wird.

Geht man von diesen Überlegungen aus, läßt sich nun für die Güterversorgung ein Modell entwickeln, welches zunächst einmal schematisch verschiedene Möglichkeiten der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen besetztem und besetzendem Land aufzeichnet. Auf der Grundlage des Versorgungsniveaus der besetzten Volkswirtschaft quo ante werden Produktionsvolumina der Kriegsjahre und die jeweiligen Handelsströme (Import und Export) quantitativ erfaßt, um als Residualgröße den der binnenländischen Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Güterberg zu ergeben:  $P + I - E_G = V_I$ ,

wobei  $P$  = Produktion im Inland

$I$  = Import

$E_G$  = Gesamtexport

$V_I$  = Inlandsverbrauchist.

Graphisch läßt sich dieses Schema wie folgt darstellen, wobei eine Einschränkung der Vielzahl möglicher Situationen auf einige, für den Fall Dänemark in der Besatzungszeit aussagekräftige vorgenommen wurde:

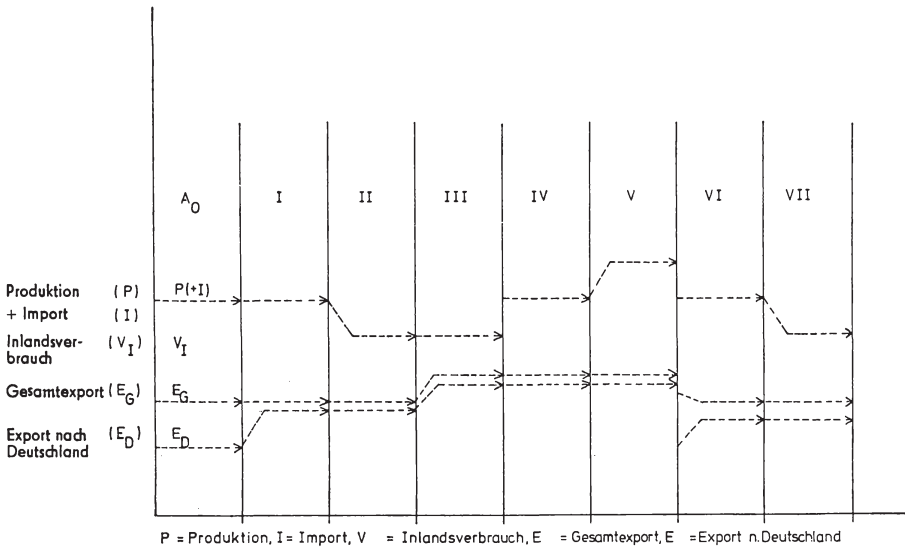


Abb. 1: Mögliche Veränderungen der Im- und Exportsituation bzw. der verfügbaren Warenmenge eines besetzten Landes

1. Ausgangslage bildet die Vorkriegssituation A<sub>0</sub>; bei einem gegebenen Produktionsniveau P, einem Gesamtexport E<sub>G</sub> und einem Export in das Land des Besatzers E<sub>D</sub> ergibt sich ein dem Inland zur Verfügung stehender Gütervorrat von der Größe V<sub>I</sub>.
2. Nach der Besetzung sind nun Änderungen dieser Friedenssituation in mehrere Richtungen denkbar; beispielsweise:

**Fall I:** Die Produktion des besetzten Landes bleibt gegenüber der Ausgangssituation unverändert, ebenso der Gesamtexport. Als Bestimmungsland der Ausfuhr ist aber verstärkt das besetzende Land in Erscheinung getreten: Der Besatzer übernimmt Exporte, die aufgrund kriegsbedingter Störungen der Handelswege nicht mehr in die Einflußsphäre der Kriegsgegner des Besatzers transportiert werden können.

**Fall II:** Die Güterproduktion des besetzten Landes fällt gegenüber der Ausgangssituation ab. Mannigfache Gründe können die Ursache sein: Ausfall von dringend benötigten Importen, ausbleibende Ersatzinvestitionen, durch Kriegseinwirkung bzw. Sabotage entstandene Zerstörungen u. a. m. Die Besatzungsmacht setzt nun aber trotz gesunkenen Produktionsniveaus eine Aufrechterhaltung der Exportlieferungen aus dem besetzten Gebiet auf

dem bisherigen Niveau durch. In diesem Falle wäre beispielsweise eine Ausbeutung im von uns oben definierten Sinne gegeben: der Verbrauch bzw. die Güterversorgung im besetzten Land geht zurück bei anhaltender Ausfuhr der im Inland zunehmend knapper werdenden Güter.

- Fall III: Fall II ist auch in einigen Variationen denkbar. So kann das Ausfuhrvolumen bei gegebenem niedrigen Produktionsniveau noch weiter drastisch gesteigert werden.
- Fall IV: Auch ist es denkbar, daß es der besetzten Volkswirtschaft gelingt, das Vorkriegsproduktionsniveau zu halten bzw. leicht zu erhöhen, ohne jedoch mit der Ausdehnung des Ausfuhrstromes Schritt halten zu können.
- Fall V: Hier ist der besetzten Volkswirtschaft eine wesentliche Ausdehnung der Güterproduktion gelungen, da aber auch die Exporte gegenüber der Ausgangslage gestiegen sind, hängt es nun von der als Differenz ermittelten Größe  $V_I$  ab, ob diese Mehrproduktion der Volkswirtschaft selbst oder aber der als Handelspartner fungierenden Besatzungsmacht zugute kommt. Hier wird nur dann von „Ausbeutung“ zu reden sein, wenn die Mehrproduktion ins Ausland fließt, obwohl im Inland Versorgungslücken bei dem betreffenden Gut bestehen.
- Fall VI: Eine interessante Möglichkeit deutet Beispiel VI an: Bei gegenüber der Ausgangslage gleichbleibender Produktion sinkt der Gesamtexport, gleichwohl ist der Anteil der in das Land des Besatzers ausgeführten Waren an der Gesamtausfuhr gestiegen. Eine verbesserte Güterversorgung beider Länder ist der Fall.
- Fall VII: Während im Falle VI kaum von Ausbeutung gesprochen werden kann, ist dies schon eher in der Situation VII denkbar, bei der der Produktionsrückgang stärker ist als die Reduzierung der Exporte, bei einem absolut und relativ steigenden Anteil der Besatzungsmacht an der Gesamtausfuhr. Dieser Fall ist allerdings auch in der Weise denkbar, daß sich Gesamtproduktion und Gesamtexportvolumen proportional zurückentwickeln bei einem steigenden Ausfuhranteil des Besetzenden, ganz abgesehen von der Möglichkeit, daß der Gesamtexport stärker schrumpft als das Produktionsniveau absinkt. Es ist deshalb bei den dem Beispiel VII ähnlich gelagerten

Situationen erforderlich, im Einzelfalle zu untersuchen, ob der Produktionsrückgang mit einer Schlechterversorgung des Inlandes verbunden ist oder nicht.

Mit Hilfe dieses Schemas ist die Möglichkeit gegeben, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den besetzten Ländern, aber auch, wenn die Größe  $E_G - E_D$ , d. h. der nicht nach Deutschland gehende Export, näher aufgegliedert wird, die Handelsströme zwischen den besetzten Ländern selbst, bzw. mit den wenigen noch verbliebenen neutralen Staaten etwas zu durchleuchten. Insbesondere dürfte deutlich werden, in welchem Ausmaß durch die Besetzung eines Landes Handelsströme umgelenkt wurden und wo zwangsläufig durch diese Umlenkung oder Zerschneidung von Güterströmen Engpässe entstehen mußten.

Bevor versucht werden soll, die Austauschbeziehungen Deutschlands und Dänemarks in den Jahren der Besetzung für einige Güter exemplarisch zu analysieren, soll ein Überblick über den Umfang und die Entwicklung des dänischen Handelsverkehrs in den Jahren der Besetzung in bewerteten Größen gegeben werden:

Tabelle 4

**Der Außenhandel Dänemarks während des Krieges 1939 - 1944<sup>a)</sup>**  
(in 1.000 dkr)

Einfuhr	insgesamt	aus		aus Großbr.	aus Schweden
		Deutschl. <sup>b)</sup>	in %		
1939	1.740.347	470.000	37,0	572.553	126.684
1940	1.376.836	769.637	55,9	150.276	67.076
1941	1.311.372	1.020.579	77,8	580	99.367
1942	1.209.824	847.816	70,1	273	135.733
1943	1.224.950	869.082	71,0	170	96.818
1944	1.166.801	908.050	77,8	43	37.511

Ausfuhr	insgesamt	nach		nach Großbr.	nach Schweden
		Deutschl. <sup>b)</sup>	in %		
1939	1.577.973	368.575	23,4	826.500	77.486
1940	1.517.362	1.089.103	71,8	190.413	56.096
1941	1.278.276	977.297	76,4	—	66.439
1942	1.053.434	693.175	65,8	—	75.238
1943	1.337.754	990.228	74,0	—	72.692
1944	1.360.467	1.090.141	80,1	—	62.465

Gegenüber dem Handel mit Deutschland bleibt der Gütertausch mit anderen europäischen Staaten nach der Besetzung relativ bedeutungslos:



(in 1.000 dkr)	1941		1944	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Norwegen	57.936	98.714	57.155	67.503
Finnland	56.812	70.500	85.748	64.882
Schweiz	16.029	14.877	27.977	30.902
Ungarn	2.782	2.398	12.043	11.364
Belgien	4.033	3.823	11.531	9.775

a) Vgl. Fußnote 9.

b) 1942 - 1944 einschließlich Böhmen und Mähren. Bis 1941 einschließlich wird dieses Gebiet von der dänischen Statistik unter „Tschechoslowakei“ erfaßt. Die geringen Summen (Einfuhr: 5.000 - 7.000, Ausfuhr: 4.000 - 2.000) können hier vernachlässigt werden.

Während man sich bemühte, den Handel mit den nordischen Nachbarn möglichst aufrechtzuerhalten — die Ausfuhr nach Schweden ist z. B. auf dem Vorkriegsniveau geblieben — zeigt die im Verlauf des Krieges stärkere Eingliederung Ungarns, Belgiens und anderer von Deutschland besetzter Gebiete den Versuch, Bezug und Absatz von Waren innerhalb des deutschen Einflußraumes neu zu gestalten. Die vollständige Abschnürung von den alten, klassischen Handelspartnern konnte dadurch jedoch nicht ersetzt werden.

Ohne an dieser Stelle bereits auf die zahlreichen mit einer unterschiedlichen Preisentwicklung der Ein- und Ausfuhr Güter (terms of trade) zusammenhängenden Fragen einzugehen, läßt sich festhalten<sup>39</sup>:

- a) Die Gesamteinfuhr Dänemarks bewertet in dkr sank von 1939 = 100 % auf 67 % im Jahre 1944; der Anteil, der aus dem territorial immer größer werdenden Deutschen Reich eingeführt wurde, stieg dagegen von 1939 = 37 % auf 77,8 % im Jahre 1944, ohne dabei allerdings den absoluten Einfuhrwert des Jahres 1941 zu erreichen.
- b) Deutschland war — vom Warenwert her betrachtet — zu keiner Zeit in der Lage, die kriegsbedingten Einfuhrausfälle Dänemarks voll auszugleichen. 1939 importierte Dänemark aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika und den südamerikanischen ABC-Staaten Waren im Werte von 752,3 Mio. dkr, was 44,2 % der Gesamteinfuhr entspricht. Addiert man den aus Deutschland kommenden Import des Jahres 1939 hinzu, so erhält man einen Einfuhrstrom, der von Deutschland weder absolut noch

<sup>39</sup> „Die Preise der Einfuhrwaren lagen 1940 um 47 % höher als 1938; sie stiegen 1941 gegenüber 1940 abermals um 15,5 %. Bei den Ausfuhrwaren beträgt die Preissteigerung zwischen 1938 und 1940 23 % und von 1940 bis 1941 sogar 38 %. Aber 1942 stiegen die Importpreise kaum mehr als 1 %, auch die Preise der Exportwaren blieben ziemlich konstant“; Wirtschaftshandbuch 1944, hrsg. v. Frankfurter Verlag, Frankfurt 1944, S. 75.

relativ in den Jahren der Besetzung aufrechterhalten werden konnte.

- c) Auch die dänische Ausfuhr entwickelte sich von 1939 = 100 % auf 86,2 % 1944 zurück. Deutschland übernahm bei absolut sinkendem Ausfuhrwert die Anteile Großbritanniens, der USA und der ABC-Staaten (1939 = 54,3 %) und steigerte seinen Anteil an der dänischen Warenausfuhr von 23,4 % im Jahre 1939 auf 80,1 % 1944.
- d) Während die bewertete Wareneinfuhr nach Dänemark nach einem starken Absinken 1940 bis 1944 relativ kontinuierlich weiter zurückgeht, steigt die Ausfuhr nach Deutschland nach einem Rückgang in den Jahren 1941 - 1942 in den Jahren 1943 - 1944 deutlich an, was — ungeachtet aller preislichen Veränderungen und der von ihnen ausgehenden Einflüsse — heißt, daß bei insgesamt geschrumpftem internationalen Warenaustausch während der Besetzung das Deutsche Reich wohl in der Lage war, die dänische Ausfuhr, die bisher nach Übersee gegangen war, zu übernehmen, nicht aber die durch den Ausfall der überseeischen Handelspartner bedingten Importrückgänge Dänemarks ausgleichen konnte.

Bevor eine Einordnung der gesamten bewerteten Austauschbeziehungen Deutschland-Dänemark in unser oben entwickeltes Schema versucht wird, noch ein Blick auf die Warenproduktion der dänischen Volkswirtschaft in den Jahren der Besetzung. Das Statistische Reichsamt legte in einem Länderbericht „Dänemark“ am 7. 3. 1944 Indices für die Erzeugung der dänischen Industrie vor, aus denen hervorgeht, daß die dänische Produktion insgesamt im Zeitraum 1939 - 1943 um 23 Prozentpunkte (1935 = 100) zurückgegangen ist:<sup>40</sup>

*Tabelle 5*

**Produktionsindices der dänischen Industrie 1939 - 1943  
(1935 = 100)**

	1939	1940	1941	1942	1943
Dänische Industrie insgesamt	117	94	90	94	94
davon:					
Konsumwarenindustrie	112	94	87	85	87
Produktionsmittelindustrie	125	94	93	105	106

Besonders drastisch entwickelte sich dabei der Produktionsrückgang in den Industriezweigen, die wie die Textil- und Konfektionsindustrie (Textile, Garne), technisch-chemische Industrie (Brennstoffe, Chemi-

<sup>40</sup> BA R 3/1652, Vermerk: Arbeitsgebiet Ein- und Ausfuhrplanung, Berlin 6. 3. 1944, S. 7.

kalien) und Nahrungsmittelindustrie (Kraftfutterzusätze) vor 1940 auf englische Importe angewiesen waren. Rein wertmäßig ist allerdings der Anteil der dänischen Industriewaren (gewerbliche Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren) am Export gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen:

Tabelle 6

**Export ernährungswirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse  
(in Mio. dkr)**

Jahr	Export	davon: ernäh- rungswirt- schaftl. Er- zeugnisse	Industrie- Erzeugnisse
1938	1 551	1 179	371
1939	1 578	1 201	377
1940	1 517	1 209	308
1941	1 278	1 008	270
1942	1 053	655	399
1943	1 338	849	488
1944	1 360	962	398

Im Rückgang 1940/41 macht sich zunächst das Ausbleiben notwendiger Zulieferungen bemerkbar, ab 1942 schlagen die deutschen Auftragsverlagerungen an die dänische Industrie, aber auch Preissteigerungen zu Buche. Gleichzeitig zeigt sich bei den Industrieerzeugnissen die starke Umlenkung des dänischen Exports: Von den 371 Mio. dkr des Jahres 1938 gingen nur Waren für 52 Mio. dkr nach Deutschland, während der industrielle Export Dänemarks während des Krieges nahezu vollständig von Deutschland aufgenommen wurde<sup>41</sup>.

Ebenso hat sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter von 1938 = 167.000 auf 1943 = 200.000 und die Zahl der geleisteten

<sup>41</sup> Die Zahlen des nicht ernährungswirtschaftlichen Exports nach Deutschland für die Kriegsjahre weichen in den einzelnen Quellen erheblich voneinander ab. So wird in BA R 7/3407 für 1943 eine Summe von 364 Mio. dkr, in einem Bericht zur Auftragsverlagerung vom Febr. 1944 (BA R 24/766) unter Bezug auf die dänische Außenhandelsstatistik eine Ausfuhr von industriellen Fertigwaren nach dem Reich in Höhe von 175 Mio. dkr genannt. Die Differenzen ergeben sich offensichtlich aus einer dem jeweiligen Untersuchungszweck entsprechenden unterschiedlichen Begriffsabgrenzung. Auch die Aussage vom 6. Jan. 1942, die industrielle Ausfuhr Dänemarks nach Deutschland habe die landwirtschaftliche annähernd erreicht und verhalte sich zur landwirtschaftlichen wie 175 : 200, läßt sich aus den monetären Ausfuhrwerten nicht bestätigen; BA R 2/287, Gespräch beim Reichsminister der Finanzen vom 5. 1. 42 über Aufwertung der dänischen Krone.

Arbeitsstunden von 1938 = 386 Mio. auf 1943 = 393 Mio. erhöht. Trotzdem ist die Produktionsmenge insgesamt gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen, was von deutscher Seite u. a. auf „die sinkende Produktivität der Industrie infolge der zunehmenden Verwendung von Ersatzmaterialien“ zurückgeführt wird<sup>42</sup>.

Tabelle 7

**Produktion ausgewählter Industrieerzeugnisse**

Warenart	Einheit	1937	1938	1942	1943
Damen- und Herrenbekleidung	Mio. kg	2,69	2,78	1,31	1,02
Verpackungsmaterial	Mio. kg	9,9	10,7	3,5	3,9
Papier, Pappe	Mio. kg	77,9	69,2	85,6	89,3
Zement	Mio. kg	676,1	640,0	434,8	639,0
Fahrradrahmen	Stück	212.700	167.100	77.900	77.900
Automobilkarosserien	Stück	1.360	1.606	393	323
Schiffsneubauten	BRT	127.876	149.684	63.812	52.103

Damit wird deutlich, daß die immer wieder verwendeten monetären Außenhandelswerte über die tatsächliche Güterbereitstellung nur unzureichende Informationen geben. Leider wird vor allem in Darstellungen der außenwirtschaftlichen Beziehungen dieser Zeit immer noch allein auf solche monetären Werte abgestellt — so wie dies auch die offiziellen deutschen Stellen getan haben, um nachzuweisen, wie positiv der deutsche Außenhandel sich auch noch im Krieg entwickelt habe (Umsatz 1938 = 10,6 Mrd. RM, 1943 = 16,9 Mrd. RM)<sup>43</sup>. Tatsache ist, daß trotz wertmäßiger Ausdehnung der Ex- und Import wichtiger Handelsgüter seit Kriegsbeginn laufend zurückgegangen ist. Aus einer Analyse der Handelsbeziehungen Deutschlands mit den besetzten Ländern lassen sich für die deutsche Kriegswirtschaft daher nur Erkenntnisse gewinnen, wenn auf eine Betrachtung des tatsächlich geleisteten Warentransfers eingegangen wird.

Aus dieser ersten Übersicht der dänischen Wirtschaft läßt sich für die Jahre der deutschen Besetzung folgendes Ergebnis ableiten:

- a) Die dänische Warenproduktion ging im Zeitraum 1939 - 1944 zum Teil wesentlich zurück;

<sup>42</sup> BA R 24/766 Bericht zur Auftragsverlagerung vom Febr. 1944.

<sup>43</sup> Vgl. BA R 7/2025.

- b) die Importe — hier in bewerteten Größen erfaßt — verringerten sich ebenfalls beträchtlich, wobei der Anteil der aus dem Deutschen Reich eingeführten Waren anstieg ohne den kriegsbedingten Ausfall überseeischer Importe ausgleichen zu können;
- c) die Gesamtausfuhren — in bewerteten Größen — schrumpften im entsprechenden Zeitraum gleichfalls, allerdings in geringerem Umfange als die Einfuhren. Deutschland steigerte seinen Anteil an der dänischen Ausfuhr in einem solchen Ausmaße, daß Dänemark trotz des totalen Ausfalls der überseeischen Absatzgebiete, seine Exportwaren, soweit deren Produktion überhaupt noch möglich war, ohne Schwierigkeiten absetzen konnte.

Bei schrumpfender Produktion der besetzten Volkswirtschaft, bei zurückgehenden grenzüberschreitenden Warenströmen und gleichzeitig anteilmäßiger Steigerung der Handelsströme zwischen Besatzer und Besetztem ergibt sich ein Fall VII unseres Schemas entsprechendes Beispiel, bei dem eine eingehendere Prüfung angebracht erscheint, selbst dann, wenn aufgrund der überproportionalen Schrumpfung der Gesamteinfuhren, wie im vorliegenden Falle, Hinweise auf eine relativ zu hohe Gesamtausfuhr Dänemarks, d. h., auf unter Druck getätigte Ausfuhren und damit auf ein reduziertes binnenländisches Versorgungsniveau gegeben sind. Anhand einiger die dänische Volkswirtschaft charakterisierender Güter soll nun eine Analyse der deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen sowohl für die Ausfuhr- als auch für die Einfuhrseite während der Besatzungszeit im Sinne unseres Schemas beispielhaft durchgeführt werden.

### 1. Butter

Butter war in den Jahren 1935-1937 und 1939 nach Bacon das zweitwichtigste dänische Ausfuhrgut, 1938 und nach der Umorientierung Dänemarks auf den europäischen Kontinent 1940-1944 wurde Butter sogar zum wertvollsten Produkt der dänischen Ausfuhr. In den für eine Beurteilung nunmehr relevanteren Mengengrößen läßt sich die Entwicklung der Butterproduktion und -ausfuhr in Tab. 8 und Abb. 2 darstellen.

Die seit 1938 sinkende dänische Butterproduktion korreliert mit einer noch stärker sinkenden Buttersausfuhr. Zwar steigt die Bedeutung Deutschlands als Ausfuhrland, insgesamt jedoch bleibt Deutschlands Position als Abnehmer von Butter bescheiden. 1940 gelingt es, größere dänische Lagervorräte durch den Export nach Deutschland abzubauen, die Exporte in die übrigen Staaten gehen nach 1940 vor allem nach Finnland (1943 z. B. 6.000 t), Norwegen (1943: 3.000 t) und

Tabelle 8

**Butterproduktion und -ausfuhr Dänemarks**  
(in 1 000 t)<sup>a)</sup>

Jahr	Pro- duktion <sup>b)</sup> (P)	Gesamt- export (E <sub>G</sub> )	davon nach D'land (E <sub>D</sub> )	davon in übrige Staaten <sup>c)</sup> (E <sub>U</sub> )	Für In- landsver- brauch verfügbar <sup>c)</sup> (I <sub>V</sub> )
1935	173,1	138,4	25,0	113,4	34,7
1936	179,9	146,2	34,3	111,9	33,7
1937	183,4	152,9	34,6	118,3	30,5
1938	189,4	158,1	36,4	121,7	31,3
1939	182,9	149,8	43,7	106,1	33,1
1940	173,0	107,9	80,8	27,1	65,1
1941	126,2	52,7	51,1	1,6	73,5
1942	111,9	35,8	26,8	9,0	76,1
1943	119,6	50,5	40,5	10,0	69,1
1944	128,7	52,6	40,3	12,3	76,1

a) Vgl. Fußnote 9), S. 121.

b) Angaben für I (Importe) entfallen, da Buttereinfuhren im zu betrachtenden Zeitraum ohne Bedeutung waren.

c) Errechnete Werte:  $P - E_G = I_V$ ;  $E_G - E_D = E_U$ .

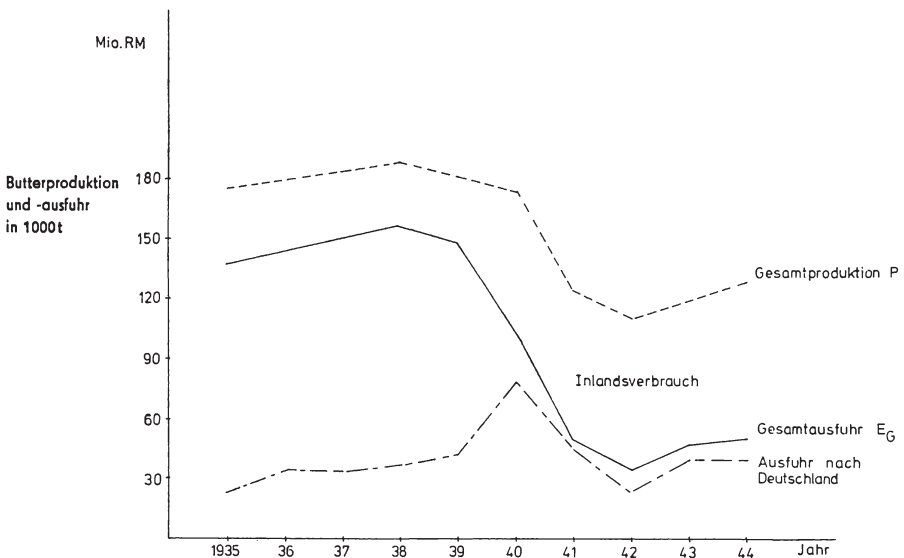


Abb. 2: Butterproduktion und -ausfuhr Dänemarks 1935 - 1944 in 1 000 t

Schweden (1943: 200 t). Lieferungen an die Wehrmacht und sonstige Einheiten der Besatzungstruppen zählen als Export nach Deutschland<sup>44</sup>. Der inländische Butterverbrauch Dänemarks in den Jahren nach 1941 war weitaus höher als in den Jahren vor der Besetzung, ein Fall, der in unserem Schema nicht berücksichtigt ist, aber auch hinsichtlich der Frage, ob „Ausbeutung stattgefunden hat oder nicht, kaum problematisch erscheint.

Dennoch bedarf diese für das Produkt Butter so eindeutig erscheinende Aussage einer Relativierung. Dänemark lag vor der Besetzung mit einem Pro-Kopf-Verbrauch an Butter von 1937 = 8,1 kg weit unter dem Pro-Kopf-Verbrauch von Ländern vergleichbaren Lebensstandards. (Deutschland, das in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg an der „Fettlücke“ laborierte, kam auf einen Pro-Kopf-Verbrauch von 8,9 kg 1937<sup>45</sup>.) Um Butter an den Weltmarkt liefern zu können, schränkten die Dänen freiwillig den Butterkonsum ein und substituierten Butter durch Margarine und zwar so reichlich, daß Dänemark mit 20,8 kg Margarine 1937 im Pro-Kopf-Verbrauch an der Spitze sämtlicher Länder der Welt (Pro-Kopf-Verbrauch an Margarine in Deutschland: 1937 = 5,4 kg) lag.

*Tabelle 9*  
**Margarinegewinnung, -einfuhr und -ausfuhr Dänemarks  
in 1.000 Tonnen 1935 - 1944**

Jahr	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	...
Margarineproduktion	78,0	78,2	77,7	81,3	84,1	36,6	.	.
Ausfuhr	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	.	.	.
Einfuhr	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	.	.	.

Die dänische Margarineindustrie brach nach der Abschnürung Dänemarks von den pflanzlichen und tierischen Fettimporten aus Übersee zusammen. Das Bestreben der deutschen Besatzungsmacht, die bei der „friedlichen Besetzung“ zugesicherte Erhaltung des dänischen Lebensstandards auch hinsichtlich der Fettversorgung Dänemarks zu gewährleisten, fand in der Steigerung der der dänischen Bevölkerung zur Verfügung gestellten Buttermenge ihren Niederschlag, ohne allerdings deshalb den dänischen Pro-Kopf-Speisefettkonsum der Jahre vor 1940 erreichen zu können.

<sup>44</sup> Vgl. BA R 7/3407, Die wichtigsten dänischen Leistungen an Deutschland, S. 16; ferner BA R 2/287, Schnellbrief des RM der Finanzen vom 29. 12. 1942.

<sup>45</sup> BA R 24/767, Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung, a.a.O., S. 32.

Tabelle 10

**Speisefettkonsum pro Kopf der dänischen Bevölkerung in kg**

Jahr	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942
Butter	9,5	9,1	8,1	8,3	8,7	14,4	18,6	.
Margarine	21,2	21,0	20,8	21,5	22,1	9,5	3,0	.
insgesamt	30,7	30,1	28,9	29,8	30,8	23,9	21,6	.

Faßt man abschließend Butter und Margarine aufgrund der gegebenen leichten Substituierbarkeit zusammen und analysiert die Größen: Produktion, Gesamtausfuhr und Ausfuhr nach Deutschland, so gewinnt man ein modifiziertes Beispiel für den Fall VII unseres Schemas: insgesamt rückläufiger Produktion steht eine sinkende Gesamtausfuhr und eine nur leicht gesteigerte Ausfuhr nach Deutschland gegenüber, wobei die Entwicklung der drei dargestellten Größen als Residualgröße eine geringere inländische Speisefettversorgung für die Jahre 1940 - 1944 anzeigt. Die Entwicklung der nicht unerheblichen, aber statistisch nicht erfassbaren Butterproduktion für den Eigenverbrauch und der von ihr ausgehende Versorgungsbeitrag muß bei dieser Rechnung selbstverständlich unberücksichtigt bleiben.

Geht man nun davon aus, daß einerseits der Zusammenbruch der dänischen Margarineindustrie eine Folge der britischen Blockade des von Deutschland besetzten europäischen Festlandes war, daß andererseits aber die Pro-Kopf-Speisefettversorgung Dänemarks selbst 1941 noch fast doppelt so hoch war wie die für Deutschland im Jahre 1937, so kann man zumindest, was das Produkt Butter bzw. Margarine angeht, dem deutsch-dänischen Warenaustausch in den Jahren der Besetzung nicht mit dem vereinfachten Begriff der „ökonomischen Ausplünderung“ gerecht werden. Der dänische Beitrag zur Speisefettversorgung des kriegsführenden Besetzers bestand in einer Reduzierung des eigenen, hohen Speisefettkonsums, ohne jedoch deshalb auf dessen niedrigeres Versorgungsniveau herabzusinken. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Dänemark stellt sich in diesem konkreten Falle als ein Instrument der Angleichung der Versorgungsniveaus beider Volkswirtschaften dar.

*2. Bacon*

Die dänische Ausrichtung auf den britischen Markt wurde in besonderem Maße in der Baconproduktion sichtbar. Die Qualität des dänischen Magerspecks entsprach den Vorstellungen der englischen Konsumenten so weitgehend, daß Dänemark zusammen mit den Nieder-



landen — trotz scharfer Konkurrenz aus dem Empire — in den Jahren vor 1930 „mehr als 75 % der gesamten englischen Baconzufuhr erobern“ konnte<sup>46</sup>. Zwar wirkten sich die Beschlüsse der Ottawa-Konferenz 1932 und der internationale Preisverfall der Jahre 1930 - 1935, der für Lebensmittel bzw. landwirtschaftliche Erzeugnisse schärfer war als für industrielle Rohstoffe und Industrieerzeugnisse<sup>47</sup>, in der Folgezeit hemmend auf die Baconproduktion Dänemarks aus, trotzdem besaß Bacon wertmäßig mit 1939 = 384,7 Mio. dkr, was 24,4 % des Gesamtausfuhrwertes entspricht, zusammen mit Butter die unangefochtene Spitzenstellung bei den dänischen Ausfuhrprodukten. Die dänische Schweinefleischproduktion<sup>48</sup> und -ausfuhr nahmen in den Jahren 1935 bis 1944 folgenden Verlauf:

Tabelle 11

**Schweinefleischproduktion und -ausfuhr Dänemarks 1935 - 1944  
(in 1.000 t)**

Jahr	$P^a)$	$E_G$	$E_D$	$E_D^b)$	$I_V^b)$
1935	245,1	199,7	1,2	198,5	45,4
1936	239,1	176,3	1,6	174,7	62,8
1937	242,3	181,7	2,2	179,5	60,6
1938	226,9	178,6	4,3	174,3	48,3
1939	232,1	189,6	5,7	183,9	42,5
1940	206,5	143,0	95,4	47,6	63,5
1941	138,7	73,4	62,1	11,3	65,3
1942	81,7	20,1	17,9	2,2	61,6
1943	139,9	63,0	62,6	0,4	76,9
1944	185,7	101,3	92,3	9,0	84,4

<sup>a)</sup> Angaben für  $I$  (Importe) entfallen, da Baconzufuhren im zu betrachtenden Zeitraum ohne Bedeutung waren.

<sup>b)</sup> Errechnete Werte:  $P - E_G = I_V$ ;  $E_G - E_D = E_D$ .

Trotz beträchtlicher Schwankungen in der jährlichen Schweinefleischproduktion standen der dänischen Bevölkerung in dem Zeitraum

<sup>46</sup> Gross, Herbert, Nord-Europa und ..., a.a.O., S. 50.

<sup>47</sup> Zur internationalen Preisschere in den Jahren unmittelbar nach der Weltwirtschaftskrise: Croll, Walther, Außenhandel ..., a.a.O., S. 24 ff.

<sup>48</sup> „Schweinefleisch“ umfaßt sowohl das in den Jahren vor 1940 fast ausschließlich erzeugte „Bacon“ als auch den nach 1940 in zunehmender Menge produzierten „fetten Speck“. In den statistischen Jahrbüchern Dänemarks findet sich keine den Zeitraum 1935 - 1944 umfassende getrennte Darstellung von Bacon- und Speckprodukten bzw. -ausfuhr.

von 1934 - 1944 ca. 60.000 t pro Jahr für den Inlandsverbrauch zur Verfügung, was einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 25 - 30 kg entspricht. Trotz rückläufiger Produktion und der Umlenkung der Exporte nach Deutschland stand für den dänischen Inlandsmarkt ebensoviel Schweinefleisch zur Verfügung wie in der Vorkriegszeit. Eine erhöhte Versorgung 1943/44 konnte sogar dazu dienen, Lücken in anderen Bereichen auszufüllen.

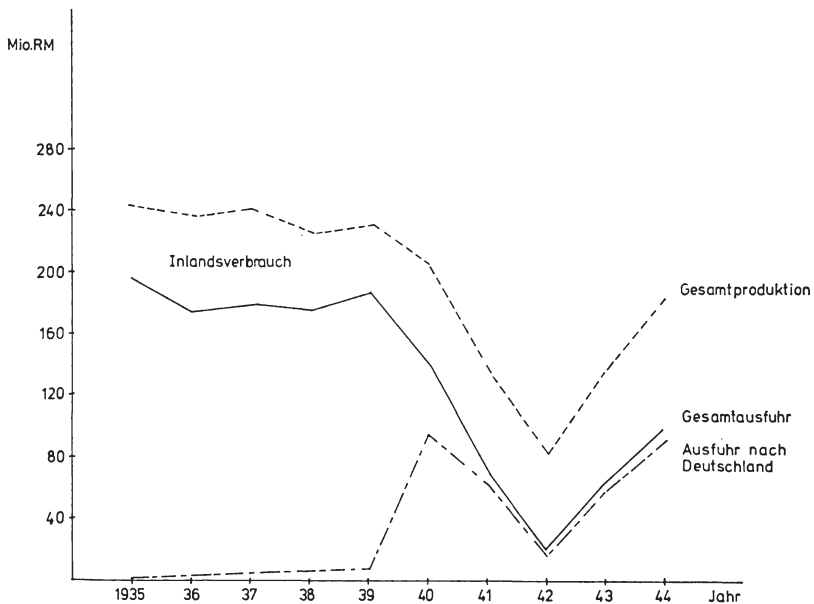


Abb. 3: Schweinefleischproduktion und -ausfuhr Dänemarks 1935 - 1944 in 1000 t

Die kriegsbedingten Futtermittelengpässe bewirkten in den ersten Monaten nach der Besetzung eine drastische Reduzierung des Schweinebestandes. Die Abschlachtungen der meist jungen Tiere nahmen teilweise ein solches Ausmaß an, daß die Ausfuhrschlachtereien ihre Ankäufe einstellen mußten, weil die Läger überfüllt und die zur Ausfuhr bereitgestellten Transportkapazitäten unzureichend waren<sup>49</sup>. Auch die gegenüber den Vorkriegsjahren gesteigerte Ausfuhr lebender Tiere beschleunigte die Verringerung des dänischen Schweinebestandes entsprechend der neuen, von Deutschland ausgegebenen ernährungspoli-

<sup>49</sup> Vgl. Fischer, Werner A., Neue Zielsetzungen in Dänemark, in: Der deutsche Volkswirt, 14. Jg., 1940, Nr. 38, S. 1323.

tischen Zielsetzung, wonach tierische Veredelungsprodukte nur auf der Grundlage im Lande erzielter Ernteerträge erzeugt werden durften<sup>50</sup>.

*Tabelle 12*  
**Schweinebestand und -ausfuhr Dänemarks 1935 - 1944**  
 (in 1.000 Stück)

Jahr	Gesamtbestand Juni/Juli	$E_G$	$E_D$	$E_U$ a)
1935	3 105,6	53,3	44,1	9,2
1936	3 565,7	183,9	162,5	21,4
1937	3 065,9	167,3	157,3	10,0
1938	2 841,6	113,9	113,9	0
1939	3 182,8	137,1	135,6	1,5
1940	3 269,4	754,0	747,5	6,5
1941	1 814,5	247,3	247,3	0
1942	1 211,0	52,7	52,7	0
1943	2 083,0	48,8	48,8	0
1944	2 083,6	92,5	92,4	0,1

a) Errechnete Werte:  $E_G - E_D = E_U$ .

Der Abbau des ‚Schweinebestandes‘ in den Jahren 1940 - 1942, vorangetrieben durch die Futtermittelengpässe (Ölsaaten- und Ölkuchenimporte aus Übersee fielen aus, Kartoffeln wurden wegen ihres hohen Nahrungswertes vorzugsweise zur Versorgung der Bevölkerung eingesetzt), erwies sich im Verlauf des Krieges als zu drastisch. Nach einer während der Besetzung forcierten Ausdehnung der Anbaufläche für Zuckerrüben — Dänemark erzielte bei Zuckerrüben ebenso wie bei Kartoffeln die höchsten Hektarerträge in Europa<sup>51</sup> — wurde über die Heraufsetzung des Schweinepreises eine Steigerung des Schweinebestandes initiiert<sup>52</sup>.

Die dänische Landwirtschaft wurde nach der Besetzung mit ihrer bedeutsamen Schweineproduktion Objekt der im Kriegsverlauf wechselnden ernährungspolitischen Konzeptionen Deutschlands. Dabei bewiesen Dänemarks Landwirte jene Flexibilität, die sie schon zu Friedenszeiten zu den führenden Schweinefleischproduzenten der Erde

<sup>50</sup> Vgl. Fischer, Werner A., Europäischer Außenhandel im Kriege, in: Der deutsche Volkswirt, 15. Jg., 1941, Nr. 19, S. 728 f.

<sup>51</sup> Vgl. Haußmann, Kurt, Gemeinsamer Kampf um die Nahrungsfreiheit, in: Die Deutsche Volkswirtschaft, 12. Jg., 1943, Nr. 4, S. 114.

<sup>52</sup> Vgl. Der deutsche Volkswirt, 17. Jg., 1942, Nr. 10, S. 288.

hatte werden lassen<sup>53</sup>. Die Umstellung von Bacon auf den deutscherseits geforderten „fetten Speck“ gelang ihnen ebenso, wie der relativ kurzfristige Ab- und Aufbau des Schweinebestandes. Daß sich Deutschland als Besatzungsmacht diese Flexibilität zunutze machte, besonders in den Jahren 1940 - 1942, zeigt die Entwicklung der Größen in unserer Tabelle, eine Entwicklung, die im oben entwickelten Schema eindeutig unter Situation II zu subsumieren ist.

### 3. Sonstige Agrarprodukte

Im folgenden wird entsprechend dem oben dargestellten Schema für einige ausgewählte<sup>54</sup> dänische Agrarprodukte die Entwicklung von Produktion, Inlandsverbrauch und der Außenhandelsströme in den Jahren 1935 - 1944 dargestellt.

<sup>53</sup> In der dänischen Exportkrise der beginnenden 30er Jahre, als Autarkiebestrebungen und Preisverfall den dänischen Baconexport von 1931 = 376.000 t auf 1935 = 199.700 t herabdrückten, reduzierten die dänischen Bauern ihren Schweinebestand von 1931 = 5,5 Mio. St. auf 3 Mio. St. 1935, um über die Beseitigung des Überangebots bessere Preise erzielen zu können; vgl. Köller, Vera, Der deutsche Imperialismus ..., a.a.O., S. 112.

<sup>54</sup> Kriterien für die Auswahl waren:

- a) die relative Bedeutung der Produkte für den dänischen grenzüberschreitenden Warenverkehr. (Eier z. B. waren 1935 - 1939 das drittwertvollste Ausfuhrprodukt Dänemarks; der Wert der z. B. 1938 für das Ausland hergestellten Schiffe erreichte nur 53,4 % des Wertes der im gleichen Jahr von Dänemark exportierten Eier.)
- b) der exemplarische Charakter der jeweiligen Warenart für die Entwicklung der Größen  $P$ ,  $E_G$  und  $E_D$ . So entsprechen die für dänisches Rindvieh dargestellten Verläufe weitgehend dem Beispiel IV des Schemas; einem im Zeitraum 1935 - 1944 bei gewissen Schwankungen weitgehend konstanten Tierbestand steht eine im Trend erhöhte Ausfuhr gegenüber (im Durchschnitt der Jahre 1935 - 1939 = 146.556; Durchschnitt der Jahre 1940 - 1944 = 192.586).

Bei Pferden und Fisch/Fischzubereitungen handelt es sich um Entwicklungen, die bei Fall V einzuordnen sind, d. h. Produktion bzw. Bestand wurden in den Kriegsjahren bei gleichfalls zunehmenden Gesamtexporten ausgedehnt. Anhand der beiden dargestellten Beispiele kann eine Schlechtersversorgung der dänischen Volkswirtschaft im Zeitraum der Besetzung durch das Deutsche Reich allerdings nicht festgestellt werden. Bei Fisch/Fischzubereitungen beispielsweise ergeben sich zwar je nachdem, ob man die für den Inlandsverbrauch vorliegenden Zahlen der amtlichen dänischen Statistik oder aber die aufgrund ebenfalls amtlicher dänischer Angaben für  $P + I - E_G$  errechneten Werte für den Inlandsverbrauch zugrunde legt, unterschiedliche Durchschnittswerte für  $I_V$ :

Durchschnitt 1935 - 1939: 61.840 bzw. 54.272,

Durchschnitt 1940 - 1944: 59.600 bzw. 58.656,

die aber unter der Annahme, daß der tatsächliche Wert zwischen den aus amtlichen Statistiken ermittelten Größen liegt, für die Jahre 1935 bis 1944 annähernd konstant geblieben sind.

Die Analyse der relevanten Größen für die Warenart Eier ergibt ein Beispiel für Fall VI des Schemas. So geht zwar infolge der durch Futtermittelknappheit bedingten Reduzierung des dänischen Geflügels die Eierproduktion im Kriegsverlauf drastisch zurück, noch stärker aber

Die bei den einzelnen Warenarten aufgetretene unterschiedliche Entwicklung der berücksichtigten Größen — z. B. erreichte der dänische Inlandsverbrauch von Käse bei zurückgehendem Gesamtexport in den letzten Kriegsjahren ein im Vergleich zur Vorkriegszeit überdurchschnittlich hohes Niveau, während andererseits der dänische Fischkonsum trotz beträchtlicher Steigerung der Anlandungen zumindest in den ersten Kriegsjahren aufgrund der gestiegenen Ausfuhr nach Deutschland eingeschränkt werden mußte — hat ihre Ursache in verschiedenen Faktoren (vorhandene Substitutionsbeziehungen, veränderte Angebots- und Nachfragestruktur, kriegsbedingte Verschiebung wirtschaftlicher Zielsetzungen, Abhängigkeit von ölhaltigen Futtermitteln etc.), denen im einzelnen nicht nachgegangen werden soll, war doch die Bedeutung dieser Produkte insgesamt, dargestellt durch den Ausfuhrwert, in Relation zu Schweinefleisch/Bacon und Butter gering<sup>55</sup>.

wird die Eierausfuhr gedrosselt, zunächst nur in Richtung Großbritannien, ab 1942 auch in Richtung Deutschland. Die der dänischen Bevölkerung zur Verfügung stehende Eiermenge erreicht 1944 eine bis dahin unerreichte Höhe. Fall VII wird durch das Produkt Milch dargestellt. Bei insgesamt rückläufiger Entwicklung der Größen P und E<sub>G</sub> steigt die Ausfuhr nach Deutschland ab 1940 an. Die Frage aber, ob bei knapper werdendem Milchangebot im Inland in diesem Mehrexport nach Deutschland eine „Ausbeutung“ gesehen werden muß oder nicht, läßt sich kaum beantworten, ist doch die ausgeführte Menge im Verhältnis zur Gesamtproduktion zu gering (1938: 0,34 %; 1943: 0,20 %).

Ein im Schema ob seiner Eindeutigkeit nicht erfaßter Fall ist bei dem Produkt Käse gegeben: einer Produktionserweiterung stehen generell rückläufige Verläufe von E<sub>G</sub> und E<sub>D</sub> gegenüber. Der Inlandverbrauch von Käse war, vergleicht man die Vorkriegszeit mit den Kriegsjahren, insgesamt angestiegen.

- c) die Qualität des Zahlenmaterials. Es wurden nur solche Produkte berücksichtigt, für die im wesentlichen amtliche Angaben über die interessierenden Größen vorliegen, ohne daß deshalb aber schon die Möglichkeit differierender Zahlenangaben ausgeschlossen wäre, eine Erscheinung, die gelegentlich selbst in amtliche statistische Jahrbücher durchschlägt.

<sup>55</sup> Ausfuhrwert dänischer Waren: 1943.

Warenart	absolut	in v.H. des Ausfuhrwertes der Butter
Butter	257.628 dkr	100 %
Schweinefleisch/Bacon	187.112 dkr	72,6 %
Fische/Fischzubereitungen	155.771 dkr	60,5 %
Pferde	76.133 dkr	29,6 %
Rindvieh	32.238 dkr	12,5 %
Milch	13.544 dkr	5,3 %
Eier	7.405 dkr	2,9 %
Käse	5.969 dkr	2,3 %

Die dargestellten Produkte können durchaus als für die dänische Ausfuhr repräsentativ angesehen werden, da sich der wertmäßige Anteil der berücksichtigten acht Positionen auf 55 % der Gesamtausfuhr Dänemarks im Jahre 1943 beläuft.

Tabelle 13

**Rindvieh (Bestand, Ein- und Ausfuhr Dänemarks in Stück)**

Jahr	Bestand jeweils Juni/Juli	I	E <sub>G</sub>	E <sub>D</sub>	E <sub>Ü</sub> <sup>a)</sup>	Inland <sup>b)</sup>
1935	3.122.200	—	96.797	81.235	15.562	
1936	3.158.000	—	166.293	148.719	17.574	
1937	3.083.500	—	172.410	140.707	31.703	
1938	3.185.580	—	134.058	120.860	13.198	
1939	3.326.300	—	163.222	150.019	13.203	
1940	3.279.300	—	372.732	368.852	3.880	
1941	3.064.500	—	279.479	270.222	9.257	
1942	2.913.300	—	138.342	126.061	12.281	
1943	3.027.800	—	67.090	67.090	0	
1944	3.187.900	—	130.706	130.706	0	

a) Errechnete Größen:  $E_G - E_D = E_{\bar{U}}$ .

b) Entfällt.

Tabelle 14

**Pferde (Bestand, Ein- und Ausfuhr Dänemarks in Stück)**

Jahr	Bestand jeweils Juni/Juli	I	E <sub>G</sub>	E <sub>D</sub>	E <sub>Ü</sub> <sup>a)</sup>	Inland <sup>b)</sup>
1935	539.200	7.694	5.248	4.774	474	
1936	554.600	6.270	6.797	5.569	1.228	
1937	552.200	3.767	11.980	5.742	6.238	
1938	564.500	2.833	14.322	7.712	6.610	
1939	594.000	1.553	15.442	8.722	6.720	
1940	574.700	85	25.627	17.958	7.669	
1941	589.200	41	16.755	15.020	1.735	
1942	589.600	26	14.964	14.663	301	
1943	600.800	13	33.802	33.616	186	
1944	609.200	12	19.352	18.467	885	

a) Errechnete Größen:  $E_G - E_D = E_{\bar{U}}$ .

b) Entfällt.

Tabelle 15

**Fische und Fischzubereitungen  
(Produktion, Ein- und Ausfuhr, Inlandsverbrauch Dänemarks in t)**

Jahr	Pa)	I	E <sub>G</sub>	E <sub>D</sub> <sup>b)</sup>	E <sub>0</sub> <sup>c)</sup>	I <sub>V</sub> <sup>d)</sup>
1935	86.846	23.907	50.854	18.858	31.996	57.300
1936	86.832	21.934	50.586	18.660	31.926	61.000
1937	88.425	27.811	55.618	21.310	34.308	62.000
1938	86.705	15.093	56.393	20.360	36.033	61.600
1939	100.729	16.720	70.188	27.230	42.958	67.300
1940	114.159	10.984	91.040	72.290	18.750	48.200
1941	155.842	3.198	108.629	105.405	3.224	50.200
1942	162.847	148	104.199	94.595	9.604	59.700
1943	192.160	197	112.276	99.281	12.995	73.000
1944	172.520	90	102.718	.	.	66.700

a) Die Tabelle „Verbrauch wichtiger Waren“ (vgl. Fußnote 9) enthält teilweise abweichende Angaben für Produktion (P), Einfuhr (I) und Gesamtausfuhr (E<sub>G</sub>).

b) Die Zahlen stammen aus „Statistisches Jahrbuch“ des Statistischen Reichsamtes 1935 - 1944.

c) Errechnete Werte aus  $E_G - E_D = E_0$ .

d) Die Werte dieser Kolonne sind der Tabelle „Verbrauch wichtiger Waren“ entnommen. Sie bestätigen im Trend die errechneten Werte:  $(P + I - E_G = I_V) = 1935: 59.899; 1936: 58.180; 1937: 60.618; 1938: 45.403; 1939: 47.261; 1940: 34.103; 1941: 50.411; 1942: 58.796; 1943: 80.081; 1944: 69.892$ .

Tabelle 16

**Eier (Produktion, Ein- und Ausfuhr, Inlandsverbrauch Dänemarks in t)**

Jahr	P	I	E <sub>G</sub>	E <sub>D</sub> <sup>b)</sup>	E <sub>0</sub> <sup>c)</sup>	I <sub>V</sub> <sup>d)</sup>
1935	85.925	73	70.335	14.878	55.457	24.500
1936	108.606	—	84.106	19.170	64.936	24.500
1937	125.200	—	96.800	20.570	76.230	26.000
1938	124.400	—	93.500	23.140	70.360	28.700
1939	134.500	—	103.321 <sup>a)</sup>	28.040	75.281	29.000
1940	112.900	—	80.855	57.240	23.615	31.000
1941	59.300	—	33.071	23.179	9.892	25.900
1942	38.500	—	6.598	5.312	1.286	31.100
1943	37.300	—	2.335	2.739	.	33.700
1944	47.900	—	3.058	.	.	43.300

a) Zahlen für Gesamtausfuhr 1939 - 1944 sind entnommen aus: Institut International d'Agriculture, Annuaire International de Statistique Agricole 1941 - 42 à 1945 - 46, vol. II, Commerce International, Rome 1947, S. 530 f., 538 f.

b) Zahlen sind entnommen aus: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1935 - 1944.

c) Errechnete Werte:  $E_G - E_D = E_0$ .

d) Die Zahlen sind der Tabelle „Verbrauch wichtiger Waren“ entnommen. Sie bestätigen im Trend die errechneten Werte  $P + I - E_G = I_V$ : 1935: 15.663; 1936: 24.500; 1937: 28.400; 1938: 30.900; 1939: 31.179; 1940: 32.045; 1941: 26.229; 1942: 31.902; 1943: 34.965; 1944: 44.842.

Tabelle 17

**Milch (Produktion, Ein- und Ausfuhr, Inlandsverbrauch Dänemarks in t)**

Jahr	P	I	E <sub>G</sub>	E <sub>D</sub> <sup>a)</sup>	E <sub>0</sub> <sup>b)</sup>	I <sub>V</sub> <sup>b)</sup>
1935	5.120.000	—	18.549	—	18.549	5.101.451
1936	5.275.000	—	17.053	—	17.053	5.257.947
1937	5.300.000	—	17.552	—	17.552	5.282.448
1938	5.450.000	—	17.854	—	17.854	5.432.146
1939	5.300.000	1	17.934	430	17.504	5.282.067
1940	4.625.000	2	9.033	4.220	4.813	4.615.969
1941	3.621.100	—	10.035	9.306	729	3.611.065
1942	3.338.000	—	9.064	6.515	2.549	3.328.936
1943	3.813.000	—	7.688	4.597	3.091	3.805.312
1944	4.010.000	—	8.306	.	.	4.001.694

a) Werte entnommen aus: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1935 - 1944.

b) Errechnete Größen:  $E_G - E_D = E_0$ ;  $P + I - E_G = I_V$ .

Tabelle 18

**Käse (Produktion, Ein- und Ausfuhr, Inlandsverbrauch Dänemarks in t)**

Jahr	P	I	E <sub>G</sub>	E <sub>D</sub>	E <sub>0</sub> <sup>b)</sup>	I <sub>V</sub> <sup>c)</sup>
1935	29.000	105	6.663	3.982	2.681	22.300
1936	33.200	28	9.527	5.256	4.271	22.200
1937	30.700	23	9.375	4.914	4.461	23.500
1938	35.700	9	9.110	5.095	4.015	24.300
1939	33.200	10	9.589	5.390	4.199	23.700
1940	33.700	4	8.930	7.429	1.501	22.600
1941	28.500	1	6.032	5.374	658	21.700
1942	32.700	1	4.687	4.139	548	22.600
1943	38.600	2	2.187	1.934	253	30.600
1944	41.600 <sup>a)</sup>	—	1.232	522	710	32.400

a) Zahlen gelten jeweils für das Meiereijahr 1. 10. - 30. 9. Im „Statistical Yearbook“, United Nations, Lake Success, New York 1949, S. 177 werden folgende abweichende Produktionsangaben gemacht: 1939: 33.400; 1940: 30.800; 1941: 27.400; 1942: 30.100; 1943: 38.000; 1944: 36.400.

b) Errechnet aus:  $E_G - E_D = E_0$ .

c) Diese der Tabelle „Verbrauch wichtiger Waren“ entnommenen Zahlen korrespondieren weitgehend mit den errechneten Werten:  $P + I - E_G = I_V$ ; 1935: 22.442; 1936: 23.701; 1937: 21.348; 1938: 26.599; 1939: 23.621; 1940: 24.774; 1941: 22.469; 1942: 28.014; 1943: 30.514; 1944: 40.368.

## 4. Brennstoffe

Ferdinand Friedensburg weist das dänische Hauptland als „bergwirtschaftlich ohne jede Bedeutung“<sup>56</sup> aus. Die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg schrittweise in Angriff genommene Industrialisierung Dänemarks war hinsichtlich der Rohstoffversorgung, mit Ausnahme von Zement, auf ausländische Einfuhren angewiesen. Dennoch war es Dänemark gelungen, in einigen Bereichen industrielle Spitzen-

<sup>56</sup> Friedensburg, Ferdinand, Die Bergwirtschaft der Erde, Stuttgart 1942, S. 177.



erzeugnisse herzustellen und an den Markt zu bringen. Zu erwähnen sind neben der Nahrungsmittelindustrie die dänische Werftindustrie, die nicht nur hinsichtlich ihres Schiffbaus, sondern auch wegen ihrer Dieselmotorenfertigung Weltruf genoß, der Maschinenbau (besonders Zementmaschinen, Molkereimaschinen) und schließlich die Elektroindustrie<sup>57</sup>.

Die dänische Industrie umfaßte 1939 5.705 Betriebe mit (im Monatsdurchschnitt) 167.343 beschäftigten Arbeitern. Schätzungen ergaben, daß der auf Industrie und Handwerk entfallende Anteil an Erwerbspersonen mit ca. 30 % 1941 fast ebenso hoch war wie der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten<sup>58</sup>. Rückgänge in der Zufuhr industrieller Grundstoffe mußten demnach nachhaltige Wirkungen auf die gesamte dänische Wirtschaft haben.

Um die dänische Wirtschaft arbeitsfähig zu erhalten, erklärten sich unmittelbar nach der Besetzung deutsche Vertreter bereit, die zum Ausgleich der fortfallenden Kohle- und Koksimporte aus England von Dänemark geforderten Kohlemengen zu liefern, allerdings sollte Dänemark dem Reich Arbeitskräfte zur Förderung der für Dänemark bestimmten Kohle abstellen<sup>59</sup>. Obwohl Dänemark — worauf hier nicht näher einzugehen ist — diese Arbeitskräfte nach Deutschland schickte, konnte die Kohleversorgung und darüber hinaus die Brennstoffversorgung Dänemarks durch Deutschland in den Jahren nach der Besetzung nur unzureichend sichergestellt werden.

*Tabelle 19*  
**Brennstoffversorgung Dänemarks 1935 - 1944**  
(in 1.000 t)

Jahr	Steinkohle	Braunkohle	Briketts	Benzin	Koks
1935	3 890,5	1 457,0	.	89,2	248,7
1936	4 108,9	1 658,8	.	127,5	284,2
1937	4 220,5	1 676,9	.	70,2	315,2
1938	3 855,1	1 388,2	0,0	153,0	336,3
1939	4 277,3	1 496,3	0,0	241,0	338,9
1940	2 278,3	943,4	0,3	895,0	43,5
1941	2 230,5	1 036,7	0,0	405,4	13,7
1942	1 900,8	772,9	0,2	301,5	15,7
1943	2 177,1	632,0	59,1	667,1	6,8
1944	2 447,1	533,6	187,7	568,5	4,6

<sup>57</sup> Vgl. BA R 2/287, Handakte Ministerialrat Dr. Breyhan btr. Dänemark, Statistische Zusammenstellung „Dänemark“ 1941, S. 13.

<sup>58</sup> Vgl. Holten, Gert, Dänische Industrie-Spezialitäten, in: Der deutsche Volkswirt, 15. Jg., 1941, Nr. 28/29, S. 1044.

<sup>59</sup> Vgl. Thomsen, Erich, Deutsche Besatzungspolitik . . . , a.a.O., S. 55.

Das Reichswirtschaftsministerium wies 1943 darauf hin, daß deutscherseits sowohl Produktions- als auch Transportschwierigkeiten für die insgesamt rückläufigen Brennstofflieferungen an Dänemark verantwortlich seien<sup>60</sup>. Diese Beobachtung deckte sich weitgehend mit den Ergebnissen einer vom Leiter der Reichswirtschaftskammer, Pietzsch, verfaßten Denkschrift: „Die Lage der deutschen Kriegswirtschaft um die Jahreswende 1943/44“. Pietzsch stellte als Schlüsselprobleme der deutschen Kriegswirtschaft heraus:

- Schwierigkeiten beim Arbeitskräfteeinsatz,
- Verkehrs- und Transportprobleme,
- den zunehmendem Umfang der Fliegerschäden,

welche wiederum bestimmend seien für die Sonderprobleme

- Rohstoffbeschaffung,
- Versorgung der Bevölkerung und
- Außenhandel<sup>61</sup>.

Auf der dänischen Seite machte sich die zunehmende Unterversorgung mit Brennstoffen produktionshemmend bemerkbar, allerdings nicht unmittelbar nach der Besetzung, sondern erst, als „die bei Anfang des Krieges vorhandenen sehr erheblichen Lagerbestände allmählich aufgebraucht“<sup>62</sup> waren. Die deutschen Zulieferungen konnten nur knapp 50 % des Bedarfs decken, so daß eine Erhöhung der Brennstofflieferungen stets an erster Stelle der dänischen Importwünsche stand<sup>63</sup>.

Die dänischen Bemühungen, die ausbleibenden Brennstoffzufuhren kraft eigener Anstrengungen zu ersetzen, waren vielfältig.

#### a) Holz:

In den dänischen Wäldern wurden umfangreiche Holzschläge vorgenommen<sup>64</sup>, obwohl — wie das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung 1939 feststellte — Dänemark mit einem nur zu 8,1 % mit Wald bedeckten Staatsgebiet zu den waldärmsten Gebieten Europas gehörte (europäischer Durchschnitt 27,5 % Waldanteil)<sup>65</sup>. Aller-

<sup>60</sup> Vgl. BA R 7/3254, Statistisches Material des Reichswirtschaftsministeriums betr. Dänemark, 1943.

<sup>61</sup> Vgl. BA R 3/1594, Pietzsch, Albert, Die Lage der deutschen Kriegswirtschaft um die Jahreswende 1943/44, Schreiben an den Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion vom 15. 3. 1944.

<sup>62</sup> Die Deutsche Volkswirtschaft, 12. Jg., 1943, Nr. 15, S. 482.

<sup>63</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 38.

<sup>64</sup> Vgl. Die Deutsche Volkswirtschaft, 12. Jg., 1943, Nr. 19, S. 594.

<sup>65</sup> Vgl. BA R 24/760, Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung, Die Holz- und Erzversorgung Dänemarks, Belgiens und der Niederlande, November 1939.

dings standen diese von Natur aus bescheidenen Holzvorräte Dänemark selbst nicht alleine zur Verfügung. Deutschland führte 1940 bis 1943 ca. 40.000 cbm Holz, darunter 34.000 cbm Generatorholz (Buche) aus Dänemark ein<sup>66</sup>. Im Zuge der sich verschlechternden Versorgungslage verlangte die Deutsche Wehrmacht im Januar 1944 gar eine monatliche Belieferung mit 6.000 cbm Holz für Generatorzwecke. Zusätzlich lieferte Dänemark allein im Jahre 1943 1,7 Mio. Pfähle als Bau- und Schanzholz an die Deutsche Wehrmacht. Von der Besatzungsmacht wurde damit ein Gut beansprucht, das nicht zu den dänischen Exportgütern gehörte, da der Vorrat bereits vor dem Krieg nicht ausreichte, den heimischen Bedarf zu decken. Die Eigenerzeugung 1937 von 800.000 cbm mußte durch 680.000 cbm Importe ergänzt werden<sup>67</sup>. Im weiteren Verlauf des Krieges gingen bei steigendem Verbrauch, der sowohl durch die Anforderungen der Wehrmacht als auch durch die Substitution von Kohle durch Holz bedingt war, die Importe aufgrund zunehmender Transport-schwierigkeiten zurück (1942: 898.019 cbm; 1943: 640.674 cbm; 1944: 394.151 cbm).

Die Folgen dieses Raubbaues am dänischen Waldbestand in den letzten Jahren der Besetzung durch Deutschland fanden ihren Niederschlag in der Rodung ganzer Schutzwaldungen, mit der Folge, daß weite Küstenstreifen Westjütlands neuerlich dem Sandflug ausgesetzt waren.

b) *Torf:*

Bereits im Ersten Weltkrieg hatte Dänemark die Torfgewinnung im Norden Jütlands zur Minderung der Brennstoffknappheit forciert, so wurden 1918 852.000 t Torf gestochen. In den Zwischenkriegsjahren ging wegen hoher Produktionskosten die Torfgewinnung sehr zurück. Erst 1940 nach der Besetzung Dänemarks durch Deutschland und der zurückgehenden Kohlenimporte wurde die dänische Torfgewinnung wieder verstärkt vorangetrieben. Der dänische Staat gewährte im Rechnungsjahr 1940/41 1,0 Mio. dkr als Darlehen zur Förderung der Torfgewinnung<sup>68</sup>. Der Erfolg dieser Maßnahme zeigte sich u. a. darin, daß 1943 die dänische Torfgewinnung von jährlich ca. 400.000 t in Friedenszeiten auf 4,5 Mio. t

---

<sup>66</sup> Vgl. BA R 7/3407, Die wichtigsten dänischen Leistungen an Deutschland, Aufstellung vom 14. 6. 1944, S. 23.

<sup>67</sup> Vgl. BA R 24/760, Die Holz- und Erzversorgung Dänemarks, Belgiens und der Niederlande, Bericht des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung vom November 1939.

<sup>68</sup> Vgl. BA R 2/287, Regierungsrat Korff beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen, Bericht über die Entwicklung der Finanzlage Dänemarks in den Monaten Februar bis April 1941, 30. Mai 1941, S. 6.

gestiegen war<sup>69</sup>. Damit stand Dänemark nach der Menge der Torferzeugung an der Spitze der europäischen Länder, obwohl der mit Moor bedeckte Landesteil nur 340.000 ha oder 6,2 % des gesamten Landes umfaßte. Deutschland förderte diese „Renaissance der dänischen Torfwirtschaft“, indem es sowohl ‚know how‘ für die mechanisierte Torfproduktion zur Verfügung stellte als auch die umfangreiche staatliche Subventionierung der dänischen Torfindustrie mit Wohlwollen betrachtete<sup>70</sup>.

Das Ausmaß des Kohle- und Mineralölmangels in Dänemark während der Besetzung findet sichtbaren Ausdruck in der dem Torf eingeräumten Verwendungsbreite: Torf wurde eingesetzt als Hausbrand, zur Feuerung bei Kraftzentralen und Industriebetrieben, als Torfkoks im Kraftfahrzeuggenerator und als Teeröl, welches zu Treibstoff verarbeitet wurde<sup>71</sup>. Für 1945 war eine Verdoppelung der dänischen Torfproduktion von 1944 = 6 Mio. t auf 12 Mio. t vorgesehen, nicht zuletzt eine Konsequenz aus der am 19. 1. 1945 erfolgten Einstellung deutscher Kohle- und Koksexporte nach Dänemark<sup>72</sup>.

c) *Braunkohle:*

Bei der dänischen Suche nach Ersatzenergiequellen während der deutschen Besetzung kam den in Jütland und auf Bornholm befindlichen Braunkohlevorräten besondere Bedeutung zu. Schon im Ersten Weltkrieg wurden in Westjütland Braunkohlenlager ausgebeutet, allerdings erwies sich die Produktion in der Folge gegen die billigere und im Heizwert weitaus höhere Importsteinkohle als nicht konkurrenzfähig. Auch hinsichtlich der schon in den ersten Kriegsmonaten wiederaufgenommenen Braunkohlegewinnung gab man sich keinen Illusionen hin. In einer von deutscher Seite vorgenommenen Analyse der Kriegswirtschaft hieß es unter anderem: „Als wirtschaftlich kann die dänische Braunkohlenförderung aber nur in Ausnahmefällen angesehen werden, so daß damit zu rechnen ist, daß ein großer Teil der jetzt eröffneten Gruben bei Kriegsende wieder stillgelegt werden muß<sup>73</sup>.“ Zunächst jedoch verdrängte die akute Brennstoffknappheit alle Überlegungen, die sich mit ökonomischen

<sup>69</sup> Vgl. Die Deutsche Volkswirtschaft, 12. Jg., 1943, Nr. 19, S. 594; Die dänische Torfgewinnung entwickelte sich 1940 - 1944 wie folgt (in Mio. t):

1940	1941	1942	1943	1944
0,2	4,7	4,8	6,0	5,8

<sup>70</sup> Vgl. Wolff, Georg, Renaissance der Torfwirtschaft, in: Die Wirtschaftskurve, hrsg. unter Mitwirkung der Frankfurter Zeitung, 22. Jg., 1943, Heft II, S. 104 f.

<sup>71</sup> Vgl. Die Deutsche Volkswirtschaft, 13. Jg., 1944, Nr. 7, S. 210.

<sup>72</sup> Vgl. BA R 7/948, Dänemark forciert die Torfproduktion, in: Deutsche Zeitung in Norwegen, 23. 2. 1945.

<sup>73</sup> Die Deutsche Volkswirtschaft, 13. Jg., 1944, Nr. 7, S. 210.

misch rationellem Einsatz der Ressourcen befaßten: Unter Hintanstellung von Kostenüberlegungen erzielte die dänische Braunkohlenindustrie in den Kriegsjahren beträchtliche Steigerungsraten bei der Kohleförderung.

*Tabelle 20*

**Die Braunkohleförderung Dänemarks 1940 - 1944 (in Mio. t)**

Jahr	absolut	v.H. <sup>a)</sup>
1940	0,2	100
1941	1,1	486,2
1942	1,8	795,6
1943	2,6	1.149,2
1944	2,2	913,5

a) = ausgerechnet auf Grund eines absoluten Wertes von 0,226 für 1940.

Erst Transportschwierigkeiten (Mangel an Waggons, LKW, Bereifung und Treibstoff) und Arbeitskräftemangel ließen ab 1944 die unstümme Entwicklung der dänischen Kohlewirtschaft zu Ende kommen<sup>74</sup>.

Nach dieser exemplarischen Darstellung einiger für die dänische Wirtschaft signifikanter Produktgruppen kann gesagt werden, daß die dänische Wirtschaft in den Kriegsjahren von einem ungebrochenen Produktions- und Lieferwillen geprägt war: Deutschland zog in Form gesteigerter Einfuhren aus Dänemark seinen Nutzen aus dem in der politischen Sonderbehandlung begründeten dänischen Lieferwillen, ohne allerdings die durch die Vorkriegsergebnisse bekannte Produktions- und Lieferfähigkeit der dänischen Wirtschaft vollständig erschöpfen zu können. So wie sich die dänische Kohleproduktion als ein ausgesprochenes „Kind der Not“<sup>75</sup>, d. h. der kriegsbedingten wirtschaftlichen Engpässe, präsentierte, bestimmten durch unzureichende Importe aus Deutschland hervorgerufene Mangellagen allerorten die dänische Wirtschaft in den Jahren der Besetzung. Daß diese Minderauslastung vorhandener dänischer Kapazitäten bzw. die Fehlallokation von Ressourcen, z. B. in Ersatzindustrien zur Linderung der größten materiellen Not, über Produktions- und damit verbundene Ausfuhrückgänge auch die deutsche Kriegswirtschaft traf, hat das dargelegte Zahlenmaterial ersichtlich werden lassen. Wenn auf deutscher Seite die Umstellung des dänischen Außenhandels auf den „Großabnehmer“ Deutschland auf die einfache Formel gebracht wurde: „Deutschland nimmt Dänemark den landwirtschaftlichen Überschuß ab und liefert ihm im Gegenverkehr die erforderlichen industriellen Vorerzeugnisse

<sup>74</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 37.

<sup>75</sup> BA R 7/3424, Bericht des Weltwirtschaftlichen Instituts Kiel über dänische Braunkohle/Erzeugung, 380/234, S. 1, 9. 3. 1945.

und Fertigwaren“<sup>76</sup>, so entspricht dies eher einem Wunschenken als den tatsächlichen Gegebenheiten. Deutschland war in keiner Weise in der Lage, die für eine ungestörte Arbeit der dänischen Wirtschaft erforderlichen Importe zu erübrigen.

Einige weitere Beispiele mögen die in unzureichenden Einfuhren begründete Produktionsdrosselung der dänischen Wirtschaft in den Jahren 1940 - 1944 verdeutlichen:

- a) Im Rahmen der Auftragsverlagerungen wie sie von deutscher Seite ab 1940 in wachsendem Umfang an die dänische Industrie vergeben wurden<sup>77</sup>, erhielten die dänischen Firmen Frichs in Aarhus und Scandia AG in Randers den Auftrag zur Herstellung von Lokomotiven und Wagen für die Deutsche Reichsbahn. Da das Fertigungsprogramm aufgrund unzureichender Materiallieferungen ins Stocken geriet, sah sich das Reichsverkehrsministerium im Juli 1943 gezwungen, „das Auswärtige Amt aus ‚deutschem Verkehrsinteresse heraus‘ wegen der mäßigen Materiallieferungen für Scandia zum Eingreifen bei den entsprechenden deutschen Wirtschaftsstellen zu veranlassen“<sup>78</sup>.
- b) Die maschinelle Ausstattung der dänischen Landwirtschaft verschlechterte sich mit zunehmender Besetzungsdauer. Besonders nachteilig wirkte sich der Mangel an Bindemähern, Drillmaschinen und Neubindern aus<sup>79</sup>. Infolge fehlender Materialien zur Herstellung und Erhaltung von Zentrifugen und Melkmaschinen sahen sich Landwirte zur Abschaffung von Milchkühen veranlaßt. Ungenügende Importe an Grindelstahl, Pflugscharstahl und Streichbrettstahl führten über den Produktionsrückgang der Pflugfabriken zu einer Behinderung der dänischen Landwirtschaft<sup>80</sup>. Eine dänische Aufstellung des Jahres 1944 weist darauf hin, daß bei zahlreichen Eisenwaren nur noch 10 - 15 % der „Normaleinfuhr“ hereinkommen<sup>81</sup>. Betrug die Einfuhr an Walz- und Roheisen, Röhren etc. im Durchschnitt 1937 - 1939 445.000 t jährlich, so war allein diese Einfuhr 1943 auf 98.000 t gesunken.
- c) Die dänische Schuhindustrie sah sich 1943/44 außerstande, eine von deutschen Stellen in Auftrag gegebene Lieferung Schuhe herzu-

---

<sup>76</sup> Rentrop, Wilhelm u. Kayser, Hansgeorg, Preispolitik und Preisüberwachung in Europa nebst den wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, München u. Berlin 1941, S. 89.

<sup>77</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 8.

<sup>78</sup> Köller, Vera, Der deutsche Imperialismus . . . , a.a.O., S. 248 - 251.

<sup>79</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 40.

<sup>80</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 41.

<sup>81</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 38 f.

stellen. Zwar lagen die zur Durchführung des Auftrages benötigten 400.000 qdm Oberleder, 130.000 qdm Futterleder und 5.650 kg Gummipplatten bereit, infolge Feindeinwirkung konnte die IG-Farben jedoch den benötigten Klebstoff „Opanol“ in der geforderten Menge von 1.480 kg nicht produzieren<sup>82</sup>.

- d) Besonders drastisch entwickelte sich die im Rohstoffmangel begründete Notlage der dänischen Textilindustrie. Standen der Textilindustrie im Durchschnitt der Jahre 1937 - 1939 noch jährlich 18.592 t Rohwaren zur Verfügung, so schrumpfte nach Wegfall der italienischen Lieferungen im Sommer 1943 die Rohwarenzufuhr auf ca. 3.000 Jahrestonnen zusammen<sup>83</sup>. Den Niedergang dieser in Friedenszeiten nahezu vollständig von überseeischen Zufuhren abhängigen Industrie zeigen die von Dr. Niebuhr für das Reichswirtschaftsministerium im Frühjahr 1944 ermittelten Produktionsindices:<sup>84</sup>

Tabelle 21

**Produktionsindices der dänischen Textilindustrie (1935 = 100)**

	1939	1942
Baumwollspinnereien .....	105	27
Wollfabriken .....	135	81
Baumwollwebereien .....	110	60
Wollspinnereien und Tuchfabriken .....	113	78
Trikotagefabriken .....	128	64

Es nimmt nicht wunder, daß das Reichswirtschaftsministerium — Arbeitsgebiet Ein- und Ausfuhrplanung — im März 1944 anlässlich einer Untersuchung über Ausnutzungssteigerungsmöglichkeiten der gewerblichen Kapazitäten Dänemarks auf freie Kapazitäten „vor allem bei der Textilindustrie“<sup>85</sup> hinwies, deren eventuelle Ausnutzung jedoch, wie es an gleicher Stelle heißt, „... nach der Rohstofflage und den Verlagerungen in die besetzten Gebiete von minderm Interesse ...“ für Deutschland sei. Die Auswirkungen der von Deutschland hingenommenen gedrosselten dänischen Textilherstellung und -verarbeitung trafen die Bevölkerung in voller Härte: es herrschte Mangel an Berufskleidung und Unterwäsche, an Bettwäsche und Bekleidungsgegenständen für die Säuglingsaus-

<sup>82</sup> Vgl. BA R 3/1652, Schreiben der „Gemeinschaft Schuhe“ an den Reichswirtschaftsminister, 22. 2. 1944.

<sup>83</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 41.

<sup>84</sup> BA R 24/766, Bericht Dr. Niebuhr (RWM) über die zur Ermittlung der Erzeugungsmöglichkeiten der dänischen Industrie unternommene Reise nach Kopenhagen, 6. 3. 1944, S. 6.

<sup>85</sup> BA R 3/1652, Vermerk: Arbeitsgebiet Ein- und Ausfuhrplanung, a.a.O., S. 4 a.

stattung. Die vor dem Krieg etwa die Hälfte des Bedarfs deckende Einfuhr an Fertig-Textilien war nach 1941 völlig zum Erliegen gekommen, die einheimische Produktion weit unter 50 % der Vorkriegsproduktion abgesunken. Da der Export mit Null als konstant angenommen werden kann, zeigt sich hier Fall II unseres Schemas, wo durch Ausfall bisheriger Bezugsquellen und entsprechender Produktionseinschränkung der Inlandsverbrauch eingeschränkt werden muß.

- e) Schließlich sei noch die den gesamten Beobachtungszeitraum über währende Düngemittelknappheit in Dänemark erwähnt, die nachteilige Auswirkungen auf die jährlichen Ernteerträge hatte<sup>86</sup>, um so mehr, als sich gleichzeitig wegen eingeschränkter Viehhaltung der Naturdunganfall rückläufig entwickelte:

Tabelle 22

**Dänemarks Einfuhr an Düngemitteln 1935 - 1944**  
(in 1.000 t)

Jahr	Einfuhr	Jahr	Einfuhr
1935	480,8	1940	367,1
1936	530,7	1941	400,5
1937	509,5	1942	369,0
1938	641,4	1943	414,2
1939	604,3	1944	381,6

Der Rohstoffmangel ließ auch in Dänemark über die Versuche der Entwicklung einer heimischen Brennstoffgewinnung Ansätze einer Ersatzstoffindustrie entstehen, ohne daß jedoch die gleichen Erfolge wie in Deutschland (Zellstoff, synthetischer Kautschuk, Kohlehydrierung) erzielt werden konnten. So wurden im Winter 1943 in der Ölfabrik von Aarhus erste Versuche unternommen, über einen neuartigen Aufbereitungsprozeß Rinderhaare der Textilwirtschaft als Mischgarnersatz zur Verfügung zu stellen. Selbst in den Planungen kam dieses Vorhaben jedoch nicht über ca. 300 Tonnen Ersatzstoffgewinnung aus Rinderhaaren für Spinnzwecke hinaus<sup>87</sup>.

Das während des Krieges fertiggestellte Stahlwalzwerk von Frederikværk in Seeland mit einer Produktionskapazität von 40.000 Jahrestonnen verarbeitete mangels industrieller Grundstoffe im Recycling-Verfahren in Dänemark anfallenden Schrott, ohne seine Kapazität in

<sup>86</sup> Vgl. Die Deutsche Volkswirtschaft, 13. Jg., 1944, Nr. 6, S. 174.

<sup>87</sup> Vgl. Die Deutsche Volkswirtschaft, 13. Jg., 1944, Nr. 21. S. 620.



den Kriegsjahren voll auslasten zu können. Ähnlich verfahren auch dänische Metallwerke, die landeseigene Metallabfälle verarbeiteten, um die Produktionsstätten nicht völlig stilllegen zu müssen<sup>88</sup>.

Im Falle Dänemarks wurde in der Güterproduktion — das dürfte die vorangegangene Schilderung deutlich gemacht haben — die Frage der Ausnutzung der dänischen Wirtschaft durch das Deutsche Reich in den Jahren 1940 - 1945 weithin überlagert von dem Problem der im Rohstoffmangel begründeten Minderauslastung bestehender Kapazitäten. Um die in Dänemark zur Verfügung stehenden Produktionsanlagen überhaupt in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft stellen zu können, griff man auf das mit Erlaß vom 7. 10. 1940 vom Beauftragten des Vierjahresplanes, Hermann Göring, angeregte Verfahren der „Auftragsverlagerung“ zurück: Die industriellen Erzeugungsmöglichkeiten der besetzten Gebiete sollten für kriegswirtschaftliche Arbeiten genutzt werden, wobei die Möglichkeit der Rohstoffdeckung des Auftrags durch den Auftraggeber gegeben war<sup>89</sup>. Der deutsche Gesandte v. Renthe-Fink sieht in einer Stellungnahme vom 12. 2. 1941 in der erweiterten Vergabe wehrwirtschaftlicher Aufträge nach Dänemark geradezu eine Notwendigkeit, um die Funktionsfähigkeit der dänischen Wirtschaft aufrechterhalten zu können, „da den übrigen Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung im Lande Grenzen gesetzt sind“<sup>90</sup>.

Ein wesentlicher Teil der in den Jahren 1940 - 1945 verzeichneten industriellen Ausfuhr Dänemarks nach Deutschland war aufgrund von Verlagerungsaufträgen zustandekommen. Bevorzugte Objekte solcher Verlagerungsaufträge waren Waffen, Schiffbau und -instandsetzung, Bekleidung und Ausrüstung, Werkzeugmaschinen und Nachrichtengerät. Anhand der vom Wehrwirtschaftsstab Dänemark erstellten monatlichen Auswertung der Fertigungsstätten in Dänemark läßt sich der Umfang der im Rahmen der Auftragsverlagerung von Dänemark an Deutschland gelieferten Waren feststellen<sup>91</sup>, vgl. Abb. 4.

Abstrahiert man von den starken Ausschlägen der in der Tabelle angegebenen Ablieferungen (diese Schwankungen sind, wie beispielsweise der Novemberwert 1941 mit 13,2 Mio. gegenüber jeweils 7,3 Mio. RM der angrenzenden Monate, die Folge von kumulierten Abrechnungen über Leistungen dänischer Fertigungsstätten, die sich über

---

<sup>88</sup> Vgl. Die Deutsche Volkswirtschaft, 12. Jg., 1943, Nr. 19, S. 595.

<sup>89</sup> Vgl. Wirtschaftshandbuch 1942, hrsg. vom Handelsteil der Frankfurter Zeitung, 79. Jg., Frankfurt/M. 1942, S. 111 f.

<sup>90</sup> BA R 2/287 . . . , S. 5.

<sup>91</sup> Vgl. BA R 3/507, Ausnutzung der besetzten Gebiete durch Wehrmächtsaufträge; hier: Zusammenstellung nach: Monatliche Auswertung der Fertigungsstätten in Dänemark, November 1940, Mai 1944, vorgenommen durch: Wehrwirtschaftsstab Dänemark.

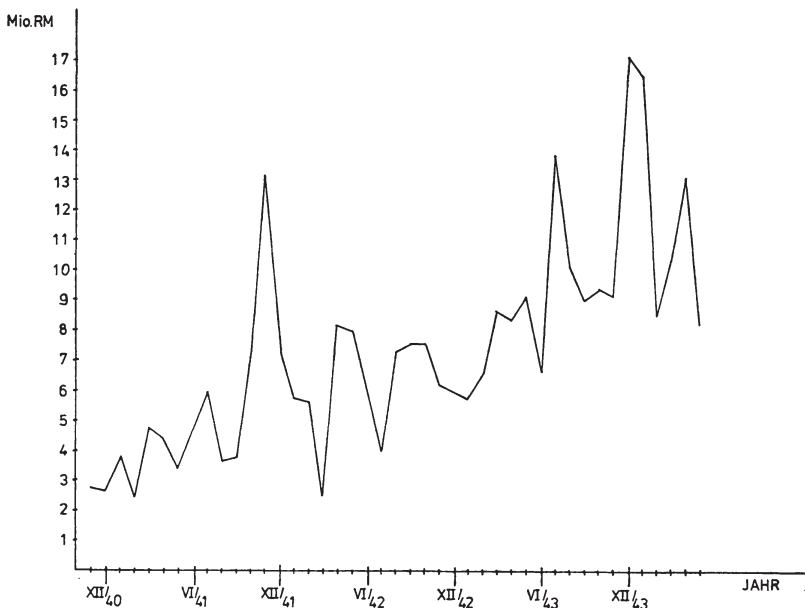
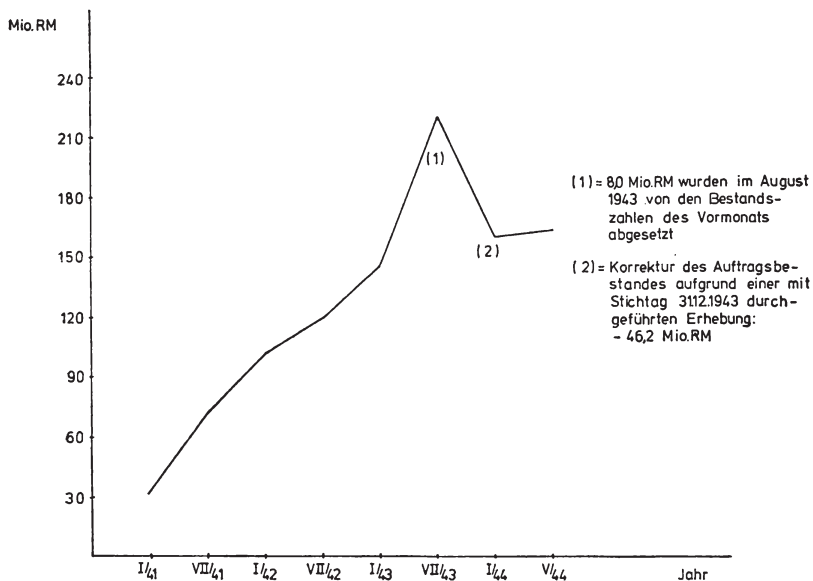


Abb. 4: Auftragsverlagerung Deutschlands nach Dänemark 1940 - 1944, hier: Auslieferung pro Monat in Mio. RM



(1) = 80 Mio. RM wurden im August 1943 von den Bestandszahlen des Vormonats abgesetzt  
 (2) = Korrektur des Auftragsbestandes aufgrund einer mit Stichtag 31.12.1943 durchgeführten Erhebung: - 46,2 Mio. RM

Abb. 5: Auftragsverlagerung Deutschlands nach Dänemark 1940 - 1944, hier: Auftragsbestand am Monatesersten in Mio. RM

mehrere Monate erstreckten<sup>92</sup>), so ist eine stetige Aufwärtsentwicklung des Wertes der monatlich abgelieferten Waren festzustellen. Allerdings konnten die dänischen Ablieferungen im Rahmen der Auftragsverlagerung mit der Entwicklung des Auftragsbestandes nicht schritt halten, vgl. Abb. 5.

Die Gründe für die Diskrepanz zwischen Auftragsbestand und tatsächlichen Ablieferungen an die deutschen Auftraggeber sind im wesentlichen in der bereits dargestellten Fehlallokation der dänischen Ressourcen, in der selbst bei Aufträgen im Rahmen der Auftragsverlagerung nur schleppend erfolgten Zuführung von Rohstoffen<sup>93</sup> oder aber auch einfach in der Fehleinschätzung der Dänemark verbliebenen produktiven Möglichkeiten zu sehen<sup>94</sup>. Offiziellen dänischen Widerstand gegen die Überhäufung der Industrie mit Verlagerungsaufträgen gab es nicht; die dänische Regierung zeigte sich vielmehr bei den deutschen Verlagerungsvorhaben in allen Fällen kooperativ. Den dänischen Ministerien wurden die Projekte zur Prüfung vorgelegt, bis März 1944 aber haben die Dänen ihre Zustimmung zu keinem Vorhaben, das deutscherseits für verlagerungswichtig und -möglich erklärt wurde, versagt<sup>95</sup>. Aus Mangel an Material und Rohstoffen konnten die vorhandenen Kapazitäten für die inländische Versorgung nicht voll genutzt werden, andererseits hatte Dänemark — anders als Deutschland — noch bis 1940 eine erhebliche Arbeitslosigkeit: Beide Gründe sprachen für eine Annahme solcher Verlagerungsaufträge durch die dänische Wirtschaft.

Der deutsch-dänische Außenhandel der Jahre 1930 - 1945 wurde von den nach der Weltwirtschaftskrise um sich greifenden Methoden der „modernen Handelspolitik“<sup>96</sup> geprägt: Bilateralisierung, Zollschutz, Kontingent- und Präferenzsystem, Clearing. Auf der Grundlage des deutsch-dänischen Abkommens über den gegenseitigen Warenverkehr vom 1. März 1934<sup>97</sup> trat seit 1937 in regelmäßigen Abständen ein

<sup>92</sup> Vgl. BA R 3/507, Schreiben des OKW VI c vom 27. 4. 1942 an den Wehrwirtschaftsstab Dänemark; die kumulierte Abrechnung erfolgte für Schiffsreparaturen und Schiffsbauten.

<sup>93</sup> Vgl. BA R 3/507, Schreiben des „Chef Wehrwirtschaftsstab Dänemark“ an das OKW, 25. 1. 1941.

<sup>94</sup> Im Februar 1943 wurden an dänische Werften im Rahmen des „Hansa-Programmes“ Aufträge im Wert von 49 Mio. RM vergeben. Ein Jahr später belief sich der Auftragsbestand dieser Position — ohne daß nennenswerte Neuaufträge erteilt worden wären — immer noch auf 44,8 Mio. RM.

<sup>95</sup> Vgl. BA R 3/1652, Vermerk: Arbeitsgebiet Ein- und Ausfuhrplanung, a.a.O., S. 4 a.

<sup>96</sup> *Brinkmann*, Rudolf, Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell. Eine Sammlung ausgewählter Vorträge, Reden und Ansprachen, Jena 1939, S. 153.

<sup>97</sup> Vgl. *Radio von Radiis*, Guido, Die deutsche Außenhandelspolitik unter dem Einfluß der Devisenbewirtschaftung von 1931 bis 1938, Diss. Zürich 1938, S. 121.

deutsch-dänischer Regierungsausschuß zusammen, der die jeweiligen Kontingente festsetzte, wobei der deutsche Export nach Dänemark Grundlage für die dänische Ausfuhr nach Deutschland war<sup>98</sup>. Die Bezahlung im deutsch-dänischen Warenverkehr erfolgte nach dem Clearingsystem, d. h., auf dem Wege gegenseitiger Verrechnung, nur die zuletzt verbleibende freie Spitze sollte in bar ausbezahlt werden<sup>99</sup>.

Auch nach der Besetzung setzte der deutsch-dänische Regierungsausschuß seine Tätigkeit in gewohnter Weise fort. Schon am 17. 4. 1940 wurde in Kopenhagen über Zusatzkontingente verhandelt, die es Deutschland ermöglichen sollten, die landwirtschaftlichen Überschüsse Dänemarks zu übernehmen<sup>100</sup>. Zur Kompensation dieser Mehreinfuhren erklärte sich Deutschland bereit, Rohstoffe, insbesondere Stein- und Braunkohle, nach Dänemark zu liefern. Aus der Betrachtung des deutsch-dänischen Warenaustausches ist bereits deutlich geworden, daß Deutschland jedoch in keiner Phase der Besetzung in der Lage war, das Grundproblem des Clearings, die wertmäßige Ausgeglichenheit von Ein- und Ausfuhr<sup>101</sup>, befriedigend zu lösen. Im Laufe der Jahre entstand auf dem deutsch-dänischen Clearingkonto eine freie Spitze zugunsten Dänemarks, die diese wertmäßige Unausgewogenheit des Handels deutlich werden läßt:

Tabelle 23

**Entwicklung der freien Spitze des  
deutsch-dänischen Clearing-Kontos zugunsten Dänemarks 1940 - 1945<sup>a)</sup>**

31. 12. 1940	—	388,8 Mio. dkr
31. 12. 1941	—	784,4 Mio. dkr
31. 12. 1942	—	1.062,2 Mio. dkr
31. 12. 1943	—	1.915,8 Mio. dkr
31. 12. 1944	—	2.694,6 Mio. dkr
30. 04. 1945	—	2.900,0 Mio. dkr

a) IMT, a.a.O., Bd. V, S. 606; geringfügig abweichende Zahlen auch bei *Bobert, Manfred; Büttner, Willy, Zu einigen Aspekten ...*, a.a.O., S. 101.

Diese Verrechnungsspitze sei, so wurde deutscherseits erklärt, nicht ausschließlich Folge einer deutschen Unterbilanz im deutsch-dänischen Warenverkehr. „Sie ist nicht etwa dadurch entstanden, daß wir aus den unserem Außenhandel zugängigen Ländern ständig mehr an Waren oder Rohstoffen herausholen als wir selbst liefern<sup>102</sup>.“ Mit dazu

<sup>98</sup> Vgl. *Thomsen, Erich, Deutsche Besatzungspolitik ...*, a.a.O., S. 55.

<sup>99</sup> Vgl. *Radio von Radüis, Guido, Die deutsche Außenhandelspolitik ...*, a.a.O., S. 68.

<sup>100</sup> Vgl. *Thomsen, Erich, Deutsche Besatzungspolitik ...*, a.a.O., S. 55.

<sup>101</sup> Vgl. *Flaig, Herbert, Untersuchung über ...*, a.a.O., S. 33.

<sup>102</sup> BA R 7/2025, *Die Entwicklung des deutschen Außenhandels, ...*, S. 2.

beigetragen hätten auch Lieferungsverzögerungen oder aber von Deutschland eingeräumte langfristige Kredite für die Bezahlung von Lieferungen. Das Auswärtige Amt hielt von solchen Beschwichtigungsversuchen allerdings nicht viel. In einer anlässlich des Jahresabschlusses 1943 der dänischen Nationalbank am 3. 2. 1944 abgegebenen Stellungnahme heißt es klärend: „Aus der Bevorschussung der Exportforderungen gegenüber Deutschland (Clearing) und der Bereitstellung der Besatzungsmittel ergibt sich im Jahre 1943 eine finanzielle Gesamtleistung zugunsten des Reiches in Höhe von etwa 1,9 Mrd. dkr, die in Hinblick auf die geringe Einwohnerzahl und die sonstigen Leistungen Dänemarks als außerordentlich bezeichnet werden muß<sup>103</sup>.“

Angesichts dieser als Clearing-Guthaben ausgewiesenen, praktisch durch Geldschöpfung der dänischen Nationalbank vorfinanzierten „außerordentlichen Leistungen“ Dänemarks fürchtete man beim Bevollmächtigten in Dänemark das baldige Erreichen der Belastbarkeitsgrenze der Dänen und den dann einsetzenden Abfall des Leistungs- und Lieferwillens. Als bei einem Luftangriff im November 1943 die für das deutsch-dänische Clearing zuständige Verrechnungskasse Berlin zerstört worden war, was Einzahlungsverzögerungen nach sich zog, forderte der Reichsbevollmächtigte in Dänemark die Vorausüberweisung eines Globalbetrages an die dänische Nationalbank zur Verhütung solcher Zahlungsstörungen; dies läge „im Interesse weiterer dänischer Lieferungen — insbesondere auch der Verlagerungsaufträge für die deutsche Rüstung“<sup>104</sup>.

Der dänische Geldumlauf wurde aber nicht nur durch die Exportvorfinanzierung im Rahmen des deutsch-dänischen Clearing-Abkommens belastet. Die deutsche Wehrmacht, in Abkehr von der beim Einmarsch gegebenen Erklärung, keinerlei Lieferungen aus dem Lande zu fordern, sondern den Nachschub aus dem Reich heranzuführen<sup>105</sup>, gab zunächst sog. „Reichskreditkassenscheine“ aus, die zur Finanzierung des Wehrmachtbedarfes durch die dänische Regierung als rechtmäßiges Zahlungsmittel anerkannt und der Dänenkrone gleichgestellt werden sollten. Nach langwierigen Verhandlungen — im Rahmen der Gespräche über eine deutsch-dänische Wirtschaftsunion im Sommer 1940 — erklärte sich die Wehrmacht zur Zurückziehung der Reichskreditkassenscheine am 27. 8. 1940 bereit<sup>106</sup>, allerdings nur, nachdem

---

<sup>103</sup> BA R 2/30.515, Akten des Ministerialrats Dr. Breyhan, RFM, 1943 - 1945 betr. Dänemark.

<sup>104</sup> Vgl. BA R 2/30.515, Schreiben des Reg.-Rat Dr. Esche beim Reichsbevollmächtigten in Dänemark, 10. 12. 1943.

<sup>105</sup> Vgl. IMT, a.a.O., Bd. V, S. 604 u. BA R 7/3407, S. 16.

<sup>106</sup> Vgl. BA R 2/287, Vereinbarung über die Rücknahme der Reichskreditkassenscheine und Umtausch in Kronen.

bei der dänischen Nationalbank ein „Wehrmachtsskonto“ errichtet wurde, von dem die Militärbehörden mittels Scheck die benötigten Beträge (z. B. für Einkäufe, Lohnzahlungen an bei der Wehrmacht beschäftigte Dänen etc.) abheben konnten<sup>107</sup>. Obwohl die deutsche Besatzungsmacht aufgrund der weitgehend ruhigen militärischen Lage in Dänemark mit geringen Kräften die Militärhoheit sicherstellen konnte, was sich in den Besatzungskosten pro Einwohner des besetzten Landes niederschlug<sup>108</sup>, zeigt die Entwicklung des Wehrmachtsskontos, daß die zunehmende Intensität des Krieges auch vor den in Dänemark stationierten deutschen Truppen nicht haltgemacht hat:

Tabelle 24

**Abhebungen vom Wehrmachtsskonto  
bei der dänischen Nationalbank 1940 - 1945<sup>a)</sup>**

1940 mtl. im Durchschnitt	43 Mio. dkr
1941 mtl. im Durchschnitt	37 Mio. dkr
1942 mtl. im Durchschnitt	39 Mio. dkr
1943 mtl. im Durchschnitt	83 Mio. dkr
1944 mtl. im Durchschnitt	157 Mio. dkr
1945 mtl. im Durchschnitt	187 Mio. dkr
Summe der auf Jahre umgerechneten monatl. Durchschnitte	4.830 Mio. dkr

a) IMT, a.a.O., Bd. V, S. 604; die Angaben des IMT fußen auf Berichten der dänischen Regierung. Deutsche Stellen machten folgende nur unwesentlich abweichende Angaben: BA R 7/3407, S. 15.

	Monatsdurchschnitt	insgesamt
1940	43,5 Mio. dkr	393 Mio. dkr
1941	36,6 Mio. dkr	439 Mio. dkr
1942	38,8 Mio. dkr	465 Mio. dkr
1943	84,2 Mio. dkr	1.010 Mio. dkr
1944 (4 Monate)	155,6 Mio. dkr	622 Mio. dkr
	Summe	2.928 Mio. dkr

Über das Wehrmachtsskonto wurden jedoch nicht nur Warenkäufe in Dänemark finanziert. Neben den bereits erwähnten Lohnzahlungen an dänische Bedienstete der Wehrmacht liefen über dieses Konto z. B. auch

<sup>107</sup> Vgl. *Thomsen*, Erich, Deutsche Besatzungspolitik . . . , a.a.O., S. 58.

<sup>108</sup> Vgl. BA R 2/287, Aus einer für das Reichsfinanzministerium (vermutlich 1941) erstellten Zusammenstellung statistischer Daten Dänemarks (S. 6) ergab sich, daß die Besatzungskosten pro Kopf und Tag in den einzelnen besetzten Ländern wie folgt angefallen sind:

Dänemark	0,11 RM
Niederlande	0,11 RM
Belgien	0,50 RM
Frankreich	0,50 RM
Norwegen	1,20 RM

alle Zahlungen für die Inanspruchnahme dänischer Transportmittel<sup>109</sup>, d. h. insbesondere der Eisenbahn, der für die Verbindung Deutsches Reich - Norwegen strategische Bedeutung zukam. Allein im Zeitraum 1. 9. 1940 - 30. 6. 1943 wurden der Deutschen Wehrmacht 23,9 Mio. RM für Transporte nach Norwegen durch die dänischen Staatsbahnen in Rechnung gestellt, was beispielsweise im zweiten Kalendervierteljahr 1943 ca. 34 v.H. der der Deutschen Wehrmacht von der dänischen Staatsbahn insgesamt angelasteten Summe ausmachte<sup>110</sup>. Daß durch die qualitative Beschaffenheit der Transporte und die Weise, in der sie durchgeführt wurden, „eine außerordentlich große Abnutzung des Materials der Staatsbahnen“<sup>111</sup> eingetreten ist, kann hier nur angedeutet werden.

Unmittelbar an die Deutsche Wehrmacht gelieferte Waren, wie Fleisch, Butter u. ä., wurden, wie bereits erwähnt, als Ausfuhr nach Deutschland angesehen<sup>112</sup>, eine Minderung des aufgrund von Produktion und Außenhandelsströmen ermittelten, dem Inlandsverbrauch zur Verfügung stehenden Güterberges konnte also davon kaum ausgehen. Anders jedoch verhielt es sich mit den umfangreichen Schwarzmarktkäufen deutscher Soldaten in Dänemark, die die zur Deckung des dänischen Eigenbedarfes vorgesehenen Gütermengen reduzierten, ohne daß dies statistisch auch nur einigermaßen präzise hätte erfaßt werden können<sup>113</sup>.

Gewarnt durch die Erfahrungen in den besetzten Westgebieten, wo der Unwille der Bevölkerung nicht zuletzt dadurch gesteigert worden war, daß Wehrmacht und Wehrmachtsangehörige „alles aus dem Lande herausschleppen“<sup>114</sup> konnten, erließ das OKW im Falle Dänemarks strengste Bestimmungen über die Mitnahme und den Versand dänischer Waren durch Wehrmachtsangehörige. Verboten war die Ausfuhr aller in Dänemark rationierten Lebensmittel, eine Zollkontrolle der aus Dänemark ins Reich zurückkehrenden Soldaten sollte nur dann unterbleiben, wenn es sich um „geschlossene Truppenteile“ handelte, deren Führer schriftlich erklärt hatten, in ihrer Einheit würde kein unzulässiges Gut mitgeführt<sup>115</sup>. Doch zeigt das am 15. Mai 1944 durch Göring

<sup>109</sup> Vgl. *Bobert, Manfred, Büttner, Willy, Zu einigen Zielsetzungen ...*, a.a.O., S. 101.

<sup>110</sup> Vgl. BA R 2/30.515, Schreiben an ORR Korff beim Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete, 9. 11. 1943.

<sup>111</sup> BA R 7/3407, S. 10.

<sup>112</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 16.

<sup>113</sup> Vgl. IMT, a.a.O., Bd. V, S. 606.

<sup>114</sup> BA R 2/287, Bemerkungen zur Niederschrift der Besprechung bei RFM Schwerin von Krosigk am 5. 1. 1942, S. 2.

<sup>115</sup> Vgl. BA R 2/287, Erlaß OKW vom 16. 9. 1940 betr. Mitnahme und Versand dänischer Waren.

erlassene Verbot, Mehl, Fett und Fleisch aus den besetzten Gebieten ins Reich zu befördern, im allgemeinen, und Überlegungen zur Kürzung der den in Dänemark stationierten deutschen Soldaten zur Verfügung stehenden Kronen-Beträge im besonderen<sup>116</sup>, daß nach wie vor auf dem Schwarzmarkt Waren erstanden und ins Reich gebracht wurden.

Die Vorfinanzierung dänischer Leistungen für das Deutsche Reich auf dem Wege der Geldschöpfung der dänischen Nationalbank bewirkte, was als Problem der „Geldreichlichkeit“<sup>117</sup> dänische und deutsche Behörden in den Jahren der Besetzung gleichermaßen beschäftigte. Deutschland wie Dänemark waren bemüht, „trotz der veränderten Verhältnisse an dem bisherigen Preisniveau festzuhalten und Erhöhungen nur dort zuzulassen, wo sie aus Kostengründen wirklich bedingt sind“<sup>118</sup>. Unter Berufung auf das bereits am 2.9.1939 vom dänischen Reichstag erlassene Ermächtigungsgesetz erging am 9.4.1940, am Tage der Besetzung, eine Preisstopverordnung, die die Preise auf dem Stande des 8.4.1940 festhielt. Am 30.4.1940 wurde dann das „Gesetz über die Preise“ erlassen, welches zwar von der Idee der freien Preisbildung ausging, die jeweiligen Minister jedoch ermächtigte, „im Verwaltungswege die nötigen Maßnahmen zur Regelung der Preise zu treffen“<sup>119</sup>, was in aller Regel auf die Festsetzung von Höchstpreisen hinauslief. Diese, gemessen an den übrigen kontinentaleuropäischen Staaten relativ liberale Form der Preispolitik konnte in der Folge nicht verhindern, daß das durch Geldschöpfung einerseits und durch den Abbau des Gütervorrats andererseits inflationistisch aufgeblähte Geldvolumen auf das Preis- und Lohnniveau drückte. „Dänemark ist gegenwärtig das Land, das seine Preise am schnellsten ansteigen sieht“<sup>120</sup>, berichtete am 8. November 1940 der Stockholmer Korrespondent der Rheinisch-Westfälischen-Zeitung. Diese Entwicklung wurde auch in Deutschland mit Sorge beobachtet, kamen doch teilweise die Preise dänischer Ausfuhrgüter über den Preisen vergleichbarer deutscher Waren zu liegen<sup>121</sup>. Über den Verlust der zugunsten Deutschlands bestehenden Kostenvorteile brachte diese inflationistische Preisent-

---

<sup>116</sup> Vgl. BA R 2/30.668, Vermerk betr. Erhaltung der Preisdisziplin in Dänemark.

<sup>117</sup> Vgl. BA R 2/287, Reg.-Rat *Korff* beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen, 8.2.1941, Bericht über die Finanzlage nach dem Stande vom 1. Februar 1941.

<sup>118</sup> *Rentrop*, Wilhelm u. *Kayser*, Hansgeorg, Preispolitik und Preisüberwachung ..., a.a.O., S. 89 f.

<sup>119</sup> Ebd., S. 91.

<sup>120</sup> BA R 2/287.

<sup>121</sup> Vgl. BA R 2/287, Schreiben des Reg.-Rat *Korff* beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen, Oslo 12.2.1941, an den Min.-Rat Dr. *Breyhan*, S. 4.



wicklung eine für Deutschland unerwünschte Mehrbelastung des ohnehin schon negativen Clearing-Kontos mit sich.

Zur Stabilisierung der Währung dehnte die dänische Regierung das System der Preis- und Lohnfestsetzung weiter aus; die immer schärfere Rationierung knapper Güter signalisierte jedoch, daß Preis- und Lohnstops nur ein Kurieren an den Symptomen bedeutete. Den Gewerkschaften konnte denn auch die Einwilligung zu einem allgemeinen Lohnstop nur unter der Zusicherung abgerungen werden, daß weitere Maßnahmen zur Abschöpfung der überschüssigen Kaufkraft bzw. zur Senkung des Preisniveaus durchgeführt würden. Die dänischen Gewerkschaften plädierten in diesem Zusammenhang für eine Aufwertung des Kronenkurses gegenüber den übrigen Währungen, insbesondere aber gegenüber der Reichsmark, hatten sich doch seit Kriegsbeginn die ‚terms of trade‘ zuungunsten Dänemarks entwickelt. Zunehmend stiegen die Preise, weil aufgebrauchte alte Vorräte durch teurere Einkäufe in Deutschland ersetzt werden mußten. Dies galt z. B. für die Einfuhr deutscher Zellwolle, deren geringe Mengen darüber hinaus die völlig ausgefallenen Spinnstoff-Importe aus Übersee nicht ersetzen konnten. In einem Bericht über die Entwicklung der Finanzlage Dänemarks in den Monaten Februar bis April 1941 heißt es<sup>122</sup>: „Die wesentlichsten Preissteigerungen entfallen auf Importwaren. Brennstoffe und Mineralöle sind seit Kriegsbeginn um 108 Punkte, davon 34 Punkte von Januar bis zum April 1941, und Textilien um 101 Punkte, davon 16 von Januar bis zum April 1941 gestiegen. Für Importwaren beträgt die Steigerung seit Kriegsbeginn 121 Punkte. Dagegen sind im Inland hergestellte Waren nur um 71 Punkte und Lebensmittel, die ebenfalls so gut wie ausschließlich inländischer Herkunft sind, nur um 67 Punkte gestiegen.“

Auf einer am 5. Januar 1942 bei Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk durchgeführten Besprechung prallten die Meinungen der deutschen Befürworter und Ablehner eines dänischen Revirements aufeinander, wobei sich letztlich die vom Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium, Walther, angeführten Befürworter mit dem im Hinblick auf die deutsche Ernährungslage zugkräftigen Argument: „Die Kronenaufwertung erhält die Dänen lieferfreudig“<sup>123</sup> durchsetzen konnten. Am 23. Januar 1942 erfolgte die Aufwertung der dänischen Krone um 8,3 v.H., eine Maßnahme, die zwar die dänischen Erwartungen von 15 v.H. nicht erfüllte, deutscherseits aber als „großer Dienst“<sup>124</sup> an der dänischen Wirtschaft bezeichnet wurde.

<sup>122</sup> BAR 2/287, Reg.-Rat Korff beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen, Bericht über . . . , a.a.O., 30.5.1941, S. 19.

<sup>123</sup> BAR 2/287, Bericht über die Besprechung bei RFM Schwerin von Krosigk, 5.1.1942, S. 3.

In der Tat trat nach der Aufwertung eine Stabilisierung der Preise ein:

Tabelle 25

## Entwicklung dänischer Preisindices 1935 - 1944 (1929 = 100)

Jahr	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Großhandelspreisindex	93	97	110	104	109	159	188	197	197	.
Lebenshaltungskostenindex	99	101	104	106	109	136	157	163	166	.

Mehr noch als durch die Aufwertung, die über eine Verbilligung der zum täglichen Bedarf gehörenden Einfuhrwaren zur Linderung sozialer Not bei den unteren Bevölkerungsschichten beitrug<sup>125</sup>, hatte der dänische Staat durch seine rigorose Anleihepolitik zur Stabilisierung der Währung beigetragen. Durch die Begebung immer neuer kurz- und langfristiger Anleihen gelang es, freie Gelder in einem solchen Ausmaße zu binden, daß in Dänemark bereits von der ‚Obligationsinflation‘ gesprochen wurde, die die Inflationsgefahr verdrängt habe<sup>126</sup>.

Die Entwicklung der dänischen Preispolitik in den Jahren 1940 bis 1945 im Spannungsfeld von Besatzer und Besetztem steht beispielhaft für den Ablauf der gesamten deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen in diesem Zeitraum. Zwar hat Deutschland im Zuge der Besetzung und der kreditfinanzierten Inanspruchnahme dänischer Ressourcen zum einen, wie es der Gesandte Clodius formulierte, „den Inflationsbazillus in die Länder getragen“<sup>127</sup>, andererseits aber ist das Deutsche Reich gerade bei Dänemark über seinen eigenen Schatten als Besatzungsmacht gesprungen: „Wir haben ein Interesse daran, in Dänemark geordnete Verhältnisse zu halten. Die Kronenaufwertung ist ein geeignetes Mittel, die Ordnung für längere Zeit in Dänemark zu sichern. Wir sollten jede mögliche Hilfestellung leisten, wenn ein Land sich bemüht, seine Währung in Ordnung zu halten“<sup>128</sup>; mit diesen Worten argumentierte Reichsbankvizepräsident Puhl in der Aufwertungsdebatte beim Reichsfinanzminister am 5. 2. 1942. Die Sonderstellung, die Dänemark bei der Behandlung der besetzten Gebiete durch Deutschland genoß, wird dadurch dokumentiert, daß selbst dann eine Hilfestellung gewährt wurde, wenn zu erwarten war, daß sich andere be-

<sup>124</sup> Die Deutsche Volkswirtschaft, 13. Jg., 1944, Nr. 6, S. 174.

<sup>125</sup> Vgl. BA R 2/287, Bericht über die Besprechung bei RFM *Schwerin von Krosigk*, 5. 1. 1942, S. 2.

<sup>126</sup> Vgl. Die Deutsche Volkswirtschaft, 12. Jg., 1943, Nr. 26, S. 813.

<sup>127</sup> BA R 2/287, Bericht über ..., a.a.O., 5. 1. 1942, S. 4.

<sup>128</sup> Ebd.

setzte Länder auf dieses Beispiel berufen würden. Tatsächlich hat Frankreich unter Hinweis auf die dänische Aufwertung ähnliche Forderungen erhoben.

Die im wirtschaftlichen Bereich im Vergleich zu den übrigen besetzten Gebieten entgegenkommende Behandlung Dänemarks durch Deutschland in den Jahren 1940 - 1945 zeigte sich auch bei der Inanspruchnahme des dänischen Arbeitskräftepotentials zur Deckung des immer dringlicher werdenden Bedarfs an Arbeitskräften für die deutsche Kriegswirtschaft.

Bei der Besetzung Dänemarks herrschte in der dänischen Wirtschaft als andauernde Nachwirkung der Weltwirtschaftskrise noch eine relativ große Arbeitslosigkeit. Seit 1932 gab es keinen Dezember-Ausweis des dänischen Arbeitsamtes mehr, in dem „nicht rund ein Drittel aller organisierten Arbeiter Dänemarks als beschäftigungslos gemeldet worden wäre“<sup>129</sup>. Im Dezember 1939 waren 32,2 % der organisierten Arbeitnehmer beschäftigungslos, im April 1940 immer noch 26 %, was rund 130.000 Arbeitslosen entspricht.

Daß dieses Arbeitslosenheer einen Unruhefaktor ersten Grades darstellte, wußten die Deutschen aus eigenem Erleben der Jahre 1930 - 1932. Sollte das Konzept der ‚Erhaltung der Leistungsfähigkeit der dänischen Wirtschaft durch Ordnung im Lande‘ Erfolg haben, mußte eine Bekämpfung der dänischen Arbeitslosigkeit in Angriff genommen werden. Sowohl die deutsche als auch die dänische Seite ergriffen dazu nach der Besetzung mannigfache Initiativen.

#### a) Dänische Arbeitskräfte in Deutschland

Bei den Verhandlungen des deutsch-dänischen Regierungsausschusses zur Festsetzung der Warenhandelskontingente am 17. 4. 1940 in Kopenhagen wurde beschlossen, daß dänische Arbeiter in Deutschland eingesetzt werden sollten, um dort in der für Dänemark bestimmten Rohstoffgewinnung tätig zu werden<sup>130</sup>. Bereits am 23. 5. 1940 errichtete die deutsche Gesamtschaft in Kopenhagen ein ‚Kontor für Arbeitssuchende nach Deutschland‘. Zunächst sollte ein Kontingent von 6.000 dänischen Arbeitskräften angeworben werden. Der Erfolg dieses Kontors — dem weitere folgten — war überraschend gut: Wie Thomsen berichtet, waren über das ursprüngliche Kontingent hinaus am 31. 12. 1940 bereits über 28.000 Arbeiter nach Deutschland abgereist, bis September 1942 konnte sogar die Anwerbung von 103.000 dänischen Arbeitskräften gemeldet werden<sup>131</sup>. Diese wurden allerdings nur zum Teil in Deutschland,

---

<sup>129</sup> Der deutsche Volkswirt, 15. Jg., 1940, Nr. 9, S. 335.

<sup>130</sup> Vgl. Thomsen, Erich, Deutsche Besatzungspolitik . . ., a.a.O., S. 55.

<sup>131</sup> Vgl. ebd., S. 56.

meistens im Auftrag der Wehrmacht, der Organisation Todt und anderen Organisationen in Dänemark selbst und in Norwegen eingesetzt<sup>132</sup>. Die Freiwilligkeit dieser Anwerbeaktion wird dokumentiert durch den Rückgang der Anwerbungen bei sich ungünstig entwickelndem Kriegsverlauf. Konnten im Januar 1943 noch 6.000 neue Arbeitskräfte für das Reich geworben werden, so gelang dies im Januar 1944 nurmehr in 1.750 Fällen<sup>133</sup>.

Auf dem Sektor der Arbeitskräfterekrutierung unterschied sich die Situation in Dänemark während des Krieges von der in anderen besetzten Gebieten wesentlich<sup>134</sup>. Als im Sommer 1944 der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Sauckel, eine Einführung der deutschen Arbeitsbestimmungen auch in Dänemark forderte — was die Möglichkeit der Zwangsrekrutierung dänischer Arbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie mit sich gebracht hätte — legte der Reichsbevollmächtigte in Dänemark, Dr. Best, sofort sein Veto beim Auswärtigen Amt ein, mit dem Ergebnis, „. . . daß kein dänischer Arbeiter zum Einsatz ins Reich deportiert worden ist“<sup>135</sup>. Das Argument, Zwangsrekrutierung sei verbunden mit nachlassender Produktion und Unruhe im Lande, blieb auch in diesem Falle nicht ohne Wirkung.

#### b) Dänische Beschäftigungspolitik

Trotz der die Arbeitsmarktsituation entlastenden Anwerbungen dänischer Arbeiter für Tätigkeiten auf deutsche Rechnung stieg, wesentlich infolge der Rohstoffverknappung, die sowieso schon hohe dänische Arbeitslosigkeit in den ersten Besetzungsjahren weiter an: Januar 1941 wurden 180.000, Februar 1941 gar 194.000 organisierte Arbeitssuchende registriert<sup>136</sup>. Mit einem Beschäftigungsprogramm, welches u. a. den Ausbau von Hafenanlagen, Wegebau und Landgewinnung, den Bau von Freizeithäusern oder auch Instandsetzungsarbeiten an der Trassenführung der Staatsbahnen vorsah, gelang es der dänischen Regierung bis zum 16. 5. 1941 zusammen mit den saisonal wirksam werdenden konjunkturellen Auftriebskräften, die Arbeitslosenziffer auf 82.956 zu senken. Berücksichtigt man aber, daß es sich bei diesen Arbeitsbeschaf-

---

<sup>132</sup> Vgl. BA R 7/3407, S. 12.

<sup>133</sup> Vgl. BA R 24/766, Bericht Dr. Niebuhr zur Ermittlung der Erzeugungsmöglichkeiten der dänischen Industrie, a.a.O., 6. 3. 1944.

<sup>134</sup> *Pfahmann*, Hans, *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945*, Diss. Würzburg 1964, widmet dem Problem der dänischen Arbeitskräfte im Deutschen Reich ganze sieben Zeilen!

<sup>135</sup> Vgl. *Thomsen*, Erich, *Deutsche Besatzungspolitik . . .*, a.a.O., S. 195.

<sup>136</sup> Vgl. BA R 2/287, Bericht des Reg.-Rat *Korff* beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen über die Entwicklung der Finanzlage Dänemarks in den Monaten Februar bis April 1941, erstellt am 30. 5. 1941, S. 12.

fungsmaßnahmen zu einem guten Teil um sog. unproduktive Arbeiten handelte<sup>137</sup>, daß ferner nach dem Gesetz vom 30. Mai 1940 in ganzen Industriezweigen (besonders der Textilindustrie<sup>138</sup>) Kurzarbeit durchgeführt wurde, wodurch im Frühjahr 1941 für rund 23.000 Arbeiter die Arbeitsplätze erhalten werden konnten, so erkennt man angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosenzahlen, in wie unzulänglichem Maße die dänische Arbeitskapazität genutzt wurde. Selbst die umfangreiche Auftragsverlagerung nach Dänemark war nicht in der Lage, das dänische Arbeitskräftepotential völlig auszuschöpfen. Im Januar 1944 wurden immer noch 47.000 Arbeitslose gezählt<sup>139</sup>.

Die von der Organisation Todt im Kriegsverlauf an Dänemarks Küsten in Angriff genommenen Befestigungsbauten konnten mit einer Vielzahl dänischer Arbeitskräfte durchgeführt werden, ohne daß es deshalb in den dänischen Produktionsstätten zu Arbeitskräftemangel gekommen wäre. Eine Aufstellung vom 26. April 1944 ergab, daß 73.600 Arbeiter in Jütland, Fünen und andernorts mit Arbeiten ‚zum Schutze des Festlandes gegen eine alliierte Invasion‘ beschäftigt waren.

Der deutsche Beitrag zur dänischen Beschäftigungspolitik während der Besetzung war beträchtlich. Es gelang der dänischen Regierung schon in der Vorkriegszeit nicht, das Arbeitslosenproblem befriedigend zu lösen, eine Hypothek, die nach der 1940 einsetzenden Rohstoffverknappung um so schwerer wiegen mußte. Erst die Auftragsverlagerung im großen Stile, Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, Anwerbung dänischer Arbeitskräfte für den Einsatz in Deutschland und die Bautätigkeiten der Organisation Todt räumten den dänischen Arbeitsmarkt in einem solchen Ausmaße, daß der dänische Kontorchef Peschardt im Frühjahr 1944 anlässlich von Gesprächen mit Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums erklären konnte, in Dänemark gebe es, berücksichtigt man die saisonalen Spitzen beim Ernteeinsatz, praktisch keine einsatzfähigen Arbeitslosen mehr<sup>140</sup>.

Über Jahre hinweg blieb in Dänemark — sowohl vor dem Kriege als auch während der Besetzung — das Arbeitskräftereservoir unausgeschöpft, und dies, obwohl nach Ansicht des Leiters der Reichswirtschaftskammer, Dr. Pietzsch, das „Kardinalproblem“ der deutschen Kriegswirtschaft während der Jahre 1942 und 1943 die Überwindung

<sup>137</sup> Vgl. BA R 2/287, Schreiben des Reg.-Rat Korff an Dr. Breyhan, RFM, Oslo 12. 2. 1941, S. 3 f.

<sup>138</sup> Im Jahre 1943 belief sich der durchschnittliche dänische Arbeitstag in der Textilindustrie auf 6,6 Stunden. BA R 24/766, Bericht Dr. Niebuhr zur Ermittlung der ..., a.a.O., 6. 3. 1944, S. 5.

<sup>139</sup> Vgl. BA R 24/766, Bericht Dr. Niebuhr zur Ermittlung der ..., a.a.O., 6. 3. 1944, S. 3.

<sup>140</sup> Vgl. ebd., S. 4.

des Engpasses beim Arbeitskräfteeinsatz war<sup>141</sup>. Das Deutsche Reich bemühte sich zwar, die dänischen Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft zu nutzen, war aber im Interesse einer reibungslosen Nutzung dänischer Ressourcen im Gegensatz zum Vorgehen in anderen besetzten Ländern zu einem rigorosen Eingreifen nicht bereit. Die Respektierung der dänischen Souveränität auf dem Gebiet der Arbeitspolitik und des Arbeitsrechtes bestätigt den Sonderstatus Dänemarks im Lager der von Deutschland besetzten Staaten.

#### D. Abschließende Betrachtung

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1940 - 1945 im wesentlichen von zwei grundsätzlichen Überlegungen bestimmt wurden. Da ist einmal auf das besonders ausgeprägte Bestreben des Deutschen Reichs hinzuweisen, die dänische Wirtschaft voll in eine kontinentale Kriegswirtschaft zu integrieren, ein Unterfangen, das auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig in Angriff genommen wurde. Einer ‚planvollen und systematischen Ausbeutung‘ der dänischen Wirtschaft standen dabei verschiedene Umstände entgegen, die teilweise in der starken Englandorientierung der dänischen Wirtschaft vor dem Kriege, teilweise aber auch in der schlechten Ausnutzung dänischer Ressourcen während der Besetzung begründet waren. Unmittelbar nach dem Krieg hat N. Kaldor<sup>142</sup> verschiedene Gründe dafür genannt, daß die deutsche Kriegswirtschaft „certainly was not totalitarian“<sup>143</sup>. Als einen Hauptfaktor hebt er hervor „the failure to plan for expansion and total mobilisation in the earlier years“<sup>144</sup>, eine Aussage, der man im Hinblick auf die Inanspruchnahme der dänischen Wirtschaft und die Integration ihrer Produktionskapazitäten voll zustimmen muß. Eine langfristige Planung hätte die in den erst zu Beginn des Krieges erstellten wehrwirtschaftlichen Studien über Dänemark erkannten Import- und Rohstoffabhängigkeiten berücksichtigen müssen. Die unzulängliche Rohstoffversorgung hat dann eine optimale Ausnutzung der dänischen Wirtschaft in allen Bereichen unmöglich gemacht. Der für Dänemarks Wirtschaft feststellbare zunehmende Produktivitätsverlust, die wachsende Minderbelastung unzerstörter Kapazitäten, aber auch der ohne gravierende Störungen weiterlaufende Außenhandel mit den nordischen Staaten — darunter das neutrale Schweden — lassen es nicht mehr zu, von einer

---

<sup>141</sup> Vgl. BA R 3/1594, Dr. Pietzsch, A., Die Lage der deutschen Kriegswirtschaft um die Jahreswende 1943/44, a.a.O.

<sup>142</sup> Vgl. Kaldor, N., The German War Economy, in: The Manchester School of Economic and Social Studies, Manchester, Vol. XIV, No. 3, Sept. 1946, S. 19 - 53.

<sup>143</sup> Ebd., S. 20.

<sup>144</sup> Ebd., S. 53.

„planvollen und systematischen Ausbeutung“ zu reden, zumal sonst die deutsche Vorgehensweise in den besetzten Ostgebieten nicht mehr in ihrer Unterschiedlichkeit zu der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber Dänemark 1940 - 1945 dargestellt werden kann.

Ein zweiter wichtiger Faktor der deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen während der Besetzung ist in dem deutschen Bemühen zu sehen, die dänische staatliche Souveränität weitgehend unangetastet zu lassen. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat man nicht auf die Etablierung einer neuen, deutschfreundlichen Regierung hingewirkt. Die deutschen Bevollmächtigten v. Renthe-Fink und Dr. Best suchten auf einem Weg weitgehender Nichteinmischung in innerdänische Angelegenheiten unter den gegebenen Umständen für beide Seiten Vorteile zu erzielen. Auf der Grundlage dieser Konzeption bezog Deutschland im Betrachtungszeitraum umfangreiche dänische Warenlieferungen und erhielt, wie der Clearing-Saldo zeigt, erhebliche dänische Kredite bei relativ bescheidenem Besatzungsaufwand. Dänemark seinerseits überstand die Jahre 1940 - 1945 ohne bewußte Zerstörung des Sachkapitals und systematische Verschleppung seiner Arbeitskräfte.

Wenn während des Krieges innerhalb Dänemarks vor allem bei gewerblichen Erzeugnissen ein spürbarer Mangel auftrat, so war dies nicht auf vermehrte Exporte nach Deutschland zurückzuführen, sondern auf Produktionsausfälle wegen fehlender Importmöglichkeiten. Die Exporte nach Deutschland sind nicht über die Gesamtexporte Dänemarks in der Vorkriegszeit hinaus angestiegen, die fehlenden Zufuhren an Rohstoffen und anderen Importgütern haben vielmehr auch den Gesamtexport Dänemarks sinken lassen.

Dänemark war, dies spricht sowohl für die Qualität der Besetzung als auch für die Anpassungsfähigkeit der dänischen Produzenten, unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wieder in der Lage, als führender Anbieter tierischer Veredelungserzeugnisse an den Weltmarkt zu treten<sup>145</sup>. Als Folge der während des Krieges forcierten Bemühungen um den Aufbau von Ersatzindustrien und der industriellen Auftragsverlagerungen konnte nach 1945 der sich bereits in den 30er Jahren anbahnende Prozeß einer volkswirtschaftlichen Diversifizierung, d. h. einer Stärkung des industriellen gegenüber dem bisher vorherrschenden landwirtschaftlichen Sektor, mit größerem Erfolg fortgesetzt werden.

---

<sup>145</sup> In den Akten Min.-Rat Dr. *Breyhan* (BA R 2/30.515) findet sich ein Vermerk, der sich auf den in den Nachrichten für Außenhandel vom 19. Mai 1944 wiedergegebenen Bericht des Vorsitzenden des Landesverbandes „Dänische Arbeit“ bezieht. Direktor Olesen soll danach über die Wirtschaftslage Dänemarks gesagt haben: „Für den Markt nach dem Krieg bedürfe es bei Dänemark nur eines verhältnismäßig kurzen Anlaufs. Dänemark stehe gerüstet für die Wirtschaftsprobleme der Nachkriegszeit da.“